

**Demokratie und Marktwirtschaft  
in der Theorie des Neoliberalismus**

**Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades  
der Philosophischen Fakultät  
der Justus Liebig-Universität Gießen**

vorgelegt von  
**Jutta Marchal**  
aus Wilhelmshaven

1970





Digitized by the Internet Archive  
in 2026

[https://archive.org/details/IA41545905\\_0005](https://archive.org/details/IA41545905_0005)



**Demokratie und Marktwirtschaft  
in der Theorie des Neoliberalismus**

**Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung des Doktorgrades  
der Philosophischen Fakultät  
der Justus Liebig-Universität Gießen**

vorgelegt von  
**Jutta Marchal**  
aus Wilhelmshaven

1970



Dekan: Prof. Dr. Odo Marquard

I. Berichterstatter: Prof. Dr. Helge Pross

II. Berichterstatter: Prof. Dr. Heinz-Josef Varain

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Dez. 1970

## Inhaltsverzeichnis

Seite:

|                                                                                                           |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Kap. I: Zur Geschichte des Verhältnisses von Politik und Ökonomie                                         |    |
| a) Beziehungen zwischen politischer und ökonomischer Macht: Vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft | 1  |
| b) Ökonomie und Politik in den westlichen Industriegesellschaften                                         | 12 |
| Kap. II: Methodische Überlegungen zur Analyse des Neoliberalismus                                         |    |
| a) Aspekte der Fragestellung                                                                              | 25 |
| Exkurs: Entstehung und Entwicklung des neoliberalen Denkens                                               | 32 |
| b) Zur Anlage der Arbeit                                                                                  | 39 |
| Exkurs: Die Stellung des Neoliberalismus innerhalb der Nationalökonomie                                   | 43 |
| Kap. III: Grundzüge neoliberalen Denkens                                                                  |    |
| a) Der Begriff der Gesellschaft                                                                           | 49 |
| b) Das Menschenbild                                                                                       | 59 |
| Kap. IV: Kritik der Massengesellschaft                                                                    |    |
| a) Vorbemerkungen                                                                                         | 63 |
| b) Kritik der Vermassung                                                                                  | 65 |
| c) Kritik des Staates                                                                                     |    |
| 1. Ablehnung des Pluralismus                                                                              | 73 |
| 2. Ablehnung des Wohlfahrtsstaates                                                                        | 80 |

Kap. V: Die Interdependenzbeziehungen zwischen  
ökonomischem und politischem System im  
Neoliberalismus

|                                                             |     |
|-------------------------------------------------------------|-----|
| a) Wirtschaftsordnung und Ordo                              | 96  |
| b) Theorie der Marktwirtschaft                              | 100 |
| c) Staat und Wettbewerbsordnung                             | 110 |
| d) Die Interdependenz von Marktwirtschaft<br>und Demokratie | 118 |

Kap. VI: Demokratie und Staat im Neoliberalismus

|                                                                                                  |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| a) Der Demokratiebegriff                                                                         |     |
| 1. Vorbemerkungen                                                                                | 130 |
| 2. Volkssouveränität und liberale Demokra-<br>tie                                                | 131 |
| 3. Konsensus und Konflikt                                                                        | 141 |
| 4. Sozial- und theoriegeschichtlicher Hin-<br>tergrund neoliberaler Demokratievor-<br>stellungen | 153 |
| b) Der Staatsbegriff                                                                             |     |
| 1. Vorbemerkungen                                                                                | 162 |
| 2. Rechtsstaatsdenken und demokratischer<br>Staat                                                | 163 |
| 3. Konservatives Staatsdenken: der Staat<br>als unparteiische Instanz                            | 173 |

Kap. VII: Interdependenztheorem und Demokratie

|                                                                                                                                                              |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| a) Funktionen des Demokratie- und Staats-<br>begriffs für die neoliberale Interdependen-<br>denzthese                                                        | 177 |
| b) Interdependenzdenken und Demokratiefor-<br>schung                                                                                                         | 187 |
| Exkurs: Gesellschaftliche und politische<br>Konsequenzen der neoliberalen<br>Theorie: Von der Sozialen Markt-<br>wirtschaft zur Formierten Ge-<br>sellschaft | 190 |

## Kap.I: Zur Geschichte des Verhältnisses von Politik und Ökonomie

### a) Beziehungen zwischen politischer und ökonomischer Macht: Vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft

1. Die Einflüsse der Träger ökonomischer Macht auf die politische Verfassung des Gemeinwesens traten seit dem 18. Jahrhundert offen ins Bewußtsein. Bis dahin war das Verhältnis der politischen Organisation zur materiellen Reproduktion der Gesellschaft wenig problematisch: politische und ökonomische Verfassung waren im Feudalismus weitgehend identisch.

2. Seit dem 17. Jahrhundert begann sich die institutionelle Identität von Wirtschaft und Politik langsam aufzulösen. Mehrere Entwicklungen werden dafür verantwortlich. Die bisher vor allem agrarische Produktion fand ihre Ergänzung in einer stetig expandierenden gewerblichen Produktion und einer Intensivierung des Handels. Zunehmend bildeten sich die ersten kapitalistischen "Inseln" in einer noch feudalen Gesellschaft. In den Manufakturen setzte sich bereits der von Max Weber beschriebene okzidentale Rationalismus durch. Die Produktion orientierte sich an der Profitmaximierung, die auf rechnerhafter Kalkulation und Bilanzierung basierte. Zugleich fielen die Verfügung über und die Bearbeitung der Produktionsmittel auseinander. Die unter Rentabilitätsgesichtspunkten sich vollziehende Produktion gehorchte dem ökonomischen Prinzip, der Maxime moderner Rationalität: mit gegebenen Mitteln maximalen Erfolg zu erzielen beziehungsweise ein gewünschtes Ziel mit einem Minimum an Aufwand zu erreichen. Das oberste Ziel des Wirtschaftens verschob sich von der Produktion primär für die unmittelbare Bedarfsdeckung zur Produktion für den Tausch am Markt<sup>1)</sup>.

---

1) Die marktorientierte Produktion besteht zwar, seit gewirtschaftet wird, aber sie ist erst spät die Regel geworden.

Daneben hatten sich tiefgreifende Wandlungen im Bereich der politischen Herrschaft ergeben. Der absolute Fürstentum begann sich als zentralisierter Nationalstaat zu konsolidieren. Die Administration des Gemeinwesens lag nicht länger dezentralisiert bei Mitgliedern der Aristokratie und bezog sich jeweils auf deren lokalen Herrschaftsbereich, sondern sie wurde in dem Fürsten unmittelbar unterstellten Bürokratien ausgeübt. Herrschaft wurde berechenbarer, weil sie sich bürokratisch vollzog, das heißt nach gesetzten Regeln und abgegrenzten Kompetenzen.

Die Ablösung des Feudalismus durch den Absolutismus hatte nicht nur politische Bedeutung. Die merkantilistische Wirtschaftspolitik, die der absolute Staat betrieb, hatte zwar die Stärkung staatlicher Macht zum obersten Ziel<sup>2)</sup>, förderte aber damit die Entfaltung der wirtschaftlichen Produktivkräfte.

"Der Merkantilismus ist der große, staatlich inaugurierte 'Umerziehungsprozeß', der erst die Entstehung des freien Kapitalismus ermöglichte. Nur auf diesem vorbereiteten Boden konnte sich der wirtschaftliche Liberalismus entfalten." 3)

Konstituierte sich politische Herrschaft greifbar gegenüber der Gesellschaft, so waren die Träger politischer Macht insgesamt nicht mit der aufsteigenden Klasse derjenigen identisch, die den materiellen Reproduktionsprozeß der Gesellschaft gestalteten: dem Bürgertum. Doch drängten die ökonomisch fungierenden mehr und mehr auch zur politischen Teilhabe. Als Sprecher aller Beherrschten kämpfte das Bürgertum im Absolutismus um das Recht auf politische Mitbestimmung bei der Gestaltung des Gemeinwesens.

---

2) Vgl. Giersch, H.: Allgemeine Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Wiesbaden 1961, 137f.

3) Meyer-Dohm, P.: Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit. Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung, Freiburg 1965, 47.

Einer der frühen bürgerlichen Gesellschaftstheoretiker, John Millar, griff die Frage der ökonomischen Determination politischer Verfassungen bereits auf<sup>4)</sup>. Mit dem Erwerb größeren Privateigentums, der Wurzel der Ungleichheit der Menschen und damit der Basis politischer Macht und politischen Einflusses, müsse sich auch die Verfassung des Gemeinwesens wandeln. Der Grad der Komplexität politischer Herrschaft hänge von der Bedeutung und dem Wachstum des Besitzes eines Volkes ab; je umfangreicher sein zusammengetragenes Eigentum, desto komplizierter die Regierungsform, deren eine Hauptaufgabe der Schutz eben dieses Privateigentums sei<sup>5)</sup>.

"It is evident ... that the more inconsiderable the possessions of any people, their political regulation will be the more simple. And the more opulent a nation becomes, its government ought to be the more complicated." 6)

Verlangt die Größe des Privateigentums die Errichtung des Staatswesens, das ökonomisch, nach Maßgabe der Erfordernisse des zu schützenden Privateigentums determiniert sei, so wird die politische Verfassung zusätzlich durch die veränderte gesellschaftliche Reproduktion auf der Grundlage von Handel und Gewerbe bestimmt<sup>7)</sup>. Die neuen Erwerbsmöglichkeiten setzten viele ehemals an patriarchalische Abhängigkeitsbeziehungen gebundene Individuen in die Lage, sich unabhängig die eigene Existenzform zu wählen und einzurichten. Nicht nur resultierten daraus Gefühle persönlicher Unabhängigkeit, sondern auch ein Streben nach Freiheit<sup>8)</sup>. Dies, der spezifischen ökonomischen Situation immanente Freiheits-

---

4) Vgl. dazu Lehmann, W.C.: John Millar of Glasgow, Cambridge 1960.

5) Vgl. ebenda, 125.

6) Ebenda, 125.

7) Vgl. ebenda, 290ff.

8) Vgl. ebenda, 334.

streben, bleibe nicht ohne Wirkung auf die politische Verfassung der Gesellschaft. In dem Maße, in dem die Gewerbe- und Handeltreibenden an Zahl zunehmen, untereinander Kontakt aufnehmen, der durch das Aufkommen der Städte begünstigt werde<sup>9)</sup>, werden sie die demokratische Verfassung des Gemeinwesens fordern.

Ähnlich wies Adam Ferguson in seiner Abhandlung über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft auf den engen Zusammenhang zwischen "gewerblichen und politischen Künsten"<sup>10)</sup> hin, deren Entstehung nicht voneinander zu trennen sei. Eigentum fördere die politische Emanzipation, das Abschütteln von unterdrückender Herrschaft.

"Ein Volk, das Reichtum erworben und auf sein Eigentum eifersüchtig geworden, hat den Plan gefaßt, sich zu emanzipieren, und ist, begünstigt von seiner kürzlich erworbenen Bedeutung, dazu verschritten, seine Anforderungen noch weiter auszudehnen und die Vorrechte zu bestreiten, die sein Souverän zu beanspruchen gewohnt war." <sup>11)</sup>

Bei Millar wird die Idee der Freiheit und der Demokratie eindeutig durch die Verbreitung von Handel und Gewerbe, die die Menschen aus Abhängigkeitsverhältnissen befreien und auf sich selbst stellen, determiniert. Millar antizipiert bereits Gedanken des historischen Materialismus<sup>12)</sup>, indem er die Organisation der Produktionsverhältnisse als Determinante und Konstituens der politischen Organisation der Gesellschaft beschreibt. Da er die Praxis verändernde Postulate formuliert, die auf die Einrichtung der politischen Demokratie zielen, zugleich den ökonomischen Liberalismus Adam Smith' propagiert, wird er zum Anwalt der bürgerlichen Klasse.

---

9) Vgl. Lehmann, W.C.: John Millar of Glasgow, a.a.O., 376.

10) Ferguson, A.: Abhandlung über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, 2.A., Jena 1923, 368.

11) Ebenda, 368.

12) Vgl. Lehmann, W.C.: John Millar of Glasgow, a.a.O., 132.

3. Mit der Konstituierung der bürgerlichen Gesellschaft<sup>13)</sup> im Zeitalter des Liberalismus stellte sich die Frage nach dem Verhältnis von ökonomischer und politischer Verfassung erneut. Dem Bürgertum gelang es nicht nur, seine wirtschaftliche Position zu festigen, sondern es reüssierte auch im Ringen um politischen Einfluß. Mit der Etablierung demokratischer Regierungen konnte es seine ökonomischen Interessen auch im Parlament vertreten.

Hatte sich im Zuge der kapitalistischen Entwicklung gegenüber dem Feudalismus die Trennung von Staat und Gesellschaft vollzogen, damit die institutionelle Trennung auch von ökonomischer und politischer Verfügung, so insistierte das Bürgertum auch dann noch auf dieser Trennung, als im entfalteten liberalen System die Träger ökonomischer und politischer Verfügungsgewalt sich vorwiegend aus der bürgerlichen Klasse rekrutierten. Die institutionelle Identität hatte sich aufgelöst, an ihre Stelle trat die Interessenidentität, die sich um so leichter herstellte, als sich die demokratische Staatsverfassung mit der Gesellschaftsverfassung deckte, solange diese kleinbäuerlich und kleinbürgerlich strukturiert war<sup>14)</sup>.

Die bürgerlichen Bedürfnisse und Interessen wurden von der liberalen Theorie formuliert. Ihr zufolge sollte die gesellschaftliche Reproduktion der staatlichen Intervention entzogen sein. Denn die liberale Wirtschaftsordnung konstituierenden Elemente - der Preismechanismus reguliert das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage; die Konkurrenz prinzipiell gleich starker Wirtschaftssubjekte verhindert die Herausbildung und Verfestigung von Monopolstellungen, so daß keiner der am Wirtschaftsprozess Beteiligten über so viel Markteinfluß verfügt, daß er Preise zu diktieren vermöchte;

---

13) Die klassische englische Entwicklung ist dieser Darstellung zugrundegelegt.

14) Vgl. Rebhahn, H.: Zum Problem der sozialen Demokratie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6 (1955), 235.

Privateigentum an Produktionsmitteln, das über die Freisetzung von Eigennutz, Initiative und Produktivität steigert; Dispositionsfreiheit der Unternehmer; Gewerbe-, Handel- und Vertragsfreiheit - sollten, auch wenn der Einsatz der Produktionsfaktoren und das Produktionsergebnis der privaten, nicht der "gesellschaftlichen Ratio" überlassen blieben<sup>15)</sup>, den Ausgleich der individuell verfolgten Partikularinteressen, das freie und gleiche Spiel der Kräfte zum gesellschaftlichen Gesamtinteresse bewirken. Im Axiom der "invisible hand" Adam Smith' schien eine konfliktfreie "natürliche" Ordnung verbürgt zu sein<sup>16)</sup>.

"Der Liberalismus sieht hinter den ökonomischen Kräften und Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft 'natürliche' Gesetze, die sich in ihrer ganzen heilsamen Naturhaftigkeit erweisen werden, wenn man sie nur frei und ohne künstliche Störung zur Entfaltung kommen läßt." 17)

Über den Ausgleich der Interessen sollte sich gesellschaftliche Harmonie einstellen; ablenkend wurde damit eine widerspruchsvolle Gesellschaftsordnung gerechtfertigt<sup>18)</sup>. Sowohl der Konflikt zwischen aristokratischen und bürgerlichen Minoritäten, der zum Wandel von Herrschaft führte, als der feudale Staat durch die liberale Demokratie abgelöst wurde, als auch der spätere Gegensatz zwischen den ökonomisch und politisch herrschenden bürgerlichen Minderheiten und der Arbeiterschaft, in dem es wiederum um die Eingliederung in das politische System ging, widersprachen der Vorstellung gesellschaftlicher Harmonie.

Die Chance, die politischen und ökonomischen Freiheiten der bürgerlichen Gesellschaft wahrzunehmen, blieb dem Proletariat von Anbeginn verschlossen. Indem es nur seine Arbeitskraft besaß, war es von den wirtschaftlichen Freiheitsrechten, die

---

15) Vgl. Marcuse, H.: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: ders.: Kultur und Gesellschaft 1, Frankfurt/M. 1965, 31.

16) Vgl. Mann, F.K.: Art. Smith, Adam, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, 290f.

17) Marcuse, H.: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, a.a.O., 25.

18) Vgl. ebenda, 26.

wesentlich in der Verfügung über die Produktionsmittel und in der Unternehmerinitiative bestanden, ausgeschlossen. Die politische Freiheit aber, das Stimmrecht, wurde ihm verwehrt, da es die geforderte Voraussetzung: Besitz und Bildung, nicht vorweisen konnte. Die einst progressive liberale Forderung, nämlich die Mitgestaltung des Gemeinwesens durch die sie materiell reproduzierenden Schichten, kehrte sich gegen sich selbst, als die Arbeiterschaft, auf deren ökonomischer Ausbeutung die Profite der Unternehmer basierten, sie ebenfalls stellte. Als der alleinige ökonomische und politische Herrschaftsanspruch des Bürgertums bedroht wurde, wurden die als universal ausgegebenen Interessen des Bürgertums als partikularistische entlarvt. Damit zeigte sich zugleich die politische Funktion der liberalen Theorie unverhüllt: die Argumentation vom sich automatisch einstellenden Interessenausgleich, die soziale Harmonie suggerierte, sollte staatliche Interventionen abwehren, die den gesellschaftlichen status quo hätten verändern können.

Die Frage nach der Beziehung von ökonomischer und politischer Macht im Liberalismus hätte bei Stellung und Funktion des Staates anzusetzen, um entscheiden zu können, ob die spezifisch bürgerlichen Interessen staatliche Aktivität bestimmten und lenkten.

Die liberale Theorie, die auf dem größtmöglichen Freiheitspielraum des einzelnen als Reaktion auf die politische Knebelung der Menschen im Feudalismus insistierte, sah ihn nur realisiert, wenn sich der Staat auf ein Minimum an Aktivität beschränkte. Er sollte nicht in die Wirtschaftsprozesse eingreifen, sondern nur den ungestörten Ablauf durch eine entsprechende Gesetzgebung sichern. Adam Smith zufolge hatte der Staat lediglich drei Funktionen: die Justizverwaltung, die Landesverteidigung und die Errichtung und Unterhaltung bestimmter öffentlicher Institutionen, in die private Investitionen wegen ihrer zu geringen Rentabilität nicht lohn-

ten<sup>19)</sup>. Die These vom schwachen liberalen Staat, vom "Nachtwächterstaat", gewann Popularität. - War der Staat aber im Zeitalter des Liberalismus tatsächlich nur diejenige Institution, die die innere und äußere Ordnung aufrecht erhielt? Oder war der Staat die Agentur der bürgerlichen Klasse, diejenige Einrichtung menschlicher Herrschaft, die im Dienste wirtschaftlicher Interessen der kapitalistischen Bourgeoisie stand? Konnte der Staat der Forderung liberaler Theorie gemäß neutral sein, und gab es einen staatsfreien Bereich?

Vergegenwärtigt man sich die Aufgaben, die der Staat im Stadium des Übergangs zur Industriegesellschaft übernehmen mußte, so erscheint das Prädikat "schwach" fragwürdig. Der Staat förderte aktiv die kapitalistische Entwicklung, zunächst durch die Merkantilpolitik, weil sie auch seiner politischen Stärke, der Emanzipation vom Adel und den Ständen diene, ohne daß er das Instrument der kapitalistischen Klasse wurde<sup>20)</sup>. Der "Aufbau eines schlagkräftigen zentral regierten Nationalstaates"<sup>21)</sup> bildete die Bedingung zur Schaffung der institutionellen Voraussetzungen, die erst die liberale Wirtschaftsordnung ermöglichten.

Neben der kalkulierbaren Verwaltung und Gerichtsbarkeit mußte ein Steuer-, Finanz- und Zollsystem geschaffen, das Privateigentum und die Vertragsfreiheit sollten wirksam geschützt werden, die Organisation der Binnenmärkte und des Handels garantiert sein, der Marktzugang mußte offen und frei erfolgen können, die Gründung von Kolonien betrieben werden. Diese Funktionen hätte ein schwacher Staat niemals ausüben können.

---

19) Vgl. Gide, Ch. und Rist, Ch.: Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 3.A., Jena 1923, 103f.

20) Vgl. Heller, H.: Staatslehre, Leiden 1934, 133.

21) Rostow, W.W.: Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1960, 22.

Insgesamt ließen sich diese Aufgaben als von ökonomischen Erfordernissen bedingte definieren, deren Erfüllung erst die liberale gesellschaftliche Reproduktion möglich machte. Selbst dort, wo der Staat Ordnungs- und Repressionsfunktionen übernahm, kann man sie ökonomisch determiniert sehen: die Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die die ökonomische Ausbeutung durch das Verbot gewerkschaftlicher Organisation und die politische Ohnmacht durch die Verweigerung des Wahlrechts bedeutete, kam den kapitalistischen Interessen entgegen. Die These vom schwachen liberalen Staat war daher wohl immer schon Fiktion<sup>22)</sup>. Dennoch trifft es auch für den Liberalismus nicht zu, "die politische Eigengesetzlichkeit zu leugnen und sie auf die Gesetze der Ökonomie zu reduzieren."<sup>23)</sup> Die monokausale Determination des Staates durch privatwirtschaftliche Interessen wäre zu einfach. Jeweils waren auch spezifisch politische Interessen, z.B. nationalstaatliches Macht- und Prestigestreben, in einzelne, vor allem imperialistische Aktionen verwickelt. Doch sind politische von ökonomischen Interessen nicht nahtlos zu scheiden. Ein bloßer Reflex der ökonomischen Herrschaftsansprüche war politisches Handeln des Staates selbst unterm Diktat kapitalistischer Interessen niemals; der Grad seines Emanzipationsspielraums wäre im Einzelfall zu fixieren.

Selbst Marx leugnete nicht - anders als die Vulgärmarxisten, für die der Staat ausschließlich die Agentur der ökonomisch Mächtigen darstellt und allein die Klassenherrschaft institutionalisiert -, daß der politischen Verfassung bei aller Determination durch die Herrschaftsverhältnisse in der Produktion eine gewisse Selbständigkeit zukommt.

Zwar wurzeln, Marx zufolge, in den materiellen Lebensver-

---

22) Vgl. Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt/M. 1967, 248ff.

23) Heller, H.: Staatslehre, a.a.O., 169.

hältnissen die Rechtsverhältnisse wie die Staatsformen<sup>24)</sup>.

"Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt." <sup>25)</sup>

Die so aus der Determination und Vermittlung mit der materiellen Produktionsweise konstituierte bürgerliche Gesellschaft und ihre "Aktion als Staat"<sup>26)</sup> entwickelt sich als diejenige Organisationsform,

"welche sich die Bourgeois sowohl nach Außen als nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben." <sup>27)</sup>

Die soziale Herrschaftsgewalt, die aus der Verfügung über die Produktionsmittel entsteht, avanciert zur politischen Herrschaftsgewalt, der Staat wird zum Ausdruck der Machtverhältnisse im Bereich der Wirtschaft, zu deren Garantie und Schutz seine Zwangsmittel sich einsetzen lassen.

"Dieser letztere (der gesellschaftliche Produktionsprozeß, d. Verf.) ist sowohl Produktionsprozeß der materiellen Existenzbedingungen des menschlichen Lebens, wie ein in spezifischen, historisch-ökonomischen Produktionsverhältnissen vor sich gehender, diese Produktionsverhältnisse selbst, und damit die Träger dieses Prozesses, ihre materiellen Existenzbedingungen und ihre gegenseitigen Verhältnisse, d.h. ihre bestimmte ökonomische Gesellschaftsform produzierender und reproduzierender Prozeß ... Wie alle seine Vorgänger, geht der kapitalistische Produktionsprozeß unter bestimmten materiellen Bedingungen vor sich, die aber zugleich Träger bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse sind, welche die Individuen im Prozeß ihrer Lebensreproduktion eingehn. Jene Bedingungen, wie diese Verhältnisse, sind einerseits Voraussetzungen, andererseits Resultate und Schöpfungen des kapitalistischen Produktionsprozesses; sie werden von ihm produziert und reproduziert." <sup>28)</sup>

---

24) Vgl. Marx, K.: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort, in: Marx, K./Engels, F.: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. 1, Berlin (Ost) 1955, 337.

25) Ebenda, 338.

26) Dies.: Die deutsche Ideologie, in: dies.: Werke, Bd. 3, Berlin (Ost) 1959, 37.

27) Ebenda, 62.

28) Marx, K.: Das Kapital, Bd. 3, Berlin (Ost) 1959, 872.

Stellt Marx daher einerseits konsequent die Vorstellungen vom nichtintervenierenden liberalen Staat in Frage, indem er seine Abhängigkeit und Determination von der Organisation der Produktionsverhältnisse konstatiert, so verfällt er andererseits keinem "Ökonomismus" bei der Erklärung gesellschaftlicher Institutionen. Im "Kapital" schreibt Marx:

"Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten ..., worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen Staatsform finden. Dies hindert nicht, daß dieselbe ökonomische Basis ... durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Rassenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw. unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind." 29)

So hat Marx das allzu einfache Basis-Überbau-Schema selbst noch korrigiert: weder existiert eine einseitige Beeinflussung des Überbaus, noch wirken sich Veränderungen im Unterbau unmittelbar und gradlinig in Veränderungen des Überbaus aus<sup>30)</sup>.

Diese dialektische Beziehung beider Bereiche wurde von der liberalen Theorie zwar durch die Annahme der von staatlichen Eingriffen geschützten Wirtschaftssphäre, nie aber von der liberalen Praxis verschleiert. Darauf hat Hermann Heller hingewiesen:

"Keineswegs Nichtintervention, sondern private Mobilisierung der staatlichen Macht und zwar zu sehr kräftiger Intervention auf dem Gebiete der Wirtschaft ist die wahre Parole der bürgerlichen Gesellschaftsordnung." 31)

Beim Aufbau des Empires wie bei der Eroberung der kolonialen Märkte wurde in England die Staatsmacht für das Expansionsinteresse der Industrie mobilisiert und eingesetzt; für den Schutz der bürgerlichen Interessen sorgte der Staat mit dem Niederhalten der Arbeiterbewegung, so daß Interessenidentität

---

29) Marx, K.: Das Kapital, Bd.3, a.a.O., 842.

30) Vgl. Schaff, A.: Marxismus und das menschliche Individuum, Wien-Frankfurt-Zürich 1965, 54f.

31) Heller, H.: Staatslehre, a.a.O., 113.

und gemeinsames Agieren der politisch und ökonomisch Herrschenden den Liberalismus charakterisierte. Gleichwohl war die Identifikation nicht vollständig, sie hätte sonst die allmähliche Integration des Proletariats verhindert. Indes orientierte sich diese Entwicklung an der Erhaltung des Systems, das vor seiner Zerstörung nur durch die Eingliederung der Arbeiterschaft zu bewahren blieb. Mit dem Wandel zur Massendemokratie aber kündigte sich die vierte Phase des Verhältnisses von Ökonomie und Politik an: der Übergang zum Prozeß der Verselbständigung des demokratischen Staates bei gleichzeitigem Versuch der ökonomisch Herrschenden, den Staat, dessen Eingriffe immer größere Reichweite bekommen, nicht ganz aus der Kontrolle zu verlieren.

b) Ökonomie und Politik in den westlichen  
Industriegesellschaften

Spätestens seit dem ersten Weltkrieg, besonders offensichtlich aber seit 1945 beginnt sich in den demokratisch verfassten kapitalistischen Gesellschaften die Tendenz zunehmender Verselbständigung und Emanzipation des Staates gegenüber dem Einfluß der Inhaber ökonomischer Verfügungsgewalt abzuzeichnen. Die Wurzeln dieses Prozesses reichen bis in die Anfänge der Industrialisierung zurück. Zunächst konnte sich in der frühkapitalistischen Gesellschaftsordnung ökonomische Macht nicht gegenüber der politischen Macht des Staates konsolidieren, da das weit gestreute Privateigentum eine "atomisierte Privatwirtschaft"<sup>32)</sup> konstituierte.

"Es gab den parlamentarisch organisierten politischen Faktor: bürgerliche Gesellschaft; es gab aber nicht den politischen Faktor: Einzelinteresse und Gruppeninteresse der Groß-Privatwirtschaft." <sup>33)</sup>

Mit entfalteter Industrialisierung aber konzentrierte sich aufgrund technischer Zwänge (Zwang zur Adaption an die entwickelten technischen Produktivkräfte) wie systemimmanenter

---

32) von Beckerath, H.: Politische und Wirtschaftsverfassung, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 56 (1932), 268.

33) Ebenda, 269.

Zwänge (Zwang zur Akkumulation) ökonomische Macht in privater Hand, die sich nun auch politisch gegenüber staatlicher Macht zu etablieren vermag.

"Es entsteht das anonyme großprivatwirtschaftliche Interesse, das ... wegen seiner Größe und Kraft sowohl zu einem Fremdkörper im ökonomischen Gleichgewichtssystem des Kapitalismus wie in der ihm entsprechenden politischen Verfassung wird." 34)

Das Anwachsen wirtschaftlicher Macht gibt vielfältige Möglichkeiten der politischen Einflußnahme über die nicht-öffentliche Finanzierung von Parteien, Verbänden und Presseorganen bis zur Zusammenarbeit mit der Ministerialbürokratie.

Damit stellte sich für die Demokratie eine grundsätzliche Frage: wie kann die Staatsmacht ihre politische Selbständigkeit gegen den Druck privater Wirtschaftsmacht<sup>35)</sup> und bei gleichzeitiger Verflechtung mit ihr<sup>36)</sup> behaupten?

Nun förderte gerade die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zum organisierten, sich von liberalen Elementen lösenden Kapitalismus selbst die Voraussetzungen für umfassende staatliche Eingriffe in den Ablauf materieller Reproduktion, die ehemals von diesen Interventionen abgeschirmt blieb. Diese Entwicklung führte zugleich zu größerer Eigenständigkeit des Staates. Der demokratische Staat aber bewahrte bis heute den Kapitalismus vor einer parlamentarisch beschlossenen wie vor einer revolutionären Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, indem durch staatliche Korrektive die Prognosen über die Verschärfung wirtschaftlicher und sozialer Krisen im Kapitalismus, die zu seinem schließlichen Zusammenbruch führen sollten, widerlegt wurden.

Die Geschichte des Kapitalismus im 19. und 20. Jahrhundert läßt sich durch verschiedene Wandlungen charakterisieren, die die Bedingungen für die enge Verflechtung mit staatlicher

---

34) von Beckerath, H.: Politische und Wirtschaftsverfassung, a.a.O., 269.

35) Vgl. Heller, H.: Staatslehre, a.a.O., 136.

36) Vgl. Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 90.

Aktivität zugleich schaffen wie erzwingen. Sie heben die Basis der bürgerlichen Gesellschaft, die Trennung von Staat und Gesellschaft auf; Staat und Gesellschaft schieben sich ineinander. Damit kann auch der traditionell autonome Bereich der bürgerlichen Gesellschaft, der Bereich der Arbeit und des Warenverkehrs, nicht mehr von politischen Entscheidungen unberührt bleiben<sup>37)</sup>.

Hervorgerufen wurden diese Veränderungen von der fortschreitenden Industrialisierung. Der Übergang zur Massenproduktion ließ Unternehmungen nur von einer bestimmten Betriebsgröße an rentabel sein. Technologische Zwänge aber konnten über die Kapitalkonzentration zugleich Marktmacht begründen: derjenige Unternehmer, dem es gelang, nicht nur die Unternehmung zu vergrößern, sondern zugleich die Marktstruktur in seinem Wirtschaftssektor durch die Ausschaltung von Konkurrenten zu seinen Gunsten zu verändern, brauchte die Preise nicht mehr als Datum vom Markt zu übernehmen, an die er sein Angebot je nach der Situation durch vermehrte beziehungsweise verringerte Produktion anzupassen hatte, sondern er konnte sie beeinflussen und als Monopolist selbst diktieren. Oligopolistische Tendenzen ergänzten die monopolistischen. Verstärkt und sanktioniert wurde die Machtzusammenballung am Markt durch steuerliche Vergünstigungen bestimmter Gesellschaftsformen, die die Kartellbildung zusätzlich förderten.

Der Prozeß der zunehmenden Konzentration des Kapitals ist ein doppelter: er besteht im Anwachsen der Produktions- und Geschäftseinheiten und in Zusammenschlüssen am Markt<sup>38)</sup>. Im Zuge der Transformation des liberalen in den organisierten Kapitalismus, der den Wettbewerb mehr und mehr durch monopolistische Beherrschung einzelner Märkte und durch oligo-

---

37) Vgl. Habermas, J.: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962.

38) Vgl. Hofmann, W.: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1962, 164f.

polistische Kooperation bei Preis- und Marktabsprachen verdrängte<sup>39)</sup>, mußten die Steuerungsmechanismen des freien Marktes, der Konkurrenz- wie der Preismechanismus, zerstört werden. Das brachte ein Moment der Instabilität in das System der kapitalistischen Ökonomie und erhöhte die Anfälligkeit für konjunkturelle und strukturelle Krisen.

Beides: die Konzentration ökonomischer Verfügungsmacht bei einzelnen wie das Ungleichgewicht des Marktes - Entwicklungen, die den harmonischen Ausgleich durch das freie Spiel der Kräfte immer unwahrscheinlicher werden lassen<sup>40)</sup> - verlangen nach Lösungen, die von einem Staat auf der Verfassungsbasis einer grundsätzlich nichtintervenierenden Demokratie nicht geleistet werden können.

Staatliche Mitsprache läßt sich daher durch Erfordernisse, die direkt aus der ökonomischen Entwicklung resultieren, rechtfertigen. Um "die Folgen der oligopolistisch verzerrten Marktwirtschaft zu korrigieren"<sup>41)</sup>, ist es zu regulierenden Eingriffen des Staates gekommen. Daneben fordern aber auch politische Notwendigkeiten staatliches Eingreifen heraus. Die Eigengesetzlichkeiten der Demokratie, vor allem die Egalisierung des Wahlrechts, haben die Grundlagen der liberalen Gesellschaft zu erschüttern begonnen.

---

39) "Das generelle Muster wird ... kaum berührt durch das Überleben einer Menge von Kleinen an abgelegenen Ort und außerhalb der Schlüsselindustrie. Sie sind jetzt nur noch Anhängsel der modernen Wirtschaftsgesellschaft, direkt oder indirekt abhängig von den großen Konzernen, toleriert in Geschäftszweigen ohne große Gewinnmöglichkeiten und durch ihre Isolierung ausgeschlossen von der Ausübung realer ökonomischer Macht. Die kontinuierliche und progressive Ersetzung der kleineren Einheit durch die größere war der typische Trend ökonomischer Organisation in unserer Zeit." Carr, E.H.: Die neue Gesellschaft. Aspekte der Massendemokratie, Frankfurt/M. 1968, 35.

40) Vgl. Marcuse, H.: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, a.a.O., 31; vgl. ebenso Fetscher, I.: Konkrete Demokratie - heute, in: Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, hg. v. P.v.Oertzen, Frankfurt/M. 1967, 380.

41) Ebenda, 381.

"Dieser Prozeß ist dadurch bedingt, daß durch den Liberalismus nicht nur das individualistisch denkende Bürgertum, sondern auch die Massen vor allem proletarischer Provenienz emanzipiert worden sind. Diese politisch befreiten Massen wenden sich heute gegen ihren eigenen Schöpfer, das Bürgertum, dessen Emanzipation sie nur als ein die eigene Freiheit bedingendes Moment anerkennen, und werden so zum Träger der gegen den Liberalismus selbst gerichteten Bewegung." 42)

Solange die ökonomisch und politisch Herrschenden in der bürgerlichen Gesellschaft ungestört miteinander paktierten, blieb der demokratische Prozeß eine Regierungsmethode; die gesellschaftlichen und politischen Zielsetzungen standen solange nicht zur Diskussion, als über sie im wesentlichen Einigkeit herrschte<sup>43)</sup>. Trotz der demokratischen Forderungen nach Freiheit und Gleichheit blieb ihre Realisierung doch ausschließlich an das Bürgertum gebunden.

"Die dauernde Begrenzung demokratischer Gleichheit auf die politische Sphäre, die Bewahrung der politischen 'Formal-demokratie' ist eben der materielle Gesellschaftszustand, den das liberale Bürgertum wünscht." 44)

Erst durch die Integration der Arbeiterklasse in das politische System durch die Gewährung des Wahlrechts und die Institutionalisierung ihrer Organisationen wird die Interessenidentität der politisch und ökonomisch Herrschenden tendenziell bedroht, da politische Entscheidungen jetzt die Interessen und Bedürfnisse der sich emanzipierenden Massen berücksichtigen, ja teilweise antizipieren müssen. Dieses Entgegenkommen soll die Arbeiterschaft beschwichtigen: es dient zugleich zu deren gesellschaftlicher Kontrolle und als Maßnahme, revolutionäre Akte zu verhindern. Bei weiter bestehendem Klassengegensatz, der aus der privaten Verfügung

---

42) Leibholz, G.: Die Auflösung der liberalen Demokratie in Deutschland und das autoritäre Staatsbild, München und Leipzig 1933, 50f.

43) Vgl. Geiger, T.: Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit, München 1963, 334f., 355f. Vgl. auch Strachey, J.: Kapitalismus heute und morgen, Düsseldorf 1957, 274.

44) Geiger, T.: Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit, a.a.O., 356.

über gesellschaftlich produzierten Reichtum resultiert, muß sich das Interesse an der Erhaltung des kapitalistischen Systems, Habermas zufolge, an der Loyalität der Massen orientieren<sup>45)</sup>. Um sich dieser Loyalität zu versichern, sind soziale Entschädigungen anzubieten.

"Das System des Spätkapitalismus ist durch eine, die Loyalität der lohnabhängigen Massen sichernden Entschädigungs-, und das heißt: Konfliktvermeidungspolitik so sehr definiert, daß der mit der privatwirtschaftlichen Kapitalverwertung nach wie vor in die Struktur der Gesellschaft eingebaute Konflikt derjenige ist, der mit der relativ größten Wahrscheinlichkeit latent bleibt." 46)

Die allgemeine politische Emanzipation bewirkte, daß die Gesellschaftsordnung, die lange als gegeben akzeptiert wurde, zum Gegenstand staatlicher Gestaltung avancierte<sup>47)</sup>. Indem der Staat sozialstaatliche Maßnahmen ergreift, die über seine traditionellen Ordnungs- und Schutzfunktionen hinausweisen, bestätigt er, daß gleiche soziale und ökonomische Rechte für die Vielen sich in der liberalen Gesellschaft keineswegs automatisch über den Markt eingestellt haben und daß soziale Reformen im Interesse der Systemstabilität nicht zu vermeiden waren.

Ohne fortgesetzte Mitsprache und Beteiligung staatlicher Organe<sup>48)</sup> läßt sich wirtschaftliche Stabilität - gleichmäßiges Wachstum, Vollbeschäftigung, ein stabiles Preisniveau, eine "gerechte" Einkommensverteilung, soziale Sicherheit, schließlich eine ausgeglichene Zahlungsbilanz - nicht mehr erreichen. Um solche wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen realisieren zu können, muß die staatliche Wirtschaftspolitik, da sie nicht gleichzeitig zu verwirklichen

---

45) Vgl. Habermas, J.: Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', Frankfurt/M. 1968, 76f.

46) Ebenda, 84.

47) Vgl. Abendroth, W.: Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: Sultan, H./Abendroth, W.: Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie, Hannover und Frankfurt/M. 1955, 84.

48) Vgl. Baran, P.A.: Unterdrückung und Fortschritt. Essays, Frankfurt/M. 1966, 132.

sind, Prioritäten setzen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik hat die Steuerung des wirtschaftlichen Kreislaufs und die Balancierung der Konjunktur übernommen, ferner die Finanzplanung, die Kontrolle von Kartellen und Monopolen, die Umverteilung des Sozialprodukts, die Förderung öffentlicher Investitionen auf dem Sozial- und Bildungssektor, die Lösung struktureller, vor allem vom technischen Fortschritt vorgegebener Probleme, den Ausbau eines sozialen Sicherungssystems mit einer Vielzahl von Dienstleistungen. Das sind insgesamt Aufgaben, die ein gewisses Maß an staatlicher Lenkung, an "gesellschaftlicher Ratio" erfordern, und denen man, da sie sich zwingend stellen, nicht mehr mit dem liberalen Postulat von der Beschränkung staatlicher Aktivität auf ein Minimum an Funktionen beikommen kann. Zudem verstärken sich mit dem technologischen Fortschritt plankapitalistische Tendenzen: in den Bereichen der Chemie, Elektronik, Rüstung und der Atomindustrie wird staatliche Beteiligung zunehmend unentbehrlicher<sup>49)</sup>. Die Instrumente der Prognose und Planifikation werden auch im staatlichen Auftrag entwickelt und verfeinert, und wenn sie zunächst auch vorwiegend als Orientierungshilfe für je verschiedene ökonomische und soziale Sektoren fungieren, so eignen sie sich ebenfalls für das Krisenmanagement, das an die Systemerhaltung fixiert ist. Dennoch ist der staatlich regulierte Kapitalismus nicht durch unmittelbare Lenkung und Planung aller wirtschaftlichen Prozesse charakterisiert. Vielmehr beeinflußt er sie über die Ausweitung der Staatsaufgaben vorwiegend mittelbar:

"mittels dieser Ausgaben wirkt er ein auf den Markt, auf die Produktionsmittel und die Investitionsgüter-Industrie." 50)

---

49) Vgl. Dossier 3: Konkrete Utopie. Zweiundsiebenzig Gedanken für die Zukunft, in: Kursbuch 14 (1968). Kritik der Zukunft, 142f.

50) Dobb, M.: Organisierter Kapitalismus. Fünf Beiträge zur politischen Ökonomie, Frankfurt/M. 1966, 159.

Aus allen diesen Tätigkeiten leitet sich heute die gewandelte Bedeutung des Staates ab, die tendenziell in einer größeren Eigenständigkeit und einer gewissen Autonomie gegenüber der Beeinflussung durch kapitalistische Interessen liegt. Die Chance der Emanzipation der politischen Macht wird um so größer, als der Staat möglicherweise die einzige Instanz darstellt, die eine das System erschütternde Krise abzuwenden vermöchte<sup>51)</sup>. Gerade die Übernahme der Verpflichtung, wirtschaftliches Wachstum und die allgemeine Prosperität zu fördern - die Tendenz der Ökonomisierung von Politik, so daß Politik die Ökonomie zum Instrument hat<sup>52)</sup> -, schützt den Staat, solange er an gesamtgesellschaftlichen Interessen sich zu orientieren mindestens versucht, vor seiner Usurpation durch eine einzelne mächtige Industriegruppe. Wieweit diese Funktionen den Staat zur Bewahrung und Stabilisierung des gesellschaftlichen status quo anhalten, wird dennoch vom Interessentendruck und den Einflüssen, denen er ausgesetzt ist, abhängen.

Der Prozeß der tendenziellen Verselbständigung des Staates, "die historische Verschiebung im Verhältnis von Politik und Ökonomie"<sup>53)</sup>, wird vom höheren Entwicklungsstand der technischen Produktivkräfte mit bestimmt<sup>54)</sup>. Auf der Stufe fort-

---

51) Franz Neumann hat in seinem Aufsatz "Ökonomie und Politik im zwanzigsten Jahrhundert" (in: ders.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 248ff.) darauf verwiesen, daß eine Wirtschaftskrise keineswegs den Zusammenbruch des politischen Systems nach sich zu ziehen brauche. Politische Auswirkungen könnten von der herrschenden Klasse durchaus verhindert werden (vgl. ebenda, 259). Zwar bezieht sich Neumann damit auf die Annahme, totalitäre Herrschaftsformen könnten aufgrund eines Zusammenbruchs des Wirtschaftssystems politisch gestürzt werden. Dennoch bezeichnet er damit eine Tendenz, die auch für die Demokratie gilt, insofern er den Vorrang der Politik gegenüber der Ökonomie für je verschiedene politische Systeme und historische Konstellationen behauptet.

52) Vgl. Habermas, J.: Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, in: ders./v. Friedeburg, L. u.a.: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961, 50.

53) Ebenda, 50.

54) Ebenda, 50.

geschrittener Technologie sind dem Staat außer den traditionellen Repressionsmöglichkeiten durch Polizei und Militär zusätzliche Machtmittel gegeben: die Chance der Manipulation und Indoktrination, die ihm vermehrte Unabhängigkeit sichern<sup>55)</sup>. Vollends durchsichtig wird dieser Zusammenhang allerdings erst in totalitären Staaten, in denen, Franz Neumann zufolge, politische Macht sich von ihrer ökonomischen Wurzel löst und selbst zur Basis des Erwerbs ökonomischer Macht wird<sup>56)</sup>.

Die potentielle Hegemonie politischer Macht gegenüber wirtschaftlicher bedeutet noch keine Umkehrung ihres Verhältnisses im fortgeschrittenen Kapitalismus. So wenig die Politik im Liberalismus ausschließlich bloßer Reflex der Ökonomie war, so wenig ist die Ökonomie heute bloßer Reflex der Politik. Es gibt fraglos heute wie damals

"keine ausschließlich ökonomische Macht und kein 'rein' oder ausschließlich politisches Handeln. Die Wirtschaft ist ebenso ein Instrument der Politik wie die Politik ein Werkzeug der Wirtschaft." 57)

Der Einfluß wirtschaftlicher Gruppen auf den Staat bleibt bestehen. Diese vertreten nicht nur kapitalistische Interessen, da heute keineswegs nur die Disposition über die Produktionsmittel ökonomische Macht verleiht, sondern ebenso der Zusammenschluß in Organisationen wie beispielsweise in Gewerkschaften oder dem Bauernverband. Daher läßt sich - allem Anschein nach - nicht so sehr ein Primat der Politik als vielmehr ein stärkeres gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis beobachten, wobei die wechselseitige Abhängigkeit<sup>58)</sup>,

---

55) Vgl. Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 257.

56) Vgl. ebenda, 92.

57) Ebenda, 91.

58) "Seitdem sich die freie Konkurrenzwirtschaft in eine organisierte verwandelt, die klassische parlamentarische Demokratie die Gestalt einer parteienstaatlichen Massendemokratie angenommen hat, seit, kurzum, die Sphäre der Gesellschaft und des Staates in hohem Maße sich durchdringen, gewinnt Politik an Gewicht, und die Abhängigkeit wird eher wechselseitig." Habermas, J.: Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, a.a.O., 50f.

die auch den Liberalismus kennzeichnete, heute den Staat tendenziell einen größeren, vom Diktat partikularer Interessen unabhängigeren Entscheidungsspielraum reserviert. Wieweit der demokratische Staat allerdings diesen Spielraum auch faktisch wahrzunehmen in der Lage ist, kann nur eine eingehende Analyse, die zugleich empirisch fundiert sein müßte, an konkreten Beispielen nachweisen.

Vorerst bleibt ungeklärt, warum der Staat, wenn er sich tatsächlich von kapitalistischen Einflüssen weiter als der liberale Staat jemals zuvor emanzipiert hätte, so wenig unternahm, um einen qualitativen Wandel der etablierten Sozialstruktur herbeizuführen. Eher noch ermöglicht der demokratische Staat durch Interventionen die weitere privatwirtschaftliche Reproduktion der Gesellschaft:

"teils kommen die Interventionen den Interessen der ökonomisch Schwächeren entgegen, teils dienen sie auch deren Abwehr. Im allgemeinen stehen die staatlichen Eingriffe, auch wo sie durch Druck 'von unten' gegen 'herrschende' Interessen erzwungen worden sind, im Interesse der Erhaltung eines Systemgleichgewichts, das über den freien Markt nicht mehr gesichert wäre." 59)

Und Strachey konstatiert,

"daß es gerade der Kampf der demokratischen Kräfte gegen den Kapitalismus war, der dem System das Fortbestehen ermöglichte." 60)

Eine Erklärung für die Fixierung des Staates an die Erhaltung des kapitalistischen Systems liefert die Ansicht Kirchheimers, wonach die private Verfügung über die Produktionsmittel und deren Konsequenzen restriktive Bedingungen für staatliches politisches Handeln abgeben<sup>61)</sup>. Auf diese Bestimmung Kirchheimers hat ein Autorenkollektiv auf dem

---

59) Habermas, J.: Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, a.a.O., 42.

60) Strachey, J.: Kapitalismus heute und morgen, a.a.O., 154.

61) Vgl. Kirchheimer, O.: Restriktive Bedingungen und revolutionäre Durchbrüche, in: ders.: Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat, Frankfurt/M. 1967, 30ff.

16. Deutschen Soziologentag 1968 wieder aufmerksam gemacht<sup>62)</sup>. Danach ist die Politik des demokratischen Staates nicht nach Art einer Überbau-Unterbau-Vorstellung ökonomisch determiniert. Indem sie jedoch die private Verwertung des Kapitals zu tolerieren und zu verbürgen hat, kann sie sich gegenüber kapitalistischen Einflüssen keineswegs vollständig ver-selbständigen. Der Staat kann seinen größeren Spielraum zwar für Reformen nutzen: jede Reformpolitik stößt indessen an vom kapitalistischen System her definierte Grenzen. Solange Sozialreformen sich an der Integration der Massen qua höheren Lebensstandard und sozialer Sicherheit orientieren, können sie vom Staat aufgrund seiner tendenziellen Emanzipation selbst bei fehlender Einsicht der ökonomisch Fungierenden durchgesetzt werden, wenn sie sich für die Stabilität des Systems nutzen lassen.

Der Einfluß ökonomischer Machtgruppen und ihrer kapitalistischen Interessen scheint so beträchtlich, daß der demokratische Staat dem Druck der ökonomisch Herrschenden ungleich stärker ausgesetzt ist, als er es dem Druck anderer organisierter Interessen ist. Denn weil staatliche Eingriffe große Reichweite haben, versuchen die herrschenden ökonomischen Gruppen die eigene Macht gegen die politische Aktivität des Staates auszuspielen und sie einzudämmen<sup>63)</sup>.

"Jedenfalls bleibt diese spätkapitalistische Großwirtschaft darauf angewiesen, wegen der parallel zu ihrem Aufstieg ständig wachsenden Verflechtung mit der öffentlichen Hand, wegen ihrer Abhängigkeit von den Dispositionen eines Staates, der einen ständig wachsenden Teil des Sozialprodukts für sich in Anspruch nehmen muß, auf die Entscheidungen des Staates in stärkstem Maße Einfluß zu nehmen." 64)

Die Oligarchien der Wirtschaft und Finanz können gegenüber dem Staat nicht gleichgültig sein<sup>65)</sup>.

---

62) Vgl. Bergmann, J., Brandt, G., Körber, K., Mohl, E.T., Offe, C.: Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung, in: Adorno, Th.W. (Hg.): Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages, Stuttgart 1969, 69. Vgl. auch Habermas, J.: Technik und Wissenschaft als 'Ideologie', a.a.O., 48ff.

63) Vgl. Baran, P.A.: Unterdrückung und Fortschritt. Essays, a.a.O., 134.

64) Abendroth, W.: Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1965, 66.

65) Vgl. Perroux, F.: Feindliche Koexistenz?, Stuttgart 1961, 111.

Vor dem Versuch, den sich emanzipierenden Staat wieder unter die Kontrolle der ökonomisch Fungierenden zu bekommen, warnte Hermann Heller in den dreißiger Jahren und warnte in seiner Nachfolge heute Abendroth, Habermas und Strachey. Der autoritäre Umschlag der politischen Demokratie drohe, wenn die ökonomisch Herrschenden befürchten müßten, daß die Institutionen der Demokratie die bestehende gesellschaftliche Machtstruktur politisch nicht mehr zu reproduzieren vermöchten, und zwar dann, wenn die ökonomisch Abhängigen versuchen sollten, ihre politisch garantierten Freiheits- und Gleichheitsrechte für die Veränderung ihrer ökonomischen Situation, vorab in Richtung auf eine Demokratisierung der Wirtschaftsstruktur einzusetzen. Heller stellte fest<sup>66)</sup>, daß die politische Einflußnahme der Wirtschaftsleiter doch nicht entfernt an ihre ökonomische Macht heranreiche, obwohl sie die öffentliche Meinung durch den Einsatz finanzieller Mittel zu dirigieren vermöchten und die Staatsmacht zugleich durch ihre Kapitalkraft und ihre internationalen Beziehungen beeinflussen könnten. Die Trennung ökonomischer und politischer Verfügung erzeuge einen Spannungszustand. Die Massen wollten auch die Wirtschaft ihrer politischen Entscheidung unterstellen und besäßen in der Gesetzgebung die legale Handhabe. Die **Unternehmensleiter** aber wehrten den demokratischen Einfluß in der Wirtschaft ab.

"Auf die Dauer genügen die indirekten und anonymen politischen Einflüsse den Wirtschaftsleitern nicht. Sind sie doch ständig in ihrer Wirkung bedroht durch die Dispositionen des demokratisch kontrollierten Gesetzgebers. Dieses Auseinanderklaffen von politischer und gesellschaftlich-wirtschaftlicher Macht ist ein Zustand, dem Dauer nicht beschieden sein kann. Entweder muß die Staatsgewalt durch eine eigene ökonomische Machtfundierung die Möglichkeit bekommen, sich gegenüber den privaten Wirtschaftseinflüssen politisch zu verselbständigen, oder der Kampf der Wirtschaftsleiter muß den wenigstens vorläufigen Erfolg haben, daß sie die demokratische Gesetzgebung zu ihren Gunsten beseitigen." 67)

---

66) Vgl. Heller, H.: Staatslehre, a.a.O., 137.

67) Ebenda, 138.

Sobald also die politische Demokratie zum Instrument der Aufhebung undemokratischer Vorrechte derjenigen, die über fremde Arbeitskraft verfügen, zu werden drohe, stehe ihr die Abschaffung potentiell bevor<sup>68)</sup>. Diese Gefahr ließe sich nur zurückweisen, wenn sich die Demokratie, die als liberaler Rechtsstaat verfasst sei, sich von dessen Voraussetzungen aber weitgehend gelöst habe, zum sozialen Rechtsstaat, zur sozialen Demokratie weiterentwickle<sup>69)</sup>.

Den Trend einer solchen Weiterentwicklung konstatiert Strachey. Die Demokratie könne den Wandel des Kapitalismus auf eine sozialistische Wirtschaftsordnung hin fördern, da der Staatsapparat der demokratischen Kontrolle der Vielen unterliege. Indes sieht Strachey auch, daß dieser Prozeß nicht spannungslos verläuft, da die Dirigenten des kapitalistischen Prozesses aufgrund der gewaltigen Machtkonzentration in privater Hand sich dieser Entwicklung nicht kampflos unterwerfen werden. Die konträren Tendenzen der zunehmenden Konzentration in der Ökonomie und der Machtverteilung als Prinzip der Demokratie spitzten sich auf eine Alternative zu:

"Entweder wird die Demokratie auf den Kapitalismus eindringen, bis auch dessen letzte Phase abgeschlossen ist, oder aber der Kapitalismus treibt die Demokratie in die Enge, bis diese junge, verwundbare und experimentelle Regierungsform das Feld räumt." 70)

---

68) Vgl. Abendroth, W.: Staatsverfassung und Betriebsverfassung, in: Sultan, H./Abendroth, W.: Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie, a.a.O., 106.

69) Vgl. Habermas, J.: Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, a.a.O., 17, 43.

70) Strachey, J.: Kapitalismus heute und morgen, a.a.O., 252.

## Kap.II: Methodische Überlegungen zur Analyse des Neoliberalismus

### a) Aspekte der Fragestellung

Die historischen Veränderungen im Verhältnis von Ökonomie und Politik lassen sich unter zwei theoretischen Aspekten analysieren: unter dem der Systemadäquanz der politischen und der ökonomischen Verfassung einerseits und dem der Beziehungen zwischen politischer und ökonomischer Macht andererseits. Beide Fragestellungen sind eng miteinander verknüpft, da die bestehenden Reproduktionsformen der Vergesellschaftung nicht isoliert von den menschlichen Interessen betrachtet werden können<sup>1)</sup>.

Über das Verhältnis ökonomischer Macht - der Verfügung über die Produktionsmittel - zur politischen Macht - der Verfügung über die staatlichen Zwangsmittel - sowie über die Formen der Umsetzung wirtschaftlicher in politische Macht ist eine allgemeine, abstrakte Aussage kaum möglich<sup>2)</sup>. Ob die Politik bloßer Reflex der Ökonomie ist (Hegemonie der Ökonomie und Determination der Politik durch die Ökonomie); ob sich das politische Handeln des Staates vom Diktat ökonomischer Interessen emanzipiert und auf den Wirtschaftsablauf gestaltenden und lenkenden Einfluß ausübt (Hegemonie der Politik und überwiegende Determination der Ökonomie durch die Politik); oder ob sich beide Bereiche neutral verhalten und gegenseitig ihre Entscheidungen tolerieren; schließlich ob sie sich durch personelle Verflechtung und Interessenidentität bestimmen lassen - diese verschiedenen Machtbeziehungen ließen sich erst durch eine historisch-empirische Analyse systematisieren, die konkrete

- 
- 1) Vgl. Tjaden, K.H.: Politische Bildung als Affirmation und Kritik. Zur soziologischen Bestimmung ihres Begriffs, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 8 (1966), 384.
  - 2) Vgl. Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Studienausgabe in zwei Bänden hg. von Johannes Winckelmann, Köln-Berlin 1964, Bd.I, 259 (im folgenden zitiert: Wirtschaft und Gesellschaft).

Einflußnahmen über die allgemeine Feststellung hinaus, daß ökonomische und politische Macht in enger Wechselbeziehung stehen, ausmachen könnte. Ihr Verhältnis ist nicht isoliert von einem Kontext von Faktoren zu begreifen, der je nach der historischen Konstellation variiert. Solche Faktoren wären heute etwa: der Grad der Industrialisierung und der wirtschaftlichen Konzentration, die Prinzipien der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Stärke der Tarifpartner, die Verbreitung pluralistischer Herrschaftsmuster, die Parteien- und Verbandsstruktur, das Klassensystem. Betrachtet man die Wirtschafts- und Sozialgeschichte westlicher Gesellschaften seit dem Feudalismus, so lassen sich, wie eingangs ausgeführt, vier Phasen von Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik nachweisen:

Im Feudalismus bestand eine institutionelle Identität der Träger politischer und ökonomischer Herrschaftsbefugnisse. Diese wurde mit dem Aufkommen des Bürgertums, das die gewerbliche ökonomische Reproduktion dirigierte, aber von der politischen Teilhabe ausgeschlossen blieb, durch die Trennung von Staat und Gesellschaft abgelöst. Im Liberalismus bestand eine Interessenidentität der politisch und ökonomisch Herrschenden, die heute durch eine tendenzielle Emanzipation und Verselbständigung staatlicher Macht gegenüber ökonomischer Macht verdrängt wird.

Dagegen lassen sich über den Grad der Adäquanz oder Nichtadäquanz bestimmter Strukturformen politischen Handelns mit bestimmten Wirtschaftsformen eher allgemeine Aussagen formulieren<sup>3)</sup>. Eine solche Untersuchung der Konformität

---

3) Vgl. Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft, a.a.O., 259.

der politischen und der ökonomischen Verfassung<sup>4)</sup> kann an deren Strukturelemente anknüpfen. Einen Versuch dieser Art, die Identität der Strukturformen des modernen bürokratischen Staates, des Typus' legaler Herrschaft, mit dem Kapitalismus nachzuweisen, dessen Entfaltung den "rationalen" Rechtsstaat zur Voraussetzung hat, hat bekanntlich Max Weber unternommen.

Freilich stoßen Aussagen über den Grad der Systemadäquanz auf besondere Schwierigkeiten. Einmal verändert sich die Beurteilung der Systemadäquanz mit den Prämissen und Implikationen ihrer Interpretation. Die verschiedene Perspektive läßt sich an zwei entgegengesetzten Thesen verdeutlichen: politische Demokratie sei nur mit dem Kapitalismus vereinbar; die Demokratie könne nur überleben, wenn alle gesell-

---

4) Unter dem Begriff der ökonomischen Verfassung einer Gesellschaft wird hier nicht ein juristischer Begriff der Wirtschaftsverfassung verstanden, wie ihn zum Beispiel Franz Neumann als "einer systematischen Ordnung der staatlichen Intervention" in die Wirtschaftsfreiheit und den Wirtschaftsablauf geprägt hat (vgl. Neumann, F.: Über die Voraussetzungen und den Rechtsbegriff einer Wirtschaftsverfassung, in: Die Arbeit 8 (1931), 593). Neumann zufolge (vgl. zum folgenden ebenda, 588ff.) gab es im Liberalismus keine Wirtschaftsverfassung, da der Staat nur den sich selbststeuernden Wirtschaftsablauf garantierte. Sobald aber Oligopole und Monopole die Organisation der Wirtschaft bestimmten, hebe sich das Rechtssubstrat der liberalen Ökonomie - die Markt- und Gewerbefreiheit - auf, und damit könne dem Insistieren der wirtschaftenden Subjekte auf Abgrenzung einer dispositionsfreien Sphäre nicht länger stattgegeben werden. Jetzt beginne ein Normensystem die staatliche und gesellschaftliche Intervention in die Wirtschaftsfreiheit zu regeln, das eine Wirtschaftsverfassung konstituiere. Demgegenüber soll hier unter der ökonomischen Verfassung der Gesellschaft der Bereich der gesellschaftlichen Warenproduktion und Distribution, die Produktionsverhältnisse und die sie regelnden Institute des Rechts: die Besitz-, Vertrags- und Arbeitsordnung, verstanden werden (vgl. v. Beckerath, H.: Politische und Wirtschaftsverfassung, a.a.O., 258), unabhängig davon, ob der Staat den Wirtschaftsablauf und die ihn begleitenden Prozesse lediglich durch Rechtsetzung garantiert oder lenkend und gestaltend interveniert.

schaftlichen Bereiche einschließlich der Produktionsverhältnisse "demokratisiert" würden. Diese widersprüchlichen Interpretationen und Prognosen basieren auf unterschiedlichen Demokratiebegriffen. Eine Theorie, der der Begriff gesellschaftlicher Demokratie zugrundeliegt, die also Demokratie nicht auf eine Organisationsform politischen Zusammenlebens beschränkt wissen will, sondern sie als rationale Selbstbestimmung des Menschen in Gesellschaft und Wirtschaft definiert<sup>5)</sup> -

"Demokratie ist ihrem Wesen nach gemeinsame Selbstbestimmung vergesellschafteter Menschen" 6) -,

kommt unstreitig bei der Beurteilung der Systemadäquanz und ihrer politisch-gesellschaftlichen Konsequenzen zu anderen Ergebnissen als eine Theorie, die sich allein auf einen Begriff politischer Demokratie stützt, der zwar formale Bestimmungen der Herrschaftslegitimation und -ausübung fixiert, Demokratie aber nicht als gesellschaftliches Ziel begreift.

Zum anderen wandeln sich die historischen Manifestationen politischer und wirtschaftlicher Systeme, so daß die Systemadäquanz selbst verschiedene geschichtliche Dimensionen aufweist. So läßt sich ohne Einschränkungen die Zusammengehörigkeit von Demokratie und Kapitalismus im Zeitablauf keineswegs behaupten. Die liberale Demokratie und das frühe Stadium des Kapitalismus entstanden in England zwar historisch gleichzeitig und in ursächlichem Zusammenhang<sup>7)</sup>. Diese Parallelität der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung legt, gerade weil sie nicht zufällig war, eine Kausa-

---

5) Vgl. Agartz, V.: Zur Situation der Gewerkschaften im liberal-kapitalistischen Staat, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3 (1952), 466.

6) Abendroth, W.: Staatsverfassung und Betriebsverfassung, a.a.O., 105.

7) Vgl. Schumpeter, J.A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2.A., Bern 1950, 471. Vgl. ebenso Macpherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie, Frankfurt/M. 1967, 11.

lität nahe<sup>8)</sup>, die jedoch unter veränderten gesellschaftlichen Konstellationen erst wieder nachgewiesen werden müßte. Da sich Kapitalismus und Demokratie gegenüber ihrer frühen liberalen Phase entscheidend wandelten, müssen die Beziehungen zwischen der politischen Struktur einerseits, der Sozial- und Wirtschaftsstruktur andererseits unter den Bedingungen des organisierten und staatlich "regulierten" Kapitalismus und sozialstaatlicher Interventionen neu durchdacht werden.

In der modernen Demokratieforschung sind bislang Untersuchungen über die langfristigen Konsequenzen der historischen Verschiebung im Verhältnis von Politik und Ökonomie für die Demokratie noch rar. Solche Untersuchungen wären aber um so notwendiger, je mehr Gültigkeit jener Theorie zuerkannt wird, die die Gefahr einer Transformation der Demokratie in einen autoritären Staat behauptet. Aus dieser Befürchtung heraus stellt sich die Frage nach den Voraussetzungen, unter denen die Demokratie gesichert bleibt. Soziologische Untersuchungen der Überlebenschancen der Demokratie richten sich vorab auf die Klärung des Einflusses der Massengesellschaft, der Bürokratisierung und der fortschreitenden Verwissenschaftlichung und Technisierung; die ökonomische Reproduktion und ihre Folgen für das Gemeinwesen bleiben dagegen weitgehend unberücksichtigt. Die Abstinenz von der Erklärung der Demokratie auch aus ihren ökonomischen Voraussetzungen wird teilweise damit legitimiert, daß es gelungen sei, die Masse der ökonomisch Abhängigen in die bestehende Sozialordnung zu integrieren. Damit sei das grundlegende Problem der industriellen Revolution gelöst<sup>9)</sup>. Diese Integration, die durch das Recht auf politische Teilhabe wie durch die Sicherung einer ausreichenden materiellen Existenz herbeigeführt worden sei, erlaube es dem Proletariat, das

---

8) Vgl. Weber-Schäfer, P.: "Sozial" und "rational". Anmerkungen zur Demokratiediskussion, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte 7 (1968), 30.

9) Vgl. Lipset, S.M.: Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, 89.

herrschende gesellschaftliche System nicht länger infragezustellen und sich schließlich mit ihm auszusöhnen. Die Sozialisten seien in ihren Forderungen heute gemäßigt, die Konservativen akzeptierten den Wohlfahrtsstaat<sup>10)</sup>.

Die ideologische Mäßigung der links- wie der rechtsstehenden Parteien erklärt sich nach Lipset primär aus dem ökonomischen Aufschwung, den die westlichen Industriestaaten genommen haben. Zwischen wirtschaftlicher Stabilität, materiellem Lebensniveau und der Verankerung demokratischer Strukturen bestehe eine positive Korrelation.

"Je wohlhabender ein Volk, desto größer die Aussicht, daß es eine Demokratie entfalten wird." 11)

Fraglos sind der Grad der Anfälligkeit für Wirtschaftskrisen und die Verbreitung eines die Vielen vor unmittelbarer Not sichernden Wohlstands ein Indiz auch für die politische Stabilität eines Landes. Ebenso richtig sind Feststellungen, daß erst die Gewährleistung einer gesicherten materiellen Existenz die Voraussetzung der subjektiven Autonomie und Mündigkeit des Staatsbürgers schafft, auf die selbst der formalste Demokratiebegriff hinzielt. Doch reichen solche Aussagen, weil sie zu allgemein sind, für die Bestimmung der wirtschaftlichen Bedingungen einer funktionierenden Demokratie nicht aus. Ökonomische Stabilität erleichtert das Funktionieren jedes politischen, nicht nur des demokratischen Systems, wenn auch offen repressive Regierungen von Krisen nicht im gleichen Ausmaß erschüttert zu werden brauchen. Die Stillegung des Klassenkonfliktes und größerer Wohlstand können kaum als Alibi dafür dienen, daß die "ökonomische Frage" der demokratischen Verfassung zu den Akten gelegt wird.

Der Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist die Frage nach den ökonomischen Voraussetzungen der Demokratie. Im Bereich

---

10) Vgl. Lipset, S.M.: Soziologie der Demokratie, a.a.O., 89.

11) Ebenda, 42.

der Nationalökonomie gibt es unter den Vertretern des Neoliberalismus eine Theorie, die die Zusammenhänge zwischen politischen und ökonomischen Systemen, zwischen Staats- und Wirtschaftsordnungen analysiert. Diese Theorie ist Gegenstand der Arbeit.

Damit lassen sich zwei Intentionen verknüpfen:

1. Der Neoliberalismus gibt eine Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Ökonomie. Er behauptet eine Interdependenz zwischen Demokratie und Marktwirtschaft einerseits, Diktatur und Planwirtschaft andererseits. Objekt der Untersuchung soll indes allein jener Teil der neoliberalen Theorie sein, der das Funktionieren der Demokratie an die Marktwirtschaft bindet und gleichzeitig politische Voraussetzungen der Marktwirtschaft als demokratisch-rechtsstaatliche bestimmt. Obwohl freilich auch Hinweise und Erläuterungen zur Konformitätsthese von Diktatur und Planwirtschaft nicht völlig fehlen, steht entsprechend den historischen und theoretischen Ausgangsüberlegungen die Systemadäquanz von Demokratie und Marktwirtschaft im Mittelpunkt. Das Ergebnis der Analyse des Neoliberalismus soll daraufhin geprüft werden, ob mit der von der neoliberalen Theorie vertretenen Ansicht einer interdependenten Beziehung zwischen Demokratie und Marktwirtschaft die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus geklärt werden kann.

2. Mit der neoliberalen Theorie wird zugleich ein Denken analysiert, das keinen geringen politischen Einfluß auf die Entwicklung Westdeutschlands genommen hat. Die Synthese ökonomischer Theoreme und gesellschaftspolitischer Ordnungsvorstellungen dient nicht nur der Rechtfertigung der "freiheitlichen Gesellschaftsordnung" des Westens, sondern gleichzeitig der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Die Intention der Arbeit ist es also auch, ein Element "westlichen" Selbstverständnisses und seine gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen zu untersuchen.

### Exkurs: Entstehung und Entwicklung des neoliberalen Denkens

Die Veränderungen in der bürgerlichen Gesellschaft, vor allem die Störung des Wettbewerbs durch Unternehmenszusammenschlüsse und die staatliche Einmischung in ehemals geschützte gesellschaftliche Reservate, mußte auch die liberale Theorie reflektieren. Die Konfrontation mit der Praxis staatlicher Interventionen seit dem 1. Weltkrieg und die Erfahrungen mit der die kapitalistischen Länder erschütternden großen Depression machten eine Neuformulierung der liberalen Theorie notwendig. Dieser Umstand ergab sich für die liberalen Theoretiker zusätzlich durch die Herausforderung, die der Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft in der UdSSR bedeutete<sup>12)</sup>.

Im September 1932 plädierte Alexander Rüstow in seinem Diskussionsbeitrag über "Die staatspolitischen Voraus-

- 
- 12) Was diese Herausforderung für die liberale Theorie bedeutete, läßt sich an den Versuchen ablesen, die unternommen wurden, die Unmöglichkeit einer rationellen Wirtschaftsrechnung im Sozialismus nachzuweisen. Diese Kontroverse führten liberale und sozialistische Ökonomen (Mises, Hayek, Robbins, Barone, Oskar Lange, H.D. Dickinson).

Bei Altwater sind drei Phasen dieser Auseinandersetzung notiert:

1. zunächst habe die liberale Sozialismuskritik behauptet, die rationale Allokation der Produktionsfaktoren, die Wirtschaftsrechnung, sei im Sozialismus a priori unmöglich, weil es keine Marktpreise als Bewertungsgrundlage gebe;
2. als konzediert werden mußte, daß theoretisch eine Wirtschaftsrechnung durchaus durchzuführen sei, wurde behauptet, daß sie in anbetracht der Unzahl zu lösender Probleme auf die Dauer in der Praxis nicht funktioniere und den Zusammenbruch des planwirtschaftlichen Systems nach sich ziehen werde;
3. als man schließlich den Aufstieg Sowjetrußlands zur prosperierenden Industrienation nicht länger leugnen konnte, behauptete man, daß die Planwirtschaft Individualität, Initiative und Freiheit mit Zwang und Terror unterdrücke und konsequent auf den "Weg in die Knechtschaft" (Hayek) führe. (Vgl. Altwater, E.: Rationalisierung und Demokratisierung - Zu einigen Problemen der neuen ökonomischen Systeme im Sozialismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 8 (1966), 268).

setzungen des wirtschaftlichen Liberalismus" auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik für ein neues Selbstverständnis der Liberalen<sup>13)</sup>. Im gleichen Jahr publizierte Walter Eucken, das spätere Haupt der Freiburger Schule, einen Aufsatz über "Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus"<sup>14)</sup>. Beide Bestandsaufnahmen markierten den Auftakt zu einer Neuorientierung der liberalen Theorie.

Beide Autoren machen auf die Gefahren eines Staatszerfalls aufmerksam, der sich durch die Wandlung zum "Wirtschaftsstaat"<sup>15)</sup>, durch die Fusion von Staat und Wirtschaft ankündige. Indem der Staat dem Druck von Interessengruppen nachgebe und deren Forderungen erfülle, verliere er seine Selbständigkeit und zerstöre zudem die Mechanismen der Marktwirtschaft durch planlose und systemwidrige Interventionen. Um wieder zum Garanten der kapitalistischen Wirtschaft zu werden, müsse sich der Staat aus der Verflechtung mit gesellschaftlichen Interessen befreien. Anders als im klassischen Liberalismus, als der Staat sich aus den wirtschaftlichen Prozessen herausgehalten, anders auch als in der Folgezeit, als der Staat ohne einheitliches wirtschaftspolitisches Konzept dem Einfluß der Interessengruppen nachgebend systemlos interveniert habe, sollte der Staat einen "liberalen Interventionismus" betreiben: in Richtung der Marktgesetze, "zur Beschleunigung des natürlichen Ablaufs"<sup>16)</sup>. Dazu wird der starke Staat gefordert. Das neue liberale Credo umriß Rüstow auf jener Tagung des Vereins für Sozialpolitik:

---

13) Vgl. Rüstow, A.: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus. Diskussionsrede bei den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Dresden 1932 über "Deutschland und die Weltkrise", in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 187, München-Leipzig 1932, 62 - 69.

14) Vgl. Eucken, W.: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv 36 (1932 II), 297 - 321.

15) Ebenda, 303.

16) Rüstow, A.: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus, a.a.O., 64f.

"Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört. Und mit diesem Bekenntnis zum starken Staat im Interesse liberaler Wirtschaftspolitik und zu liberaler Wirtschaftspolitik im Interesse eines starken Staates - denn das bedingt sich gegenseitig -, mit diesem Bekenntnis lassen Sie mich schließen." 17)

Spezifisches Kennzeichen der Modifikation der liberalen Theorie ist die aktivere Rolle, die dem Staat hier bei der Verteidigung kapitalistischer Prinzipien im Gegensatz zu einer angeblich unverbindlichen Laissez-faire-Politik zuerkannt wird.

1938 wurde auf einer Konferenz in Paris unter dem Vorsitz des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann, an der verschiedene Repräsentanten der sich neu formierenden liberalen Bewegung teilnahmen, der Name "Neoliberalismus" geprägt,

"was in Röpkes Augen 'immer das am wenigsten glückliche Ergebnis der Konferenz gewesen ist'." 18)

Das Etikett "Neoliberalismus", das der neuen liberalen Theorie seither anhaftet, ist wiederholt von ihren Vertretern zurückgewiesen worden<sup>19)</sup>. Obwohl von neoliberaler Seite selbst verschiedentlich andere Bezeichnungen vorgeschlagen wurden, setzte sich die Vokabel in der wissenschaftlichen und tagespolitischen Diskussion durch. Aus diesem Grunde soll der Terminus hier auch verwendet werden, zumal sich die untersuchten Theoretiker vom Inhalt der unter diesem Begriff subsumierten Theorie bei allen Abweichungen

- 
- 17) Rüstow, A.: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus, a.a.O., 69.  
18) Eisermann, G.: Alexander Rüstow. Persönlichkeit und Werk, in: Wirtschaftsordnung und Menschenbild. Geburtstagsgabe für Alexander Rüstow, Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 4, Köln 1960, 149.  
19) So wandte sich zum Beispiel Walter Eucken gegen eine Etikettierung und Abqualifikation anstelle der Auseinandersetzung mit den neoliberalen Argumenten und Vorstellungen. (In: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 3.A., Tübingen-Zürich 1960, 374f. - Im folgenden zitiert: Wirtschaftspolitik).

in Einzelfragen grundsätzlich nicht distanzieren. Indes soll auf die anderen Bezeichnungen kurz hingewiesen werden, da sie Programm und Intention genauer als der Begriff "Neoliberalismus" spiegeln.

Wilhelm Röpke schlägt mehrere neue Begriffe vor: er spricht von einem Kreis "liberaler Revisionisten", deren Programm ein "konstruktiver" oder "revisionistischer Liberalismus", ein "ökonomischer Humanismus" sei<sup>20)</sup>. Der "Überwindung der unfruchtbaren Alternative zwischen laissez-faire und Kollektivismus" entspricht sein Vorschlag vom "Dritten Weg"<sup>21)</sup>. In der Bezeichnung "Dezentralismus" beziehungsweise "Dezentrismus"<sup>22)</sup> anstelle Liberalismus wiederum dokumentiert sich das gesellschaftspolitische Programm Röpkes, das die Ersetzung der von Großorganisationen bestimmten und nivellierten Massengesellschaft durch die in kleine überschaubare Einheiten gegliederte Gesellschaft mit föderaler Selbstverwaltung vorsieht. Zugleich zeigen sich "religiös-konservative Strömungen"<sup>23)</sup>, die Vorstellung von einer "natürlichen Ordnung", die sich durch der "Natur des Menschen" gemäße Produktions- und Existenzformen auszeichne<sup>24)</sup>. Röpkes Position wird als Neuhumanismus bestimmt, der die dritte Phase des Liberalismus nach Paläoliberalismus und Neoliberalismus einleite<sup>25)</sup>.

Hayek lehnt die Vokabel "liberal" ab, weil sie vor allem in den USA, wo er lange lebte, zu Mißverständnissen führe - bekanntlich sind liberale Ansichten in Amerika eher mit

---

20) Vgl. Röpke, W.: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 4. A., Erlenbach-Zürich 1942, 43 (im folgenden zitiert: Gesellschaftskrisis).

21) Ebenda, 43.

22) Vgl. ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, 3. veränd. A., Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1961, 338ff.

23) Ders.: Maß und Mitte, Erlenbach-Zürich 1950, 152.

24) Vgl. ebenda, 152.

25) Vgl. Hunold, A.: Würdigung, in: Röpke, W.: Wort und Wirkung. 16 Reden aus den Jahren 1947 bis 1964 mit einem Lebensbild von Albert Hunold, hg. v. Walter Hoch, Ludwigsburg 1964, 333 (im folgenden zitiert: Wort und Wirkung).

sozialdemokratischen zu vergleichen - und weil er sich vom "rationalistischen" Zweig des Liberalismus distanziert<sup>26)</sup>. Dennoch hat er kein neues Wort gefunden:

"What I should want is a word which describes the party of life, the party that favors free growth and spontaneous evolution." 27)

Seine Position sei die des "unrepentant Old Whig"<sup>28)</sup>.

In Deutschland gruppierten sich die Repräsentanten des Neoliberalismus um die Freiburger Schule, die den sogenannten ORDO-Liberalismus vertritt. Zu ihr zählen Walter Eucken, Franz Böhm, Hans Großmann-Doerth, F.A. Lutz, K.P. Hensel, L. Miksch u.a. Dieser Schule sind Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Alfred Müller-Armack verbunden<sup>29)</sup>. Das Eucken-Institut in Freiburg ist bis zum Tode Euckens im Jahre 1950 und noch Jahre danach das deutsche Zentrum des Neoliberalismus gewesen<sup>30)</sup>.

Die neoliberale Lehre war bereits in den dreißiger und vierziger Jahren - in den Arbeiten von Ludwig von Mises sogar noch früher - in ihren Grundzügen formuliert worden. Zu ihrer neuerlichen Aktivierung kam es in den Jahren unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg, die in Westdeutschland im Zusammenhang mit der Durchsetzung einer von neoliberalen Prinzipien beeinflussten Wirtschaftspolitik stand. Die Resonanz, die der Neoliberalismus fand, war zunächst keineswegs selbstverständlich. Die geforderte Rückkehr zur Marktwirtschaft schien in den ersten Nachkriegsjahren undurch-

---

26) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, Chicago 1960, 407ff.

27) Ebenda, 408.

28) Ebenda, 409.

29) Weitere Schulen sind in England die London School of Economics mit Edwin Cannan, in den USA die Chicagoer Schule mit Frank A. Knight, in Österreich die Österreichische Schule mit Ludwig v. Mises, F.A. Hayek, Fritz Machlup und G. v. Haberler; sie werden auch als "Neoklassiker" bezeichnet. In Italien und Frankreich sind führende Vertreter Einaudi, Rougier und Rueff.

30) Weitere Zentren auf dem europäischen Kontinent bilden das Schweizerische Institut für Auslandskunde und die 1947 gegründete Mont-Pèlerin-Society.

föhrbar. Überwiegend glaubte man, die katastrophale wirtschaftliche Situation Deutschlands nur mit planwirtschaftlichen Maßnahmen überwinden zu können. Unstreitig wurde diese Ansicht durch die historischen Erfahrungen mit der oligopol- und monopolartig strukturierten Privatwirtschaft bestärkt, die infolge ihres politischen Verhaltens für den Faschismus mitverantwortlich gemacht wurde. Die Marktwirtschaft wurde mit den sozialen Ungerechtigkeiten des Frühkapitalismus und dem demokratisch nicht legitimierten politischen Einfluß der ökonomisch Herrschenden identifiziert. Dem trugen auch die ersten wirtschaftsprogrammatischen Äußerungen der CDU Rechnung. Die Auseinandersetzung um Aufbau und Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurde sowohl vom christlichen Sozialismus in den frühen Gründungskonzeptionen<sup>31)</sup> als auch von wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen im Ahlener Programm bestimmt<sup>32)</sup>.

Diese Einstellungen hielten indessen bei der CDU nicht lange vor. Sei es, daß man für den stockenden Wiederaufbau die planwirtschaftlichen Ansätze verantwortlich machte, sei es, daß sich privatwirtschaftliche Interessen wieder konsolidierten und neuen Einfluß und neues Ansehen gewannen, - jedenfalls setzten sich die neoliberalen Ansichten durch, die eine Rückkehr zur Marktwirtschaft empfahlen und alle planwirtschaftlichen Experimente als Weg in den Sozialismus und damit in die totalitäre Diktatur qualifizierten. Der Neoliberalismus ging in die Programmatik der CDU ein. Auf neoliberalen Arbeiten aufbauend, entwickelte Alfred Müller-Armack die Konzeption der "Sozialen Marktwirtschaft"<sup>33)</sup>.

---

31) Vgl. Berliner Aufruf (Juni 1945), Kölner Leitsätze (erste Fassung Juni 1945), Frankfurter Leitsätze (September 1945), Aufruf der CDU Südwürttemberg-Hohenzollern (Juni 1946), alle in: Flechtheim, O.K. (Hg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. II, Berlin 1963, 27ff.

32) Februar 1947, ebenda, 53ff.

33) Vgl. Müller-Armack, A.: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947; ders.: Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen, in: ORDO 1 (1948), 125ff.

In den Düsseldorfer Leitsätzen zur Wirtschaftspolitik revidierte die CDU im Juli 1949 ihre bisherigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen und bekannte sich zur "Sozialen Marktwirtschaft"<sup>34)</sup>. Ludwig Erhard, der sich für die Annahme dieser Konzeption eingesetzt hatte, sollte sie in den folgenden Jahren als Wirtschaftsminister verwirklichen.

Von Anfang an wurde diese Entwicklung von neoliberalen Theoretikern verfolgt und kommentiert<sup>35)</sup>. Neoliberale Autoren arbeiteten zudem in der 1953 gegründeten Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft mit<sup>36)</sup>.

Die weite Verbreitung neoliberaler Prinzipien erklärt sich indes keineswegs nur aus der Tatsache, daß die CDU die herrschende politische Partei war. Die mit der neoliberalen Theorie verknüpfte praktisch-politische Intention einer Auseinandersetzung mit der kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist nicht auf den Neoliberalismus und seine Anhänger beschränkt: von den Parteien bis in die Verbände hinein wird die "Verteidigung unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung" gegenüber dem Kommunismus gefordert, eine Forderung, die an die herkömmliche These von der Zusammengehörigkeit der Demokratie mit der kapitalistischen Unternehmerwirtschaft fixiert ist. Das ist im Grunde nicht

---

34) Vgl. Flechtheim, O.K. (Hg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, a.a.O., 58ff.

35) Vgl. z.B. Röpke, W.: Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik, Stuttgart-Köln 1950; ders.: Zur Kritik an meinem Gutachten über die deutsche Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftsdienst 31 (1951), II/3 - II/6; ders.: Das deutsche Wirtschaftsexperiment. Beispiel und Lehre, in: Hunold, A. (Hg.): Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Zürich 1951, 261 - 312; ders.: Ein Jahrzehnt Sozialer Marktwirtschaft in Deutschland und seine Lehren, in: Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 1, Köln 1958, 5-27; ders.: Die Laufbahn der Sozialen Marktwirtschaft, in: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festgabe für Alfred Müller-Armack, hg. v. F. Greiß und F.W. Meyer, Berlin 1961, 3 - 9.

36) Vgl. dazu die Tagungsprotokolle der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft sowie die Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft.

erstaunlich, weil die neoliberale Theorie - wie sich zeigen wird - viele liberale Relikte enthält und weil sie zugleich Elemente konservativer Staatslehre rezipiert hat. Beide Denkstrukturen aber bestimmen weiter offizielle Ideologien der Demokratie und des Kapitalismus. So bestätigt und verfestigt die neoliberale Theorie nur immer noch wirksame geistesgeschichtliche und politische Traditionen.

#### b) Zur Anlage der Arbeit

Die Analyse des Neoliberalismus beschränkt sich in dieser Arbeit auf einige ausgewählte Repräsentanten. Im wesentlichen liegen der Darstellung Arbeiten von Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Friedrich A. von Hayek zugrunde. Von Fall zu Fall werden gelegentlich andere Autoren hinzugezogen. Kann die Auswahl der Schriften der genannten Theoretiker auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, die wegen der Vielzahl neoliberaler Publikationen kaum zu erreichen ist, so wurden doch die wichtigsten Arbeiten berücksichtigt.

Die behandelten Autoren sind sich über die Interdependenz von Marktwirtschaft und Demokratie einig; sie unterscheiden sich indessen im Ausmaß gesellschaftstheoretischer Begründungen ihrer Thesen. Während Eucken vorwiegend wirtschaftswissenschaftlich argumentiert und Böhm den juristischen Aspekt betont, äußern sich Röpke, Hayek und Rüstow dezidiert gesellschaftspolitisch. Mit den unterschiedlichen Schwerpunkten variieren auch die Themen: daher täuscht der Neoliberalismus im Grunde eine Einheitlichkeit der Auffassungen vor, die im einzelnen schwer nachzuweisen wäre. Er umfaßt neben der ökonomischen Theorie verschiedene philosophische und soziologische Theoriestücke, die sich keineswegs alle in eine konsistente neoliberale Theorie einfügen lassen.

Ob und wie weit die neoliberale Interdependenzthese Ansätze zur Erforschung der ökonomischen Grundlagen demokratischer Herrschaftsstrukturen bereitstellt, läßt sich nur im Zusammenhang mit den neoliberalen Begriffen der Demokratie und

des Staates ermitteln. Da der Neoliberalismus einerseits die Theorie einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entwickelt, die nicht Beschreibung der Realität, wohl aber politisches Desiderat ist, andererseits die historische Verschiebung im Verhältnis von Politik und Ökonomie als Kritik an der Massengesellschaft reflektiert, sind der Demokratie- und der Staatsbegriff aus der Kritik an der Massengesellschaft und aus der Theorie der interdependenten Ordnungssysteme, die in formalen Kategorien einen Demokratiebegriff konstruiert, zu erarbeiten. Auf den Ergebnissen dieser Untersuchungen basierend, soll dann die Interdependenzthese auf ihre Konsequenzen für die Demokratieforschung wie auf ihre gesellschaftlichen und politischen Folgen hin analysiert werden.

Der historische Standort der neoliberalen Theorie läßt sich auf dem Hintergrund der eingangs angestellten theoretischen und geschichtlichen Überlegungen zur langfristigen Veränderung im Verhältnis des demokratischen Staates zu den Produktionsverhältnissen und deren Dirigenten fixieren. Bei einer durchgehenden Prüfung der Realitätsangemessenheit der Lehre würde indessen eine methodische Schwierigkeit entstehen. Die Mischung von Theorie, Gesellschaftskritik und politischem Entwurf läßt es allenfalls zu, gewisse Aspekte mit der Realität zu konfrontieren, nicht jedoch die gesamte neoliberale Lehre. Die Theorie der Wirtschaftsordnungen ist - bei Eucken zumal - keine Beschreibung empirisch vorhandener ökonomischer Systeme. Verkehrswirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft sind Idealtypen<sup>37)</sup>; sie sind nicht mit dem Kapitalismus und der Plan-

---

37) Euckens Verfahren ist auf die Überwindung der "großen Antinomie" gerichtet, die nationalökonomische Erkenntnis bestimme: ökonomische Probleme zugleich als individuell-historische und als allgemein-theoretische zu begreifen (vgl. Die Grundlagen der Nationalökonomie, 8.A., Berlin-Heidelberg-New York 1965, 15ff.). Im Erkenntnisprozeß müßten die beiden methodischen Ansätze vereinigt werden (vgl. ebenda, 21). Die Antinomie sei durch die Gewinnung und Systematisierung von Idealtypen zu überwin-

wirtschaft kommunistischer oder faschistischer Prägung identisch. Eucken bezeichnet es daher als "historisches Vorurteil", die theoretischen Sätze der Nationalökonomie, die durch Abstraktionsverfahren gewonnen würden, als relativierbar durch die geschichtliche Situation anzusehen. Vielmehr gelte, (1) daß theoretische Sätze nicht die konkrete Wirklichkeit beschrieben und (2) daß sie zwar immer "wahr", jedoch nicht "aktuell" sein müßten, wenn die entsprechende Bedingungskonstellation fehle<sup>38)</sup>.

Mit dem Versuch, die Zusammengehörigkeit von Demokratie und Marktwirtschaft nachzuweisen, verbinden sich freilich bei allen neoliberalen Theoretikern politische Überzeugungen und Empfehlungen. Sie erkennen in der Marktwirtschaft eine freie und gerechte Ordnung, in der sich das Erbe abendländischer Tradition manifestiert. Das Insistieren auf der humanistischen Tradition und die Überzeugung von der Überlegenheit der abendländischen Zivilisation illustrieren eine Loyalität gegenüber einem Komplex metaökonomischer Werte,

---

den (vgl. ebenda, 77f.). Der Idealtypus werde durch das "pointierend-hervorhebende" oder "isolierende" Abstraktionsverfahren gewonnen (ebenda, 70). Mit diesem wissenschaftlichen Instrument solle die "wirtschaftliche Wirklichkeit" in ihren Details durchdrungen werden (vgl. ebenda, 69ff.). Anders als bei "generalisierender Abstraktion", die das Gemeinsame vieler Tatbestände verallgemeinere und zum Realtypus führe, müsse die pointierend-hervorhebende Abstraktion beim individuellen Tatbestand ansetzen. Aus der Kombination einer Vielzahl idealtypischer Formen, die als "letzte Strukturelemente" (Röpke, W.: Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit. Gesammelt und herausgegeben von Albert Hunold, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1959, 341 - im folgenden zitiert: Gegen die Brandung) zu verstehen seien, ergebe sich das konkrete Wirtschaftsgeschehen.

"Überall kommt es darauf an, das Individuelle voll herauszuarbeiten ... und nirgends in den Fehler zu verfallen, durch Suchen nach dem 'Normalen' die Kanten des Individuellen abzuschleifen. Überall zeigt sich, daß gerade diese durchdringende Anschauung des Einzelnen - vielleicht wider Erwarten - zur Entdeckung gewisser reiner Grundformen in übersehbarer Zahl führt."

Eucken, W.: Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., 77.

38) Vgl. ebenda, 172f.

die an einem starren Antikommunismus festgemacht ist. Indem die Marktwirtschaft westliche Freiheit und Kultur gewährleistet<sup>39)</sup>, kommt ihr instrumentelle Bedeutung zu<sup>40)</sup>. Damit die Marktwirtschaft jedoch die ihr zugeschriebenen Funktionen erfüllen kann, muß sie in eine bestimmte gesellschaftliche und moralische "Welt", die bürgerliche nämlich, integriert sein<sup>41)</sup>. Erst dann kann eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung errichtet werden, die "mensenwürdiges Leben" verbürgt und die Vermassung bekämpft<sup>42)</sup>.

Die Zusammenhänge, die der Neoliberalismus zwischen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung feststellt, haben zu einer Verbindung seiner ökonomischen Analysen mit politischen Vorschlägen geführt. Diese Verbindung äußert sich auch in einem Bekenntnis zu berechtigten Werturteilen<sup>43)</sup>, zu Entscheidungen, "die an letzten imperativen Wertvorstellungen orientiert sind"<sup>44)</sup>.

"Uns - und vor allem uns Vertretern der Sozialwissenschaften - bleibt die Entscheidung an dem großen Kreuzwege unserer Zivilisation nicht erspart, wo wir nicht nur die Wegtafeln entziffern, sondern auch wissen müssen, ob wir den Weg der Freiheit, der Humanität und der Wahrheit oder den anderen der Knechtschaft, der Vergewaltigung des Menschen und der Lüge gehen und führen sollen. Dieser Entscheidung auszuweichen bedeutet ebenso eine 'trahison des clercs', wie wenn wir die Würde und Wahrheit der Wissenschaft der politischen Leidenschaft und den sozialen Affekten opfern wollten. Ein solcher Neutralismus führt nur zur Entmannung und Entwaffnung der Sozialwissenschaften

---

39) Vgl. Röpke, W.: Wort und Wirkung, a.a.O., 49.

40) Vgl. Meyer-Dohm, P.: Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit. Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung, a.a.O., 77.

41) Vgl. Röpke, W.: Wort und Wirkung, a.a.O., 216; vgl. ebenso ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 154.

42) Dafür eine Konzeption zu entwickeln, hat sich das seit 1948 erscheinende Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, ORDO, das Organ der Freiburger Schule, zur Aufgabe gestellt (vgl. Vorwort: die Aufgabe des Jahrbuchs, in: ORDO 1 (1948), VII - XI, bes. VIII).

43) Über Werturteile vgl. Röpke, W.: Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, 2.A., Erlenbach-Zürich 1946, 151 - 161 (im folgenden zitiert: Civitas Humana).

44) Ders.: Wort und Wirkung, a.a.O., 39.

im Kampfe gegen die ungeheure Bedrohung unserer Zivilisation durch den Kollektivismus, der mit der Freiheit zugleich den Lebensnerv der Wissenschaft durchschneidet. Die politische Ökonomie zu einer bloßen Technik zu machen, die sich willig in den Dienst eines beliebigen Wirtschaftssystems stellt, heißt sie in Wahrheit zur charakterlosen Magd der Politik zu erniedrigen." 45)

Dieser Umschlag von nicht unmittelbar auf die Realität bezogener (idealtypischer) Theorie in die politische Empfehlung erlaubt es, die Frage nach der Realitätsangemessenheit an das neoliberale politische Programm zu richten.

Da die neoliberale Theorie den Bereich der ausschließlich nationalökonomischen Fragestellungen verläßt, wendet diese Arbeit soziologische Erkenntnisse nicht ungebührlich auf eine fremde Disziplin an. Keineswegs wird in der neoliberalen Theorie etwas gesucht, was sie gar nicht enthält<sup>46)</sup>. Obwohl es sich um eine Theorie auf nationalökonomischer Grundlage handelt, sollen ökonomische Probleme doch an keiner Stelle unabhängig von ihrer soziologisch-politischen Relevanz erörtert, noch gar Stellungnahmen für oder gegen die idealtypischen Modelle der Verkehrswirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft abgegeben werden.

#### Exkurs: Die Stellung des Neoliberalismus innerhalb der Nationalökonomie

Die neoliberale Theorie ist nicht die erste nationalökonomische Theorie, die auf der Basis ökonomischer Gesetzmäßigkeiten politische Vorschläge entwickelt; gleichwohl nimmt sie aufgrund ihrer explizit politischen Urteile und ihres Engagements für eine bestimmte Gesellschaftsordnung innerhalb der heutigen Nationalökonomie eine Sonderposition ein.

Es ist zwar seit jeher gerade mit wirtschaftspolitischen

---

45) Röpke, W.: Gegen die Brandung, a.a.O., 384.

46) Auf diesen möglichen Vorwurf der Fachvertreter hat Werner Hofmann verwiesen. Vgl. Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie von heute, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11 (1959), 682.

Empfehlungen der Versuch unternommen worden, auf der Grundlage der ökonomischen Theorie ein System von Regeln und Vorschriften zu formulieren, das politischem Handeln verbindliche Richtlinien liefern sollte<sup>47)</sup>. Auch haben sich politische Implikationen, die die Nationalökonomie seit ihren Anfängen enthält<sup>48)</sup>, immer wieder in politischen Aussagen manifestiert. So durchzieht der Gedanke der Freiheit als politisches Postulat die gesamte klassische Theorie. Die analytischen Idealtypen der konsequenten Nichtintervention des Staates wie der vollkommenen Konkurrenz haben sich zu politischen Idealen entwickelt, die nur bei ganz bestimmter Organisation der Produktion und des Gemeinwesens gesichert schienen<sup>49)</sup>.

Die den Liberalismus und die klassische Nationalökonomie kennzeichnende Verknüpfung ökonomischer mit politischer Theorie, die einem praktischen Bedürfnis der bürgerlichen Gesellschaft entsprach, ist spätestens seit dem Historismus aufgelöst. Seither ist auch das "Bewußtsein der wissenssoziologischen Gebundenheit der Wirtschaftstheorie"<sup>50)</sup> kaum noch verbreitet. Diese Entfremdung zwischen Soziologie und Wirtschaftswissenschaften datiert aus der Zeit, als in Reaktion auf Versuche der historischen Schule der Nationalökonomie, "die Theorie in eine Wirtschaftssoziologie universalgeschichtlichen Charakters aufgehen zu lassen"<sup>51)</sup>,

---

47) Vgl. Robbins, L.: Politics and Economics. Papers in Political Economy, London 1963, 12.

48) Vgl. bei Myrdal, G.: Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, Hannover 1963, 19ff., eine ausführliche Analyse dazu, in der Myrdal die wertenden Prämissen in der Nationalökonomie dem Einfluß der Naturrechtsphilosophie und des Utilitarismus zuschreibt.

49) Vgl. ebenda, 101.

50) Elsermann, G.: Wissenssoziologie und ökonomische Theorie, in: ders.: Wirtschaft und Gesellschaft, Bonner Beiträge zur Soziologie Nr. 1, Stuttgart 1964, 133.

51) Ders.: Wirtschaftstheorie und Soziologie, Tübingen 1957, 3. Vgl. ähnlich Koch, W.: Die Bedeutung der theoretischen Ökonomik für die allgemeine Soziologie, Tübingen 1955, 3f.

die Theorie sich aus der gesellschaftlichen Verflechtung zu befreien und den historischen Relativismus durch die Konstruktion analytischer Modelle zu überwinden beabsichtigte. Der Versuch, die Wissenschaft von der gesellschaftlichen Praxis zu emanzipieren, zeigt sich seitdem im Anspruch auf invariante Gültigkeit der ökonomischen Gesetze, die losgelöst von der jeweiligen historischen Situation formuliert werden und damit auch unabhängig von den jeweiligen historischen Institutionen gelten sollen.

"... die 'Gesetze' dieser Theorie (der reinen Theorie - d.Verf.) seien nicht verifikationsbedürftig und daher auch nicht falsifizierbar, sie seien 'Wesens'-Gesetze der Wirtschaft und als solche sogar unabhängig von der institutionellen Ausprägung der jeweils der Betrachtung unterliegenden besonderen Sozialwirtschaft." 52)

Der Verzicht auf die historische Relativierung der Modelle schließt nicht aus, daß die bestehenden sozialen Beziehungen nach erfolgter Konstruktion der Modelle in Form von Daten berücksichtigt werden können.

"Das ökonomische Theoretisieren ist in erster Linie ein Prozeß, bei dem Begriffe konstruiert und miteinander in Beziehung gesetzt werden, denen allen spezifisch der soziale Gehalt entzogen worden ist. In der konkreten Anwendung kann das soziale Element eingeführt werden ..., und zwar durch ad-hoc-Annahmen, die das Anwendungsgebiet spezifizieren." 53)

Freilich hat die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften dennoch nicht dazu geführt, daß mit dem Historismus auch die politischen Doktrinen und Wertungen endgültig aus der Wirtschaftstheorie verschwanden; dies um so weniger, als der Versuch scheitern mußte, die Nationalökonomie aus ihrer gesellschaftlichen Verflechtung völlig zu lösen und politische Urteile ganz auszuschalten. Denn die Abstraktion von der sozialen Dimension wirkt selbst schon politisch. Die Eliminierung der sozialen Gegensätze aus dem Erkenntnis-

---

52) Albert, H.: Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Das ökonomische Argument in der ordnungspolitischen Debatte, Göttingen 1954, 51.

53) Sweezy, P.M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marx-schen Sozialökonomie, Köln 1959, 3.

prozeß und die damit zumeist verbundene Unterstellung sozialer Harmonie läßt sich am triebpsychologischen Ansatz der Nationalökonomie seit der Grenznutzenschule illustrieren<sup>54)</sup>, an der Annahme nämlich, daß die Unternehmer, die abhängig Beschäftigten und die Konsumenten der gleichen Motivation - der Maximierung ihres jeweiligen Nutzens - folgen. Unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Standort werden allen Individuen identische Motive unterstellt<sup>55)</sup>.

Die Annahme, die Wissenschaft von der historischen Situation emanzipieren zu können, ist ebenso wie die im Fach weit verbreitete Ansicht, daß sich die Nationalökonomie politischer Stellungnahmen enthalten und lediglich Fakten "objektiv" analysieren sollte, auch im Fach selber, wenn auch mehr am Rande der Disziplin wiederholt kritisiert worden. Zahlreiche Belege liefert dazu die in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften niemals völlig abgeschlossene Werturteilsdebatte<sup>56)</sup>. In der Geschichte der Wirtschaftswissen-

---

54) Vgl. Hofmann, W.: Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie von heute, a.a.O., 691.

55) Vgl. ebenda, 684ff.

56) Die Kritiker der Annahme wertfreier Wissenschaft unterscheiden sich in der Frage, ob wertende Prämissen berechtigt seien. Während Albert in seiner Kritik an der Legitimation ordnungspolitischer Debatten innerhalb der Nationalökonomie die Axiomatik, auf der diese Diskussion beruht, entlarvt und aus der Wissenschaft verbannen will, lehnt Myrdal in der Neuauflage seines 1932 erschienenen Buches inzwischen seinen damaligen "naiven Empirismus" ab, der an der Existenz eines Wissens festgehalten hatte, "das unabhängig von Bewertungen gewonnen werden kann" (Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, a.a.O., XI). Wenn er einerseits die naturrechtlichen Ansätze der klassischen Nationalökonomie ablehnt und versteckte Wertprämissen bloßlegt, so weist er andererseits nach, daß die Trennung zwischen Zielvorstellungen als Wertprämissen und wertfreien Mitteln als Instrument positivistischer Analyse nicht zu halten ist (vgl. Rosenbaum, W.: Rezension über Myrdal, G.: Das Wertproblem in der Sozialwissenschaft, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 9 (1967), 466). Seine heutige Position liegt jenseits der positivistischen Trennung von Wissenschaft und Werturteil. Erst die bewußte Reflexion der wertenden Prämissen eröffnet die Möglichkeit, den Zusammenhang zwischen theo-

schaften finden sich überdies viele Beweise gesellschaftlicher Vermittlung ökonomischer Theorien. Tatsächlich hat es immer wieder Antizipation und Reaktion gegenüber einer sich wandelnden gesellschaftlichen Realität gegeben:

Die Beschäftigungstheorie Keynes' ist von der Weltwirtschaftskrise und dem Bemühen, Massenarbeitslosigkeit in Zukunft zu verhindern, nicht zu trennen. Die Marktformenlehre entwickelte sich, als die Beschreibung vielfältig organisierter Märkte in den Begriffen der vollkommenen Konkurrenz einerseits und des Monopols andererseits der Wirklichkeit nicht länger entsprach. Die Konzeption einer sozialistischen Wirtschaftstheorie ist undenkbar ohne die Etablierung sozialistischer Staaten; denn Marx hat bekanntlich das Problem der Lenkung der ökonomischen Prozesse nach der Sozialisierung der Produktionsmittel vernachlässigt. Unbestritten ist außerdem, daß funktionale Zusammenhänge, z.B. die Spar- und Verbrauchsfunktion, gesellschaftlich determiniert sind. Sie sind der institutionalisierte Ausdruck ganz bestimmter gesellschaftlicher Zustände und müssen sich notwendig mit einer Veränderung ihrer sozialen Voraussetzungen wandeln<sup>57)</sup>. Gleichwohl lassen sich ökonomische Theorien nicht auf gesellschaftliche Veränderungen hin beliebig relativieren.

Der Neoliberalismus seinerseits reflektiert den Zusammenhang zwischen Theorie und gesellschaftlicher Basis, zwischen ökonomischen Aussagen und gesellschaftspolitischer Verwertung. Er unterscheidet sich damit von den neueren nationalökonomischen Lehrmeinungen, indem er sich nicht nur offen zu politischen Implikationen und wertenden Prämissen bekennt, sondern in seinen Untersuchungen über das hinaus-

---

retischer Aussage und politischem Desiderat sowie politischer Empfehlung zu durchschauen, allgemeiner: von Erkenntnis und Interesse (vgl. Habermas, J.: Erkenntnis und Interesse, in: Merkur 19 (1965), 1139ff.). Dadurch daß politische Implikationen aufgedeckt werden, verlieren sie noch nicht ihre Berechtigung. Indem aber ihr "objektivistischer Schein" (vgl. dazu ebenda, 1145) als solcher entlarvt wird, werden sie rationaler Kontrolle zugänglich.

57) Vgl. Eisermann, G.: Wirtschaftstheorie und Soziologie, a.a.O., 13ff.

geht, was als Relikt der klassischen Theorie in Form wirtschaftspolitischer Empfehlungen geblieben ist. Die neoliberale Theorie begnügt sich nicht mit Stellungnahmen zu gesellschaftspolitischen Einzelproblemen. Sie versucht, die politische Organisation der Gesellschaft und deren Freiheitsgrad aus nationalökonomischen Gesetzen abzuleiten und die Funktionsweise des politischen Entscheidungssystems in Analogie zu den ökonomischen Entscheidungsprozessen zu erklären. Und sie erhebt den Anspruch auf die Deutung und Beschreibung der "guten" Gesellschaft, die mit der Marktwirtschaft als einer freien Wirtschaftsordnung identisch sei.

Dieser neoliberale Ansatz ist nicht neu. Er knüpft vielmehr an alte liberale Traditionen an: an die liberale Demokratiekonzeption, in der Demokratie nicht vom Marktmodell und dessen Konkurrenzmechanismus zu trennen ist, und an die Visionen von "guter" Gesellschaft, die für den Liberalismus und zumal für die klassische Nationalökonomie an wirtschaftliche Freiheit gebunden waren.

### Kap.III: Grundzüge neoliberalen Denkens

#### a) Der Begriff der Gesellschaft

Der neoliberale Begriff der Gesellschaft basiert auf Prinzipien der liberalen Gesellschaftstheorie, der das Ergebnis menschlichen Zusammenlebens unter der Voraussetzung ungehinderter Entfaltung aller gesellschaftlichen Kräfte als vernünftig erschien<sup>1)</sup>. In der Auseinandersetzung der widerstrebenden individuellen Interessen konstituierte sich - auf dem Markt wie in der Öffentlichkeit - das Gesamtinteresse. Die anonyme Mechanik des Marktes, auf dem sich durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bei vollständiger Konkurrenz der "gerechte" Preis herausbildete, lieferte das Modell für das Agieren der Individuen auch im gesellschaftlichen Bereich. Während auf dem Markt der Wettbewerb die Gegensätze koordinierte, bildete sich in der Gesellschaft das Gesamtinteresse durch Diskussion und Argumentation<sup>2)</sup>. Das ökonomische und das gesellschaftliche Gleichgewicht setzten sich von selbst hinter dem Rücken der Individuen durch<sup>3)</sup>.

Zu Beginn der bürgerlichen Gesellschaft erwiesen sich diese Strukturprinzipien - wenn auch nur vorübergehend - als progressive Elemente einer Theorie, die, im Vertrauen auf die Überlegenheit einer Gesellschaft, deren Kräfte freigesetzt werden, fürstliche Willkür und feudale Privilegien bekämpfte. Die liberale Theorie enthüllte freilich ihren irrationalen Charakter, als mit der Verschärfung ökonomischer Krisen und der Gegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft die Vernünftigkeit der Gesellschaftsordnung fragwürdig wurde<sup>4)</sup>. Der Glaube an ein unproblematisches Gleichgewicht

---

1) Vgl. Marcuse, H.: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, a.a.O., 17ff.

2) Vgl. ebenda, 30.

3) Vgl. ders.: Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, Neuwied 1962, 27.

4) Vgl. ders.: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, a.a.O., 31.

ließ sich nicht länger aufrechterhalten. Die automatisch, quasi "natürlich" wirkenden "Gesetze" des Liberalismus wurden von der gesellschaftlichen Entwicklung desavouiert.

Das sehen auch die neoliberalen Theoretiker. Sie distanzieren sich von der Erwartung, daß sich aus der Summe der Einzelinteressen im ökonomischen Sektor das Gesamtinteresse und damit das wirtschaftliche Gleichgewicht ergibt<sup>5)</sup>. Die Annahme eines "natürlichen" Gleichgewichts, die im Liberalismus die ökonomische Theorie beherrschte, wird fallengelassen. Die Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts ist vielmehr von Garantien abhängig, die erst bewußtes staatliches Handeln sichert<sup>6)</sup>. Diese Modifikation der liberalen Theorie bleibt jedoch auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt. Für den gesellschaftlichen Sektor wird bei Hayek, aber auch bei Röpke die Vorstellung eines automatischen Gleichgewichts festgehalten, die ihre Interpretation gesellschaftlicher Integration und gesellschaftlichen Wandels bestimmt. Die Einsicht in die ökonomische Mechanik wird weiterhin als Grundlage für das Verständnis gesellschaftlicher Prozesse angesehen. Hayek zufolge sind daher vor allem die Nationalökonomten prädestiniert, den unpersonlich wirkenden Mechanismus zu erkennen, der die Anstrengungen und Tätigkeiten der Individuen koordiniert<sup>7)</sup>.

Während der Staat organisiert wird, ist Gesellschaft spontan gewachsen<sup>8)</sup>. Ihre Institutionen sind zwar von Menschen gemacht, dennoch sind sie nicht das bewußt geschaffene Produkt menschlichen Denkens und Handelns<sup>9)</sup>. Sie entstehen aus dem Zusammenwirken aller individuellen, nicht kontrollierbaren Handlungen, wodurch Ziele gefördert werden, die die

---

5) Vgl. Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 360.

6) Vgl. dazu im einzelnen Kap.V.

7) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 4, 159.

8) Vgl. ders.: Was ist und was heißt "sozial"?, in: Hunold, A. (Hg.): Masse und Demokratie, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1957, 76f.

9) Vgl. ders.: Mißbrauch und Verfall der Vernunft. Ein Fragment, Frankfurt/M. 1959, 112ff. (im folgenden zitiert: Mißbrauch und Verfall der Vernunft).

Individuen nicht notwendig intendieren und verstehen. Soziale Erscheinungen werden daher letztlich nur aus dem Verständnis individueller Aktionen erklärt<sup>10)</sup>. Dennoch räumt man dem Individuum keine unbeschränkte Entscheidungs- und Handlungsfreiheit ein. Das Zusammenleben der Menschen ist allgemeinen Prinzipien unterworfen, die den Entscheidungsbereich des einzelnen abgrenzen und die sozialen Beziehungen strukturieren. Sie müssen generell und langfristig gelten, damit das Individuum sein Handeln auf das der anderen einstellen kann<sup>11)</sup>. Diese allgemeinen Regeln sind im Neoliberalismus mit dem Kodex der rechtsstaatlichen Institute identisch.

"Das ... wahrhaft Soziale ist seiner Natur nach anonymen Ursprungs und nicht rational, nicht das Ergebnis logischen Ausdenkens, sondern das Resultat eines überindividuellen Entwicklungs- und Auswahlprozesses, zu dem zwar die Individuen ihre Beiträge machen, dessen Bestimmungsstücke aber von keinem einzelnen Verstand gemeistert werden. Es war die Erkenntnis, daß es in diesem Sinn vom zielbewußten Wollen der Menschen unabhängige Ordnungskräfte gibt, daß das Zusammenspiel ihrer Bemühungen Gebilde hervorbringt, die den Bestrebungen der einzelnen nützen, ohne zu diesem Zweck erfunden worden zu sein, die zur Einführung des Begriffes der Gesellschaft im Gegensatz zu dem des mit Absicht geschaffenen und geleiteten Staates geführt haben." 12)

Die von menschlichen Intentionen unabhängigen "Ordnungskräfte" werden andernorts als "interspersoneller Prozeß" beschrieben, in dem Kenntnisse und Erfahrungen von Generationen "zusammentreffen und gegeneinander abgestimmt werden"<sup>13)</sup>. Der "interpersonelle Prozeß" ist jeder individuellen Vernunft überlegen, da kein einzelner über ähnliches Wissen und ähnliche Erfahrung verfügen kann.

---

10) Vgl. Hayek, F.A.: Wahrer und falscher Individualismus, in: ORDO 1 (1948), 23f.

11) Vgl. ebenda, 34ff.

12) Ders.: Was ist und was heißt "sozial"?, a.a.O., 76f.

13) Ders.: Mißbrauch und Verfall der Vernunft, a.a.O., 126f.

Aus der Tatsache, daß die individuellen Verstandeskräfte begrenzt sind, werden zwei Konsequenzen gezogen:

1. Da vollständige Einsicht in den Ablauf gesellschaftlicher Prozesse nicht möglich ist<sup>14)</sup>, lassen sich die Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht planend verändern<sup>15)</sup>.

Daher muß die Unterwerfung unter die bestehenden Konventionen verlangt werden, auch wenn deren Berechtigung dem einzelnen nicht immer ganz einsichtig ist<sup>16)</sup>.

2. Ein Höchstmaß an individueller Freiheit ist erforderlich, damit gesellschaftlicher Wandel nicht blockiert ist und sich im Wege von "trial and error" durchsetzen kann.

"Liberty is essential in order to leave room for the unforeseeable and unpredictable; we want it because we have learned to expect from it the opportunity of realizing many of our aims. It is because every individual knows so little and, in particular, because we rarely know which of us knows best that we trust the independent and competitive efforts of many to induce the emergence of what we shall want when we see it. Humiliating to human pride as it may be, we must recognize that the advance and even the preservation of civilisation are dependent upon a maximum of opportunity to happen." 17)

Entsprechend führt Hayek sozialen Wandel ausschließlich auf Bewußtseinsfaktoren, die Ideen, zurück. Sie sind entscheidend für die Richtung gesellschaftlicher Entwicklung<sup>18)</sup>. Der Veränderung gesellschaftlicher Institutionen geht jeweils ein Bewußtseinswandel voraus: Bewußtsein bestimmt das Sein. Ehe sich faktisch ein Wandel vollziehen kann, unterliegt das individuelle Bewußtsein einem langen Prozeß der Selektion und Modifikation<sup>19)</sup>.

---

14) Diese Einsicht wird auch der Wissenschaft nicht zugestanden. Vgl. z.B. die Kritik Hayeks an der Soziologie, in: Mißbrauch und Verfall der Vernunft, a.a.O., 104ff., 124f., 252.

15) Vgl. ebenda, 115f; ders.: Was ist und was heißt "sozial"? , a.a.O., 75; ders.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 22ff.

16) Vgl. ders.: Mißbrauch und Verfall der Vernunft, a.a.O., 127; ders.: Wahrer und falscher Individualismus, a.a.O., 38ff.

17) Ders.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 29.

18) Vgl. ders.: Art. Liberalismus. I) Politischer Liberalismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.6, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, 591.

19) Vgl. ders.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 112f.

Die Betonung der Ideen als alleinigem Motor sozialen Wandels läßt dessen reale Faktoren - soziale Konflikte, Gewalt, technischer Fortschritt - unberücksichtigt. Ebenso bleibt die Frage nach dem Subjekt historischen Wandels im Neoliberalismus ausgeklammert, indem gesellschaftlicher Fortschritt als Ergebnis der spontanen, nicht zielgerichteten Kooperation der agierenden Individuen begriffen wird. Gleichzeitig werden die überkommenen Institutionen, lediglich weil sie sich im Prozeß "adaptiver Evolution"<sup>20)</sup> erfolgreich behaupten konnten, als die besseren und überlegenen bezeichnet. Hayek definiert die herrschenden Moralsysteme als "Resultat eines Wachstums-, Entwicklungs- und Ausleseprozesses", in dem sich bestimmte moralische Prinzipien durchsetzten, "weil sich die Gruppen, unter denen sie galten, besser bewährten als andere"<sup>21)</sup>. Das bloße Vorhandensein, das hier zum Maßstab der Effizienz avanciert, verdrängt die Frage nach weiterer Legitimation.

Die Kehrseite einer Gesellschaftsauffassung, in der die individuellen Handlungen von anonymen Mechanismen, analog dem Mechanismus des Marktes, koordiniert werden, einer individualistischen Gesellschaftstheorie also, ist die Ablehnung sogenannter rationalistischer Einstellungen - das heißt, aller Versuche, das Gemeinwesen bewußt und in der Verfolgung konkreter Ziele umzugestalten. Neoliberale Autoren verstehen diese Position nicht im Sinne eines Irrationalismus, sondern eines Antirationalismus<sup>22)</sup>. Nicht der Gebrauch der Ratio überhaupt wird verworfen, sondern ihre Verwendung zur Konstruktion gesellschaftlicher Alternativen und zur Kontrolle der gesellschaftlichen Entwicklung.

"Reason undoubtedly is man's most precious possession. Our argument is intended to show merely that it is not

---

20) Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 59.

21) Ders.: Was ist und was heißt "sozial"?, a.a.O., 79.

22) Vgl. ders.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 69;  
vgl. auch Röpke, W.: Civitas Humana, a.a.O., 103f.

all-powerful and that the belief that it can become its own master and control its own development may yet destroy it." 23)

Die neoliberale Frontstellung richtet sich gegen den "falschen" Rationalismus<sup>24)</sup>, den "falschen" Individualismus<sup>25)</sup>, der nur das, was er vollständig versteht, hinnehme, der die bewußte Lenkung aller gesellschaftlichen Kräfte anstrebe und möglichst alle irrationalen Elemente eliminieren wolle<sup>26)</sup>. Ein grenzenloses und übertriebenes Vertrauen in die Vernunft leite den Rationalismus auf Irrwege<sup>27)</sup>. Aus Anmaßung und Hybris heraus versuchten die Menschen, ihre Geschichte selbsttätig zu gestalten<sup>28)</sup>.

Bei Röpke ist der neoliberale Antirationalismus an angeblichen Strukturgesetzen der Gesellschaft festgemacht: an der "Notwendigkeit echter Gemeinschaften, der Gliederung von unten nach oben, der Autorität und Hierarchie"<sup>29)</sup>. Er propagiert offen den Denkverzicht, wenn er zusammen mit Lichtenberg fordert, man müsse bestimmte "letzte Dinge" glauben, "weil es absurd wäre, nicht daran zu glauben", und behauptet, "daß es letzte elementare Konstanten, in denen die Menschen übereinstimmen, und Lösungen gibt, die diesen Konstanten entsprechen und daher sozusagen aus der Natur der Dinge folgen"<sup>30)</sup>. Hier schlägt Antirationalismus in puren Irrationalismus um.

Neoliberale Theoretiker lehnen den Anspruch des Rationa-

---

23) Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 69.

24) Ders.: Was ist und was heißt "sozial"?, a.a.O., 80.

25) Vgl. ders.: Wahrer und falscher Individualismus, a.a.O., 24ff.

26) Vgl. ders.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 431; vgl. ebenso ders.: Mißbrauch und Verfall der Vernunft, a.a.O., 126.

27) Vgl. ders.: Wahrer und falscher Individualismus, a.a.O., 24ff.; vgl. auch Röpke, W.: Civitas Humana, a.a.O., 103ff.; vgl. ders.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 81ff.

28) Vgl. ders.: Civitas Humana, a.a.O., 107ff.; vgl. auch ders.: Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt/M. 1947, 21ff.

29) Ders.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 85.

30) Ebenda, 14.

lismus, daß gesellschaftliche Institutionen zu planen seien, auch aus methodischen Überlegungen ab: sie befürchten eine Übertragung der Techniken der Naturwissenschaften auf die Analyse der Gesellschaft<sup>31)</sup>. Vor allem der naturwissenschaftliche Determinismusbegriff soll in die Sozialwissenschaften keinen Eingang finden: deterministische Erklärungsprinzipien seien im Bereich der Gesellschaft ohne Aussagekraft<sup>32)</sup>. Das heißt, daß z.B. Prognosen über zwangsläufige Entwicklungen im Kapitalismus abgelehnt werden<sup>33)</sup>. Auch werde die abendländische Kultur dadurch bedroht, daß die humanistischen Werte zusehends von szientifischen überlagert und verdrängt würden<sup>34)</sup>. Die menschliche Hybris, die schließlich in "Selbstvergottung" münde, zerstöre die Werte der westeuropäischen Zivilisation - Christentum und Humanismus - und liefere den Westen dem östlichen Totalitarismus aus<sup>35)</sup>. Die Vorstellung, daß die Verfassung der Gesellschaft machbar sei, propagiere heute vor allem der Sozialismus, der damit das Erbe des aufklärerischen französischen Ratio-

---

31) Vgl. Hayek, F.A.: Mißbrauch und Verfall der Vernunft, a.a.O., 11ff.

32) Vgl. Röpke, W.: Maß und Mitte, a.a.O., 233. Suspekt sind der Objektivismus, der "objektive" Phänomene suggeriert, der Kollektivismus, der Ganzheiten wahrzunehmen vorgebe, die er selbst konstruiert, schließlich der Historismus, der Theorie und Geschichte vermengt und in der Annahme von der Variabilität des menschlichen Verstandes gipfelt. (Vgl. Hayek, F.A.: Mißbrauch und Verfall der Vernunft, a.a.O., 56ff.) Röpke lehnt zusätzlich den Relativismus ab, der die abendländischen Werte zerstöre.

33) Vgl. dazu im einzelnen Kap.V.

34) Vgl. Röpke, W.: Wort und Wirkung, a.a.O., 279ff.

35) Vgl. dazu ders.: Gefährdungen der freien Welt, in: Was müssen wir für die freie Welt tun?, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 24, Ludwigsburg 1965, 9ff.; vgl. auch Hayek, F.A.: Mißbrauch und Verfall der Vernunft, a.a.O., 127f.

nalismus, eines Zweigs des Liberalismus<sup>36)</sup>, angetreten habe. Das sozialistische Versprechen eines planvollen und vernünftigen Aufbaus der Gesellschaft könne nicht eingelöst werden, vielmehr münde der Rationalismus als "kollektivistische Methode"<sup>37)</sup> in eine totalitäre Gesellschaft ein, da alle Intentionen, die Gesellschaft zu planen, unweigerlich in Planung und Diktatur durch einen "Einzelverstand"<sup>38)</sup> gipfeln müßten.

Die Negation der Machbarkeit von Gesellschaft ist im Neoliberalismus mit der Mystifikation gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse verbunden. Indem sie rationaler Erkenntnis entzogen sein sollen und als Ergebnis spontaner Kooperation begriffen werden, erhält der "interpersonelle Prozeß" den Charakter eines quasi "natürlichen" Ablaufs der historischen Ereignisse. Das, was an den gesellschaftlichen Strukturen spezifisch menschliches Werk ist - die Herrschaft von Menschen über Menschen, die sich in den Institutionen verfestigt -, wird als das Werk der Natur ausgegeben. Eine geschichtliche Automatik tritt an die Stelle der Rolle, die bestimmte herrschende Gruppen spielten und spielen. In dieser Verzerrung historischen Geschehens

---

36) Vgl. Röpke, W.: Das Kulturideal des Liberalismus, a.a.O., 21ff.; ders.: Civitas Humana, a.a.O., 114ff.; Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 54. Daneben werden der Soziologie rationalistische Einstellungen vorgeworfen: "Diese Idee, daß der menschliche Geist sich sozusagen an dem eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen kann, ist bis heute das beherrschende Wesensmerkmal fast der ganzen Soziologie geblieben und wir sind hier an den Wurzeln (oder besser an einer der Wurzeln - die zweite ist Hegel) dieser modernen Hybris, die ihren vollkommensten Ausdruck in der sogenannten 'Soziologie des Wissens' gefunden hat. Daß diese Idee, der menschliche Geist habe seine eigene Entwicklung in der Gewalt, vom Anfang an eines der Leitmotive der Soziologie gewesen ist, verbindet diese auch seit jeher mit sozialistischen Idealen, so daß für den einfacheren Mann soziologisch und sozialistisch oft dasselbe bedeutet." Hayek, F.A.: Mißbrauch und Verfall der Vernunft, a.a.O., 252.

37) Ebenda, 127.

38) Vgl. dazu ebenda, 119ff.

steckt ein ideologisches Moment: die Verabsolutierung einer historischen Automatik kann bestehende Verhältnisse sanktionieren, indem als blinder Naturprozeß erscheint, was, wenn auch nicht das gewollte Produkt aller Menschen, so doch das einer herrschenden Minderheit ist. Eine Einstellung, die gesellschaftliche Phänomene, solange alle gesellschaftlichen Kräfte nur ungehindert sich entfalten können, als gegeben akzeptiert, weil sie sich in einem Ausleseprozeß durchsetzen, verhindert die rationale Überprüfung menschlichen Handelns und der Organisation des Gemeinwesens<sup>39)</sup>.

Der Rückzug auf eine historische Automatik rechtfertigt den Verzicht auf politische Entscheidungen, auf Eingriffe mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung zumal - wiewohl dieser Verzicht im allgemeinen politische Konsequenzen hat. Die falsche Alternative von gesellschaftlicher Automatik und bewußter Lenkung aller gesellschaftlichen Kräfte, die der Neoliberalismus konstruiert -

"In einer hochentwickelten Gesellschaft hat der Mensch keine andere Wahl, als sich entweder den ihm blind erscheinenden Kräften des sozialen Prozesses anzupassen oder den Befehlen eines Vorgesetzten zu gehorchen." 40) -, fungiert dadurch, daß bereits partielle Reformen als Schritte auf den Weg in den Kollektivismus beschrieben werden<sup>41)</sup>, als Alibi für sozial- und gesellschaftspolitische Abstinenz<sup>42)</sup>: gesellschaftspolitische Entwürfe lassen sich auf blanken Dirigismus reduzieren, ohne daß deren Inhalte überhaupt noch geprüft werden müßten.

Während der Liberalismus an den Erfolg eines harmonischen Ausgleichs der gegensätzlichen Interessen glaubte, der ihm

---

39) Diese Überprüfung wäre Marcuse zufolge ein Indiz für eine rationalistische Gesellschaftstheorie. (Vgl. Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, a.a.O., 27f.)

40) Hayek, F.A.: Wahrer und falscher Individualismus, a.a.O., 40.

41) Vgl. dazu ausführlich ders.: Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach-Zürich o. J.

42) Vgl. dazu in Kap. IV die Ablehnung des Wohlfahrtsstaates.

vernünftig schien, läßt sich für den Neoliberalismus nicht präzise ausmachen, was er als das Resultat des "interpersonellen Prozesses" im einzelnen betrachtet und ob er bei Beseitigung aller störenden Faktoren, die das freie Wirken der gesellschaftlichen Kräfte beeinträchtigen, die vernünftige Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung für möglich hält. Während die Aussagen des Neoliberalismus zum ökonomischen Gleichgewicht eindeutig sind - es stellt sich nicht mehr als Ergebnis eines laissez-faire-Prozesses her -, sind seine Aussagen zu einem möglichen gesellschaftlichen Interessenausgleich weniger prägnant. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Vorstellung einer "vernünftigen" Einrichtung der Gesellschaft seine eigenen Ordnungsentwürfe bestimmt. Freilich besteht ein Widerspruch: der Neoliberalismus lehnt Theorien ab, die den rationalen Aufbau der Gesellschaft intendieren, gleichzeitig aber entwirft er das Bild einer funktionierenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Dieser Widerspruch ist jedoch nur scheinbar. Denn von der neoliberalen Theorie werden - ihrem Selbstverständnis zufolge - die Prinzipien einer "freiheitlichen" Gesellschaftsentwicklung aufgestellt, ohne damit diese Entwicklung genau zu bestimmen und einen konkreten Endzustand gesellschaftlicher Entwicklung zu definieren.

Die in der Ablehnung des Rationalismus enthaltenen Implikationen und Konsequenzen präformieren die neoliberale Position gegenüber Gesellschaft, Wirtschaft und Staat:

1. Die Annahme, der Mensch verfüge nur über begrenzte Verstandeskräfte, führt zu einem statischen Begabungsbegriff; sie wird durch eine Elite-Theorie ergänzt.
2. Die Forderung nach verantwortlicher Mitgestaltung der gesellschaftlichen und politischen Prozesse durch alle Individuen kann nur beschränkt nachvollzogen werden, wodurch der Geltungsbereich des neoliberalen Demokratiebegriffs eingeengt ist.
3. Maßnahmen zur direkten Planung und Steuerung der Wirt-

schaftsprozesse werden abgelehnt.

4. Der Staat ist auf strikte Rechtsstaatlichkeit festgelegt, die die Möglichkeit sozialer Reformen limitiert.

#### b) Das Menschenbild

Die von neoliberalen Autoren behauptete Nichtmachbarkeit von Geschichte und Gesellschaft wurde wesentlich mit der Annahme begründet, daß der Mensch nur über begrenztes Wissen verfügen könne. Die wenigen expliziten anthropologischen Aussagen, die sich in der neoliberalen Theorie finden, fungieren ebenfalls als Rechtfertigung der politischen Positionen des Neoliberalismus und bilden den Hintergrund seiner politischen Idealvorstellungen. Denn obwohl die Anthropologie ohne direkten Bezug zu den politischen Theoremen entwickelt wurde, soll sie den Verzicht auf die aktive Mitgestaltung der gesellschaftlichen Lebensumstände legitimieren.

Obwohl neoliberale Theoretiker die Begrenztheit der menschlichen Fähigkeiten betonen - was nicht ausschließt, daß einzelnen eine Überlegenheit zugestanden wird, die das Resultat einer "erbarmungslosen Aristokratie der Natur"<sup>43)</sup> sei -, befürchten sie dennoch die "fortschreitende Intellektualisierung und Bewußtseinserhellung"<sup>44)</sup>. Diese wird als Bedrohung des unveränderlichen und angeborenen "sozialen Wesens" des Menschen empfunden. Damit drohe der Halt "an der christlich-humanistischen Überzeugung von der e i n e n Zivilisation und vom e i n e n Menschen"<sup>45)</sup> verlorenzugehen.

Dem invarianten "Wesen" des Menschen entspreche die bürgerliche Lebensform; sie sei seinem "naturhaften Wesen"<sup>46)</sup>

---

43) Röpke, W.: Wort und Wirkung, a.a.O., 271.

44) Ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 30.

45) Ebenda, 31.

46) Rüstow, A.: Entstehungs- und Lebensbedingungen der Hochkulturen, in: Synopsis. Festgabe für Alfred Weber, hg. v. Edgar Salin, Heidelberg 1949, 410.

gemäß, insofern sie ihm Entfaltung in überschaubaren Gruppen ermögliche<sup>47)</sup>. Die bäuerliche "Vitalsituation"

bindet quer im Raum Nachbarschaft und Dorfgemeinschaft mit ihrer deutlichen sozialen Einbettung zu einem klar überschaubaren kleinen und nahen Lebenskreis, wie er der naturgemäßen condition humaine entspricht." 48)

Aus der Identifikation der bäuerlichen Existenz mit einer dem menschlichen "Wesen" entsprechenden Lebensform wird die Forderung nach Einordnung in Gemeinschaften und darüber hinaus in die hierarchisch gegliederte Gesellschaft abgeleitet. Muster von Gemeinschaft und Gesellschaft ist die patriarchalisch strukturierte Familie. Die vertikalen Autoritätsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern und die horizontalen partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Geschwistern kennzeichneten die Strukturen von Gesellschaft und Gemeinschaft<sup>49)</sup>. Eine Gesellschaft, die sowohl in Gemeinschaften gegliedert sei als auch eine soziale Hierarchie aufweise, könne dem Menschen das Gefühl der sozialen "Einbettung" vermitteln:

"Es ist noch immer wahr, daß es zu den wünschenswertesten Dingen gehört, wenn die Menschen das beglückende Gefühl haben, an dem Platz zu stehen, an den sie gehören, ja heute, da dieses Gefühl unter dem Einfluß des Ideals vom Wettlauf aller um alles so erschreckend abhanden gekommen ist, wahrer als je zuvor." 50)

"Eine gesunde und fest in sich ruhende Gesellschaft besitzt eine echte 'Struktur' mit vielen Zwischenstufen; sie weist einen notwendigerweise 'hierarchischen' (d.h. nach den gesellschaftswichtigen Funktionen, Leistungen und Führerqualitäten gegliederten) Aufbau auf, in dem der einzelne das Glück hat, zu wissen, wo er steht." 51)

---

47) Vgl. Rüstow, A.: Entstehungs- und Lebensbedingungen der Hochkulturen, a.a.O., 410.

48) Ders.: Die weltgeschichtliche Bedeutung des Bauerntums in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, in: Überwirtschaftliche Bedeutung und wirtschaftliche Aussichten des Bauerntums, Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 2, Köln 1958, 16.  
Vgl. zur soziologischen Kennzeichnung des Bauerntums auch Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 323ff.

49) Vgl. ders.: Wort und Wirkung, a.a.O., 258f.

50) Ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 349f.

51) Ders.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 23.

Aber auch im Handwerker, in den kleinen Handel- und Gewerbetreibenden, in den freien Berufen werden die dem neoliberalen Menschenbild gemäßen Formen sozialer Existenz gesehen: soziale Eingliederung, eigenverantwortliche, nicht fremdbestimmte Tätigkeit, politische und wirtschaftliche Sicherheit, die der Besitz von "bescheidenem, aber Ankerfunktionen versehendem Eigentum"<sup>52)</sup> garantiere.

Obwohl sich die neoliberalen Theoretiker gegen die historische Relativierung des Menschenbildes wenden müssen, um die Unveränderlichkeit des "Wesens" des Menschen postulieren zu können<sup>53)</sup>, bestätigen sie dennoch durch ihre Orientierung an genau zu bestimmenden Sozialverhältnissen die historischen Bezüge noch jeder Anthropologie<sup>54)</sup>. Nicht die "Natur" des Menschen erfordert das Leben auf dem Lande und in den Kleinstädten; denn das angeborene "Wesen" des Menschen ist Fiktion: der Mensch erwirbt sich das, was sein "Wesen" in einer bestimmten Epoche konstituiert, erst im Laufe seiner Entwicklung<sup>55)</sup>. Was die neoliberale Theorie als "natürlich" und "normal" unterstellt, ist lediglich die vorherrschende Lebensform in einer überwiegend agrarisch und kleingewerblich strukturierten Gesellschaft. Der historische und soziale Bezug der neoliberalen Anthropologie wird in Bestrebungen offensichtlich, jene Sozialverhältnisse, die angeblich dem "Wesen" des Menschen, keineswegs aber der sozialen Wirklichkeit entsprechen, zu restaurieren<sup>56)</sup>. Dieser Zusammenhang wird im Hinblick auf die damit verknüpften politischen Intentionen noch deutlicher: auch die bürgerliche Gesellschaft soll derart vor einer sozialen Umwälzung gesichert sein.

"Jeder Selbständige, jeder Handwerker, Gewerbetreibende, Händler, Bauer, Unternehmer, Arzt oder wer es auch sonst

---

52) Röpke, W.: Maß und Mitte, a.a.O., 164.

53) Vgl. ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 30.

54) Vgl. Habermas, J.: Art. Anthropologie, in: Fischer-Lexikon Philosophie, hg. v. A. Diemer und I. Frenzel, Frankfurt/M. 1958, 18 - 35.

55) Vgl. ebenda, 31f.

56) Vgl. weiter unten.

sei, der verschwindet, bedeutet einen weiteren Schritt zur Proletarisierung der Gesellschaft und zugleich zum Triumph des Kollektivismus." 57)

Diese Berufe bilden im Neoliberalismus weiterhin die Basis der bürgerlichen Gesellschaft und der liberalen Demokratie. Das Bauerntum gilt als gesellschaftspolitischer Gegenpol und Bollwerk gegen den Kollektivismus<sup>58)</sup>.

"Das Bauerntum und seine Verwurzelung im Bodeneigentum und in der Natur der menschlichen Familie bilden die festeste Verankerung, den stärksten Schutzwall des Menschen gegen kollektivistisch-totalitäre Tendenzen." 59)

An der Verbindung der neoliberalen Anthropologie mit politischen Absichten läßt sich ihre historische Fixierung sicher auch ablesen. Ihr Begriff vom Menschen ist an der frühen bürgerlichen Gesellschaft entwickelt, als die Gesellschaftstheorie auf den Eigentümer, nicht aber auf Arbeiter und Angestellte rekurrierte. Dabei werden die von der liberalen Theorie übernommenen Vorstellungen durch Vorstellungen über das Bauerntum ergänzt, die nicht spezifisch liberal sind.

Wenn von der neoliberalen Theorie die Fixierung ihrer Anthropologie an bestimmte politische und soziale Zustände reflektiert würde, müßte sie darauf verzichten, bestimmte, Geschichte gewordene Existenzweisen mit dem "Wesen" des Menschen zu identifizieren.

"Vielmehr muß sich die Anthropologie grundsätzlich ihren Begriff vom Menschen erläutern lassen durch den Begriff der Gesellschaft, in dem er entsteht und nicht zufällig entsteht - nur so entgeht sie der Versuchung, geschichtlich Gewordenes schlechthin als 'Natur' auszugeben und als Norm zu suggerieren." 60)

---

57) Röpke, W.: Maß und Mitte, a.a.O., 164.

58) Vgl. ders.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 287. Vgl. auch Rüstow, A.: Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik in drei Bänden, Bd.3: Herrschaft oder Freiheit?, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1957, 520 (im folgenden zitiert: Ortsbestimmung III).

59) Ders.: Die weltgeschichtliche Bedeutung des Bauerntums in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, a.a.O., 17.

60) Habermas, J.: Art. Anthropologie, a.a.O., 34f.

## Kap.IV: Kritik der Massengesellschaft

### a) Vorbemerkungen

Die neoliberale Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Strukturen von Staat und Gesellschaft ist vor allem eine Kritik an der Massengesellschaft und an der Massendemokratie.

Mit dem Aufkommen der Massengesellschaft seien die traditionellen ökonomischen und politischen Voraussetzungen der liberalen Ökonomie und Demokratie, nämlich die klare Trennung der Bereiche von Staat und Wirtschaft, zerstört worden<sup>1)</sup>. Die Forderung der Massen nach Demokratisierung, d.h. nach Identität von Staat und Volk, habe in der gesellschaftlichen Praxis zu einer zunehmenden Verflechtung von Staat und Gesellschaft geführt. Von dieser Entwicklung, die den Staat zum "Wirtschaftsstaat"<sup>2)</sup>, zum Objekt gesellschaftlicher Gruppen degradiert habe, profitierten durch die Stärkung ihrer Position Großindustrie und Großagrarier; zugleich profitierten davon die Arbeitermassen:

"Der Arbeiter ... verlangt Staatseingriffe sowohl in der Hoffnung, seine wirtschaftliche Lage in der Gegenwart zu verbessern, wie auch um eine zukünftige Überwindung der heutigen Wirtschaftsordnung einzuleiten." <sup>3)</sup>

Obwohl auch die Dirigenten der kapitalistischen Wirtschaft die Transformation des Staates zum "Wirtschaftsstaat" begünstigt und damit die Voraussetzungen des reibungslosen Funktionierens des Kapitalismus mit beseitigt hätten, seien für diese Entwicklung die Massen in stärkerem Maße verantwortlich. Ihre "chaotischen Kräfte" hätten den "Wirtschaftsstaat" entstehen lassen und Gleichgewicht und Stabilität des überkommenen Staatensystems des 19.Jahrhunderts zerstört<sup>4)</sup>.

"Letzten Endes waren und sind es die Massen, unter deren wachsendem Druck ... die überkommene staatliche Struktur maßgebender altkapitalistischer Länder zerstört, der

---

1) Vgl. zum folgenden Eucken, W.: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, a.a.O., 302ff.

2) Ebenda, 307.

3) Ebenda, 305.

4) Vgl. ebenda, 312.

Wirtschaftsstaat geschaffen, sowie ohne Ersatz das alte Staatensystem aufgelöst wird, und unter deren Einfluß Innen- wie Außenpolitik gerät: damit verfällt die staatlich-gesellschaftliche Organisation, in deren Rahmen der Kapitalismus entstanden war, und ohne die er weder seine starken Kräfte entfalten noch überhaupt funktionieren kann." 5)

Diese in den dreißiger Jahren formulierte Kritik wurde ähnlich bereits 1923 von Röpke vorgetragen<sup>6)</sup>. Röpke bekannte sich damals zu einem staats- und gesellschaftserhaltenden, konservativen Liberalismus und forderte, der Staat müsse als die "Verkörperung des über den Gruppeninteressen stehenden Gemeinwohls"<sup>7)</sup> vor einer Kapitulation gegenüber der monopolistischen Privatwirtschaft, dem organisierten Grundbesitz und der Arbeiterschaft geschützt werden<sup>8)</sup>. Solche Ansichten wurden in der Weimarer Republik vielfach geäußert. Auf den entschiedendsten Verfechter der These von der "Kolonisierung" des Staates durch partikulare gesellschaftliche Interessen jener Zeit, Carl Schmitt, beziehen sich Eucken und Rüstow<sup>9)</sup>. Auch nach 1945 beruft sich Franz Böhm erneut auf Carl Schmitt<sup>10)</sup>. - Diese nach 1945 wieder aufgenommene Kritik zeigt, daß die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Pluralismus integraler Bestandteil der ökonomischen wie gesellschaftlichen Theorie des Neoliberalismus ist. Dabei ist die Kritik an der Gesellschaft - als Kritik der Massengesellschaft - eng mit der an ihrer politischen - "zum Pluralismus entarteten Demokratie" - und der an ihrer ökonomischen Organisation - an der Monopolwirtschaft - verbunden.

---

5) Eucken, W.: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, a.a.O., 313.

6) Vgl. Röpke, W.: Gegen die Brandung, a.a.O., 42ff.

7) Ebenda, 45.

8) Vgl. ebenda, 46.

9) Vgl. Eucken, W.: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, a.a.O., 307; vgl. Rüstow, A.: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus, a.a.O., 67.

10) Vgl. Böhm, F.: Demokratie und ökonomische Macht, Sonderdruck aus "Kartelle und Monopole im modernen Recht", Karlsruhe 1961, 23. '

Die Verschiebung des traditionellen Verhältnisses von Ökonomie und Politik im Kapitalismus manifestiert sich für die neoliberale Theorie in der Vermassung, im Pluralismus und im Wohlfahrtsstaat.

#### b) Kritik der Vermassung

In der neoliberalen Theorie ist der Begriff der Massengesellschaft eine Schlüsselkategorie für die Analyse der Industriegesellschaft. Neoliberale Autoren diagnostizieren die totale Krisis der Gesellschaft: die "pathologischen Entartungen unserer abendländischen Gesellschaft"<sup>11)</sup> und den "Aufstand der Massen"<sup>12)</sup>. Der Massenmensch, dem die Legitimation zu geistiger Führung fehle, beherrsche Staat, Kultur und Gesellschaft<sup>13)</sup>. Zusammen mit den Massen regiere eine Tyrannis gegen die "kulturtragende Elite"<sup>14)</sup>. Solche Aussagen illustrieren im Neoliberalismus die Furcht vor einer endgültigen Ablösung der bisher herrschenden Schichten und vor einem Verfall der traditionellen bürgerlichen Werte.

Wie üblich in der konservativen Kulturkritik hat auch im Neoliberalismus<sup>15)</sup> die Kritik an der Vermassung einen geistig-moralischen und einen sozialen Aspekt. Zum einen wird den Massen aufgrund gewisser psychischer Qualitäten und Dispositionen "Kulturfeindlichkeit" bescheinigt. Andererseits werden die Ausbreitung egalitärer Tendenzen und der Verlust an traditioneller Autorität als Folgen der Auflösung der kleinen überschaubaren Gemeinschaften, der Urba-

---

11) Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 16.

12) Die neoliberalen Thesen über Vermassung stützen sich auf Le Bons "Psychologie der Massen" und Ortega y Gasset's "Der Aufstand der Massen". Vgl. Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 16; Röpke, W.: Die Massengesellschaft und ihre Probleme, in: Hunold, A. (Hg.): Masse und Demokratie, a.a.O., 14ff.; Rüstow, A.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 144.

13) Vgl. Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 24.

14) Ders.: Gegen die Brandung, a.a.O., 122.

15) Vgl. dazu vor allem die verschiedenen Arbeiten Röpkes; ferner Rüstow, A.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 139ff. sowie Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 16ff.

nisierung und Industrialisierung beklagt. Die neoliberale Kritik an der Vermassung erweist sich dabei hauptsächlich als Kritik der großen Zahl: das Wachstum der Institutionen und Organisationen übersteige das menschliche Maß<sup>16)</sup>. Die ökonomischen, politischen und sozialen Ursachen dieses gesellschaftlichen Wandels werden dagegen nur unzureichend berücksichtigt. Vermassung gilt damit als notwendiges Kennzeichen der modernen industriellen Zivilisation, und die Kritik an der Massengesellschaft wendet sich letztlich pauschal gegen die Industriegesellschaft.

Die Massengesellschaft bringe eine "Massenkultur" hervor, die sich von der "Eliten"- und von der "Volkskultur" unterscheide<sup>17)</sup>. Obwohl diese Begriffe nicht eigens erläutert werden, wird ihr Inhalt aus ihrem Kontext, vor allem in den Arbeiten Röpkes, deutlich.

Die Massenkultur ist nivelliert. Sie entsteht mit der Expansion von Bildung, die den Verfall von Bildung einleitet. Der "Bildungsdemokratismus" ist zum Scheitern verurteilt, da aufgrund der "erbarmungslosen Aristokratie der Natur"<sup>18)</sup> Zugang zur Bildung nur wenigen offen ist. Die generelle Ausdehnung von Bildung durch Überwindung und Beseitigung sozialer wie verinnerlichter Barrieren wird kritisiert.

"Es ist Ressentiment des Bildungsjakobinismus, geistiger Egalitarismus, gerichtet auf die Einebnung der geistigen 'Einkommensunterschiede' nicht nach oben, sondern nach unten hin." 19)

"Geistiger Egalitarismus" sei das Ziel derjenigen, für die Bildung "wegen der von ihr geforderten geistigen Disziplin

---

16) Vgl. immer wieder den Gedanken des Maßes in Röpke, W.: Maß und Mitte, a.a.O.

17) Vgl. ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 103.

18) Ders.: Wort und Wirkung, a.a.O., 271.

19) Ders.: Die Massengesellschaft und ihre Probleme, a.a.O., 20; s. ebenso ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 85.

außer Reichweite" sei<sup>20)</sup>. Bildung, und darunter wird die humanistische verstanden, gilt als Privileg einer Elite<sup>21)</sup>.

Daneben werden die Inhalte der Bildung kritisiert:

"Vor allem ist ... die einseitig intellektualistische Orientierung des Bildungssystems hervorzuheben, welche dem vorherrschenden, aber verderblichen politisch-sozialen Rationalismus unserer Zeit naheliegt. Diese Einseitigkeit bedeutet, daß die fachliche Abrichtung auf die Lösung von Problemen in den Vordergrund gestellt und das Ziel einer den ganzen Menschen erfassenden, auch die Traditions- und Charakterwerte berücksichtigenden Bildung vernachlässigt wird, jener Bildung, die seit zwei Jahrtausenden europäischer Kulturgeschichte mit jenen Werten verbunden gewesen ist." 22)

Die Absicht, Bildung für eine Elite zu reservieren, wird mit der Sorge um gesellschaftliche Stabilität begründet. Eine Bildungsexpansion, die zur Akademisierung der Bevölkerung führe, zerreiße den Familienzusammenhalt<sup>23)</sup>, erzeuge soziale Unruhe und werde zur politischen Gefahr, weil sie ein Überangebot an Intellektuellen schaffe<sup>24)</sup>. Die bestehende Bildungsungerechtigkeit, die aus der sozialen Herkunft resultiere, sei eher zu ertragen als völlige Gerechtigkeit und Chancengleichheit, weil dann ein Versagen allein individuellen Ursachen, und zwar mangelnder intellektueller Qualifikation, zugeschrieben werden müßte.

"It must at least seem doubtful that a society in which educational opportunities were universally awarded according to presumed capacity would be more tolerable for the unsuccessful ones than one in which accidents of birth admittedly played a great role." 25)

"... apparent justice may be more difficult to bear than injustice." 26)

---

20) Röpke, W.: Die Massengesellschaft und ihre Probleme, a.a.O., 20.

21) Vgl. ders.: Maß und Mitte, a.a.O., 65; vgl. auch ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 85, 93ff.

22) Ders.: Wort und Wirkung, a.a.O., 272f.

23) Vgl. ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 326f.

24) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 383.

25) Ebenda, 387.

26) Ebenda, 388.

Die These, die Massen könnten humanistische Bildung nicht erwerben und ihr Zugang zur Bildung werde das kulturelle Niveau drücken und die Autorität der "kulturtragenden Elite" erschüttern, steht in Zusammenhang mit Überlegungen, wie die Massen weiter in Abhängigkeit gehalten und bevormundet werden können. Der Ausschluß der Massen, zunächst von Bildung, dann von politischer Teilhabe<sup>27)</sup> wird mit angeblichen anthropologischen Invarianten gerechtfertigt, die sich auf einen naturwüchsigen Begabungsbegriff stützen. Die politischen Absichten lassen sich dadurch allerdings nur notdürftig verschleiern. Das wird durchsichtig, wenn man die Diskreditierung im Zusammenhang mit der Abwehr von Aufklärung und Bewußtseinserhellung sieht.

Vermassung ist freilich auch im Neoliberalismus mehr als ein naturhafter Zustand der Vielen. Sie ist ebenso Produkt sozialer Bedingungen. Industrialisierung und Urbanisierung hätten den Verfall der Zivilisation eingeleitet. Die "letzte Quelle aller krankhaften Entartungen einer Gesellschaft" sei "stets in der gewaltsamen Trennung der Menschen vom Boden ... zu suchen"<sup>28)</sup>. Die "organischen Gemeinschaftsbeziehungen"<sup>29)</sup> der Familie, der Nachbarschaft, des Dorfes, der kleinen Gruppen allgemein lösten sich auf und würden von "mechanischen Gemeinschaftsbeziehungen"<sup>30)</sup> ersetzt. Das ehemals bestehende Gleichgewicht zwischen Individuum und Gesellschaft verschiebe sich zugunsten der Gesellschaft<sup>31)</sup>.

Nur eine Gesellschaft, in der die Gemeinschaftsbeziehungen gegenüber den Gesellschaftsbeziehungen überwiegen, wird von der Vermassung verschont. Sie zeichnet sich durch "gesunde" und "echte" Integration aus, die mit "wirklicher Gemeinschaft" identisch ist<sup>32)</sup>. Der richtige Integrations-

---

27) S. weiter unten.

28) Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 189.

29) Rüstow, A.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 139.

30) Ebenda, 139; vgl. auch 156f.

31) Vgl. Röpke, W.: Die Massengesellschaft und ihre Probleme, a.a.O., 17f.; vgl. ebenso ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 83.

32) Vgl. ders.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 24.

grad ist erreicht, wenn sowohl die "Unterintegration" innerhalb der Großorganisationen (Pseudointegration in den Massenorganisationen), die zur Vereinzelung bei gleichzeitiger mechanisch-anonymer Zusammenfassung führt, als auch die "Überintegration" vermieden wird, die im Kollektivismus als allseitige, auch die privateste Sphäre des Individuums erfassende Beanspruchung durch staatliche Organisationen praktiziert wird. Über- wie Unterintegration weisen sozialpathologische Züge auf<sup>33)</sup>.

Das seit Tönnies' Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft immer wieder von der konservativen Kulturkritik aufgenommene Stereotyp von kulturzersetzender Gesellschaft und echter menschlicher Gemeinschaft leitet auch die neoliberalen Theoretiker bei ihrer Unterscheidung von dem, was "gesund", "normal", dem Menschen angemessen und dem, was "krank", "krisenhaft" und "zersetzend" sei.

Die Massen sind in erster Linie mit dem Proletariat identisch. Für die Vermassung ist der Arbeiter anfällig, nicht der Bauer oder Handwerker<sup>34)</sup>. Die Existenz des Proletariats stelle eine "Kümmerform des Lebens"<sup>35)</sup> dar. Sie zeichne sich durch Fremdgesetzlichkeit, Diskontinuität, Beliebigkeit und Monotonie aus<sup>36)</sup>. Dabei wird die spezifische Lage des Arbeiters aus den äußeren Formen der Industrialisierung erklärt, vorab aus dem Anwachsen der Betriebsgrößen und der Massenproduktion. Die Großbetriebe vergrößerten die soziale Abhängigkeit der Arbeiter, indem sie den Wechsel des Arbeitsplatzes erschwerten und den Arbeiter zwingen, die "Natürlichkeit ländlicher Verhältnisse"<sup>37)</sup> gegen die unbefriedigende urbane Lebensweise einzutauschen. Entfremdung, und das heißt im Neoliberalismus: Vermassung,

---

33) Vgl. Rüstow, A.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 144; vgl. auch Röpke, W.: Wort und Wirkung, a.a.O., 260ff.

34) Vgl. ders.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 29f.

35) Ders.: Maß und Mitte, a.a.O., 163.

36) Vgl. zum folgenden ebenda, 162ff.

37) Ders.: Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft, in: ORDO 1 (1948), 164.

reduziert sich auf die Abhängigkeit von technisch-bürokratischen Großorganisationen. Verdammt wird der aufgeblähte technische Apparat, nicht aber dessen Dirigenten, die den von ihnen Abhängigen nicht allein durch die Zwänge der industriellen Fertigungsprozesse, sondern auch durch die autoritäre Organisation der Anordnungs- und Befehlsverhältnisse im Betrieb die Fremdbestimmtheit vorschreiben. Die Arbeits- und Lebensverhältnisse des Proletariats gelten nicht als Ausdruck spezifischer Bedingungen und Beziehungen in einer kapitalistischen Klassengesellschaft, sondern gehen aus der Massengesellschaft als solcher hervor. Damit substituiert der Neoliberalismus in seiner Analyse der Industriegesellschaft den Begriff der Klassen- durch den der Massengesellschaft.

Die Interpretation der gesellschaftlichen Entwicklung in der Massengesellschaft bildet gleichzeitig die Grundlage für politische Prognosen. Der Zerfall der Gemeinschaften und ihre Ersetzung durch bürokratische Großorganisationen machen die Vielen für den "Totalitarismus" anfällig. Die Massengesellschaft ist die Vorstufe einer totalitären Gesellschaft.

"Heute besteht vielleicht noch mehr Grund anzunehmen, daß die kleinen Staaten bald die letzten Oasen sein werden, in denen sich eine freie Gesellschaft erhalten können wird. In den größeren Ländern mag es schon zu spät sein, den verhängnisvollen Lauf der fortlaufenden Zentralisierung aufzuhalten; sie sind auf dem besten Weg, jene Massengesellschaft zu schaffen, in denen zum Schluß der Despotismus als die einzige Rettung erscheint." 38)

Damit wird von der neoliberalen Theorie eine Befürchtung artikuliert, die sie mit anderen Autoren teilt<sup>39)</sup>. Auf sie treffen auch die gleichen Vorbehalte zu. Vor allem bleibt ungeklärt, warum die Massengesellschaft, die ja gerade in der neoliberalen Theorie mit der Industriegesellschaft und, wie sich später zeigen wird, auch mit der Demokratie weit-

---

38) Hayek, F.A.: Wahrer und falscher Individualismus, a.a.O., 43f.

39) Vgl. exemplarisch Kornhauser, W.: The Politics of Mass Society, Glencoe (Ill.) 1959.

gehend identisch ist, in einigen Ländern totalitäre Regierungsformen ausgebildet hat, in anderen Ländern dagegen nicht. Die widerspruchsvolle Analyse der Massengesellschaft, die sich in der Analyse derjenigen Faktoren fortsetzt, die die Transformation in die "totalitäre" Gesellschaft bedingen sollen, ist Ursache dafür, daß in der neoliberalen Theorie der Wandel der Massengesellschaft in den Totalitarismus nicht überzeugend nachgewiesen werden kann. Die Überbetonung, die Fragen der "Massenpsychologie" und des Bewußtseins bei weitgehender Abstraktion von den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entstehung und Entwicklung erfahren, tritt an die Stelle der Untersuchung vorhandener sozialer und ökonomischer Konflikte. Dennoch bleiben die sozialen Bedingungen der Vermassung nicht völlig unberücksichtigt. Auf der Ebene "moralischer" Urteile ist aber anscheinend leichter zu argumentieren: Röpke erklärt die Erfolge des Kommunismus in den Entwicklungsländern mit "leeren Seelen"<sup>40)</sup>, ähnlich wie er bereits die von ihm beschworene Gesellschaftskrisis deutete:

"... der tiefste Sitz der Krankheit unserer Kultur liegt in der geistig-religiösen Krise, die sich in jedem einzelnen vollzogen hat und nur in der Seele jedes einzelnen auch überwunden werden kann." 41)

Die Kehrseite der Theorien über Vermassung ist im allgemeinen eine Elitetheorie. Der Neoliberalismus bildet darin keine Ausnahme. Indiz für die elitär-aristokratischen Elemente seiner Kulturkritik ist die Vorstellung, die Massen müßten von einer Elite geführt werden, um den drohenden Zerfall der Sitten aufzuhalten und die Gefahren des Totalitarismus zu bannen.

Zur Elite gehören die "Besten", sie sind "Aristokraten des Gemeinsinns"<sup>42)</sup>, eine "Nobilitas der Leistung"<sup>43)</sup>. In der

---

40) Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 169.

41) Ebenda, 25.

42) Ders.: Die Massengesellschaft und ihre Probleme, a.a.O., 38.

43) Ders.: Wort und Wirkung, a.a.O., 258.

Regel rekrutiert sich die Elite aus den oberen Schichten der Gesellschaft; denn dort vor allem sind die Voraussetzungen für die Entfaltung aristokratischen Verhaltens, nämlich Besitz, Bildung und vorbildhafter Gemeinsinn anzutreffen<sup>44)</sup>.

"Aber ohne Vermögen und ihre Vererbung, die mit der geistig-moralischen Tradition auch ihre materiellen Grundlagen weiterleitet, kann sich eine natürliche Aristokratie ebensowenig entfalten, und es wäre kurzsichtig, das in einem egalitären Radikalismus zu verkennen. Gerade weil eine einzige Generation oft, ja sogar in der Regel nicht ausreicht, um aristokratischen Gemeinsinn und Führungsgeist zu Blüte und Frucht zu bringen, ist die bis zur Konfiskation gehende Beschränkung des Erbrechts ... eine der schädlichsten Maßnahmen..."<sup>45)</sup>

Die Elite zeichnet sich als "Nobilitas naturalis"<sup>46)</sup> durch höchste entsagungsvolle Leistung für das Ganze, durch natürliche Würde und ein "fleckeloses Privatleben", kurzum unantastbare persönliche Integrität bei opfervollem Dienst an der Gesellschaft aus. Sie verdient daher eine "Stellung über den Klassen, Interessen, Leidenschaften, Bosheiten und Torheiten der Menschen"<sup>47)</sup> und hat Anspruch auf gesellschaftliche Anerkennung und Achtung<sup>48)</sup>.

Die neoliberale Theorie versteht Elite als "Wertelite", die sich für Herrschaftspositionen allein aufgrund bestimmter moralischer Eigenschaften ihrer Mitglieder legitimiert:

"Er (der Wertbegriff der Elite, d.Verf.) beruht auf bestimmten philosophischen und weltanschaulichen Prämissen, denen zufolge eine ausgewählte Gruppe der entweder im moralischen, im geistigen oder im gesellschaftlich-ständischen Sinne Besten allein kraft dieser Eigenschaft zur Herrschaft bestimmt ist."<sup>49)</sup>

---

44) Vgl. Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 191ff.

45) Ebenda, 194.

46) Ders.: Die Massengesellschaft und ihre Probleme, a.a.O., 37.

47) Ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 193.

48) Vgl. ebenda, 191ff.

49) Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung. Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Soziologie und Politik, Berlin 1965, 71 (im folgenden zitiert: Politische Soziologie und Demokratieforschung).

Obwohl der neoliberale Elitebegriff scheinbar an Leistung geknüpft ist, entspricht er dem Funktionsbegriff der Elite<sup>50)</sup> nicht. Denn diesem Begriff zufolge muß Herrschaft mit der Ausübung politischer Funktionen legitimiert werden, die unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer privilegierten sozialen Schicht übernommen werden können.

### c) Kritik des Staates

#### 1. Ablehnung des Pluralismus

Die neoliberale Kritik an der Massengesellschaft äußert sich ferner am Pluralismus ihrer Entscheidungsprozesse. Diese Kritik umfaßt drei Aspekte:

- die Tatsache offensiver Interessenvertretung der Verbände;
- den Einfluß und die Partizipation organisierter Interessen an der staatlichen Willensbildung, die die Unparteilichkeit des Staates antasteten und die Wahrnehmung des Allgemeininteresses verhinderten;
- die präkollektivistische Gesellschaftsstruktur der "pluralistisch entarteten" Demokratie.

Alle drei Aspekte der neoliberalen Auseinandersetzung mit dem Pluralismus artikulieren eine Pluralismus-Rezeption, in der - der Tradition der in der Weimarer Republik vorherrschenden Kritik verhaftet - auf die Beeinflussung der staatlichen Willensbildung durch die organisierten Interessengruppen nicht mit der Revision des Demokratie- und Staatsverständnisses reagiert wird, sondern "die Idee des Staates als alles umspannender, die gesellschaftlichen Interessen autoritativ regulierender Einheit"<sup>51)</sup> weiter vertreten wird. Die neoliberale Theorie, die den Pluralismus als Ausdruck unerwünschter gesellschaftlicher Gegensätze und deren möglicher Transformation auf die staatliche Ebene

---

50) Zur Unterscheidung des Funktions- und Wertbegriffs der Elite vgl. Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 64ff., 169ff.

51) Sontheimer, K.: Art. Pluralismus, in: Fraenkel, E./Bracher, K.D. (Hg.): Staat und Politik, Fischer-Lexikon, Neuausgabe, Frankfurt/M. 1966, 254.

weitgehend negativ beurteilt, verwendet den gleichen Begriff freilich gleichzeitig für die Charakterisierung der gesellschaftlichen Vielfalt der westlichen Kultur. "Pluralismus" bezeichnet dann die "Buntheit", die "mannigfaltige" "Natur des Westens" gegenüber "extremer Verstaatlichung des Menschen", "äußerster Zentralisierung" der Gesellschaft, dem "Monolithismus" des Ostens und verbürgt westliche Freiheit<sup>52)</sup>. Indem der Pluralismus "westliche Freiheit" gegenüber "östlichem Zwang" demonstriert, wird er positiv beurteilt. Er bedeutet dann aber lediglich die Existenz je verschiedener Anschauungen und Ideen, gesellschaftlicher Gruppierungen und politischer Richtungen, die das Gemeinwesen indes nicht ideologisch spalten dürften<sup>53)</sup>.

In der Regel bezieht sich jedoch die Auseinandersetzung mit dem Pluralismus auf die Frage nach der Berechtigung von Interessengruppen und ihrer parakonstitutionellen Einflüsse auf Regierung und Parteien, die in der demokratischen Staatstheorie keineswegs vorgesehen gewesen seien<sup>54)</sup>. Interessengruppen wird deshalb nicht jede Legitimation abgesprochen. Vor allem Rüstow kritisiert die in Deutschland verbreitete Diffamierung der Interessengruppen. Sie sei Ausdruck "eines nicht mehr aktuellen Ideals", des Obrigkeitsstaates nämlich, und sie reflektiere die historische Unvermeidlichkeit dieser Entwicklung nicht<sup>55)</sup>.

Mit dieser grundsätzlichen Bejahung gehen jedoch massive Einschränkungen einher, die Franz Böhm artikuliert hat<sup>56)</sup>.

---

52) Vgl. Röpke, W.: Wirrnis und Wahrheit. Ausgewählte Aufsätze, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1962, 259 (im folgenden zitiert: Wirrnis und Wahrheit).

53) Vgl. ders.: Civitas Humana, a.a.O., 185.

54) Vgl. ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 206.

55) Vgl. Rüstow, A.: Gruppeninteressen und Gesamtinteressen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7 (1956), 460f.; vgl. auch ders.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 171ff.; ders.: Rede und Antwort, Ludwigsburg 1963, 58f.

56) Vgl. Böhm, F.: ... den vollständigen Leistungswettbewerb, in: Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollen- dung der Sozialen Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 2, Bad Nauheim 1954, 38f.

Der Zusammenschluß von Individuen in Organisationen habe den der "Privatrechtsgesellschaft" allein angemessenen Vertrag zwischen Individuen durch "kollektive Kampffronten" und Kampfmaßnahmen ersetzt und führe zu einer "Refeudalisierung" der Gesellschaft, zu "Verpfründung" und "Verzunftung", zur "Eroberung oder Verteidigung von Besitzständen und Sicherheitszonen"<sup>57)</sup>. Diese Kritik am Pluralismus argumentiert von einer abstrakten juristischen Position her, indem sie nämlich die Beziehungen zwischen formal-juristisch gleichgestellten Individuen, wie zu Zeiten der liberal-kapitalistischen Frühphase, durch Verträge zwischen einzelnen nichtorganisierten Individuen regeln will. In kollektiven Abmachungen dagegen tritt Gruppensolidarität an die Stelle des Wettbewerbs. Böhm vertritt jedoch weiter die liberale Auffassung, derzufolge Wettbewerb und Vertrag, nicht Solidarität und Interessenorganisation die ökonomischen und sozialen Abläufe bestimmen sollen<sup>58)</sup>. Freilich ist das Insistieren auf Vertragsbeziehungen zwischen Individuen, das bei Böhm ebenso fehlende Adaption an eine veränderte soziale Realität wie eine idealisierte Vorstellung von der angeblichen Machtlosigkeit aller Individuen in der "Privatrechtsgesellschaft"<sup>59)</sup> dokumentiert, zugleich der juristische Vorwand für die Ablehnung materieller Forderungen der Vielen; denn die gemeinsamen Interessen der Individuen lassen sich erst im kollektiven Zusammenschluß verwirklichen. Dessen Ziel besteht im

---

57) Böhm, F.: ... den vollständigen Leistungswettbewerb, a.a.O., 38.

58) Vgl. dazu Carr, der die Ablehnung von Monopolen und Gewerkschaften durch den Liberalismus auch mit der Ersetzung des Wettbewerbs durch die Gruppensolidarität begründet (in: Die neue Gesellschaft. Aspekte der Massendemokratie, a.a.O., 59).

59) Die neoliberale Rechtsstaatsauffassung basiert auf der Annahme eines machtlosen Gleichgewichts: "In der Privatrechtsgesellschaft wird der Einzelne durch seine Machtlosigkeit kontrolliert. Diese Machtlosigkeit macht ihn abhängig von der Gesamtheit aller seiner Mitmenschen bei größter Unabhängigkeit von ihren vereinzeltten Exemplaren." Böhm, F.: Die vier Säulen der Freiheit, in: Was muß die freie Welt tun?, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr.13, Ludwigsburg 1959, 55.

wesentlichen darin, auf die Verteilung des Sozialprodukts Einfluß zu gewinnen. Die politische Auseinandersetzung um die Vergrößerung des Anteils am Sozialprodukt lehnen die neoliberalen Theoretiker jedoch ab.

"Wir alle sind nützliche Glieder der Gesellschaft, soweit wir unsere Berufe ausüben. In dem Augenblick aber, in dem wir uns berufsweise zusammenrotten, um uns mit anderen Berufen um den Anteil an der Beute Sozialprodukt zu balgen, werden wir gemeingefährlich." 60)

Diese Ablehnung wird zweifach begründet. Zum einen spalte der Kampf um das Sozialprodukt die Gesellschaft in "rivalisierende und interventionshungrige Interessenhäufen" 61). Eine solche, die sozialen Widersprüche aktualisierende Rivalität zwischen den gesellschaftlichen Gruppen entspricht nicht dem neoliberalen Gesellschaftsbild, das an die Vorstellung sozialer Harmonie fixiert ist 62). Zum anderen greift die Auseinandersetzung um das Sozialprodukt in die Einkommensverteilung durch den Markt ein und verzerrt deren Ergebnisse. Dieser Schluß wird von der Unterscheidung zwischen berechtigter und unberechtigter Interessenvertretung, zwischen "gesundem" und "krankem" Pluralismus nahegelegt, die sich bei Rüstow und Röpke findet 63). Während der "gesunde" Pluralismus staatliche Eingriffe in den privaten Interessenbereich abwehre, mobilisiere der "kranke" den Staat für seine eigenen Ziele.

"Wir meinen g e s u n d e n P l u r a l i s m u s , wenn wir es mit dem Fall von Sondergruppen zu tun haben, die sich gegen um sich greifenden Machtanspruch des Staates und der durch ihn vertretenen Begehren anderer Sondergruppen in ihren Rechten und in ihrem legitimen Eigenbereich verteidigen und damit eine heilsame Begrenzung

---

60) Böhm, F.: ...den vollständigen Leistungswettbewerb, a.a.O., 39.

61) Ders.: Die Aufgaben der freien Marktwirtschaft, Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, Heft 14, München 1951, 17.

62) Vgl. Röpke, W.: Civitas Humana, a.a.O., 180.

63) Vgl. Rüstow, A.: Gruppeninteressen und Gesamtinteressen, a.a.O., 461; Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 208.

bewirken. Wenn sich heute die Hausbesitzer dagegen wehren, daß sie als politisch schwache Minderheit durch die politisch starke Mehrheit der Mieter mit dem Stimmzettel enteignet werden, so liegt ein klarer Fall dieser Art vor. Hingegen der k r a n k e P l u r a l i s m u s ist nicht defensiv, sondern o f f e n s i v . Er begrenzt nicht den Staat, sondern er sucht ihn für seine eigenen Zwecke zu benutzen und sich dienstbar zu machen." 64)

Diese Unterscheidung zwischen Legitimität und Illegitimität der Interessenvertretung ist an der Einkommensverteilung, wie sie sich als Resultat der liberal-kapitalistischen Ökonomie v o r Redistributionsmaßnahmen des Staates ergibt, orientiert und dient deren Aufrechterhaltung. Eine Vertretung der eigenen Interessen erscheint solange legitim, als sie den bestehenden Privatbesitz verteidigt, illegitim aber, sobald sie auf die Umverteilung des Sozialprodukts gerichtet ist. Der Staat soll die Interessen der besitzenden Klasse schützen, sich aber für die Ansprüche der Nichtbesitzenden nicht mobilisieren lassen.

In dem Versuch, über den Einfluß auf die staatliche Willensbildung die Politik zugunsten von Interessenten zu dirigieren, erblicken die neoliberalen Autoren die Gefahr eines Zerfalls staatlicher Autorität<sup>65)</sup>. Dafür werden zwei Gründe genannt:

1. Der Staat sei nicht länger fähig, unparteilich das Gesamtinteresse durchzusetzen, wenn Interessengruppen seine Politik beeinflussen.

"... der Staat selbst (wird) durch den Interessenkampf zersetzt und der Würde einer der Allgemeinheit dienenden Anstalt beraubt, mit der sich die Regierten über alle Gruppen und Schichten hinweg willig identifizieren können." 66)

---

64) Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 208.

65) Vgl. dazu Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 327ff.; Rüstow, A.: Ortbestimmung III, a.a.O., 171ff.; Röpke, W.: Civitas Humana, a.a.O., 182ff.

66) Vgl. ebenda, 184.

Das Gesamtinteresse lasse sich nicht aus den verschiedenen Partikularinteressen addieren; ebensowenig gehe es aus dem Ausgleich dieser Interessen im Sinne eines Kompromisses hervor<sup>67)</sup>. Wenn alle Sonderinteressen bei der Willensfindung berücksichtigt würden, werde die Politik zu einem "Kuhhandel" degradiert, wie er seine "klassische Ausbildung" in der Weimarer Republik gefunden habe<sup>68)</sup>. Eine "perverse" und "krankhafte" Staatsauffassung sehe im Staat analog zum Markt ein Konkurrenzfeld der um Einfluß und wirtschaftspolitische Vorteile bemühten Interessengruppen<sup>69)</sup>. Solche Auseinandersetzungen gehörten, ebenso wie der Ausgleich der Interessen, in die Öffentlichkeit und in das Parlament. Auf staatlicher Ebene sei nur ein Wettbewerb der Meinungen über das, "was dem allgemeinen Besten dient"<sup>70)</sup>, gerechtfertigt. Der Staat, der sich durch die Repräsentation des Gesamtinteresses zu legitimieren habe, könne das "anarchische Machtgezerre"<sup>71)</sup> der gesellschaftlichen Gruppen auf höherer Ebene überwinden, sobald er nur unabhängig vom Druck der Interessenten entscheiden und handeln könne. Die Vertretung des Gesamtinteresses kollidiere im übrigen keinesfalls mit Partikularinteressen, wenn der Staat bei der Durchführung bestimmter Maßnahmen nicht an die davon tangierten Interessengruppen und ihre egoistischen materiellen Interessen appelliere, wie es der "schlechten" Art demokratischer Integration entspreche<sup>72)</sup>, sondern "an die Einsicht, den Idealismus, das Gemeingefühl, die Opferbereitschaft"<sup>73)</sup>. Das sei das Rezept für eine "gute" Politik, die den Menschen bei seinen "guten Schichten

---

67) Vgl. Rüstow, A.: Gruppeninteressen und Gesamtinteressen, a.a.O., 461.

68) Ders.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 179; ders.: Rede und Antwort, a.a.O., 62, 89.

69) Vgl. ebenda, 64, 88; vgl. auch ders.: Gruppeninteressen und Gesamtinteressen, a.a.O., 461.

70) Ders.: Rede und Antwort, a.a.O., 89.

71) Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, in: ORDO 4 (1951), 83.

72) Vgl. Rüstow, A.: Rede und Antwort, a.a.O., 96ff.

73) Ebenda, 99; vgl. Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 312f.

packen<sup>74)</sup> müsse.

2. Der veränderte Aufgabenbereich des Staates verstärke seinen Macht- und Autoritätsverlust<sup>75)</sup>. Zum einen würden Interessengruppen ehemals staatliche Kompetenzen übernehmen, so daß sich typisch staatliche Rechte in die Gesellschaft verlagerten<sup>76)</sup>. Andererseits aber - und darin manifestieren sich spezifisch liberale Vorbehalte gegen eine Expansion der Staatsaktivität - werde der Staat mit Funktionen überlastet, die einst seiner Kompetenz entzogen waren, mit Interventionen aller Art in die sich ehemals selbst regulierende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Verlust an Autorität werde durch die Ausweitung der Staatstätigkeit nur verschleiert, tatsächlich werde er von Gruppeninteressen abhängig<sup>77)</sup>.

Die Befürchtung, daß sich die staatliche Autorität den Einflüssen der Interessengruppen nicht zu erwehren weiß und vor ihnen kapituliert, ist indes kaum in der Idee eines starken Staates allein begründet. Der starke Staat entspricht vielmehr den Erfordernissen einer funktionierenden Marktwirtschaft<sup>78)</sup>. Er soll die Gefahren abwenden, die für eine Marktwirtschaft in Interventions- und Subventionsforderungen liegen.

---

74) Rüstow, A.: Gruppeninteressen und Gesamtinteressen, a.a.O., 462; vgl. auch ders.: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus, a.a.O., 68f.:

"In jedem Staatsbürger, selbst in dem egoistischsten und borniertesten Interessenten, steckt irgendwo ein anständiger Kern, der danach verlangt, anständig reagiert zu werden, der angesprochen werden kann auch und gerade durch eine Maßregel, die gegen sein eigenes im übrigen noch so laut vertretenes egoistisches Interesse geht... Es ist das entscheidende Kriterium einer richtig und organisch konstruierten Verfassung, daß sie den Menschen in diesem seinem nicht unzersetzten Kern trifft und integriert, und nicht etwa den Interessenten im Menschen als Integrationselement verwendet."

75) Vgl. dazu Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 328f.

76) Eucken nennt das selbstgeschaffene Recht der Wirtschaft, die allgemeinen Geschäftsbedingungen, die staatliches Recht verdrängen, und die privaten Abmachungen zwischen Industriekonzernen verschiedener Nationalität, die die staatliche Handelspolitik ersetzen. (Vgl. ebenda, 328).

77) Vgl. ebenda, 327.

78) S. dazu weiter unten.

Schließlich verändere die "pluralistisch entartete" Massendemokratie auch die politischen Strukturen. Die "labile Anarchie sozialer Interessengruppen"<sup>79)</sup>, das "moderne Feudalsystem" einer die partikularen Interessen organisierenden Gesellschaft<sup>80)</sup>, die Tyrannei der Mehrheit, die in der Demokratie - und der Massendemokratie insbesondere - jederzeit drohe, sind allesamt Entwicklungen zu einem die liberale Demokratie ablösenden kollektivistischen Staat, den die Massendemokratie ankündigt<sup>81)</sup>.

## 2. Ablehnung des Wohlfahrtsstaates

Augenscheinlicher noch als die Kritik des Pluralismus verdeutlicht die Ablehnung sozialstaatlicher Tendenzen im modernen Wohlfahrtsstaat die neoliberale Reflexion gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels.

Der Wohlfahrtsstaat kündigte sich in Deutschland mit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung an. Seitdem wurde das System staatlicher Daseinsvorsorge ständig ausgedehnt. Erfaßte es einst nur diejenigen Bevölkerungskreise, die sich gegen die Folgen von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter nicht selber schützen konnten, so treten heute neben die das Existenzminimum sichernden Garantien für die Fürsorgefälle eine Vielzahl von Beihilfen und Subventionen, die nicht mehr länger ausschließlich nackte materielle Not beseitigen, sondern Schutz vor möglichst vielen Risiken für alle Staatsbürger versprechen.

Mit ihrem quantitativen Ausbau veränderten sich auch die Ziele, die sozialstaatlichen Maßnahmen gesetzt wurden. Zunächst sollten sie vor allem akute Not lindern; heute dienen sie darüberhinaus auch dazu, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu beeinflussen. Redistribution,

---

79) Böhm, F.: Demokratie und ökonomische Macht, a.a.O., 23.

80) Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 329.

81) Vgl. Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 35.

Förderung der Vermögensbildung, Unterstützung struktur-schwacher Regionen sind die wichtigsten Instrumente wohlfahrtsstaatlicher Politik.

Zwar änderten sich die Ziele, die Motive sozialstaatlicher Maßnahmen scheinen gleichwohl unverändert geblieben zu sein. Das Reformwerk Bismarcks diente der Integration der Arbeiterklasse. Ausbeutung und Not der arbeitenden Massen waren so offensichtlich geworden, daß Maßnahmen zur Beschwichtigung ergriffen werden mußten, die die Arbeiterschaft zugleich an das herrschende gesellschaftliche System binden sollten. Der Wohlfahrtsstaat, an sich der logische Gegensatz des liberalen Staates, wurde zu dessen logischer Konsequenz<sup>82)</sup>. Dieses Motiv, sich der Loyalität der Massen zu versichern, läßt sich bis heute nachweisen<sup>83)</sup>. Es wurde in seiner Bedeutung keineswegs von der zusätzlichen Funktion des Sozialstaates verdrängt, die wirtschaftliche Stabilität zu sichern, und zwar nicht nur im Interesse der Profite der Unternehmer, sondern auch im Interesse politischer Stabilität durch Vollbeschäftigung und ständige Stärkung der Massenkaufkraft. Beide Motive gehören zusammen.

Gegen die Entwicklung des liberalen Rechtsstaats zum Sozialstaat melden die neoliberalen Theoretiker zahlreiche Bedenken an. Nicht, daß die staatliche Fürsorge für die Ärmsten und sozial Schwächsten ihnen überflüssig erscheint. Ein Minimum an staatlicher Zwangsvorsorge sei unbedingt erforderlich<sup>84)</sup>. Im Übergang von der vorindustriellen zur industriellen Gesellschaft seien die staatlichen Hilfsmaßnahmen für die ins Proletariat absinkenden Individuen historisch nicht ohne Sinn gewesen: staatliche Vorsorge

---

82) Vgl. Carr, E.H.: Die neue Gesellschaft. Aspekte der Massendemokratie, a.a.O., 31.

83) Vgl. Habermas, J.: Technik und Wissenschaft als "Ideologie", a.a.O., 76f., 84ff.

84) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 257f.; vgl. auch Röpke, W.: Wirrmis und Wahrheit, a.a.O., 296; ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 254.

stellte die notwendige Reaktion auf die Zerstörung der Familien- und Dorfgemeinschaften dar<sup>85)</sup>. Dagegen seien heute "die Möglichkeiten der freiwilligen Selbst- und Gruppenhilfe unvergleichlich besser geworden ..." <sup>86)</sup>. Jetzt, da die politisch emanzipierten Massen zudem ihre eigenen Interessen wahrnehmen könnten, sei die ehemals von der Oberschicht übernommene soziale Fürsorge, wie sie sich in wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen tradiere, "ein wenig anachronistisch geworden" <sup>87)</sup>. Das wohlfahrtsstaatliche System heutiger Prägung sei im Grunde paradox: die Antwort auf die materielle Not sei im 19. Jahrhundert zu spät und unzureichend erfolgt; heute aber, da solche sozialstaatliche Hilfe objektiv nicht mehr erforderlich sei, werde sie stetig ausgeweitet <sup>88)</sup>.

Solange sich sozialstaatliche Eingriffe auf die reine Sozialfürsorge beschränken, finden sie Zustimmung. Die neoliberale Theorie erkennt nur das eine Ziel des Sozialstaats, die Milderung akuter Not, an. Da sie dieses Ziel für im wesentlichen realisiert hält, kann sie sozialstaatliche Akte als weitgehend überflüssig erklären. Das andere Ziel des Sozialstaats, die "gerechtere" Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, akzeptiert sie dagegen nicht und lehnt daher den Wohlfahrtsstaat ab. Er gilt als "revolutionär" und "sozialistisch",

"weil sein Ziel die schrittweise Sozialisierung der Bedürfnisbefriedigung und die wirtschaftlich-soziale Gleichstellung ist, ohne Rücksicht auf das Einkommen und Vermögen der einzelnen, die vom Wohlfahrtsstaat herangezogen werden." <sup>89)</sup>

---

85) Vgl. Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 241.

86) Ebenda, 230.

87) Hayek, F.A.: Was ist und was heißt "sozial"?, a.a.O., 74; ähnlich auch Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 229.

88) Vgl. ders.: Grenzen und Gefahren des Wohlfahrtsstaates, Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main 5 (Vortrag am 24. Jan. 1955), 4.

89) Ders.: Wirrmis und Wahrheit, a.a.O., 299.

Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen interpretiert der Neoliberalismus als neue Taktik des Sozialismus in den kapitalistisch-demokratischen Systemen des Westens<sup>90)</sup>. Von der ehemals revolutionären Politik der Sozialisten, die die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die Verstaatlichung der Produktionsmittel und die zentrale Lenkung der Wirtschaft erkämpfen wollten, sei lediglich das "Ideal radikaler Sozialreform und Neuverteilung der Einkommen und Vermögen durch Steuerzwang"<sup>91)</sup> geblieben. Sozialreformerische Forderungen konkretisierten sich im Wohlfahrtsstaat als Vollbeschäftigungspolitik und als Fiskalsozialismus, um über die Kontrolle des Privateigentums die Redistribution zu erzwingen<sup>92)</sup>.

Der Neoliberalismus erblickt im Wohlfahrtsstaat die letzte Bastion des revisionistischen Sozialismus innerhalb des kapitalistischen Systems. So hätten nicht objektive Erfordernisse, sondern Neid und Ressentiments der Massen gegenüber den Reichen den Sozialstaat als "Instrument der sozialen Revolution"<sup>93)</sup> entstehen lassen. Rüstow sieht die Bemühungen um sozialen Ausgleich von einer längst nicht mehr adäquaten Klassenkampfadeologie beherrscht, die die Einkommensumverteilung noch immer als "Abschlagzahlung" auf den an sich dem Arbeiter zukommenden vollen Arbeitsertrag interpretiert und die die Sozialpolitik für desto erfolgreicher hält, je mehr dem Unternehmer genommen werde. Dieser "Ideologie" fehlten alle Voraussetzungen, da sich die Gesellschaft aufgrund der Nivellierung der Einkommen

---

90) Vgl. Röpke, W.: Wirrnis und Wahrheit, a.a.O., 285ff.; ebenso Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 256f.

91) Röpke, W.: Wirrnis und Wahrheit, a.a.O., 287.

92) Vgl. ebenda, 287; vgl. auch Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 256f.

93) Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 232; vgl. auch ders.: Grenzen und Gefahren des Wohlfahrtsstaates, a.a.O., 15.

auf einen klassenlosen Zustand hin bewege<sup>94)</sup>.

Besonders wird betont, durch sozialstaatliche Maßnahmen werde der Tüchtige und Erfolgreiche um den Ertrag seiner Arbeit gebracht. Das Wesen des Wohlfahrtsstaates sei es,

"daß einzelne konsumieren, ohne zu produzieren, während andere produzieren, aber vom Staat gezwungen werden, einen Teil des von ihnen Erzeugten nicht zu konsumieren ... Den einen ... kann nur gegeben werden, wenn den anderen genommen wird, und wenn wir vom Staat sprechen, der uns helfen soll, so haben wir es immer auf das Geld eines anderen abgesehen, auf den Ertrag seiner Mühen oder auf seine Ersparnisse." 95)

Zudem bestehe ein Unterschied

"between a redistribution wherein the great majority earning their living agree to give those unable to do so, and a redistribution wherein a majority takes from a minority because the latter has more." 96)

Das Instrument der Redistribution, die Steuerprogression, wird daher als sozialistischer Angriff auf die hohen Einkommen abgelehnt<sup>97)</sup>. Sie sei einst eingeführt worden, um Renten und Luxuskonsum stärker zu besteuern. Heute treffe sie dagegen die Leistungseinkommen, die in der Regel wieder investiert, nicht konsumiert würden. Die Besteuerung der Leistungseinkommen schwäche den Anreiz zu sozialem Aufstieg. Sie bedeute außerdem, daß eine Vielzahl von Funktionen der Bezieher großer Einkommen und Vermögen, Investitionstätigkeit, Mäzenatentum und Wohltätigkeit z.B., nicht länger in privater Hand liegen, sondern dem Staat zufie-

---

94) Vgl. Rüstow, A.: Sozialpolitik diesseits und jenseits des Klassenkampfes, in: Sinnvolle und sinnwidrige Sozialpolitik, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 12, Ludwigsburg 1959, 17.

95) Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 253.

96) Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 303.

97) Vgl. dazu ebenda, 306ff.; vgl. auch Röpke, W.: Grenzen und Gefahren des Wohlfahrtsstaates, a.a.O., 15ff.; ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 246ff.; Rüstow, A.: Rede und Antwort, a.a.O., 138ff.

len<sup>98)</sup>.

Die neoliberale Kritik an der progressiven Besteuerung übersieht indessen, daß deren Ziel - die Umverteilung des Sozialprodukts nach seiner Verteilung durch den Markt - kaum überzeugend realisiert werden konnte. Zwar findet eine Redistribution unter den abhängig Beschäftigten und zugunsten der Erwerbsunfähigen statt, nicht aber zwischen Löhnen und Gehältern einerseits und den Einkommen aus Kapital andererseits. Das läßt sich an der fast unveränderten Lohnquote ablesen, die sich trotz gewerkschaftlicher Aktivität und staatlicher Fiskalpolitik niemals nennenswert erhöht hat<sup>99)</sup>: "die Aufwärtsbewegung der realen Löhne ist weniger die Wirkung einer Umverteilung des Sozialprodukts als unveränderter Verteilung eines steigenden Sozialprodukts"<sup>100)</sup>. Daher ist die neoliberale Behauptung, die persönliche Freiheit sei bedroht, weil die individuelle Verfügung über das Einkommen durch Sozialisierungsmaßnahmen beschränkt werde<sup>101)</sup>, fraglos übertrieben. Sie ist gleichwohl wegen ihrer politischen Implikationen ernstzunehmen. Erstens rechtfertigt sie den Reichtum als Verdientes Lei-

---

98) Nicht der Staat, sondern Private sollten auf annähernd allen gesellschaftlichen Bereichen Aktivität entfalten: in der Kunst, Erziehung und Forschung, beim Schutz der Natur und historischer Bauten, in der Propagierung neuer politischer, moralischer und religiöser Ideen (vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 125).

"However important the independent owner of property may be for the economic order of a free society, his importance is perhaps even greater in the fields of thought and opinion, of tastes and beliefs. There is something seriously lacking in a society in which all the intellectual, moral, and artistic leaders belong to the employed class, especially if most of them are in the employment of the government." Ebenda, 128.

99) Vgl. Strachey, J.: Kapitalismus heute und morgen, a.a.O., 131ff.

100) Paulsen, A.: Allgemeine Volkswirtschaftslehre III. Produktionsfaktoren, 4.A., Berlin 1965, 39.

101) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 289; vgl. auch Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 234.

stungseinkommen. Doch, so wird argumentiert, selbst eine "leisure class" habe ihre Berechtigung, weil ihr Lebensstil eines Tages für die Vielen exemplarisch werde<sup>102)</sup>.

Verschwendung sei der Preis der Freiheit.

"To prevent some from enjoying certain advantages first may well prevent the rest of us from ever enjoying them. If through envy we make certain exceptional kinds of life impossible, we shall all in the end suffer material and spiritual impoverishment." 103)

Zweitens dient sie der Abwehr allzu weitgehender politischer Korrekturen der durch den Marktmechanismus bedingten Distribution<sup>104)</sup>. Wie bekannt, richtet sich einer weithin akzeptierten Distributionstheorie zufolge die Höhe des Einkommens des jeweiligen Produktionsfaktors nach dem Grenzertrag seines produktiven Beitrags. Die Verteilungstheorie ist eine Theorie der Preisbildung der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden<sup>105)</sup>. Fraglos funktioniert diese Mechanik, nach der sich die Verteilung der Einkommen am Maßstab der Produktivität der Marktleistung der einzelnen Faktoren orientiert und die auf der subjektiven Wertlehre

---

102) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 127ff.

103) Ebenda, 130.

104) Vgl. Röpke, W.: Die politische Dimension der Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftsordnung und Menschenbild. Geburtstagsgabe für Alexander Rüstow, Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 4, Köln 1960, 100.

105) Vgl. ders.: Die Lehre von der Wirtschaft, 10. erg. u. rev. A., Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1965, 250f., 271. Werner Hofmann (vgl. Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie von heute, a.a.O., 688ff.) weist daraufhin, daß damit die Heterogenität des Einkommensprinzips als Grundrente, Profit und Lohn durch einen homogenen Begriff, den der Grenzproduktivität des jeweiligen Produktionsfaktors nämlich, ersetzt wurde. Joan Robinson vertritt die Ansicht, daß "die augenfällige Rationalität des Systems bei der Verteilung des Produkts auf die Produktionsfaktoren ... die willkürliche Verteilung der Faktoren auf die Menschen" verschleiert. Robinson, J.: Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft. Eine Auseinandersetzung mit ihren Grundgedanken und Ideologien, München 1965, 75.

basiert, nur in der Theorie, da die produktionstechnische Seite der Verteilung einseitig betont und exogene Faktoren, vor allem das Wirken der Tarifparteien und deren "bar-gaining power", sowie rechtliche und institutionelle Faktizitäten eliminiert werden<sup>106)</sup>. Tatsächlich aber ist von der politischen Einflußnahme der Interessenorganisationen nicht zu abstrahieren, da sich die Auseinandersetzung um den Anteil am Sozialprodukt längst und heute besonders zur Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Interessengruppen entwickelt hat, die die Verteilung nicht als Ergebnis anonymer Marktprozesse hinzunehmen geneigt sind. Dennoch hat sich im kapitalistischen System die ökonomische Mechanik des Marktes bei der Verteilung des Sozialprodukts auf die Produktionsfaktoren immer wieder durchgesetzt<sup>107)</sup>. Die Redistribution findet immer dort ihre Grenze, wo die Profite angetastet würden<sup>108)</sup>. Haben Umverteilungsbemühungen relativ bescheidene Erfolge erzielt, so lassen sich politische Korrekturen der durch den Markt herbeigeführten Distribution gleichwohl nicht völlig leugnen, vor allem was die Subventionen für existenzgefährdete Bereiche, der Landwirtschaft zumal, betrifft. Freilich haben solche Korrekturen das marktwirtschaftliche System nicht aufheben können. Der Wohlfahrtsstaat ist unstreitig "nur eine Variante der kapitalistischen Marktgesellschaft"<sup>109)</sup>, keineswegs ihre Aufhebung. Das wäre der neoliberalen Theorie entgegenzuhalten, die suggeriert, die Expansion sozialstaatlicher Maßnahmen werde die Ausbreitung des Sozialismus weiter begünstigen.

---

106) Vgl. Böhler, E.: Nationalökonomie. Grundlagen und Grundlehren, 5. A., Zürich 1964, 244f. und Krelle, W.: Verteilungstheorie, Tübingen 1962, 67.

107) Vgl. Bergmann, J.: Konsensus und Konflikt. Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 9 (1967), 49f.

108) Vgl. Macpherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie, a.a.O., 70.

109) Ebenda, 83.

Indessen kritisiert die neoliberale Theorie nicht nur das Ziel des Wohlfahrtsstaates, sondern ebenso die Veränderungen im gesellschaftlichen, staatlichen und ökonomischen Bereich, die er mit sich brachte.

Der Wohlfahrtsstaat bedrohe die individuelle Freiheit über die Oktroyierung einer Zwangsmitgliedschaft in der Sozialversicherung. Was als Dienstleistung erscheine, sei tatsächlich ein totalitärer Anspruch des Staates<sup>110)</sup>. Die staatliche Kranken- und Altersversicherung verhindere in der Regel individuelle Selbstverantwortlichkeit und private Vorsorge. Damit zerreiße der Staat Familienbände, insofern den Kindern die Fürsorge für die Eltern im Alter abgenommen werde. Es komme zu einer "Politisierung der Lebensvorsorge"<sup>111)</sup>.

"Das bedeutet eine zunehmende Zentralisierung der Entscheidungen und Verantwortungen und eine wachsende Kollektivierung der Bedingungen der individuellen Wohlfahrt und der individuellen Lebensplanung." 112)

Der Wohlfahrtsstaat werde "zum Ruin einer freien und reichen Gesellschaft ... und (zerstört) die Würde des für sich selber verantwortlichen Menschen völlig ..." <sup>113)</sup>.

Inwieweit unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt eine Vermögensbildung als Grundlage der individuell betriebenen Vorsorge für Krankheit und Alter möglich ist, kann hier nicht untersucht werden. Für die neoliberale Theorie scheint das freilich nicht infrage zu stehen. Sie orientiert sich an einem Gesellschaftsideal, demzufolge Bauern, Arbeiter und mittelständische Handel- und Gewerbetreibende ein eigenes Haus und Garten oder Land besitzen und, bei intakten nachbarlichen und familialen Verhältnissen, daher ohne staatliche

---

110) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 257f.

111) Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 245.

112) Ders.: Grenzen und Gefahren des Wohlfahrtsstaates, a.a.O., 12f.

113) Ders.: Wirrnis und Wahrheit, a.a.O., 295f.

Bevormundung alle Lebensrisiken aufsichnehmen können<sup>114)</sup>.

Die politischen Gefahren des Wohlfahrtsstaats sieht der Neoliberalismus in den Versuchen, faktische Gleichheit und soziale Gerechtigkeit herzustellen. Er kann diesen Versuchen nur ablehnend gegenüberstehen, da er Gleichheit nur als Gleichheit vor dem Gesetz gelten läßt<sup>115)</sup>, deren Resultat notwendig gesellschaftliche Ungleichheit sei, weil die Menschen in Anlagen und Fähigkeiten ungleich seien. Um faktische Gleichheit zu verwirklichen, müsse das Prinzip der gleichen juristischen Behandlung der Menschen verletzt werden, die Forderung, daß Rechtsgleichheit von der Gerichtsbarkeit auf alle Gruppen einheitlich angewendet werden soll<sup>116)</sup>.

"Wenn der Staat verschiedene Menschen trotz verschiedner Veranlagung und Position gleich behandeln muß, muß das Ergebnis ungleich sein; und um z.B. in ihren Fähigkeiten ungleichen Personen die gleichen Chancen zu sichern, müßte er sie ungleich behandeln. Gerade das aber schließt der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz aus." 117)

Da das neoliberale Staatsverständnis strikt am Rechtsstaat orientiert ist, wird jeder staatliche Eingriff am Prinzip der Generalität der Norm gemessen<sup>118)</sup>. Grundsätzlich genügen sozialstaatliche Maßnahmen diesem Ideal nicht. Rechtsunsicherheit und schließlich Zwangsmaßnahmen nehmen in jedem Staat zu, der nicht mehr auf allen Gebieten mit einem Rechtsstaat identisch sei. Wenn der Zwang erst einmal als legi-

---

114) "Man geht ganz naiv von der Vorstellung aus, daß jeder, der nicht arbeitet, einer Familie angehört - der Urzelle der Gesellschaft -, die ihren Ernährer hat, der nicht nur für Kinder und alte Eltern, sondern auch für kranke Verwandte sorgt. In der idealen Utopie stellen sich die idyllischen Zustände der guten alten Zeit ein..." Peter, H.: Freiheit der Wirtschaft. Kritik des Neoliberalismus, Köln 1953, 80.

115) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 85ff; ders.: Wahrer und falscher Individualismus, a.a.O., 46f.

116) Vgl. Kirchheimer, O.: Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat, a.a.O., 127.

117) Hayek, F.A.: Art. Liberalismus. I) Politischer Liberalismus, a.a.O., 592.

118) Vgl. zur Beschaffenheit des Rechtssystems ders.: Entstehung und Verfall des Rechtsstaatsideales, in: Hunsold, A. (Hg.): Wirtschaft ohne Wunder, Erlangen-Zürich 1953, 44f.; ders.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 153, 203ff.

times Mittel der gesellschaftlichen Reform anerkannt sei, gebe es bei seiner Anwendung keine Begrenzung<sup>119)</sup>, aber auch keine Umkehr, so daß "der Weg an den Abgrund führt"<sup>120)</sup>. Auf die Dauer seien das freie Gesellschafts- und Wirtschaftssystem und der Wohlfahrtsstaat nicht miteinander zu vereinbaren, da die Abhängigkeit der Individuen von der staatlichen Vorsorge die Macht des Staates erhöhe<sup>121)</sup>. Der totale Wohlfahrtsstaat sei ein totaler Zwangsstaat<sup>122)</sup>; er sei die Form,

"in der sich in der nichtkommunistischen Welt die Unterwerfung des Menschen unter den Staat vornehmlich vollzieht." (123)

Ökonomische Überlegungen führen ebenfalls zur Ablehnung des Wohlfahrtsstaates. Die steigende Finanzlast der sozialen Einrichtungen bedeute tendenziell das Ansteigen der Inflationsrate. Diese Entwicklung aber unterstütze wiederum die Forderung nach dem Wohlfahrtsstaat<sup>124)</sup>. Wegen ihrer politischen Konsequenzen, der Provozierung staatlicher Kontrollen, müsse die Inflation bekämpft werden<sup>125)</sup>. Aber auch die ökonomischen und sozialen Nachteile von Inflationen verlangten eine Überprüfung der Expansion sozialstaatlicher Maßnahmen nach Maßgabe volkswirtschaftlicher Kriterien<sup>126)</sup>. Ferner wird gegen die Vollbeschäftigungspolitik Widerstand geleistet, weil sie den Mechanismus von Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten stört und die Arbeitskraftreserve beseitigt, deren Existenz als "Waffe

---

119) Vgl. Röpke, W.: Wirrnis und Wahrheit, a.a.O., 294.

120) Ebenda, 295.

121) Vgl. ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 247; vgl. auch ders.: Grenzen und Gefahren des Wohlfahrtsstaates, a.a.O., 18.

122) Vgl. Rüstow, A.: Rede und Antwort, a.a.O., 211.

123) Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 249.

124) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 328.

125) Vgl. ebenda, 338f.

126) Vgl. Röpke, W.: Wirrnis und Wahrheit, a.a.O., 296.

industriellen Zwangs<sup>127)</sup> liberaler Theorie schon immer willkommen war, da sie die Lohnforderungen in Grenzen hält. Die Furcht vor Arbeitslosigkeit macht die abhängig Beschäftigten disziplinierbarer. Das wird offen ausgesprochen: Vollbeschäftigung entschärfe das der liberalen Gesellschaft immanente Sanktionssystem, die Furcht vor Lohnkürzung und Entlassung nämlich, und führe zum Nachlassen der Arbeitsdisziplin<sup>128)</sup>. Gleichzeitig aber wird zugegeben, daß unter den herrschenden industriellen Arbeitsbedingungen "Liebe zum Werk, Freude an der Arbeitsgemeinschaft, redliches Schaffen und Treue zum Arbeitsherrn"<sup>129)</sup> vom Arbeiter nicht erwartet werden könnten. Beides, Sanktionssystem und vorindustrielle Arbeitsanreize, die sich an Handwerkertugenden orientieren, gehören indessen - und das ist den neoliberalen Autoren entgegenzuhalten - einer vergangenen Epoche der Wirtschafts- und Sozialentwicklung an.

"Natürlich fördert Arbeitslosigkeit die Disziplin in den Fabriken. Aber es geht nicht darum, daß solche Sanktionen ineffektiv sind, sondern darum, daß sie heute in jeder aufgeklärten Gesellschaft inakzeptabel und nur durchsetzbar sind unter Bedingungen, welche das soziale Gefüge schließlich zerstören werden. Solche Sanktionen gehören einer schnell zu Geschichte werdenden Gesellschaft an. Wer sie zu halten oder wieder einzuführen sucht, schaut unverwandt auf die Ruinen einer Küste, die hinter uns liegt." 130)

Das Warnen vor dem Wohlfahrtsstaat hat im Neoliberalismus eine zusätzliche politische Funktion. Es wird davor gewarnt, daß sozialstaatliche Maßnahmen irreversibel sein könnten. Wenn den Massen in einer Rezession die sozialen Sicherungen wieder entzogen werden müßten, könnte die Unzufriedenheit darüber in politische Unruhe umschlagen und das kapitalistische System selbst gefährden. Die dem Sozialstaat immanente Dialektik, einerseits die Massen an das

---

127) Dobb, M.: Organisierter Kapitalismus. Fünf Beiträge zur Politischen Ökonomie, a.a.O., 151.

128) Vgl. Röpke, W.: Maß und Mitte, a.a.O., 169.

129) Ebenda, 168.

130) Carr, E.H.: Die neue Gesellschaft. Aspekte der Massendemokratie, a.a.O., 62.

System zu binden, andererseits aber dieses System durch den Entzug der sozialen Leistungen möglicherweise zu sprengen, ist fraglos dem Neoliberalismus nicht verborgen. Der Vergleich des Wohlfahrtsstaates mit einer Einbahnstraße, die keine Umkehr zuläßt<sup>131)</sup>, stützt diese Interpretation ebenso wie der Versuch, die Expansion sozialer Leistungen als Ergebnis der "Agitation der 'Progressisten'"<sup>132)</sup> hinzustellen.

"Ihn (den Wohlfahrtsstaat, d.Verf.) auszudehnen, ist nicht nur leicht, sondern auch eines der sichersten Mittel für den Demagogen, Stimmen und politischen Einfluß zu gewinnen, und für jeden von uns die allergewöhnlichste Versuchung, uns, ohne daß es uns etwas kosten würde, den Ruf von hochherzigen und gütigen Menschen zu verschaffen. Der Wohlfahrtsstaat ist das beliebteste Tummelfeld eines billigen Moralismus, den nur Gedankenlosigkeit vor Entlarvung schützt. Aber ebenso schlimm ist es, daß eine Umkehr auf diesem Weg so schwierig wird wie das Wenden eines Wagens auf einer schmalen und steilen Alpenstraße. Das wird uns zu unserer Bestürzung klar, wenn kein Zweifel mehr daran sein kann, daß der Weg an den Abgrund führt." <sup>133)</sup>

Die neoliberale Beurteilung des Wohlfahrtsstaates weicht von jenen Theorien ab, die ihn aus systemimmanenten Ursachen erklären und als notwendiges, durchaus systemkonformes Korrektiv der kapitalistischen Marktgesellschaft begreifen<sup>134)</sup>. Danach hat der Wohlfahrtsstaat ihm zwingend von der Aufrechterhaltung der privaten Kapitalverwertung vorgeschriebene Funktionen zu erfüllen: die Massen politisch zu integrieren, ökonomische Krisen zu vermeiden beziehungsweise deren Resultate zu korrigieren und die direkte Konfrontation der Klassengegensätze zu verhindern. Der Neoliberalismus dagegen deutet den Wohlfahrtsstaat

---

131) Vgl. Röpke, W.: Grenzen und Gefahren des Wohlfahrtsstaates, a.a.O., 5, 12.

132) Ders.: Wirrnis und Wahrheit, a.a.O., 297.

133) Ebenda, 295.

134) Vgl. z.B. Macpherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie, a.a.O., 19f.; Habermas, J.: Technik und Wissenschaft als "Ideologie", a.a.O., 75ff.; Kirchheimer, O.: Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat, a.a.O., 72.'

als Systembedrohung. Von außen gefährden sozialistische und kollektivistische Tendenzen die liberale Gesellschaftsordnung und die Marktwirtschaft. Dennoch, obwohl sozialstaatliche Maßnahmen als Korrektiv der Marktwirtschaft nicht akzeptiert werden, heißt das keineswegs, daß sich die neoliberalen Autoren der Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge verschließen, die diese Entwicklung provozierten. Auch die neoliberalen Theoreme werden von Überlegungen geleitet, wie die Massen in die bürgerliche Gesellschaft und Wirtschaftsordnung integriert werden können. Geeigneter als die vom Sozialstaat angestrebte Eingliederung der Massen durch staatliche Sicherheitsgarantien erscheint den neoliberalen Theoretikern indessen ein Programm, das die "Vitalsituation" der Menschen verändert, indem zu "menschlichen", das heißt bäuerlichen und kleingewerblichen Lebensformen zurückgekehrt wird. Ausgangsüberlegung ist, worauf Schmölders verwiesen hat<sup>135)</sup>, daß es die Sozialpolitik nicht mehr mit dem klassenbewußten Arbeiter, sondern mit dem "anlehungs- und eingliederungsbedürftigen" Menschen zu tun hat. "Vitalpolitik" soll daher die traditionelle Sozialpolitik ersetzen<sup>136)</sup>. Im einzelnen enthält sie folgende Vorschläge:

A. Maßnahmen zur Entproletarisierung und Verbäuerlichung<sup>137)</sup>:

1. Der Arbeiter muß über Eigentum verfügen, um ihm und seinen Angehörigen "relative Unabhängigkeit, Sicherheit, Familiensinn und Kontinuitätsgefühl"<sup>138)</sup> zu vermitteln.

---

<sup>135)</sup> Vgl. Schmölders, G.: Das Bild vom Menschen in der neuen Sozialpolitik, in: Wirtschaftsordnung und Menschenbild. Geburtstagsgabe für Alexander Rüstow, Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 4, Köln 1960, 127.

<sup>136)</sup> Vgl. Rüstow, A.: Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus?, in: Huhnold, A. (Hg.): Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach-Zürich 1953, 103. Im übrigen schränkt eine "gute" Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit für Sozialpolitik ein (vgl. ders.: Rede und Antwort, a.a.O., 210).

<sup>137)</sup> Diese Rezepte können hier nur thesenhaft wiedergegeben werden. Vgl. dazu im einzelnen die Arbeiten von Röpke und Rüstow.

<sup>138)</sup> Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 354.

2. Die "Sozialform des Halbbauerntums", die Industriearbeit mit der Bewirtschaftung eigenen Bodens verbindet, sollte gefördert werden<sup>139)</sup>.

3. Haus- und Gartenbesitz stärken die Möglichkeiten zur Selbstvorsorge und machen in Notzeiten unabhängig von staatlicher Hilfe.

"Das Motto muß sozusagen lauten: Wirtschaftsfreiheit auf dem festen Grunde des Masseneigentums, des eigenen Heims, der eigenen Werkstatt und des eigenen Gartens." 140)

B. Maßnahmen zur Dezentralisierung der Industrie<sup>141)</sup>:

1. Massenproduktion in Handel und Gewerbe führt zur "Massenzerstörung" der Mittelklasse und zur "Massenproduktion" von Proletariern<sup>142)</sup>. Die Industrie sollte daher zum traditionellen Landgewerbe und zu überschaubaren Produktionseinheiten zurückkehren. Klein- und Mittelbetriebe sollten gefördert werden.

2. Die Mischung verschiedener Produktionszweige beseitigt Nachfragemonopole nach Arbeitskräften und macht die Arbeiter unabhängiger<sup>143)</sup>.

3. Arbeitsethos und Betriebssolidarität entstehen eher in kleineren Betrieben als in Großbetrieben<sup>144)</sup>, die durch die Verdrängung des Familienbetriebes zudem eine "der festesten Grundlagen von Familie und Ehe"<sup>145)</sup> zerstört hätten.

Diese Programmatik einer Integration der Massen greift auf vergangene soziale Verhältnisse zurück und unterstellt die

---

139) Rüstow, A.: Die weltgeschichtliche Bedeutung des Bauerntums in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, a.a.O., 24ff.

140) Röpke, W.: Maß und Mitte, a.a.O., 154.

141) Hier werden nur die Vorteile einer Dezentralisierung, die die Entproletarisierung bewirken sollen, aufgeführt. Die ökonomischen Vorzüge bleiben unberücksichtigt.

142) Vgl. Röpke, W.: Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft, a.a.O., 168.

143) Vgl. ebenda, 164, 167.

144) Vgl. Rüstow, A.: Rede und Antwort, a.a.O., 183f.

145) Ders.: Kritik des technischen Fortschritts, in: ORDO 4 (1951), 390.

Möglichkeit ihrer erfolgreichen Restaurierung, die weder ein romantisches Wunschbild noch ein reaktionäres Programm darstelle<sup>146)</sup>. Die neoliberalen Autoren versprechen sich von ihrer Konzeption politische Stabilität; diese Erwartung stützt sich auf die Annahme politischer "Zuverlässigkeit" des Eigentümers<sup>147)</sup>. Und gleichzeitig versprechen sie sich von ihr wirtschaftliche Stabilität, da eine dezentralisierte Organisation der Industrie die Probleme gar nicht erst schafft, durch die das Krisenmanagement notwendig wurde.

---

146) Vgl. Röpke, W.: Civitas Humana, a.a.O., 264f. sowie ders.: Maß und Mitte, a.a.O., 77ff.

147) Vgl. Rüstow, A.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 520.

## Kap.V: Die Interdependenzbeziehungen zwischen ökonomischem und politischem System im Neoliberalismus

### a) Wirtschaftsordnung und Ordo

Die Kritik an der Massengesellschaft schließt in der neoliberalen Theorie Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus, genauer: an den Veränderungen der liberalen Marktgesellschaft<sup>1)</sup> ein. Die wirtschaftliche Realität in den westlichen Industrieländern entspreche dem in der klassischen Nationalökonomie dargestellten Verlauf der ökonomischen Prozesse zunehmend weniger. Die entscheidenden Abweichungen sind, der neoliberalen Theorie zufolge, die Aufhebung des Wettbewerbs auf monopolistisch beherrschten Waren- und Arbeitsmärkten und die dadurch hervorgerufene konzeptionslose Interventions- und Subventionspolitik des Staates. Diese von der liberalen Theorie abweichende Entwicklungsrichtung habe der Kapitalismus nicht notwendig einschlagen müssen. Sie sei vielmehr das Ergebnis einer Praxis, die das laissez-faire zum wirtschaftspolitischen Dogma erhoben habe<sup>2)</sup>. Freilich sieht der Neoliberalismus die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftsystems auch als Folge eines Versagens der liberalen Theorie selbst:

Wenn auch die Gesamtentscheidung für die Wirtschaftsordnung durch die Kodifikation des Rechts gegeben gewesen ist, hat die klassische Nationalökonomie doch nicht erkannt, daß Überwachung und Garantie der Wirtschaftsordnung eine Aufgabe des Staates ist<sup>3)</sup>. Im Vertrauen auf die sich selbst

---

1) Gegen den Kapitalismusbegriff hat die neoliberale Theorie zahlreiche Vorbehalte. S. weiter unten.

2) Vgl. Rüstow, A.:... die Fundierung der Demokratie durch die Wirtschaftsordnung, in: Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr.2, Bad Nauheim 1954, 17.

3) Vgl. Eucken, W.: Das ordnungspolitische Problem, in: ORDO 1 (1948), 80; vgl. auch ders.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 26f.

regulierende Wirtschaft und ihre immanente Gleichgewichtstendenz und gestützt auf die Vorstellung einer Selbstverwirklichung der "natürlichen Ordnung" sind alle Vorkehrungen unterlassen worden, vor allem den Wettbewerb vor seiner Aufhebung zu schützen. Zwar gestehen die neoliberalen Theoretiker zu, daß die vor der Industrialisierung aufgekommene liberale Theorie mit der Etablierung wirtschaftlicher Macht in Kartellen und Monopolen kaum konfrontiert wurde. Gleichwohl sehen sie eine der entscheidenden Ursachen der Entstehung wirtschaftlicher Macht ebenso wie der sozialen Ungerechtigkeiten in der kapitalistischen Frühphase<sup>4)</sup> in jenem subtheologischen Glauben an eine prästabilisierte Harmonie<sup>5)</sup>, der es verhinderte, den Staat als Garanten der Wirtschaftsordnung einzusetzen. Gleichzeitig bedeutet die Ausschaltung des Staates nach neoliberaler Ansicht, daß die zwischen privaten Machtgruppen ausbrechenden Kämpfe den Staat gleichsam zur Hin-

- 
- 4) Zur kapitalistischen "Entartung" der Wirtschaft vgl. Rüstow, A.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 159ff. Zur Kritik an der sozialen Lage der Arbeiter und Bauern vgl. ders.: Sozialpolitik diesseits und jenseits des Klassenkampfes, a.a.O., 11ff. Obwohl innerhalb des Neoliberalismus die damaligen sozialen Mißstände verurteilt werden, finden sich doch auch apologetische Behauptungen. So wird z.B. die Kritik an der unzureichenden materiellen Situation der Massen im Frühkapitalismus teilweise wieder zurückgenommen, indem auf die gleichzeitig mit der Industrialisierung aufgetretene Bevölkerungsexplosion verwiesen wird. Dadurch seien Versorgungsschwierigkeiten entstanden, die die volle Entfaltung des durch den Kapitalismus möglichen Fortschritts verhinderten (vgl. Röpke, W.: Gegen die Brandung, a.a.O., 87ff.); denn das Jahrhundert des liberalen Kapitalismus (1814 - 1914) suche durch "Fortschrittsfreudigkeit, Ordnung, Stabilität und Wohlstandssteigerung seinesgleichen..." (vgl. ders.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 12). Und Hayek behauptet, immerhin sei es dem Proletariat möglich geworden, eine Familie zu ernähren, was bis dahin an Landbesitz geknüpft gewesen sei (vgl. The Constitution of Liberty, a.a.O., 119).
- 5) Vgl. Böhm, F.: Die Idee des ORDO im Denken Walter Euckens, in: ORDO 3 (1950), XLVIIIff.; Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 356ff.; Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 87, 204f.; ders.: Civitas Humana, a.a.O., 118.

tertür wieder hereingeholt haben, indem der Staat zum "Platzrichter für die Kämpfe der Sozialpartner"<sup>6)</sup> wurde. Dieser Staat hat jedoch eine funktionsfähige und effektive marktwirtschaftliche Ordnung weder realisieren noch vor der Aufhebung der Konkurrenz durch Kartelle und Monopole und vor politisch motivierten marktwirtschaftswidrigen Eingriffen schützen können. Die historischen Erfahrungen mit dem liberalen Kapitalismus beeinflussten die Überlegungen innerhalb der neoliberalen Theorie, wie eine funktionsfähige Wirtschaftsordnung zu gestalten sei. Zumal bei Eucken verbanden sich diese Überlegungen mit der Frage nach der Erhaltung individueller Freiheit unter den Bedingungen der Industrialisierung<sup>7)</sup>. Ihm zufolge steht die Wirtschaftsordnung in engem Zusammenhang mit der Chance zur Verwirklichung individueller Freiheit. Die Frage der effektiven Wirtschaftsordnung ist mit der nach einer gerechten und "menschenwürdigen" Ordnung von Gesellschaft und Staat verknüpft. Dieses sogenannte "ordnungspolitische Problem" ist der Ausgangspunkt der ökonomischen Analyse im Neoliberalismus. Dabei bezieht sich die Kategorie der Ordnung<sup>8)</sup> einmal auf die historisch vorgefundenen Wirtschaftsordnungen, deren Analyse "die Basis für die Ordnungspolitik"<sup>9)</sup> ist; zum anderen bezieht sie sich auf eine Ordnung, "die dem Wesen des Menschen und der Sache entspricht; das heißt Ordnung, in der Maß und Gleichgewicht bestehen." 10)

Der Gedanke des Ordo - in der antiken, mittelalterlichen und neuzeitlichen Philosophie immer wieder formuliert - ,

---

6) Rüstow, A.: Rede und Antwort, a.a.O., 241.

7) Vgl. zum folgenden Eucken, W.: Das ordnungspolitische Problem, a.a.O., 74 ff.

8) Vgl. ders.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 372f.; vgl. auch Peter, H.: Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie, in: Finanzarchiv NF 12 (1950/51), 753f.; ders.: Freiheit der Wirtschaft. Kritik des Neoliberalismus, a.a.O., 38; v. Beckerath, E.: Walter Euckens Grundsätze der Wirtschaftspolitik, in: ORDO 5 (1953), 291ff.

9) Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 372.

10) Ebenda, 372.

stelle die Reaktion auf unzureichende geschichtliche Ordnungen von Wirtschaft und Gesellschaft dar:

"Beide Begriffe sind unentbehrlich: Ordnungen als individuelle, wechselnde Tatbestände der Geschichte und Ordnung als Ordo. Dieser Unterschied der Begriffe ist so alt, weil er in der Auseinandersetzung mit der konkreten Wirklichkeit fast notwendig entsteht. Der Mensch will wissen, wie die konkreten Ordnungen sind, und er sucht eine bessere Ordnung. Aber beide Begriffe kontrastieren miteinander: die konkreten, unbefriedigenden Ordnungen, in denen die Menschen faktisch leben, und die brauchbare und gerechte Ordnung.

Wir trennen diese Begriffe, indem wir die konkreten 'Wirtschaftsordnungen' von dem Streben nach 'Ordnung der Wirtschaft' unterscheiden." 11)

Ordo ist mit einer Wirtschaftsordnung, in der der Wettbewerb wirksam garantiert ist, identisch. Die Wettbewerbsordnung als ideale Organisation menschlichen Zusammenlebens erzielt eine "Übereinstimmung zwischen der menschlichen Natur und einer der Wirtschaft immanenten Sachlogik" 12). Erklärte Absicht der neoliberalen Theorie ist, Wege zur Restauration der liberalen Marktgesellschaft zu weisen, ohne daß sich die Entwicklung wiederholt, die der Kapitalismus nahm. Damit ist zugleich eine politische Intention verbunden.

"Der Kampf gegen den Kollektivismus ... hat ja nur dann greifbare Erfolgsaussichten, wenn es uns gelingt, das liberale Prinzip so zu reaktivieren, daß wir für alle heute offenbaren Schäden, Ausfallerscheinungen und Fehlleistungen des historischen Liberalismus und Kapitalismus befriedigende Lösungen finden, ohne damit die innere Struktur des marktwirtschaftlichen Konkurrenzsystems und die Funktionsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems anzutasten. Die nichtkollektivistische Welt wird mit der Gefahr des Kollektivismus nur dann fertig werden, wenn sie in ihrer Weise mit den Problemen des Proletariats, des Großindustrialismus, des Monopolismus, der mannigfachen Formen der Ausbeutung und der mechanisierenden Wirkungen der kapitalistischen Massenzivilisation fertig zu werden weiß." 13)

---

11) Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 373.

12) v. Beckerath, E.: Walter Euckens Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., 291.

13) Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 286.

## b) Theorie der Marktwirtschaft

Die vom Neoliberalismus geforderte Ordnung der Wirtschaft ist die Markt- oder Verkehrswirtschaft<sup>14)</sup>.

Der marktwirtschaftlichen Theorie zufolge lenkt der Verbraucher den Wirtschaftsprozess, indem seine Kaufentscheidungen die Produktion steuern. Seine Nachfrage bestimmt Art und Menge der Waren und Dienstleistungen. Der Unternehmer muß sich mit seinem Angebot den kaufkräftigen Bedürfnissen der Konsumenten anpassen. Da der Vielfalt der Bedürfnisse die Knappheit der Mittel gegenübersteht, muß es einen Bewertungsmaßstab für den Einsatz der Produktionsfaktoren geben. Dieser Knappheitsmesser ist der Preis. Eine verstärkte Nachfrage führt zu steigenden Preisen, die eine Ausweitung des Angebots bewirken, bis sich schließlich Angebot und Nachfrage bei einem neuen Gleichgewichtspreis ausgleichen. Umgekehrt resultiert eine sinkende Nachfrage in fallenden Preisen und damit in einer Reduzierung des Angebots durch Produktionsdrosselung.

Die Lenkung der Wirtschaftsprozesse durch die Gesamtheit der Konsumenten vollzieht sich über einen anonymen Mechanismus, der individuelle Willkür ausschließt. Die wirtschaftenden Subjekte stellen ihre je eigenen Wirtschaftspläne auf, die auf ihren individuellen Einschätzungen beruhen. Ihr Detailwissen summiert sich auf den Märkten zu einem Maximum an Information, deren Ausmaß von keiner Statistik einer Planbehörde erreicht werden könnte<sup>15)</sup>.

- 
- 14) Diese Darstellung erfolgt nur kursorisch. Ausführlich s. dazu vor allem Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O. sowie ders.: Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O. sowie Röpke, W.: Die Lehre von der Wirtschaft, a.a.O.
- 15) Vgl. Böhm, F.: Privilegien-Gesellschaft und Interventionen-Demokratie als Zerrformen der Freiheit, in: Was müssen wir für die freie Welt tun?, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 24, Ludwigsburg 1965, 84.

"Daß in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgend eine andere Wirtschaftsform." 16)

Die These von der Konsumentensouveränität, wonach die Verbraucher die Produktionsausrichtung bestimmen sollen, ist aus der Forderung Adam Smith<sup>1</sup> hervorgegangen, die Konsumtion habe der einzige Zweck der Produktion zu sein. Diese Forderung ist im Zusammenhang mit der damaligen liberalen Kritik am Merkantilismus zu sehen. Das geschichtlich bedingte Postulat, den staatlichen Einfluß auf die Produktion einzudämmen, ist heute ein abstraktes Theorem<sup>17)</sup> geworden, das sich im Neoliberalismus zu einem wirtschaftspolitischen Leitbild entwickelte.

Die Überlegenheit der Marktwirtschaft basiert auf dem Leistungswettbewerb, der Einzel- und Gesamtinteresse integriert<sup>18)</sup>, indem die entgegengesetzten Interessen nach dem Äquivalenzprinzip abgestimmt und die Produzenten gezwungen werden, ihren eigenen Vorteil nur auf dem Umweg über die Förderung des Gesamtinteresses zu verfolgen<sup>19)</sup>.

Der automatische Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage über den Preis funktioniert nur so lange, als zwischen den Anbietern Wettbewerb herrscht und der Preis als Datum vom Markt genommen werden muß. Allein im Wettbewerb bildet sich der volkswirtschaftlich "richtige" Preis heraus<sup>20)</sup>. Sobald aber der Wettbewerb ausgeschaltet ist, ist das Marktverhalten der Produzenten nicht mehr von den Reaktionen der Verbraucher abhängig.

---

16) Hayek, F.A.: Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Freiburger Universitätsreden NF Heft 34, Freiburg 1963, 17.

17) Vgl. Meyer-Dohm, P.: Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit. Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung, a.a.O., 43ff., 57.

18) Vgl. Rüstow, A.: Rede und Antwort, a.a.O., 244.

19) Vgl. Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 204f.

20) Vgl. Böhm, F.: ... den vollständigen Leistungswettbewerb, a.a.O., 35.

"Im Wettbewerb verteilt sich der Gewinn und Verlust nach Maßgabe der Leistung und volkswirtschaftlich richtigen oder unrichtigen individuellen Marktverhaltens. Das ist ein gerechter Maßstab, selbst wenn man den Anteil von unverdientem Glück oder Mißgeschick in Rechnung stellt. Denn das Marktrisiko ist der Kaufpreis, der für die unternehmerische Freiheit und Selbständigkeit des Planens gezahlt werden muß. In einer von Kartellen und Monopolen durchsetzten Wirtschaft aber verteilen sich Gewinn und Verlust zu einem Teil nach Maßgabe des nackten und zufälligen Machtbesitzes. Das ist vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit unter keinem wie immer beschaffenen Gesichtspunkt zu rechtfertigen." 21)

Die Rolle des Unternehmers entspricht in der neoliberalen Theorie jener Vorstellung vom schöpferischen und risikobereiten Unternehmer, die in der kapitalistischen Frühphase entstand und die heute, obwohl sich ihre institutionellen Voraussetzungen gewandelt haben, als eine der Legitimationsgrundlagen des privatkapitalistischen Systems fungiert. Der Unternehmer sei der "eigentliche Träger der Marktwirtschaft", der "Knotenpunkt"<sup>22)</sup> des marktwirtschaftlichen Prozesses. Die Abstimmungs- und Navigationsfunktion, die Pionier- und Initiativfunktion und die Führungsfunktion kennzeichneten seine Tätigkeit<sup>23)</sup>. Die Führungsposition wird mit "angeborenen Unternehmereigenschaften" gerechtfertigt, wozu "vor allem das klare und praktische unternehmerische Urteil"<sup>24)</sup> gehöre. Die Disposition über den Einsatz von Kapitalien und Arbeitskräften und die Entscheidung über Art und Umfang der Produktion dürften weder durch staatliche Direktiven - Produktionsvorschriften und Preisfixierungen - noch durch Mitspracherechte von Wirtschaftskammern und Gewerkschaften limitiert werden. Die Entscheidungen der Unternehmer würden

---

21) Böhm, F.: ... den vollständigen Leistungswettbewerb, a.a.O., 37.

22) Röpke, W.: Wort und Wirkung, a.a.O., 223.

23) Vgl. zur Rolle und Funktion des Unternehmers ebenda, 222ff.; vgl. auch ders.: Die Verantwortung des Unternehmers in der Marktwirtschaft, Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main 17 (Vortrag am 20. Juni 1961).

24) Vgl. Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, a.a.O., 133.

durch den Markt kontrolliert. Unerlässlich ist jedoch, daß der Unternehmer nicht im Monopol oder beim Staat Schutz vor dem Wettbewerb suche<sup>25)</sup>. Nur so lange könne er als Repräsentant der "freien Welt" und der "Werte der freien Gesellschaft" gelten<sup>26)</sup>, als er bereit ist, sich dem Wettbewerb zu stellen.

Diese Forderung an das Verhalten der Unternehmer illustriert ein neoliberales Dilemma: die Konkurrenz aufrechterhalten zu wollen und gleichzeitig zu erkennen, daß gerade diejenigen, die sich ihr stellen sollen, durchaus nicht dazu bereit sind, wenn es sich irgendwie vermeiden läßt. Die Problematik einer institutionellen Verankerung des Wettbewerbs bedeutet, auf das Wohlverhalten der Unternehmer angewiesen zu sein. Daraus erklären sich die zahlreichen moralischen Appelle innerhalb der neoliberalen Theorie. So wird ein Katalog von Werten aufgestellt, der für das Funktionieren der Marktwirtschaft unerlässlich sei: Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairneß, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen<sup>27)</sup>. Im übrigen zeigen die Appelle an die moralischen Qualitäten und das Verantwortungsgefühl für die Marktwirtschaft, daß die Unternehmer als Wertelite begriffen werden, die eine besondere Mission im Kampf gegen den Kommunismus erfüllen könnten<sup>28)</sup>.

Voraussetzung unternehmerischer Verfügungsgewalt bleibt das Privateigentum. Ihm kommen - ähnlich wie in der klassischen liberalen Theorie - vor allem gesellschaftliche

---

25) Vgl. Röpke, W.: Wort und Wirkung, a.a.O., 225ff.

26) Vgl. ders.: Die Verantwortung des Unternehmers in der Marktwirtschaft, a.a.O., 9.

27) Vgl. ders.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 186.

28) Vgl. ders.: Die Verantwortung des Unternehmers in der Marktwirtschaft, a.a.O. Durch den ganzen Aufsatz zieht sich dieser Gedanke der besonderen Mission des Unternehmers.

und politische Funktionen zu, die über die rein ökonomischen hinausweisen. Nach neoliberaler Interpretation sichert das Privateigentum die freie Gesellschaftsordnung<sup>29)</sup>. Es ist die wichtigste Garantie der Freiheit, insofern es die individuelle Entscheidungs- und Verantwortungssphäre gegenüber anderen Individuen abgrenzt, zugleich aber diese Sphäre vor dem Einfluß politischer und staatlicher Gewalt schützt<sup>30)</sup>. Freilich sei es heute im Grunde wesentlicher, daß das Privateigentum breit gestreut sei<sup>31)</sup>; dann schützt es ebenso diejenigen, die nicht über private Produktionsmittel verfügten. Sobald die Herrschaft über die Produktionsmittel auf viele verteilt ist, seien die Individuen aufgrund größerer Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes niemandem allein ausgeliefert<sup>32)</sup>.

Die private Organisation der Produktionsverhältnisse konstituiere nicht per se ein Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis<sup>33)</sup>. Erst wenn sich fungierendes Privateigentum aufgrund von Konzentrationsprozessen zu wirtschaftlicher Macht konsolidiert, engt es nach neoliberaler Ansicht den Freiheits- und Entscheidungsbereich des einzelnen ein. Die "reine" Marktwirtschaft kennt keine private Macht der Unternehmensleiter; diese tritt erst in der "verzerrten" Marktwirtschaft auf. - Daß private Machtpositionen, soziale Abhängigkeit und Ausbeutung nicht dem Privateigentum an sich angelastet werden könnten, impli-

---

29) Vgl. Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 38.

30) Vgl. ebenda, 150.

31) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 140f.

32) Vgl. ders.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 138.

33) Vgl. hierzu und zum folgenden Eucken, W.: Das ordnungspolitische Problem, a.a.O., 83ff.

ziert zweierlei: die private Organisation der Produktionsverhältnisse vom Makel der sozialen Ungerechtigkeit zu befreien und nachzuweisen, daß soziale Probleme nicht automatisch mit der Überführung der Produktionsmittel in Kollektiveigentum beseitigt sind; die staatliche Verfügung über die Produktionsmittel potenziert die soziale Abhängigkeit durch die Konzentration der Machtbefugnisse.

Die Beurteilung der privaten Organisation der Produktionsverhältnisse erhellt den wirtschaftstheoretischen Ansatz des Neoliberalismus, der sich vom Ansatz der Politischen Ökonomie und verbreiteter Theorien des Kapitalismus unterscheidet. Während die Politische Ökonomie einst von der Analyse der sozialen Beziehungen zwischen den Besitzern und Dirigenten des Produktionsapparates und den von ihnen abhängig Beschäftigten, die nichts als ihre Arbeitskraft anzubieten haben, ausging und als *differentia specifica* des Kapitalismus ein Ausbeutungsverhältnis bezeichnete, weil als Preis für den Zugang zu den Arbeitsmitteln die Übereignung eines Teils der Fähigkeiten auf die Besitzer der Produktionsmittel gefordert wird<sup>34)</sup>, gerät der neoliberalen Theorie diese Sicht aus dem Blick. Sie geht nicht von der Organisation der Produktionssphäre und den dadurch konstituierten sozialen Beziehungen aus, sondern von den Formen des Verkehrs zwischen Haushalten und Unternehmungen und - in der Verkehrswirtschaft - von der Organisation der Märkte.

In allen bestehenden Wirtschaftsordnungen ließen sich zwei reine Ordnungselemente nachweisen: Koordination und Subordination<sup>35)</sup>.

---

34) Vgl. Macpherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie, a.a.O., 60ff.

35) Vgl. Böhm, F.: Die Idee des ORDO im Denken Walter Euckens, a.a.O., XXI.

Subordination heißt das Ordnungsprinzip einer zentral geleiteten Wirtschaft, in der sowohl die Wirtschaftsordnung als auch die täglichen Wirtschaftsprozesse staatlicher Reglementierung durch eine zentrale Behörde unterliegen. Koordination heißt das Ordnungsprinzip der Verkehrs- oder Marktwirtschaft, in der durch arbeitsteilige Kooperation der wirtschaftenden Subjekte, die sich von ihrem Interesse an der Nutzenmaximierung leiten lassen, Produktion und Verteilung unabhängig von staatlicher Intervention und Kontrolle nach Maßgabe des Marktmechanismus bestimmt werden<sup>36)</sup>. Subordination und Koordination kennzeichnen die beiden möglichen Varianten des Wirtschaftens. Sie entsprechen der Lenkung von Produktion und Distribution nach Maßgabe von Plan oder Markt.

Die Beschreibung der Wirtschaftsordnungen in den Kategorien reiner Ordnungsformen intendiert, anstelle eines "Nacheinander von geschichtlichen, psychologischen oder soziologischen Zwangsläufigkeiten"<sup>37)</sup> die historische Gleichzeitigkeit verschiedener Wirtschaftsordnungen nachzuweisen. Diese Absicht richtet sich in erster Linie gegen die von Marx prognostizierte Entwicklung des Kapitalismus. Der Kapitalismusbegriff impliziert - insbesondere für Eucken - eine zwingende Entwicklungslinie vom Früh- über den Hoch- und Spätkapitalismus zum Sozialismus<sup>38)</sup>. Er sei zudem unhistorisch, weil die verschiedenen Stadien der westeuropäischen Wirtschaftsgeschichte wie die Anarchie der Produktion, Wettbewerbswirtschaft, Laissez-faire, Be-

---

36) Ein drittes mögliches Ordnungsprinzip findet sich in der autarken Eigenwirtschaft. Diese Art des Wirtschaftens ist jedoch für die Analyse gegenwärtiger ökonomischer Strukturen in den Industrieländern nicht mehr relevant und wird daher nicht weiter verfolgt.

37) Böhm, F.: Die Idee des ORDO im Denken Walter Euckens, a.a.O., XLI.

38) Vgl. zur Auseinandersetzung mit dem Kapitalismusbegriff Eucken, W.: Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., 60ff.

herrschaft der Märkte durch Monopole, Lenkung der Wirtschaft durch einen Wirtschaftsstaat ganz nach Belieben alle mit ihm identifiziert wurden. Dagegen erschließe sich die wirtschaftliche Wirklichkeit vielmehr durch die Analyse der Organisation der Märkte. Aus der Untersuchung der Marktformen ergebe sich das "Ordnungsgefüge der Wirtschaft"<sup>39)</sup>. Eucken zufolge lassen sich 25 verschiedene Marktformen erkennen, die durch die Formen von offenem oder geschlossenem Angebot, von offener oder geschlossener Nachfrage gekennzeichnet sind: durch Konkurrenz, Teiloligopol, Oligopol, Teilmonopol und Monopol<sup>40)</sup>.

Die Marktform entscheidet über die Situation des Konsumenten wie des Arbeiters. Die Versorgung des Verbrauchers ist bei vollständiger Konkurrenz auf den Gütermärkten besser als bei monopolistisch oder oligopolistisch organisierten Märkten. Entsprechendes gilt für die Organisation der Arbeitsmärkte: Abhängigkeitsbeziehungen entstehen durch ein Nachfragemonopol nach Arbeitskräften, wodurch keine freie Wahl des Arbeitsplatzes besteht und Lohn und Arbeitsbedingungen diktiert werden. Wenn dagegen auf dem Arbeitsmarkt vollständige Konkurrenz herrscht, ist Ausbeutung nicht möglich.

Anders als in der Politischen Ökonomie ist hier die Ausbeutung der Arbeitskraft nicht Ergebnis des spezifischen Herrschaftsverhältnisses der kapitalistischen Produktionsweise, das Abhängigkeit auch dann bestehen läßt, wenn sie nicht länger die Züge offensichtlichen materiellen Elends trägt, sondern Ausbeutung zeigt sich in inhumanen Arbeitsbedingungen, die Ergebnis der Organisation des lokalen beziehungsweise regionalen Arbeitsmarktes sind. Die Ursache

---

39) Eucken, W.: Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., 64.

40) Vgl. ebenda, 91ff., besonders 111.

von Ausbeutung und Abhängigkeit liegt in einer Fehlentwicklung des marktwirtschaftlichen Systems, nicht in diesem System selbst. Die neoliberale Kapitalismuskritik ist derart letztlich auf eine Kritik an der vom historischen Kapitalismus bewirkten "Unordnung" der Märkte zurückzuführen. Gelingt es indessen, die Wettbewerbsordnung auf den Waren- und Arbeitsmärkten zu sichern, sind die sozialen Probleme des Kapitalismus prinzipiell gelöst: sie gehen in der Gestaltung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung auf<sup>41)</sup>.

Obwohl von der neoliberalen Theorie eine Marktmorphologie unter Heranziehung eines beachtlichen historischen Materials formuliert worden ist, ist deren Ergebnis: das Schema möglicher Marktordnungen, ahistorisch<sup>42)</sup>. So trifft der Vorwurf gegenüber dem Kapitalismus, er erschwere das geschichtliche Verständnis verschiedener Wirtschaftsordnungen, wenn auch in anderer Weise, auf die vom Neoliberalismus verwendeten Begriffe zu. Die vom Neoliberalismus erarbeiteten reinen Wirtschaftsordnungen der Ver-

---

41) "Euckens Werk ist durchaus dem Nachweis gewidmet, daß die scheinbar so undurchsichtige, sich aus einer Unzahl von Betrieben und Haushaltungen zusammensetzende, technisierte und industrialisierte Wirtschaft von heute durch eine nur wenig eingeschränkte Realisierung des Konkurrenzprinzips mit seinen Folgen eine gleichgewichtige Ordnung erhalten kann, welche zugleich die Elemente einer menschenwürdigen Existenz - individuelle Freiheit und Sicherheit - zu wahren instande ist. Es ist interessant, daß bei Eucken die ganze sozialpolitische Problematik bis auf geringe Reste in die Bewältigung dieser Aufgabe eingebaut ist,..." v. Beckerath, E.: Walter Euckens Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., 291f.

42) "Mit Eucken erscheint die Emanzipation der ökonomischen Theorie von der geschichtlichen Sicht als abgeschlossen, und es erfolgt die Einverleibung der Sozialgeschichte selbst in die zur systematischen Morphologie ausgebaute Nationalökonomie. Auch Eucken bietet ein erhebliches wirtschaftsgeschichtliches Material auf, um das allumspannende Schema seiner Typenlehre zu füllen,..." Die Frage nach dem Entstehen eines bestimmten Wirtschaftstyps und seiner Ablösung durch einen anderen wird ausdrücklich abgewiesen." Hofmann, W.: Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie von heute, a.a.O., 692f.

kehrs- und der Zentralverwaltungswirtschaft sind keiner bestimmten historischen Epoche mehr zuzuordnen und abstrahieren völlig von den sozialen Beziehungen unter den jeweiligen Produktionsbedingungen zugunsten der Untersuchung der Formen wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Haushalten und Unternehmungen<sup>43)</sup>. Die idealtypischen Begriffe und Zusammenhänge werden jedoch wieder für die Interpretation konkreter historisch-gesellschaftlicher Situationen eingesetzt, und sie sind mit politischen Urteilen verknüpft. Insofern die Wettbewerbsordnung mit **Ordo** identisch ist, gipfelt ihre Beschreibung in einem politischen Programm, das planwirtschaftliche Lösungen, die im politischen und kulturellen Bereich diktatorische Reglementierungen nach sich ziehen sollen, konsequent ausschließt. Auch die terminologische Verdrängung der Begriffe Kapitalismus und Sozialismus durch Marktwirtschaft und Planwirtschaft enthält eine politische Intention:

"... ist die Frage nach dem Grundunterschied der sozialen Ordnungen zurückgetreten gegenüber dem Gegensatz der vom politischen Willen geprägten Verkehrsformen der Gesellschaft: Nicht mehr 'Kapitalismus' und 'Sozialismus', sondern freie Marktwirtschaft und zentral verwaltete Planwirtschaft, Rechtssicherheit und Willkür, Freiheit und Zwang stehen einander gegenüber. Das Bekenntnis zur eigenen Ordnung wird damit zur Sache der politischen Moral." 44)

Da die neoliberalen Theoretiker die von ihnen entworfenen idealtypischen Ordnungssysteme nicht isoliert von ihren politischen Vorstellungen sehen, ist es gerechtfertigt, die Ergebnisse der neoliberalen Analysen des Verhältnisses von Demokratie und Marktwirtschaft nicht nur immanent miteinander zu konfrontieren, sondern sie auch auf das Verhältnis von Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapi-

---

43) Vgl. Hofmann, W.: Grundlelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfaden für Lehrende, Reinbek b. Hamburg 1969, 20f. Vgl. auch ders.: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt/M. 1967, 146ff.

44) Ebenda, 149.

talismus zu beziehen. Freilich schließt sich die Arbeit dem neoliberalen Sprachgebrauch insoweit an, als in der Darstellung der neoliberalen Theorie der Begriff der Marktwirtschaft nicht einfach durch den Begriff des Kapitalismus ersetzt werden kann, weil dessen theoretische und historische Implikationen im neoliberalen Begriff der Marktwirtschaft keinesfalls enthalten sind.

#### c) Staat und Wettbewerbsordnung

Die neoliberale Wirtschaftstheorie unterscheidet sich von der liberalen im wesentlichen durch die Rolle, die dem Staat zugewiesen wird. Voraussetzung der Realisierung neoliberaler Ordnungsvorstellungen ist der starke und von allen Einflüssen gesellschaftlicher Gruppen unabhängige Staat<sup>45)</sup> "mit einheitlicher und konsequenter Willensbildung und klar bezeichnetem Tätigkeitsbereich"<sup>46)</sup>, der als "ordnende Potenz"<sup>47)</sup> innerhalb der Wirtschaftsordnung fungiert. Dabei leiten die ökonomischen Erfordernisse einer marktwirtschaftlichen Ordnung die Bestimmung staatlicher Funktionen und begrenzen gleichzeitig den staatlichen Aktionsbereich.

Der Staat hat zwei wirtschaftspolitische Grundsätze zu befolgen. Der erste Grundsatz lautet:

"Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses." 48)

Die Stellung des Staates in der Wettbewerbsordnung unterscheidet sich von der Stellung des Staates in der Zentral-

---

45) Vgl. Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 325ff.; Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 310; ders.: Maß und Mitte, a.a.O., 142; Rüstow, A.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 160.

46) Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 329.

47) Ebenda, 338.

48) Ebenda, 336.

verwaltungswirtschaft, in der der Staat Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsprozesse regelt, und im Laissez-faire-System, in dem der Staat weder in die Wirtschaftsordnung noch in die Wirtschaftsprozesse interveniert<sup>49)</sup>.

Die Entlastung des Staates von der Wirtschaftslenkung sichert ihm, der neoliberalen Theorie zufolge, Unparteilichkeit und Autorität, dadurch daß er nicht ausführendes und damit abhängiges Organ der an ihn herangetragenen partikularen Interessen und Wünsche ist. Das setzt jedoch voraus, daß der Staat zur Erhaltung der Wettbewerbsordnung eine strikt neutrale Wirtschaftspolitik praktizieren muß: der Staat soll als "Schiedsrichter"<sup>50)</sup> und als "unnachsichtige Marktpolizei"<sup>51)</sup> fungieren.

Die neoliberalen Theoretiker sind sich darüber im klaren, daß das Gebot der liberalen Wirtschaftstheorie: die staatliche Nichtintervention, modifiziert werden muß. Obwohl sie grundsätzlich die interventionsfreie Marktwirtschaft vorziehen, da das Interventionen inhärente und nicht auszuschließende Moment der Willkür das wirtschaftliche Geschehen weniger berechenbar mache und unbeabsichtigte Nebenwirkungen haben könne<sup>52)</sup>, haben sie Entscheidungskriterien für die Zulässigkeit staatlicher Eingriffe formuliert: Marktkonformität und Rechtsstaatlichkeit<sup>53)</sup>.

Marktkonforme Eingriffe fügen sich in das sich tendenziell selbst regulierende System der Marktwirtschaft ein, verändern weder deren Abläufe noch stören sie sie durch Prinzi-

---

49) Vgl. Die Aufgabe des Jahrbuchs. Vorwort zu ORDO 1 (1948), X.

50) Röpke, W.: Maß und Mitte, a.a.O., 142.

51) Rüstow, A.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 160.

52) Vgl. Böhm, F.: Die Idee des ORDO im Denken Walter Euckens, a.a.O., XXV.

"Nur eine völlig interventionslose Verkehrswirtschaft, bei der sich alle Märkte im Zustand der vollständigen Konkurrenz befinden ..., kann den Anspruch erheben, eine reine und unverfälschte Verkehrswirtschaft zu sein." Ebenda, XXXII f.

53) Vgl. zu konformen und nichtkonformen Interventionen Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 259ff. Vgl. zur Rechtsstaatlichkeit der Interventionen Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 221ff.

prien, die einer anderen Wirtschaftsordnung entsprechen. Interventionen und Subventionen, die die Anpassung an den Marktmechanismus fördern, werden befürwortet, jeder Eingriff aber, der lediglich der Erhaltung und Subventionierung marktwirtschaftswidriger Phänomene gilt, ist mit neoliberalen Ordnungsvorstellungen unvereinbar. Konforme Eingriffe richten sich zudem nach den allgemeinen Regeln der Rechtsstaatlichkeit: nur im Rahmen der erlassenen Normen ist die staatliche Tätigkeit zulässig<sup>54)</sup>. - Der staatliche Aktionsbereich ist indessen durch diese Richtlinien gegenüber der strikten Nichtinterventionsforderung des Liberalismus nicht wesentlich vergrößert. Infolge ihrer abstrakten Formulierung, die von konkreten Gegebenheiten der jeweiligen Wirtschafts- und Sozialstruktur absieht, lassen sich mit ihnen eine Vielzahl staatlicher Maßnahmen abwehren, insbesondere alle jene Maßnahmen, die die Generalität der Norm verletzen.

Der zweite Grundsatz lautet:

"Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen." 55)

Unabhängig von der Wirtschaftsordnung stellt sich das Problem wirtschaftlicher Macht, neoliberaler Ansicht zufolge, jeder Wirtschaftspolitik; denn es bestehe ein universaler Hang zur Monopolbildung:

"Ein tiefer Trieb zur Beseitigung von Konkurrenz und zur Erwerbung von Monopolstellungen ist überall und zu allen Zeiten lebendig." 56)

Die neoliberale Theorie erklärt die Monopolbildung nicht mit dem Stand der technologischen Entwicklung der Produktivkräfte. Sie wendet sich vielmehr ausdrücklich gegen die These von der Unentrinnbarkeit der Konzentration aufgrund

---

54) Vgl. Hayek, F.A.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 111.

55) Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 334.

56) Ebenda, 31.

des hohen Technisierungsgrades. Das sogenannte Betriebs-optimum falle mit dem Maximum an technischer Ausrüstung keinesfalls immer zusammen<sup>57)</sup>. Gerade die Technik habe auch Wege aufgezeigt, die Konkurrenz zu verstärken<sup>58)</sup>. Die Produktion in Großbetrieben, die von der Technik zwar gefördert werde, sei noch nicht mit Konzentration identisch. Erst wenn ein Unternehmer mehrere Betriebe unter seiner Leitung vereinige, könne von Konzentration gesprochen werden. Eine solche Entwicklung sei freilich keinesfalls zwangsläufiges Resultat des technischen Fortschritts<sup>59)</sup>. Die Auswirkungen der Technik auf die Konzentration lassen sich eher als ambivalent bezeichnen: die Technik vernichtete viele kleine Betriebe, förderte aber zugleich die Konkurrenzmöglichkeiten. Die Aufhebung des Wettbewerbs allerdings sei nicht mit dem Hinweis zu verteidigen, technisch bedingten Konzentrationsprozessen sei nicht auszuweichen<sup>60)</sup>.

Zwar haben es die neoliberalen Theoretiker vor zwei Jahrzehnten abgelehnt, Konzentrationsprozesse auch mit dem technischen Fortschritt zu erklären<sup>61)</sup>. Dieser Standpunkt ist auch später nicht revidiert worden. Dennoch bleibt es fraglich, ob angesichts der raschen Entwicklung automatisierter Fertigungsprozesse nicht auch die neoliberalen Theoretiker hätten eingestehen müssen, daß die technologische Entwicklung die Formen der Konkurrenz des 18. und 19. Jahrhunderts beeinflusst<sup>62)</sup>.

---

57) Vgl. dazu im einzelnen Röpke, W.: Maß und Mitte, a.a.O., 178ff.

58) Die technisch bedingte Verbesserung der Verkehrsverhältnisse führt zur Ausweitung der Märkte und zerstört dadurch lokale und regionale Monopole; die Substitutionskonkurrenz nimmt zu; die Anpassungsfähigkeit an den Markt wird durch die potentiell schnellere Produktionsumstellung größer. (Vgl. Eucken, W.: Technik, Konzentration und Ordnung der Wirtschaft, in: ORDO 3 (1950), 3ff.).

59) Vgl. ebenda, 13.

60) Vgl. Röpke, W.: Wirmis und Wahrheit, a.a.O., 319f.

61) Röpkes Aufsatz: Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft erschien 1948, Euckens Aufsatz: Technik, Konzentration und Ordnung der Wirtschaft erschien 1950.

62) Vgl. v. Beckerath, E.: Walter Euckens Grundsätze der Wirtschaftspolitik, a.a.O., 296.

Die Ursache der Monopol- und Kartellbildung sehen neo-liberale Autoren neben dem allgemein vorhandenen psychologischen Faktor des Machttriebes vor allem in der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Monopole seien das Ergebnis einer Politik, die durch bestimmte Rechtsformen und steuerliche Präferenzen die größeren Organisationstypen begünstige<sup>63)</sup>. Die Konzentration werde durch eine wettbewerbsfeindliche Steuergesetzgebung, durch das Aktien- und Patentrecht und durch die Handels- und Zollpolitik gefördert. Die Erklärung der Ursachen der Konzentration bestimmt die Vorschläge, wie sie zu beseitigen ist.

Einmal wird an die Unternehmer appelliert, sich dem Wettbewerb zu stellen<sup>64)</sup>. Wenn nicht das eigene materielle Interesse, dann sollte politische Einsichtigkeit den Unternehmer gegenüber dem Wettbewerb aufgeschlossen halten; denn das Fehlen von Konkurrenz und das Anwachsen ökonomischer Macht führten dazu, daß es immer weniger Argumente gebe, die gegen eine Verstaatlichung sprechen<sup>65)</sup>.

"Je rücksichtsloser und in je größerem Umfang Monopole die Allgemeinheit ausbeuten, desto unabweisbarer wird die Forderung der ausgebeuteten Allgemeinheit nach öffentlicher Kontrolle und Leitung dieser Monopole. Zu je größerem Umfang Riesenkonzerne und Mammutunternehmungen anwachsen, je bürokratischer und staatsähnlicher ihre Verwaltung wird, desto schwächer werden die Argumente, die man ihrer Verstaatlichung entgegenstellen kann." 66)

Zum anderen richtet sich der Appell an den Staat, Monopolisierungs- und Kartellierungstendenzen nicht durch Gesetze noch zu begünstigen, sondern vielmehr den Wettbewerb zu fördern und Monopole zu bekämpfen. Allerdings lasse sich

---

63) Vgl. dazu Eucken, W.: Das ordnungspolitische Problem, a.a.O., 72; Röpke, W.: Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft, a.a.O., 163f.; ders.: Maß und Mitte, a.a.O., 234.

64) Vgl. ders.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 214.

65) Vgl. Rüstow, A.: ... die Fundierung der Demokratie durch die Wirtschaftsordnung, a.a.O., 19.

66) Ders.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 164.

diese Aufgabe in einer von Monopolen durchgesetzten Wirtschaftsordnung nicht bewältigen. Eine Monopolaufsicht, die überdies häufig erst den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu kontrollieren beginne, müsse versagen; denn Monopole, die sich einmal etabliert hätten, seien wegen ihrer möglichen politischen Einflußnahme nur schwer zu beaufsichtigen<sup>67)</sup>. Wiewohl wirtschaftliche Interessen im Parlament stets vertreten seien, könnten doch erst Monopole die staatliche Willensbildung erfolgreich zu ihren Gunsten beeinflussen<sup>68)</sup>. Die politische Macht der Monopole führe zu einer "Refeudalisierung der Gesellschaft", indem die Inhaber verfassungsmäßiger Gewalt "solche Machtbesitzstände mit Mitteln der Politik ... stabilisieren, sie in quasifeudale Individual- und Gruppenbesitzstände politischen Charakters um...wandeln"<sup>69)</sup>.

"Eine Monopolkontrolle, die sich gegen den sogenannten 'Mißbrauch' wirtschaftlicher Machtstellung wendet, scheitert. Der Begriff des Mißbrauchs ist nicht exakt zu definieren. Die Machtkörper gewinnen ihrerseits einen großen politischen Einfluß in einem Staat, in dem sie zu wuchern beginnen. Der Staat wird dadurch selbst unfähig, die Monopolkontrolle wirksam durchzuführen." <sup>70)</sup>

Auch die Übernahme der Monopole in staatliche Regie beseitigt nach Ansicht des Neoliberalismus die Problematik der Monopolaufsicht nicht, da Staatsmonopole eine nicht weniger monopolistische Preispolitik verfolgen. Die Ausbeutung der Verbraucher ist in der Regel noch schrankenloser als die privater Monopole, deren Entscheidungsspielraum durch die öffentliche Meinung begrenzt ist<sup>71)</sup>. Eine Verstaatlichung löst die Probleme von Macht und Machtmiß-

---

67) Vgl. Böhm, F.: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, Tübingen 1950, 32.

68) Vgl. Eucken, W.: Das ordnungspolitische Problem, a.a.O., 69.

69) Böhm, F.: Demokratie und ökonomische Macht, a.a.O., 15.

70) Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 172.

71) Vgl. Röpke, W.: Wirrnis und Wahrheit, a.a.O., 272f.; vgl. auch Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 293.

brauch nicht, da durch sie wirtschaftliche mit politischer Macht vereinigt wird. Mehr noch: Verstaatlichung hieße, die Konzentration auf die Spitze zu treiben<sup>72)</sup>. Die Auflösung ökonomischer Macht können auch Kontrollen der Arbeiter beziehungsweise der Gewerkschaftsfunktionäre nicht erreichen, da die Arbeiter ebenfalls, sobald sie selbst am Ertrag beteiligt seien, Monopolgewinne durch überhöhte Preise befürworten<sup>73)</sup>.

Die neoliberalen Autoren vertreten daher anstelle von Kontrollen Maßnahmen, die die Entstehung von Monopolen verhüten<sup>74)</sup>. Da sich in einer Wettbewerbsordnung langfristig das "der verkehrswirtschaftlichen Ordnung innewohnende Prinzip der Machtaufspaltung und Machtneutralisierung"<sup>75)</sup> durchsetze, sollte diese Tendenz durch wettbewerbsfördernde Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik unterstützt werden. Der Wettbewerb sei das "demokratiekonforme Entmachtungsinstrument"<sup>76)</sup>.

Die dennoch weiter bestehenden Monopole, die sich nicht auflösen ließen, müßten der Aufsicht eines unabhängigen Monopolamtes unterstellt werden<sup>77)</sup>. Dessen Aufgabe liege vor allem darin, die Monopole zu einem konkurrenzanalogen Markt- und Preisverhalten zu veranlassen. Diese Aufgabe sei durch die prophylaktische Wirkung, die vom Monopolamt ausgehe, erleichtert, durch die Drohung nämlich, bei einer Vergrößerung des Marktanteils der Aufsicht des Monopolamtes unterstellt zu werden<sup>78)</sup>.

---

72) Vgl. Röpke, W.: Wirrnis und Wahrheit, a.a.O., 274; ders.: Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft, a.a.O., 170.

73) Vgl. Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 293f.

74) Vgl. ebenda, 292ff.; Rüstow, A.: Ortsbestimmung III, a.a.O., 162.

75) Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, a.a.O., 73.

76) Ders.: Demokratie und ökonomische Macht, a.a.O., 22.

77) Vgl. dazu Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 294ff.

78) Vgl. ebenda, 299.

Die Aufgaben des Staates innerhalb der vom Neoliberalismus gewünschten Wirtschaftsordnung definieren politische Bedingungen der Ökonomie. Das oberste Ziel der Erhaltung der Marktwirtschaft, dem die Setzung und Überwachung eines rechtlichen Rahmens dient, wird als Allgemeininteresse, nicht als Partikularinteresse der an der Aufrechterhaltung der privaten Kapitalverwertung interessierten Gruppen ausgegeben. Denn die Marktwirtschaft verspricht die Freiheit aller und die Sicherheit auch der abhängig Beschäftigten. Identisch mit dem Gesamtinteresse, verlangt sie auch den diesem Gesamtinteresse verpflichteten starken und unabhängigen Rechtsstaat, dessen Stärke sich nicht aus der Kooperation und Unterstützung einer identifizierbaren sozialen Basis herleitet, sondern aus der Orientierung an juristisch festgelegten Normen. Diese Normen, **zumal** die Generalität des Gesetzes, formulieren nicht nur die staatlichen Funktionen, vielmehr grenzen sie sie gleichzeitig ab. Wenn die neoliberalen Autoren Rolle und Funktion des Staates zwar von der Aufrechterhaltung der ökonomischen Ordnung her bestimmen, so behaupten sie zugleich, daß das marktwirtschaftliche System, indem es den Staat von Lenkungsaufgaben entlastet, Unabhängigkeit und Aktionsfähigkeit des Staates schützt. Ein Interdependenzverhältnis charakterisiert im Neoliberalismus die Beziehung zwischen der Staats- und der Wirtschaftsordnung:

"Ohne eine Wettbewerbsordnung kann kein aktionsfähiger Staat entstehen und ohne einen aktionsfähigen Staat keine Wettbewerbsordnung." 79)

---

79) Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 338.

d) Die Interdependenz von Marktwirtschaft und Demokratie

Den beiden Aspekten einer interdependenten Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft, der Analogie der Organisation von Ökonomie und Politik und der Machtallianz der ökonomisch und politisch Herrschenden, soll im folgenden in der neoliberalen Interdependenztheorie nachgegangen werden. In diesem Abschnitt werden die neoliberalen Thesen dargestellt. Da für ihre Beurteilung der Demokratie- und der Staatsbegriff (vgl. Kap. VI) berücksichtigt werden müssen, kann das Interdependenztheorem erst anschließend analysiert werden (vgl. Kap. VII).

Die interdependenten Ordnungssysteme der politischen Demokratie und der Marktwirtschaft weisen Rüstow zufolge "zwangsläufige wechselseitige Zuordnungen und Abhängigkeiten"<sup>80)</sup> auf. Gegenüber zwei Ansätzen, die das Studium der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten bestimmt hätten, grenzt sich die neoliberale Theorie ab: gegenüber der Isolierung des wirtschaftlichen Geschehens von dem gesamtgeschichtlichen Zusammenhang -

"Die jeweilige Wirtschaftsordnung muß nicht nur für sich, sondern auch als Teilstück des gesamten Lebens eines Volkes ... gesehen werden." 81) -

und gegenüber einem ökonomischen Determinismus der geschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

"Falsch wäre die Ansicht, die Wirtschaftsordnung wäre gleichsam der Unterbau und darauf erhoben sich die Ordnungen der Gesellschaft, des Staates, des Rechtes und anderer Ordnungen. Die Geschichte der neueren Zeit lehrt ebenso eindeutig wie die Geschichte früherer Epochen, daß auch die staatlichen Ordnungen oder die Rechtsordnungen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung ausüben. ... Nicht also eine einseitige Abhängigkeit der übrigen Ordnungen von der Wirtschaftsordnung besteht, sondern eine gegenseitige Abhängigkeit, eine ' I n t e r - d e p e n d e n z d e r O r d n u n g e n ' ." 82)

---

80) Rüstow, A.: ... die Fundierung der Demokratie durch die Wirtschaftsordnung, a.a.O., 16.

81) Eucken, W.: Die Grundlagen der Nationalökonomie, a.a.O., 60.

82) Ders.: Das ordnungspolitische Problem, a.a.O., 72.

Konfrontiert man die Erklärung, die Max Weber für die Systemadäquanz ökonomischer und politischer Verfassungen geliefert hat, mit derjenigen der neoliberalen Theoretiker, dann wird ein wesentlicher Unterschied im Ansatz deutlich. Bei Weber erwies sich die Konformität politischer und kapitalistischer Herrschaftsformen als Ausdruck objektiver gesellschaftlicher Tendenzen, der Rationalisierungsprozesse nämlich, die sowohl in den bürokratisierten Herrschaftsverbänden als auch in den Unternehmungen Verwaltung und Betrieb effektiv gestalten und die die Entfaltung kapitalistischer Prinzipien des Wirtschaftens nicht von der Entstehung des rational-bürokratischen Staates und der Rationalisierung des Rechts trennen können. Dagegen besteht für die neoliberale Theorie die Systemadäquanz in organisatorisch-formalen Analogien eines abstrakten Ordnungsmodells, die sich nicht aus objektiven gesellschaftlichen Phänomenen entfalten, und in bloßen theoretischen "Entsprechungen", die über die Realität wenig aussagen.

Die Systemadäquanz von Marktwirtschaft und Demokratie besteht für den Neoliberalismus

1. in bestimmten rechtsstaatlichen Strukturelementen, die die Manifestation der politischen Herrschaft und der Organisation der Produktionsverhältnisse präjudizieren;
2. in der Analogie subjektiver Entscheidungsprozesse der Konsumenten und der Wähler;
3. in einer funktionalen Beziehung zwischen politischen und ökonomischen Aufgaben.

Zu 1) Die Rechtsstaatlichkeit ist eine der entscheidenden Prämissen neoliberaler Theorie. Sie bindet politische Herrschaft an die Erfüllung von Rechtsnormen, die den Staat, solange er die formalisierten Regeln befolgt, außerstande setzen, "das wirtschaftliche Leben im einzelnen zu

beherrschen"<sup>83)</sup>. Über die Setzung eines rechtlichen Rahmens hinaus, innerhalb dessen von den wirtschaftenden Subjekten frei verfügt werden kann, fehlt jede Legitimation für dirigistische Eingriffe in den Ablauf der Wirtschaftsprozesse<sup>84)</sup>. Die zentrale Lenkung und Kontrolle des Wirtschaftsprozesses muß die Rechtsstaatlichkeit aufheben, weil eine solche Lenkung wesentliche rechtsstaatliche Sicherungen wie z.B. die Freizügigkeit, die uneingeschränkte Disposition über das Privateigentum, die Entscheidungsfreiheit der Haushalte und Betriebe, ihre eigenen Wirtschaftspläne zu erstellen, um der effektiven Durchführung der zentralen Pläne willen nicht respektieren kann, selbst wenn sie grundsätzlich akzeptiert würden<sup>85)</sup>.

"Wird die Politik zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses konsequent durchgeführt, so verliert der Staat den Charakter des Rechtsstaates. Und umgekehrt: Wird mit der Realisierung rechtsstaatlicher Prinzipien Ernst gemacht, so kann die Politik zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses nicht mit Konsequenz getrieben werden." 86)

Der Rechtsstaat läßt sich nur mit der Marktwirtschaft vereinbaren, die als freie Wirtschaftsordnung solange rechtsstaatliche Normen nicht verletzt, als keine Monopole entstehen. Die freie Wirtschaft läßt sich mit dem geradezu klassischen Argument legitimieren, daß hier wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen das Rechtsstaatsprinzip herrschen soll<sup>87)</sup>. Die Marktwirtschaft ermöglicht die Verankerung der rechtsstaatlichen Prinzipien, vorab den Schutz von Person und Eigentum<sup>88)</sup>. Andererseits ver-

---

83) Hayek, F.A.: Entstehung und Verfall des Rechtsstaatsideales, a.a.O., 60.

84) Vgl. ders.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 103f.

85) Vgl. Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 128ff.

86) Ebenda, 130.

87) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 220.

88) Vgl. Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 156.

langt die marktwirtschaftliche Organisation von Produktion und Distribution die Garantie ungestörter wirtschaftlicher Aktivität in den Grenzen der Gesetze, die kalkulierbare Rechtssicherheit verbürgen müssen, und die Gewißheit, daß sich notwendige Interventionen am Kriterium der Marktkonformität ausweisen.

Zu 2) Es ist seit jeher Kennzeichen liberaler Demokratievorstellung, das Marktmodell von Anbietern und Nachfragern auf die Ebene der politischen Entscheidungen zu übertragen. Die Vorstellung von Demokratie umschreibt dabei ein Recht, an der Konkurrenz um die politische Willensbildung zu partizipieren<sup>89)</sup>. Auf diese Analogie zwischen dem Modell des Marktes und der demokratischen Willensbildung in Parlamentswahlen und im politischen Entscheidungsprozeß, der sich als Interessenausgleich im Parlament vollziehen soll, ist in der Literatur mehrfach verwiesen worden<sup>90)</sup>. Die liberale Theorie hat immer wieder die Analogie des freien Spiels der Kräfte im Bereich der Ökonomie und der Politik betont<sup>91)</sup>.

---

89) Vgl. Macpherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie, a.a.O., 68.

90) Vgl. z.B. ebenda, 7ff., 66. - "Sowohl der älteren Auffassung des Parlamentarismus als auch der jüngeren des Pluralismus liegt das liberale Modell eines Marktes von Anbietern und Nachfragern zugrunde. In einem Falle fungiert das Parlament, im anderen die Auseinandersetzungen der organisierten Gruppen als 'politischer Markt'." Bergmann, J.: Konsensus und Konflikt. Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft, a.a.O., 48.

91) Neuerdings hat Anthony Downs die These wieder vertreten, daß sich die Parteien in der Demokratie wie die Unternehmer in der Profitwirtschaft verhalten: sie versuchten, möglichst viele Stimmen zu erhalten, indem sie das anbieten, was die Wähler realisiert zu sehen wünschen. Vgl. ausführlich bei Downs, A.: An economic theory of democracy, New York 1957. S. jedoch auch die schon ältere Definition der Demokratie bei Schumpeter: "Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittelt eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben." Schumpeter, J.A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, a.a.O., 428.

Ihre These, daß sich Marktwirtschaft und Demokratie entsprechen, begründet auch die neoliberale Theorie mit einem Parallelismus der Abstimmungsmechanismen auf dem "ökonomischen" und dem "politischen" Markt. In der Demokratie werden die politischen Organe durch allgemeine Wahl bestellt, in der Marktwirtschaft bestimmt der Käufer durch das sich alltäglich wiederholende Plebiszit der Konsumenten<sup>92)</sup> im Kaufakt über Richtung und Umfang der Produktion. Dieses demokratische Element der Marktwirtschaft füge das marktwirtschaftliche System vollkommen in die politische Demokratie ein<sup>93)</sup>. Zudem übertreffe die "Marktdemokratie" an geräuschloser Exaktheit jede Demokratie<sup>94)</sup>. Ihr Vorteil bestehe in einem vollendeten Proporzsystem, das keine Stimme verlorengehen läßt und jede Majorisierung von Minderheiten ausschließt<sup>95)</sup>. Die Marktwirtschaft erkenne

"die volonté de tous, wie sie im Abstimmungsmodus plebiszitär zum Ausdruck gebracht wird, als volonté générale an." 96)

Freilich störe die ungleichmäßige Kaufkraftverteilung insofern die Vollkommenheit des Verbraucherplebiszits, als nur diejenigen Konsumenten über die Produktion abstimmen könnten, die ihre Wünsche und Bedürfnisse auch durchzusetzen vermöchten<sup>97)</sup>.

Die Parallele zwischen den Selektionsmechanismen der Wahl und des Kaufakts wird auf weitere Aspekte demokratischer Prozesse ausgedehnt, auf Parteien und Gütergattungen, auf Wahlpropaganda und Reklame, auf Staatsbürger- und Verbraucheraufklärung<sup>98)</sup>.

---

92) Vgl. Böhm, F.: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, a.a.O., 50f.

93) Ebenda, 51.

94) Vgl. Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 167.

95) Vgl. ders.: Maß und Mitte, a.a.O., 209.

96) Böhm, F.: ... den vollständigen Leistungswettbewerb, a.a.O., 35.

97) Vgl. Röpke, W.: Die Lehre von der Wirtschaft, a.a.O., 264f.; ders.: Maß und Mitte, a.a.O., 208.

98) Vgl. dazu ebenda, 209ff.

Den Begriff der Wirtschaftsdemokratie reserviert die neoliberale Theorie für das Votum der Verbraucher über die Produktion<sup>99)</sup>. Demokratische Kontrolle bedeutet demnach, die Produzenten an den Willen der Konsumenten zu binden, sie bedeutet nicht die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an den Unternehmerentscheidungen. Wirtschaftsdemokratie ist nicht Mitbestimmung, die die "Hilfspersonen der Betriebsinhaber an der Leitungsgewalt im Betriebe"<sup>100)</sup> partizipieren läßt. Im politischen Bereich entspräche das einer Situation, in der die Minister durch ihre Untergebenen kontrolliert würden. Da in der Demokratie aber die Regierenden durch die Regierten kontrolliert werden sollen, kann die Übertragung des demokratischen Prinzips auf den wirtschaftlichen Bereich nur bedeuten, daß die Verbraucher als die "Regierten" durch ihre Nachfrage über die Produktion abstimmen.

In dieser Konzeption der Wirtschaftsdemokratie steckt implizit die Vorstellung einer Identität der Konsumenteninteressen mit dem Gesamtinteresse, eine Vorstellung, die bereits Bestandteil der liberalen Theorie war<sup>101)</sup>.

Zu 3) Die Systemadäquanz von Marktwirtschaft und Demokratie läßt sich zusätzlich an den interdependenten Funktionsweisen des politischen und ökonomischen Systems demonstrieren, deren funktionale Bezogenheit wiederum nicht von der Prämisse der Rechtsstaatlichkeit zu trennen ist. Für die Lenkung der Wirtschaftsprozesse gebe es nur die Alternative:

---

99) Vgl. zur Wirtschaftsdemokratie Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, a.a.O., 28ff.

100) Ebenda, 29.

101) Vgl. dazu Meyer-Dohm, P.: Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit. Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung, a.a.O., 327ff.

"... entweder bildet sich der 'Wirtschaftswille' durch die Demokratie der konsumierenden Gesellschaft oder kraft autokratischen Befehls. Ein Drittes gibt es nicht." 102)

Durch die Entscheidung über die Lenkung der Wirtschaftsprozesse wird die Form politischer Herrschaft präjudiziert. Nur wenn die Lenkung aus dem politischen Bereich herausgelagert wird, dadurch daß die Pläne der Haushalte und Unternehmen die ökonomischen Prozesse steuern, ist Demokratie möglich<sup>103)</sup>. Soll dagegen der Wirtschaftsprozess nach einem zentralen Plan gelenkt werden, dann erfordert die Durchführung und Kontrolle der Planung eine politische Instanz mit starker Exekutivmacht. Sobald der Staat diese Aufgabe übernimmt, muß er sich zur Diktatur entwickeln, weil sie das effektivste Herrschaftsinstrument zur Durchsetzung der Wirtschaftsplanung sei<sup>104)</sup>. Ohne einheitliche Willensbildung sei angesichts der Kompliziertheit der zentralen Steuerung des gesamten Wirtschaftsprozesses die Erreichung der projektierten Ziele unmöglich. Die starke staatliche Exekutive, die für die Effektivität der ökonomischen Planungen in der Zentralverwaltungswirtschaft unabdingbar sei, vertrage weder eine demokratische Kontrolle noch rechtsstaatliche Begrenzungen. Die diktatorische Herrschaft des Staates werde sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausdehnen, sie lasse sich nicht auf den ökonomischen Sektor beschränken<sup>105)</sup>:

"Verzichtet ein Staat, der diese Politik zentraler Leitung treibt, auf das Mittel der geistigen Lenkung des Menschen, so richtet er die Menschen weniger vollständig auf die Planziele hin. Auch hier ist die Freiheit nicht der Politik zentraler Leitung adäquat. Die Staaten haben nicht selten versucht, die Freiheit der Bildung und der Meinungsäußerung mit einer Wirtschaftspolitik

---

102) Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 166.

103) Vgl. Böhm, F.: Privilegien-Gesellschaft und Interventionen-Demokratie als Zerrformen der Freiheit, a.a.O., 84.

104) Vgl. Hayek, F.A.: Freedom and the Economic System, Chicago 1939, 33; vgl. auch Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 127f.

105) Vgl. zu Fragen der Zentralverwaltungswirtschaft ausführlich ebenda, 58ff.

zentraler Leitung zu kombinieren. Aber dadurch wurde die ökonomische Funktionsfähigkeit des Lenkungssystems beeinträchtigt." 106)

"Niemandem sollte die Unschuld zuzutrauen sein, zu glauben, daß ein solcher Staat seinen autokratischen Charakter auf das Wirtschaftsleben beschränken könnte, in den übrigen Bereichen, denjenigen der Politik und Kultur, jedoch ein mildes liberal-demokratisches Gesicht zeigen könnte. Staat und Gesellschaft bilden in allen ihren Bereichen ein einheitliches Ganzes; sie können nicht im wichtigsten Bereich despotisch und in den übrigen liberal sein." 107)

Die spezielle Problematik der Lenkung der Wirtschaft nach einem Plan mache ihre Durchführung in der Demokratie auch besonders deshalb unmöglich, weil die Parlamente dadurch überfordert wären. Die Schwierigkeit bestehe in der Transformation der vagen, von den Wählern gegebenen Instruktionen in "spezifische Aktion"<sup>108)</sup>. Zwar ließen sich einzelne Pläne aufstellen und realisieren, sie seien jedoch keineswegs mit einem die gesamte Wirtschaft umfassenden Plan zu vergleichen<sup>109)</sup>. Die Unfähigkeit demokratisch legitimierter Parlamente, einen Gesamtplan aufzustellen und seine Durchführung wirksam zu kontrollieren, ergibt sich zunächst daraus, daß von den Abgeordneten nicht erwartet werden könne, sich über die Formulierung eines alle Wirtschaftssektoren umfassenden Plans, der bis in alle Details durchdacht werden müsse, zu einigen<sup>110)</sup>. Hindernisse lägen vorab im Bereich der Gesetzgebung. Da in der Demokratie jede Handlung nur auf der Basis eines Gesetzes erfolgen dürfe, müsse die Planung an der Überlastung des Parlaments, das ein solches Arbeitspensum nicht erledigen könne, scheitern<sup>111)</sup>. Die demokratische Technik der Majoritäts-

---

106) Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 132.

107) Röpké, W.: Civitas Humana, a.a.O., 63.

108) Hayek, F.A.: Freedom and the Economic System, a.a.O., 25.

109) Vgl. ebenda, 26.

110) Vgl. ders.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 89.

111) Vgl. Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, a.a.O., 83.

beschlüsse müsse aber auch deshalb versagen, weil sich ein Wirtschaftsplan nicht wie andere Gesetzesvorlagen in Einzelkomplexe zerlegen lasse, über die getrennt abgestimmt werden könne<sup>112)</sup>. Effizient könne daher nur geplant werden, wenn diese Aufgaben aus dem Parlament in die Verantwortung von Experten oder unabhängigen autonomen Körperschaften delegiert würden, die dann aufgrund von Ermächtigungsgesetzen und Ermessensentscheidungen, ohne parlamentarischer Kontrolle zu unterliegen, ihre Beschlüsse fassten<sup>113)</sup>. Solange indes die Legislative die letzte Entscheidung behalte, sei Planung undurchführbar.

"Und doch wird die einmütige Überzeugung von der Notwendigkeit der Planwirtschaft im Verein mit der Tatsache, daß demokratische Körperschaften zur Aufstellung eines Plans ungeeignet sind, immer mehr zu der Forderung führen, daß die Regierung oder eine Einzelperson die Vollmacht erhalten müsse, auf eigene Verantwortung zu handeln. Immer mehr greift die Meinung um sich, daß die verantwortlichen Behörden von den Fesseln des demokratischen Verfahrens befreit werden müssen, wenn irgendetwas durchgesetzt werden solle." 114)

Hinter der letztlich nur scheinbar technischen Unfähigkeit der Parlamente, die Plandefinition und -kontrolle zu übernehmen, verbirgt sich nach neoliberaler Ansicht die grundsätzlichere Schwierigkeit einer Einigung über Prioritäten und Ziele der Planung<sup>115)</sup>. Gesetzgeberische Arbeit sei auf jene Bereiche beschränkt, die sich nach allgemeinen Prinzipien regeln ließen<sup>116)</sup>. In diesen Bereichen lasse sich überhaupt nur eine Übereinkunft der Parlamentsmehrheit erzielen. Das bedeutet, daß die Planung der Wirtschaft nicht dazu gehören kann; sie gründet sich auf keinen grundsätzlichen Konsensus, vielmehr spielt sie partikulare Interessengruppen gegeneinander aus.

---

112) Vgl. Hayek, F.A.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 91f.

113) Vgl. ders.: Freedom and the Economic System, a.a.O., 25; vgl. auch Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 127f.

114) Hayek, F.A.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 95.

115) Vgl. ebenda, 97.

116) Vgl. ders.: Freedom and the Economic System, a.a.O., 26.

Nur unter zwei Bedingungen funktioniert für die neoliberale Theorie die Demokratie. Einmal müssen die staatlichen Aufgaben auf die Gebiete beschränkt bleiben, über die ein Konsensus zu erzielen ist<sup>117)</sup>, der sich als eine "essenzielle Integration der Nation" über Grundlagen und letzte Ziele der Politik beschreiben läßt<sup>118)</sup>. Und zum anderen müssen die Regierungsgeschäfte überschaubar sein.

"Demokratie, d.h. aktive Teilnahme der Bürger an den Regierungsgeschäften, ist nur möglich, solange die Regierungsaufgaben übersehbar sind und von dem Mann auf der Straße begriffen und beurteilt werden können, wenn man ihm die nötige Auskunft erteilt und die Zusammenhänge klarmacht. In dem Augenblick, in dem man dem Staat die Aufgabe aufbürdet, die gesamte Volkswirtschaft mit Hilfe eines Zentralplans zu steuern, hört jede Möglichkeit der Demokratie auf." 119)

Die neoliberalen Überlegungen basieren auf folgenden Annahmen:

1. Ein Zielkatalog gesellschaftlicher Aufgaben läßt sich nicht ohne Zwang entwickeln, weil über ihn keine Übereinkunft möglich ist.
2. Werden von einer Zentralbehörde Ziele formuliert, so entsprechen sie niemals den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Weil sie stets partikulare Interessen unterstützen, müssen sie mit Zwang realisiert werden. Dieser kann über Indoktrination durch Propaganda und Manipulation bis zur offenen Gewalt reichen.
3. Daher müssen Investition, Produktion und Verteilung in den gesellschaftlichen Bereich verlagert werden. Über die anonyme Mechanik der Marktgesetze wird die Anpassung an die (kaufkräftige) Bedürfnisstruktur der wirtschaftenden Subjekte kontrolliert. So ergibt sich gleichsam durch "trial and error" die optimale Verwendung der Produktionsfaktoren.

---

117) Vgl. Hayek, F.A.: Freedom and the Economic System, a.a.O., 28; ders.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 86ff.

118) Röpke, W.: Gegen die Brandung, a.a.O., 130.

119) Böhm, F.: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, a.a.O., 44.

4. Für die diesen **Annahmen** zugrundeliegende **Anthropologie** zeichnet sich der Mensch durch "konstitutionelle Ungewißheit" aus. Der soziale Fortschritt wird nur über den Umweg des Experiments und notwendiger Irrtümer möglich, nicht durch im voraus dogmatisch fixierte Pläne, mit denen der **Anspruch** verbunden ist, die Richtung des Fortschritts erkannt zu haben<sup>120)</sup>.

Die in der These von der Systemadäquanz beziehungsweise Interdependenz von Marktwirtschaft und Demokratie enthaltenen formalen Strukturelemente sind nicht mit einer historischen Analyse der Zusammengehörigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit der Demokratie in einer bestimmten Phase der gesellschaftlichen Entwicklung zu verwechseln und als deren Ergebnisse zu begreifen. Vielmehr beschreiben sie abstrakte juristische Zusammenhänge, die auf wenige Analogiemomente begrenzt sind. Definitiv schließt diese Konzeption die Möglichkeiten aus, daß die Demokratie gegenüber der ökonomischen Reproduktion der Gesellschaft indifferent sei, wie auch die, daß die Demokratie mit einer sozialistischen Organisation der Ökonomie zu vereinbaren sei.

Auch den zweiten Aspekt der Systemadäquanz, die Beziehungen zwischen den politisch und ökonomisch Herrschenden, bezieht der Neoliberalismus in sein Interdependenztheorem ein. Er erkennt die Konsolidierung privater Machtpositionen und die Verflechtung von ökonomischer und politischer Macht in spezifischen geschichtlichen Konstellationen. Indessen verlieren die beiden Manifestationen der Macht, die wirtschaftliche (Marktmacht) und die daraus resultierende politische und gesellschaftliche (Einflußnahme der Monopole auf die staatliche Willensbildung), in der neoliberalen Rechtsstaats- und Wirtschaftstheorie zusehends an Bedeutung. Indem sich die alltäglichen wirtschaftlichen Handlungen getrennt vom staatlichen Handeln vollziehen, lösen

---

120) S. Kap.III.

sich Machtbeziehungen zwischen den ökonomisch und politisch Herrschenden auf<sup>121)</sup>. Die im historischen Kapitalismus vom Neoliberalismus beobachtete Verflechtung wirtschaftlicher und staatlicher Macht läßt sich mit der Realisierung der Wettbewerbsordnung wieder überwinden. Die Marktwirtschaft führt die politische Neutralisierung der Wirtschaftsprozesse herbei, weil wirtschaftliche Leistung über den Profit entscheidet, nicht der Einfluß, den der Produzent auf Parteien und Verbände auszuüben vermag<sup>122)</sup>. Die in der Marktwirtschaft faktisch noch vorhandene, wenn auch durch den Wettbewerb zurückgedrängte, private Macht wird nicht zusätzlich noch rechtlich mit politischen Privilegien legitimiert<sup>123)</sup>. In der "Privatrechtsgesellschaft", die der Wettbewerbsordnung und der auf dem Rechtsstaat basierenden Demokratie entspricht, haben alle Individuen formal-juristisch die gleichen Rechte. Wenn durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik bestehende private Machtpositionen aufgelöst werden sowie das Entstehen neuer verhindert wird, charakterisiert die Abwesenheit von Macht die gesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn zudem der Staat an die Beachtung der rechtsstaatlichen Normen gebunden ist, entfallen alle Voraussetzungen für eine Verflechtung ökonomischer mit staatlicher Macht. Die Auflösung von Macht in Rechtsbeziehungen hat nicht nur die liberale Theorie versucht<sup>124)</sup>, auch der Neoliberalismus unternimmt erneut diesen Versuch. Seine Strategie der Eindämmung privater Macht sowie der Vermeidung einer Kooperation von wirtschaftlicher mit politischer Macht steht und fällt mit dem Rechtsstaat, der von allen gesellschaftlichen Einflüssen auf seine Willensbildung und Entscheidungen strikt abgeschirmt ist<sup>125)</sup>.

---

121) Vgl. Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 375f.

122) Vgl. Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 171f.

123) Vgl. Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, a.a.O., 71.

124) Vgl. Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 85.

125) Vgl. dazu noch ausführlich weiter unten.

## Kap.VI: Demokratie und Staat im Neoliberalismus

### a) Der Demokratiebegriff

#### 1. Vorbemerkungen

Der neoliberale Demokratiebegriff kann nicht allein aus der Interdependenzthese abgeleitet werden. Deren Bestimmungen sind zu abstrakt und enthalten kaum mehr als einige institutionelle Regelungen. Die Reaktion auf den gesellschaftlichen Strukturwandel, die sich vor allem an den gesellschaftspolitischen Empfehlungen des Neoliberalismus ablesen läßt, ist für die Erarbeitung des Demokratiebegriffs ebenso wichtig. Erst in diesem Zusammenhang gewinnen die Elemente des Demokratiebegriffs im Interdependenztheorem einen historischen Bezug. Der neoliberale Demokratiebegriff läßt sich dann nicht länger als Beschreibung demokratischer Werte und Institutionen ohne jede konkrete sozialgeschichtliche Vermittlung begreifen, sondern er muß als historische Kategorie gesehen werden.

Das bedeutet für die Erarbeitung und Analyse eines Demokratiebegriffs, daß nicht nur die implizit und explizit vorhandenen demokratischen Ziele, wie Freiheit und Gleichheit, Herrschaft des Volkes und die institutionellen Regelungen, wie das allgemeine Wahlrecht, die Gewaltenteilung, die Funktionsweise des Parlamentarismus, auszumachen, sondern gleichzeitig die Sozialstrukturen zu berücksichtigen wären, die die Möglichkeiten der Realisierung der Demokratie weit eher als ein abstraktes Bekenntnis zu demokratischen Werten und ein formaler Katalog demokratischer Verfahrensweisen beeinflussen<sup>1)</sup>.

---

1) Vgl. Fraenkel, E./Bracher, K.D.: Art. Demokratie, in: dies. (Hg.): Staat und Politik, Fischer-Lexikon, Neuausgabe, Frankfurt/M. 1966, 73.  
Die Demokratieforschung bezieht zunehmend diesen Aspekt des Zusammenhangs zwischen sozialen und politischen Strukturen in ihre Untersuchungen mit ein. Wie Weber-Schäfer betont hat, wird mit der Ermittlung von Strukturen und Prozessen, die die Genesis und Stabilität von Demokratien bedingen, zugleich die Absicht verfolgt,

## 2. Volkssouveränität und liberale Demokratie

Demokratie richtete sich in ihrer ursprünglichen Zielsetzung gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung durch eine Minderheit. Das Bürgertum artikuliert die Forderung nach individueller Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz, nach Gewaltenteilung und rechtsstaatlicher Normierung staatlicher Befugnisse. Vertrat das Bürgertum damit im Kampf gegen feudale Autorität allgemeine Interessen, die sich juristisch im Rechtsstaatsideal, politisch im parlamentarischen System ausdrückten<sup>2)</sup>, so offenbarten sich seine partikularen Interessen spätestens in dem Versuch, die Arbeiterschaft von der Partizipation an der politischen Willens- und Regierungsbildung fernzuhalten. Die Vorbehalte gegenüber einer Egalisierung des Wahlrechts gründeten sich ganz konkret auf die Befürchtung einer "Revolutionierung der Eigentumsordnung"<sup>3)</sup>. Marx hat das Dilemma beschrieben, in dem das Bürgertum sich befand:

"Der umfassende Widerspruch aber dieser Konstitution (gemeint ist die französische Verfassung von 1848 - d. Verf.) besteht darin: Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwingt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen. Von

---

zur Klärung der Ursachen des totalitären Umschlags demokratischer Gesellschaften beizutragen sowie die Chancen für die Demokratie in den Entwicklungsländern abzuschätzen. Vgl. Weber-Schäfer, P.: "Sozial" und "rational".

Anmerkungen zur Demokratiediskussion, a.a.O., 17f.

2) Vgl. de Ruggiero, G.: Geschichte des Liberalismus in Europa, Aalen 1964, 411.

3) Fetscher, I.: Konkrete Demokratie - heute, a.a.O., 378.

den einen verlangt sie, daß sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort-, von den andern, daß sie von der sozialen Restauration nicht zur politischen zurückgehen." 4)

Eben diesen Widerspruch enthält auch die neoliberale Theorie. Sie wird von der Furcht beherrscht, die Massen könnten über das allgemeine Wahlrecht das Recht auf freie Verfügung über privates Eigentum an den Produktionsmitteln und die Wirtschaftsfreiheit antasten. Diese Furcht vor der Emanzipation der Massen bestimmt die Interpretation demokratischer Werte und Institute.

Ansatzpunkt neoliberaler Demokratiekritik ist das Prinzip der Volkssouveränität, in dem bereits der Keim des totalitären Staates<sup>5)</sup> und die Gefahr eines Verfalls von Gesetz und Ordnung angelegt seien.

"Wahrscheinlich wird man dann erkennen, wie trügerisch sich noch einmal in der Geschichte die theoretisch so verführerische, aber praktisch so außerordentlich problematische Formel erweist, daß das Volk selbst seine Regierung neu bestimmen müsse, und nur das Tor zu einer Epoche aufstößt, in der jedermanns Hand wider jedermanns Hand sein wird." 6)

Wie andere konservative Theoretiker deuten auch die neoliberalen Autoren die in der Volkssouveränität angelegte Forderung, daß das Volk der Souverän der staatlichen Gewalt sein soll, als politisches Prinzip, aus dem die plebiszitäre Diktatur ihre Legitimation herleiten kann<sup>7)</sup>. Die unterschiedliche Entwicklung der liberalen Theorie in England und Frankreich<sup>8)</sup> lasse sich an der Interpretation der Volkssouveränität ablesen. Während der englische Liberalismus den Umfang der staatlichen Gewalt

---

4) Marx, K.: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Marx, K./Engels, F.: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. 1, Berlin (Ost) 1955, 155.

5) Vgl. Böhm, F.: Die vier Säulen der Freiheit, a.a.O., 54.

6) Röpke, W.: Civitas Humana, a.a.O., 175.

7) Vgl. Lange, M.G.: Politische Soziologie, 2.A., Berlin-Frankfurt/M. 1964, 27.

8) Zu dieser Unterscheidung vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 54ff.; Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 24, 104.

beschränken und die politische Herrschaft an das Gesetz binden wollte, richtete sich das Interesse des französischen Liberalismus weniger auf die Beschränkung staatlicher Gewalt als auf deren Ursprung und Legitimation. Mehr als die Herrschaft des Gesetzes habe die Französische Revolution die Durchsetzung der Volkssouveränität gefördert<sup>9)</sup>. Die Theoretiker der Französischen Revolution hätten sich dabei darauf berufen, daß Sicherungen vor Machtmißbrauch nicht erforderlich seien und daß die Demokratie automatisch willkürliche Machtausübung verhindern werde, wenn alle Macht vom Volk ausgehe.

"Der Glaube, daß keine Regierung eine Willkürherrschaft sein kann, wenn sie nur ein Produkt des demokratischen Wahlverfahrens ist, ist ganz unbegründet und die darin liegende Gegenüberstellung vollkommen falsch; nicht der Ursprung, sondern die Begrenzung der Regierungsgewalt bewahrt sie vor Willkür. Es ist möglich, daß das demokratische Kontrollrecht eine Willkürherrschaft verhindert, aber dann nicht durch seine bloße Existenz. Wenn die Demokratie sich zu einer Aufgabe entschließt, die notwendigerweise eine Anwendung der Staatsgewalt voraussetzt, die sich nicht an festen Normen orientieren kann, muß sie zur Willkürherrschaft werden." 10)

Selbst wenn das Volk Souverän staatlicher Macht ist, müsse diese Macht begrenzt sein<sup>11)</sup>; darin stimmen die neoliberalen Autoren mit der englischen Variante des Liberalismus überein, der die Garantie der persönlichen Freiheiten nicht von der Rekrutierung, sondern von der Beschränkung der Staatsgewalt erwartete. Diese Garantie und nicht die universale politische Teilhabe sei entscheidend. Im Liberalismus wie im Neoliberalismus konstituiert politische Freiheit als Beteiligung an den staatlichen Entscheidungsprozessen keinen "demokratischen Wert" an sich. Während die rechtsstaatliche und die privatrechtliche Freiheit, die die wirtschaftliche einschließe, "echte" Freiheiten seien, näm-

---

9) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 194f.

10) Ders.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 100.

11) Vgl. ders.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 107.

lich "Rechte auf Selbstbestimmung und autonome Daseinsplanung"<sup>12)</sup>, sei die politische Freiheit im Grunde keine Freiheit, sondern ein Recht auf Teilhabe, ein Mitbestimmungsrecht.

"Die älteste Einrichtung eines freiheitlichen Staatswesens ist ... die rechtsstaatliche Freiheit. Bei dieser Freiheit handelt es sich keineswegs um ein Recht des Bürgers zur Teilnahme am Regieren, sondern - sozusagen umgekehrt - um den Schutz des freien Mannes gegen das Regiertwerden." 13)

Hayek kritisiert einen Freiheitsbegriff, der die politische Freiheit einschließt: erst dadurch könne im Begriff der Volkssouveränität eine Identität zwischen dem Umfang der Staatsgewalt und ihrem Ursprung konstruiert werden<sup>14)</sup>. Nach der neoliberalen Interpretation des Freiheitsbegriffs ist die Souveränität des Volkes, die sich im allgemeinen Wahlrecht manifestiert, kein unabdingbarer Bestandteil der Demokratie. Demokratie erscheint letztlich als Mittel zum Schutz individueller bürgerlicher Freiheit<sup>15)</sup>. Das entspricht liberaler Tradition: eine politische Form zu finden, die individuelle Freiheitsrechte verbürgt, aber nicht notwendig politische Freiheit als politische Mitbestimmung aller einschließt.

"Demokratische Teilhabe ist wichtig, aber nicht eigentlich ein Selbstzweck, sondern nur ein notwendiges Mittel. Unter aufgeklärten Fürsten empfindet der vernünftige Bürger das Bedürfnis nach Partizipation, nach Mitbestimmung sehr viel schwächer. Unter Umständen kann sie ganz entbehrt werden." 16)

Gemäß der neoliberalen Theorie ist die demokratische Technik des Majoritätsbeschlusses eine fortwährende latente

---

12) Böhm, F.: Die vier Säulen der Freiheit, a.a.O., 46.

13) Ebenda, 48.

14) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 104.

15) Vgl. ebenda, 108.

16) Fetscher, I.: Konkrete Demokratie - heute, a.a.O., 377.

Bedrohung der Minderheitenrechte, genauer: der Rechte der Eigentümer, der unabhängigen und selbständigen Bürger<sup>17)</sup>. Diese Doktrin führt heute zur Forderung nach Beschränkungen des Prinzips der Volkssouveränität. Sie sollen eine Umgestaltung des liberalen Gemeinwesens durch das Volk verhindern.

Die meta-demokratischen Werte der Rechtsstaatlichkeit<sup>18)</sup>, des Privateigentums und der Wirtschaftsfreiheit<sup>19)</sup> müssten jeder demokratischen Entscheidung entzogen sein.

"Wer so fundamentale Einrichtungen wie Eigentum und Wirtschaftsfreiheit ihres unerschütterlichen Charakters entkleidet und sie in die Wahlurne herabzertrt, zerstört die Voraussetzung der liberalen Demokratie, die in der überparteilichen Übereinstimmung hinsichtlich der Unantastbarkeit der ethischen, gesellschaftlichen und politischen Grundlagen des Staates zu erblicken ist." 20)

Gemäß dieser Auffassung müssen die abhängig und unselbständig Beschäftigten stets die Rechte der selbständigen Bürger respektieren<sup>21)</sup>. Zugleich engt die Theorie auch die Möglichkeiten der Mehrheit ein, über die legale Handhabe der Gesetzgebung ihre Situation zu verbessern, sofern solche Reformen der neoliberalen Auslegung der Rechtsstaatlichkeit und der Unantastbarkeit des Privateigentums widersprechen.

Um jene meta-demokratischen Werte vor unkontrollierbaren Auswirkungen einer "unverantwortlichen" Volksherrschaft zu schützen, werden Überprüfungen des allgemeinen Wahlrechts empfohlen: die Administration des Gemeinwesens wäre am besten bei verantwortungsbewußten Bürgern aufgehoben.

---

17) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 119f.

18) Vgl. ebenda, 116f.

19) Vgl. Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 107.

20) Ebenda, 107.

21) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 119f.

"Indessen kommt es nicht nur darauf an, den Verantwortungssinn aller zu heben, sondern auch darauf, den Einfluß der Verantwortlichen zuungunsten der Unverantwortlichen zu stärken, wenn der demokratische Staat nicht schließlich unterliegen soll. Diese Frage weist in manchen Ländern auf den gefahrenreichen, aber auf die Dauer kaum zu umgehenden Weg von Verfassungsreformen, die den ehrlicherweise nicht zu leugnenden Gefahren des allgemeinen Wahlrechts entgegenwirken und eine wirkliche Regierung der Verantwortlichen ermöglichen ... Andere Maßnahmen sind zu bedenken: eine vernünftige Festsetzung des Wahlalters, möglicherweise sogar eine Differenzierung des Wahlrechts, die etwa den Familienvätern und den in ihrem Beruf Bewährten mehrere Stimmen geben würde." 22)

Diese Ansicht von Röpke, die auf eine Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts hinausläuft, steht innerhalb der neo-liberalen Theorie vereinzelt da. Sie ist jedoch eine unausgesprochene Konsequenz auch bei anderen Autoren, die sich aus dem Kontext der Kritik an der Massengesellschaft ergibt. Den Massen wird politische Vernunft abgesprochen und Ideologiefähigkeit bescheinigt. Daraus ziehen neoliberale Theoretiker selten den Schluß, Aufklärung und politische Urteilsfähigkeit seien zu fördern. Häufiger werden Vorschläge formuliert, die die politische Emanzipation verhindern.

Schließlich sollen liberale Elemente mäßigend auf die demokratischen Entscheidungsprozesse einwirken. Das aristokratische Prinzip im Liberalismus, das ihn von der Demokratie unterscheidet, verlange, daß der Staat von "geistiger Elite" und "echten Gemeinschaften" getragen werde<sup>23)</sup>.

Diese Überlegungen zur Begrenzung der Souveränität des Volkes dienen einem einzigen Ziel: die privilegierte Stellung des Bürgertums zu erhalten. Sie entsprechen einem politischen Zustand, den Carr wie folgt beschrieben hat:

---

22) Röpke, W.: Civitas Humana, a.a.O., 188.

23) Vgl. ders.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 158.

"Die Geschichte zeigt unmißverständlich, daß politische Demokratie in den bisher gekannten Formen am besten floriert, wo einige - aber nicht alle - Menschen frei und gleich sind." 24)

Die neoliberale Theorie hält an der Alternative zwischen der Herrschaft des Gesetzes (Rechtsstaatlichkeit) und der Volkssouveränität fest, die historisch unterschiedliche Entwicklungen der englischen und französischen liberalen Theorie im 18. Jahrhundert markiert<sup>25)</sup>. Diese Alternative bestimmte zwar fraglos eine Periode europäischer Geschichte, inzwischen aber ist der Gegensatz zwischen den beiden liberalen Richtungen längst überholt<sup>26)</sup>. Zwar sagen legal getroffene Mehrheitsentscheidungen nichts über den Inhalt der Entscheidungen aus. Gleichwohl sind die Abstimmungen an in den Verfassungen verankerte Grundgesetze gebunden, die es verhindern, daß essentielle Rechte der Minderheiten durch Gesetz verletzt werden. Den Gegensatz, den die neoliberale Theorie zwischen der Herrschaft des Volkes und der Herrschaft des Gesetzes konstruiert, zwischen drohender Gesetzlosigkeit und Gesetzmäßigkeit, läßt sich mit politischen Einstellungen erklären, die es opportun er-

---

24) Carr, E.H.: Die neue Gesellschaft. Aspekte der Massendemokratie, a.a.O., 75.

25) Zur Geschichte des englischen Liberalismus s. de Rugiero, G.: Geschichte des Liberalismus in Europa, a.a.O., 87ff., zur Geschichte des französischen Liberalismus s. ebenda, 151ff.

26) Vgl. dazu im einzelnen ebenda, 333ff.

"Wenn wir die beiden typischen Formen des Liberalismus, die englische und die französische, betrachten, so finden wir, daß ihre Divergenz, die am Ende des 18. Jahrhunderts unversöhnlich erscheint und so weit geht, daß die eine Form die andere ausschließt, im Laufe des 19. Jahrhunderts sich wieder aufhebt; die Ursache dafür sind zwei einander zustrebende Bewegungen, deren eine den englischen Liberalismus zur Aufnahme demokratischer und rationalistischer Ideen treibt, während die andere den französischen Liberalismus (und allgemein den kontinentalen) veranlaßt, eine mehr geschichtliche Richtung einzuschlagen und seinen rationalistischen Inhalt im einzelnen zu erproben." Ebenda, 333.

scheinen lassen, die Gegenüberstellung geschichtlich überwundener Positionen neu zu beleben, um damit von gegenwärtigen, vor allem sozialstaatlichen Forderungen und Forderungen nach einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte abzulenken. Zunächst ist die in den neoliberalen Schriften vielfach verbreitete Ansicht, daß die Grundrechte der Minderheiten, vor allem die Freiheitsrechte, nicht respektiert werden würden, wenn das Volk Souverän staatlicher Gewalt sei, Konsequenz einer jeden Eigenwerts entleerten Demokratievorstellung. Demokratie sei nur ein Mittel, bestimmte Ziele zu realisieren, sie sei kein Selbstzweck<sup>27)</sup>.

"Nun kommt es uns ganz gewiß nicht in den Sinn, aus der Demokratie einen Fetisch zu machen. Es kann sehr wohl sein, daß unsere Generation die Demokratie zu viel im Munde führt, ohne genügend die Werte im Auge zu haben, denen sie dienen soll. Von der Demokratie gilt nicht, was Lord Acton mit Recht von der Freiheit gesagt hat, nämlich daß sie kein Mittel zu einem höheren politischen Zweck sei, sondern höchster politischer Selbstzweck, daß sie nicht im Interesse einer guten öffentlichen Verwaltung erforderlich sei, sondern dafür, die Erreichung der höchsten Ziele der bürgerlichen Gesellschaft und des Privatlebens zu sichern. Die Demokratie ist vielmehr wesentlich ein Mittel und ein von der Nützlichkeit diktiertes Instrument für die Wahrung des inneren Friedens und der individuellen Freiheit. In dieser Eigenschaft ist sie keineswegs unfehlbar oder von absolut sicherer Wirkung. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß es unter einem autokratischen Regiment oft mehr kulturelle und geistige Freiheit gegeben hat als in einzelnen Demokratien, während wir uns zum mindesten vorstellen können, daß eine demokratische Regierung unter der Herrschaft einer sehr homogenen und doktrinären Majorität die Menschen ebenso verknecchten könnte wie die schlimmste Diktatur." 28)

"However strong the general case for democracy, it is not an ultimate or absolute value and must be judged by what it will achieve. It is probably the best method of achieving certain ends, but not an end in itself." 29)

---

27) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 104ff.

28) Ders.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 99.

29) Ders.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 106.

Da die Demokratie nur den Träger der öffentlichen Gewalt beziehungsweise die Bildung des Staatswillens festlege<sup>30)</sup>, selbst aber keine normative Bestimmung enthalte, kann sie für den Neoliberalismus keine Alternative zur Diktatur sein.

"Nicht die Demokratie, die lediglich die Frage nach dem Träger der öffentlichen Gewalt beantwortet, ist der Gegenpol der Tyrannis, sondern das liberale Prinzip, das der wie immer gebildeten Staatsgewalt die Schranke der Toleranz und der Achtung der Persönlichkeit entgegensetzt und daher mit verschiedenen Staatsformen vereinbar ist." 31)

Als eine Methode der Regierungsbildung hat die Demokratie bei Hayek die rein instrumentelle Bedeutung, bestimmte Ziele zu erreichen: sie sichere evolutionären gesellschaftlichen Wandel durch die friedliche Regulierung von Konflikten; von allen Regierungsformen sei sie noch am ehesten in der Lage, individuelle Freiheit zu verbürgen, allerdings nur dann, wenn die Mehrheit den Schutz individueller Freiheit als erstrebenswertes Ziel akzeptiere; und sie sei ein politisches Erziehungsmittel, das auf die Bildung der öffentlichen Meinung einwirke<sup>32)</sup>.

Obgleich die neoliberalen Autoren die der Demokratie zugeschriebenen Werte wie Freiheit und Gleichheit bejahen, begreifen sie sie nicht als spezifisch demokratische, sondern als liberal-rechtsstaatliche Werte. Freiheit wird auf die Freiheit der Privatsphäre reduziert und damit entpolitisiert. Gleichheit wird, sobald sie mehr als Gleichheit vor dem Gesetz impliziert, als soziales Ressentiment denunziert.

Zum anderen erklärt sich die These des Gegensatzes zwischen gesetzmäßiger und willkürlicher Herrschaft aus der Befürchtung, das Votum der Massen werde eher soziale Reformen unterstützen, als eine Gesellschaft verteidigen, wie sie sich

---

30) Vgl. Röpke, W.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 140, 164.

31) Ders.: Gegen die Brandung, a.a.O., 122.

32) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 108. Diese positive Wertung der Demokratie stellt eine vereinzelte Ansicht Hayeks dar, der eine Vielzahl ganz anderer, zumeist entgegengesetzter Äußerungen gegenübersteht.

die neoliberale Theorie vorstellt, nämlich eine Gesellschaft, in der die Mehrheit die formale Freiheit, die nicht um soziale Gleichheit und Gerechtigkeit ergänzt werden darf, zu verteidigen hätte, selbst wenn sie diese Freiheit nicht wahrnehmen könnte und auch wenn sie kein Recht hätte, über möglichen Einfluß auf die Legislative sich die faktischen Voraussetzungen zu ihrer Wahrnehmung zu schaffen<sup>33)</sup>. Durch Mehrheitsbeschluß könnte schließlich sogar eine totalitäre, und das heißt für die neoliberale Theorie eine kommunistische Regierung eingesetzt werden<sup>34)</sup>. Insofern gehört die Volkssouveränität zu dem Katalog prä-totalitärer Elemente der Massendemokratie, die die Transformation der liberalen in die totalitäre Gesellschaft fördern kann.

Doch beruht die Gefahr, die der liberalen Demokratie von der Souveränität des Volkes drohen soll, auf einer Fiktion. Die Umgestaltung der Eigentumsordnung durch eine Veränderung der Produktionsverhältnisse, die die liberalen Theoretiker befürchteten, ist nicht eingetreten. Nirgendwo haben Mehrheitsbeschlüsse im Parlament die private Organisation der Produktionsverhältnisse aufgehoben. Die private Kontrolle blieb erhalten, weil es gelang, die Arbeiterschaft durch materielle Zugeständnisse zu integrieren. Die neoliberale Theorie kann diesen historischen Verlauf um so weniger negieren, als ihr die Fiktivität der Identität von Volksherrschaft und Demokratie in der politischen Praxis kaum verborgen bleiben dürfte. Allgemeine, periodisch wiederholte Wahlen begründen keine Volksherrschaft. Demokratie ist kein alltägliches Plebiszit aller Bürger, sondern Herrschaft einer Minderheit "im Auftrage und unter der Kontrolle des

---

33) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 120.

34) Vgl. ebenda, 14; vgl. auch Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 104, 107.

Volkes"<sup>35)</sup>. Gemäß den neoliberalen Befürchtungen ermöglichen allgemeine Wahlen jedoch eine Tyrannis mit den Massen gegen die "kulturtragende Elite"<sup>36)</sup>. Die Gefahren der Volkssouveränität werden in der Solidarisierung der Massen gegen die Elite vermutet, der Besitzlosen gegen die Besitzenden. Die Angriffe gegen den Sozialstaat haben zahlreiche Belege in dieser Richtung geliefert.

### 3. Konsensus und Konflikt

Der neoliberalen Theorie zufolge kann die demokratische Regierungsmethode nur dann funktionieren, wenn grundsätzliche Übereinkunft über die gesellschaftlichen Ziele und Werte bei der Mehrheit der Bevölkerung, bei allen Klassen, Schichten und Parteien herrscht<sup>37)</sup>. Die ideale Demokratie weise ein nationales Gemeinschaftsgefühl und eine Gleichförmigkeit des Denkens und Empfindens auf und beschränke die Staatsführung auf solche Aufgaben, über die ein Maximum an Einigkeit erzielt werden könne<sup>38)</sup>.

Der Appell an die Übereinstimmung der Mehrheit über alle wichtigen Fragen der Nation kann freilich nur notdürftig verschleiern, daß - ähnlich wie im Liberalismus - der im Parlament demonstrierte Konsensus, den die neoliberale Theorie bei Realisierung ihrer politischen Zielvorstellungen erwartet, im Grunde nur die spezifische Interessenlage einer sozial homogenen Gruppe repräsentieren kann. Die Bestimmung der demokratischen Funktionsweise spiegelt jene politischen und sozialen Voraussetzungen wider, auf denen die liberale Demokratietheorie basierte.

Fraglos kann die parlamentarische Demokratie ohne einen gewissen Konsensus über die Ziele der Gesellschaft nicht

---

35) Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 75.

36) Röpke, W.: Gegen die Brandung, a.a.O., 122.

37) Vgl. ebenda, 130.

38) Vgl. ders.: Gesellschaftskrisis, a.a.O., 145f.; vgl. auch Hayek, F.A.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 98.

funktionieren. Dieser Konsensus war im Liberalismus zunächst selbstverständlich, da sich das Parlament als Ausschuß des Bürgertums, als einer "Interessengemeinschaft der Eigentümer der Produktionsmittel"<sup>39)</sup> konstituierte, und im wesentlichen über deren ökonomische und politische Bedürfnisse abgestimmt wurde. Solange eine sozial homogene Honoratiorenschicht lediglich ihre eigenen Interessen bei grundsätzlicher Interessenkonkordanz der ökonomisch und politisch Herrschenden koordinierte, blieben parlamentarische Auseinandersetzungen auf Wege und Verfahren beschränkt; die Grundlagen der Gesellschaft wurden nicht diskutiert<sup>40)</sup>. Erst mit der politischen Einbeziehung der Massen änderte sich diese Situation. Der bisher sozial vorgegebene Konsensus wurde bedroht, weil die Massen andere gesellschaftliche Ziele als das Bürgertum verfochten.

"Die Wertgemeinschaft, auf der die Bürgerdemokratie beruhte, ist in der Massendemokratie aufgelöst, eben weil die extensiv entfaltete Demokratie auch die unbürgerliche Bevölkerung gleichberechtigt umfaßt und aktiviert. Nicht mehr a u f gemeinsamer Wertgrundlage wird nunmehr gestritten, sondern u m die Wertgrundlage." 41)

Wenn die neoliberalen Autoren eine Übereinkunft über die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung fordern, fordern sie nicht bloß generell einen Konsensus, sondern eben jenen nicht länger unangefochtenen Konsensus über den Vorrang der spezifisch bürgerlichen Interessen. Das läßt sich sowohl an der Forderung nach Überschaubarkeit und Begrenzung der parlamentarischen Gesetzgebung und Kontrolle auf diejenigen Fragen, über die Einigkeit ohne Schwierigkeiten zu erzielen ist und die sich nach rechtsstaatlichen Normen regeln lassen, als auch an der Bestimmung der Herrschenden demonstrieren.

---

39) Agnoli, J./Brückner, P.: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M. 1968, 56.

40) Vgl. Geiger, T.: Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit, a.a.O., 334f., 354ff.

41) Ebenda, 356.

Nur wenn sich das parlamentarische System auf einen Konsensus gründet, der nicht nur die demokratischen Verfahrensweisen als Mittel friedlicher Regelung der anstehenden Probleme billigt, sondern Ausdruck eines politischen Zustands ist, in dem die im Parlament repräsentierten Interessen nicht divergieren, läßt sich die Zahl der politischen Entscheidungen limitieren. Zwar konnten sie im frühen liberalen Parlamentarismus vor Einführung des allgemeinen Wahlrechts nach den vom Neoliberalismus aufgestellten Kriterien getroffen werden. Weil über so wenige Probleme überhaupt abgestimmt wurde, ließen sie sich ohne großes Expertenwissen durch rationale Diskussion lösen<sup>42)</sup>. Die gesellschaftlichen Widersprüche wurden nicht auf die parlamentarische Ebene transferiert und dort offen artikuliert. Diese Bedingungen kennzeichnen die politische und soziale Situation seit langem nicht mehr. Gleichwohl insistiert die neoliberale Theorie auf einem Funktionsmechanismus der Demokratie, der heute versagen müßte, weil sich der Kreis der jedermann überschaubaren, nicht kontroversen und rechtsstaatlich normierbaren Probleme verkleinert, diejenigen Fragen aber, die sich nicht auf der Grundlage eines vorgefundenen Konsensus beilegen lassen, immer weniger ausgeklammert werden können. Entweder lenken homogene Interessen die parlamentarische Arbeit; das ist nur durchführbar, wenn sich die Abgeordneten aus einer sozialen Klasse mit identischer Interessenlage rekrutieren. Oder vorhandene Konflikte werden auch im Parlament politisch reproduziert und ausgetragen.

Für die Repräsentanz gegnerischer Interessen hat indessen die neoliberale Theorie wenig Verständnis. Das illustriert neben ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Interessenorganisationen und ihrem Appell an Gemeinschaftsgefühle auch die Rolle, die sie den Parteien vorschreibt, die Ideen, nicht

---

42) Vgl. Carr, E.H.: Die neue Gesellschaft. Aspekte der Massendemokratie, a.a.O., 81ff.

Interessen vertreten sollen. Honoratioren, nicht Parteifunktionäre sollen sich im Parlament versammeln und keinen lobbyistischen Einflüssen, von wo auch immer, unterliegen.

Die Definition der politischen Elite belegt zusätzlich die neoliberale Fixierung an eine Demokratiekonzeption, die auf einer Honoratiorenherrschaft basierte. Hier funktionierte der auf dem Konsensus gegründete Mechanismus, weil Herrschaft für eine kleine Klasse reserviert blieb. Freilich wurde das von der bürgerlichen Ideologie nicht zugegeben:

"Ihrer Legitimationsgrundlage nach ist die bürgerliche Gesellschaft das herrschaftsfreie Spiel der gleichen Kräfte, kann also im Grunde keinerlei Herrschaft, am allerwenigsten eine Klassenherrschaft rechtfertigen." 43)

Auch die neoliberalen Autoren verschleiern in ihrer Theorie den Charakter der Klassenherrschaft. Obwohl sich die Elite vorwiegend aus der Oberschicht rekrutiert, steht sie aufgrund ihrer besonderen sittlichen Qualitäten über den Klassen und Interessen<sup>44)</sup>. Dadurch scheint sie einen von keinem Klassenstandpunkt getrübbten Blick für den alle Kontroversen überwölbenden Konsensus entwickelt zu haben.

Heute wird, zumal in der amerikanischen Demokratietheorie<sup>45)</sup>, die Bedeutung des Konsensus als Legitimationsbasis der Demokratie betont. Der Konsensus ist in diesen Theorien nicht mit dem Konsensus einer kleinen homogenen Schicht von Herrschenden identisch, vielmehr kennzeichnet er ein Herrschaftssystem, in dem unter Zustimmung des Volkes regiert wird, ein System, in dem die Balance zwischen Konsensus und Konflikt<sup>46)</sup> hergestellt worden ist. Wiewohl dieser Konsensus nicht mehr ein spezifisches Interesse definiert, das schlüssig einer einzelnen Klasse nachgewiesen werden könnte, sondern die Systemstabilisie-

---

43) Heller, H.: Staatslehre, a.a.O., 116.

44) Vgl. Röpke, W.: Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., 193.

45) Vgl. darüber bei Bergmann, J.: Konsensus und Konflikt. Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft, a.a.O., 43ff.

46) Vgl. ebenda, 45.

rung als solche zum Gegenstand des Interesses fast aller Bevölkerungsschichten "jenseits der pluralistischen Gruppenkonkurrenz"<sup>47)</sup> erklärt, ist er dennoch durchgängig von der Aufrechterhaltung des Systems der privaten Kapitalverwertung geprägt<sup>48)</sup>.

Die neoliberalen Ansätze, die Demokratie mit einem Konsensus zu erklären, unterscheiden sich von diesen neueren Theorien. Zwar verfolgen die neoliberalen Theoretiker mit ihren politischen Appellen das Ziel, das in der neuen Konsensustheorie als gemeinsames Anliegen fast aller gesellschaftlichen Gruppen analysiert wird, nämlich: die kapitalistische Gesellschaft zu erhalten und gegenüber der kommunistischen Staatenwelt zu behaupten und zu verteidigen, aber die neoliberale Theorie beschwört den Konsensus einer historisch zurückliegenden Phase der kapitalistischen Entwicklung. Das ist trotz aller Appelle nicht der Konsensus aller; denn die neoliberalen Autoren mißtrauen den Massen. Daß die Theorie die gesellschaftliche Kooperation nicht realitätsgerecht einzuschätzen vermag, ist einerseits Ergebnis ihres Festhaltens an einer Wirtschaftsgesellschaft ohne Konzentration, von deren Krisenmanagement ja die Kooperation ihre Rechtfertigung herleitet, und andererseits ihrer Verurteilung der meisten sozialstaatlichen Maßnahmen, die Voraussetzung der Kooperation sind. Wenn aber auch die theoretische Begründung und die gesellschaftliche Lokalisierung des vom Neoliberalismus postulierten Konsensus von der neueren Demokratietheorie abweicht, so sind seine gesellschaftlichen und politischen Implikationen und Konsequenzen ähnliche. Die allgemeine Übereinkunft als Loyalität gegenüber dem herrschenden Wertkodex und dem bestehenden status quo der Macht- und Produktionsverhältnisse entzieht einer prinzipiellen Auseinandersetzung um die

---

47) Bergmann, J.: Konsensus und Konflikt. Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft, a.a.O., 52.

48) Vgl. ebenda, 52f.

Legitimation des Systems und um die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen die Basis. Je mehr sich die Loyalität der Mehrheit an der "freien westlichen Gesellschaft" und ihrer spezifischen ökonomischen und politischen Reproduktion orientiert, desto eher läßt sich ein systemfremder Wandel abwehren. Dieser beginnt für den Neoliberalismus, wie seine Warnungen vor den Gefahren des Kollektivismus deutlich beweisen, bereits dann, wenn die Massen Rechte auf Bildung, soziale Gleichheit und Sicherheit für sich reklamieren. So gilt auch für die neoliberale Lehre, was Agnoli im Hinblick auf den Parlamentarismus in den westlichen Demokratien kritisiert hat:

"Der allgemeine consensus (über Spielregeln, Wertkodifikationen, nationale Interessen und Freiheitsideen), von dem immer wieder als von der unerschütterlichen und unverzichtbaren Grundlage der Offenheit westlicher Gesellschaften und westlicher Staaten gesprochen wird, erweist sich letzten Endes als Grundfeste des politischen Staates und als hartes Mittel einer geschlossenen 'sozialen Kontrolle': er hebt die Offenheit der Gesellschaft wieder auf. Er kriminalisiert die mögliche Zustimmung der Massen zu einer konkreten Emanzipation, zu einer Ausweitung der Demokratie, zu einer Veränderung auch der Wertmaßstäbe und macht daraus einen Anschlag gegen Demokratie und Freiheit." 49)

Der von der neoliberalen Theorie postulierte Konsensus impliziert ein Gesellschaftsbild ohne größere Konflikte, das wiederum die Interpretation der Realität leitet. Zwar wird nicht generell Konflikt ausgeschlossen. Als Wettbewerb am Markt, als Wettstreit der Ideen in der Öffentlichkeit muß eine liberale Theorie Konflikte akzeptieren. Auch findet sich ein Bekenntnis zur Demokratie als eines Instruments friedlicher Regelung von Konflikten<sup>50</sup>). Dagegen enthält das neoliberale Gesellschaftsbild keinen Konflikt als strukturgegebenen Interessenantagonismus verschiedener sozialer Gruppen. Das neoliberale Demokratiemodell setzt

---

49) Agnoli, J./Brückner, P.: Die Transformation der Demokratie, a.a.O., 83.

50) Vgl. Hayek, F.A.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 108.

voraus, daß die Bürger weder durch Klassenkonflikte noch durch religiöse, rassische, ideologische oder nationale Gegensätze gespalten sind<sup>51)</sup>. Die Differenzierung der Gesellschaft wird nur als räumliche Differenzierung akzeptiert<sup>52)</sup>. Politisch drückt sich das Insistieren auf einer räumlichen Gliederung der Gesellschaft im Vertrauen auf die Zurückdämmung willkürlicher Machtausübung des Staates durch lokale und regionale Selbstverwaltung aus. Der föderale Staatsaufbau limitiere die Möglichkeiten der Regierung, ihre Macht durch die Ausübung von Zwangsmaßnahmen zu mißbrauchen, indem er durch die Verteilung der Machtbefugnisse auf verschiedene Instanzen gewisse Arten des Zwangs ausschließe, zu deren Praktizierung die Machtmittel zentralisiert sein müßten<sup>53)</sup>. Dabei übersieht die neoliberale Theorie, daß die föderalistische Jurisdiktion und Verwaltung und die Gewaltenteilung keineswegs Freiheit garantieren und politische Macht eindämmen müssen, wenn sie von derselben sozialen Gruppe getragen werden<sup>54)</sup>, was für die neoliberale Theorie gilt. Ein Föderalismusverständnis, das Herrschaft juristisch, nicht sozial geteilt begreift, paßt sich in ein konfliktfreies Gesellschaftsbild ein, das den Mißbrauch von Macht in erster Linie vom Staat erwartet. So setzt eine formal-juristische Föderalismusvorstellung fort, was in einer von Harmonie geprägten Sozialordnung angelegt ist: die Bedeutung von Konflikten abzuschwächen, die mehr sind als unverbindliche Meinungsverschiedenheiten.

Negation und Verharmlosung objektiver Konflikte sind nicht nur Bestandteil konservativer Gesellschaftstheorie, sondern ebenso Relikt der klassischen nationalökonomischen Tradition.

---

51) Vgl. Röpke, W.: *Civitas Humana*, a.a.O., 185.

52) Vgl. ebenda, 180.

53) Vgl. Hayek, F.A.: *The Constitution of Liberty*, a.a.O., 184f.

54) Vgl. Neumann, F.: *Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie*, a.a.O., 207ff.; vgl. auch Habermas, J.: *Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung*, a.a.O., 18.

Die liberale Nationalökonomie übersah Interessenkonflikte beziehungsweise trug zu deren Verschleierung bei: der Liberalismus und Adam Smith zumal haben die sich abzeichnenden Interessenkonflikte zwischen den über Produktionsmittel Verfügenden und den abhängig Beschäftigten nicht wahrgenommen<sup>55)</sup>.

"In der Nationalökonomie hat immer eine Neigung bestanden, von der Tatsache der Interessenkonflikte loszukommen. Den gesellschaftsphilosophischen Systemen, auf denen sich die Nationalökonomie aufbaut - vor allem der Naturrechtsphilosophie und ihrem englischen Zweig, dem Utilitarismus - liegt ja eine Vorstellung von einer sozialen Interessenharmonie zugrunde; und sie laufen ebenso regelmäßig auf praktische Normen hinaus, welche eine solche Harmonie voraussetzen." 56)

Implizit enthielt auch die Theorie des Gleichgewichts, die die Anfänge der Wirtschaftswissenschaften beherrschte, die Annahme einer Interessenharmonie der verschiedenen sozialen Gruppen. Obwohl dieses Gleichgewicht, das ehemals der Wirklichkeit weitgehend entsprochen habe, inzwischen längst fiktiv geworden ist, sei es weiter Grundlage des ökonomischen Lehrgebäudes<sup>57)</sup>. Ebenso steckt der im Gleichgewichtstheorem enthaltene Anspruch sozialer Harmonie in der Annahme der Nutzenmaximierung, die für die wirtschaftenden Subjekte, unabhängig von ihrer Stellung im Produktionsprozeß, gilt. Auf die Konsequenzen für das Gesellschaftsbild der Nationalökonomie hat Werner Hofmann aufmerksam gemacht:

"Der Gedanke der Eigenständigkeit sozialer Gruppen und damit einer wesentlichen gesellschaftlichen Gruppenheteronomie ist indessen unvereinbar geworden mit der Vorstellung, daß alle Mitglieder der Wirtschaftsgesellschaft eigentlich das gleiche wollen: nämlich Maximierung ihres - jeweils besonderen - Nutzens. Vor dem Postulat der elementaren Einheit der Gesellschaft verblaßt der Unterschied der spezifischen Stellung der Beteiligten im Wirt-

55) Vgl. Myrdal, G.: Das politische Element in der national-ökonomischen Doktrinbildung, a.a.O., 103.

56) Ebenda, 187.

57) Vgl. Eisermann, G.: Wissenssoziologie und ökonomische Theorie, a.a.O., 135ff.

schaftsprozess zu einem rein äußerlichen, individuell-zufälligen. Die Gesellschaft erscheint differenziert, nicht gruppiert - geordnet, nicht gesondert - gegliedert, nicht geteilt. Das vertikale Gefüge der Wirtschaftsgesellschaft flacht sich ab zu einem losen horizontalen Nebeneinander organisierter Interessen mit wechselnden Markt- und Überlegenheitschancen. ... In der Gemeinsamkeit der Vorteils-Suche treffen sich Unternehmer und Konsumenten." 58)

Diese Elemente nationalökonomischer Theorie lassen sich auch im Neoliberalismus nachweisen. An der neoliberalen Beurteilung des nach weit verbreiteter Ansicht noch immer konstitutiven Konflikts im Kapitalismus zwischen den Dirigenten der Produktionsmittel und den abhängig Beschäftigten wird das deutlich.

Bekanntlich machen die neoliberalen Autoren das System gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung nicht für die Ausbeutung der unselbständigen Arbeitskräfte verantwortlich. Unter den neoliberalen Theoretikern betont Franz Böhm zwar die Trennung des Arbeiters von den Werkzeugen, die ihn von den Produktionsmittelbesitzern abhängig macht<sup>59)</sup>. Indes ist ihm zufolge die Überlegenheit des besitzenden Unternehmers gegenüber dem besitzlosen Arbeiter heute sowohl politisch als auch wirtschaftlich zurückgegangen: politisch infolge der Arbeiterbewegung, wirtschaftlich infolge des Produktivitätsanstiegs. Die steigende Prosperität der Marktwirtschaft hat materielle Ausbeutung beseitigt: der Arbeiter habe seinen Anteil am Sozialprodukt erhalten<sup>60)</sup>. Der neoliberalen Theorie erscheint daher die geschichtliche Periode des Klassenkampfes als abgeschlossen<sup>61)</sup>.

Nun ist der Klassenkonflikt fraglos durch die gestiegene Produktivität entschärft, die der Mehrheit der Bevölkerung einen Lebensstandard garantiert, der in ihrem Bewußt-

---

58) Hofmann, W.: Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie von heute, a.a.O., 687.

59) Vgl. Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, a.a.O., 32f.

60) Vgl. ebenda, 208.

61) Vgl. ebenda, 211; ebenso Rüstow, A.: Sozialpolitik diesseits und jenseits des Klassenkampfes, a.a.O., 15ff.

sein ihre Unterdrückung aufhebt. Die höhere Produktivität des Kapitalismus gegenüber allen anderen bisherigen Wirtschaftssystemen überdeckt die vom Ausschluß von den Produktionsmitteln bedingte Abhängigkeit<sup>62)</sup> und rechtfertigt gleichzeitig das weiter bestehende Herrschaftsverhältnis.

Die neoliberale Theorie kann den Klassenkonflikt nur deshalb zur historischen Reminiszenz erklären, weil sich ihr Ausbeutung in der Sphäre der Verteilung manifestiert, die wiederum nur möglich ist, wenn auf den Arbeitsmärkten keine Konkurrenz besteht. Die sozialen Beziehungen im Bereich der Produktion werden nicht unter dem Aspekt der Unter- und Überordnung betrachtet, die Herrschaft konstituiert. Im übrigen steht Herrschaft im Neoliberalismus keineswegs für Ausbeutung, sondern für die hierarchische Gliederung verschiedener Anordnungsbefugnisse, die Ordnung verspricht.

Aber nicht nur die Beseitigung der Verelendung weiter Bevölkerungskreise hebt innerhalb der neoliberalen Theorie den Antagonismus der Klassen auf. Zwei weitere spezifisch nationalökonomische Annahmen, und zwar die Annahme eines gemeinsamen Interesses von Arbeiter und Unternehmer und die Annahme eines allgemeinen Konsumenteninteresses, verdecken potentielle Gegensätze.

Das gemeinsame Interesse von Unternehmer und Arbeiter bestehe in der "vernünftigen" Aushandlung der Löhne<sup>63)</sup>. Das Optimum des Lohnes, der in seiner doppelten Funktion als Kosten- und als Einkommensbestandteil gesehen werden müsse, lasse sich errechnen, wenn sowohl die zumutbaren Kosten als auch die ausreichende Kaufkraft berücksichtigt würden. Die Einsicht in ein gemeinsames Interesse am Lohn

---

62) Vgl. Macpherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie, a.a.O., 65, 69.

63) Vgl. dazu und zum folgenden Rüstow, A.: Sozialpolitik diesseits und jenseits des Klassenkampfes, a.a.O., 18.

habe die marxistische Irrlehre von der Ausbeutung verdrängt.

Die Idee der Sozialpartnerschaft, die sich darin abzeichnet, ignoriert die ungleiche Verteilung der Einkommen, an der durch das Zugeständnis ausreichender Kaufkraft nichts verändert würde. Indem ein identisches Interesse suggeriert wird, das sich mathematisch bestimmen lassen soll, wird bei prinzipieller Tolerierung peripherer Auseinandersetzungen der Interessenkonflikt, der sich an der Diskussion um die gleichbleibende Lohnquote entzünden könnte, verschleiert.

Zum anderen soll das Verbraucherinteresse an der optimalen Versorgung zu günstigsten Preisen die gegensätzlichen Interessen überlagern, die aus der verschiedenen Stellung zu den Produktionsmitteln resultieren. Verantwortlich für die Suggestion sozialer Harmonie ist die Annahme eines Konsumenteninteresses, das das gesamte Volk vereint. Franz Böhm fragt, ob es nicht Zeit sei, einzusehen,

"daß die Kontroverse: Unternehmer - Arbeiter, Kapital - Arbeit, Bourgeoisie - Proletariat geschichtlich schon seit geraumer Zeit im Auslaufen begriffen und vergleichsweise uninteressant geworden ist, daß es heute um Fragen geht, an deren Austrag die Arbeiterschaft, das gesamte Volk sozusagen gleichzeitig auf beiden Seiten der Barrikaden beteiligt ist?" 64)

Die Interessen des Arbeiters als Verbraucher - "das individuelle Mitbestimmungsrecht des Konsumenten, die wirklich freie Konsumwahl" - und als Staatsbürger - "Verteidigung der Freiheit gegen Überapparatur und Planexperimente" 65) - seien wichtiger als seine traditionellen, von der Gewerkschaft repräsentierten, geschichtlich überholten Interessen.

---

64) Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, a.a.O., 237.

65) Vgl. ebenda, 237.

Innerhalb des Neoliberalismus stiftet die Beziehung zwischen Konflikt und Konsensus einen Zusammenhang zwischen seinen gesellschaftspolitischen Vorstellungen und seiner ökonomischen Theorie. Nicht nur, daß das Gesellschaftsbild von Harmonie geprägt ist und ein allgemeiner Konsensus die politischen Entscheidungen bestimmt und daß auch die Wirtschaftstheorie Konflikte nicht akzeptiert und ein allgemeines Interesse aller Wirtschaftssubjekte annimmt, ebenso die Art, wie objektive Konflikte im politischen und im ökonomischen Bereich auf die subjektive Ebene verschoben werden, dokumentiert ein analoges Interpretationsschema, dessen Absicht ist, die bestehende Verteilung von Eigentum und Macht zu rechtfertigen.

Der Widerspruch, daß die neoliberale Theorie den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital für überwunden erklärt, aber die Transformation der liberalen Gesellschaft in den "Totalitarismus" befürchtet, ist aufzulösen. Er besteht nämlich nur dann, wenn die gesellschaftliche Transformation als Ergebnis einer politischen Aktivierung objektiver sozialer Widersprüche interpretiert wird. Das trifft auf die neoliberale Theorie nicht zu. Da ihr zufolge jeder objektive Grund für soziale Unzufriedenheit fehlt, ist der mögliche Einsatz der Massen für eine Umgestaltung der liberalen Marktgesellschaft nur auf Neid und Ressentiment gegenüber dem Tüchtigeren zurückzuführen. Eine gesellschaftliche Transformation hätte dann keine wie auch immer definierten sozialen Ursachen, sondern wäre das Ergebnis politischen Fehlverhaltens der Massen.

Die Postulierung eines Konsensus zusammen mit der Negierung von Konflikten entlarvt ein autoritäres politisches Denken<sup>66)</sup>. Zwar veränderte sich die historische Konfliktkon-

---

66) "Aversion gegen Konflikt ist ein Grundzug autoritären politischen Denkens,..." Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, 222.

stellation der Demokratie. Die politische Befreiung des Bürgertums, später die Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Proletariat haben den Anstoß gegeben, Konflikte durch ein institutionelles Arrangement friedlich zu regulieren<sup>67)</sup>. Wenn sich auch die Qualität der Konflikte wandelte, ist dennoch die parlamentarische Demokratie grundsätzlich nicht ohne Konflikt zu denken. Das liberale Demokratiemodell muß an Relevanz verlieren, sobald die Austragung von Konflikten, auf die hin es angelegt war, durch den Appell an einen Konsensus verhindert wird<sup>68)</sup>, wenn Politik auf Opferbereitschaft und Idealismus baut, die Vertretung von Partialinteressen dagegen als Bedrohung der übergeordneten staatlichen Einheit empfunden wird.

#### 4. Sozial- und theoriegeschichtlicher Hintergrund neoliberaler Demokratievorstellungen

Die Vorstellungen von Demokratie entwickelten sich aus dem liberalen Demokratiebegriff, der die politische Organisationsform einer noch nicht demokratisch strukturierten Gesellschaft bezeichnet<sup>69)</sup>. Schrittweise wandelte sich die beschränkte Demokratie über verschiedene Wahlrechtsänderungen in die parlamentarische Demokratie<sup>70)</sup>. Gleichzeitig veränderte sich die gesellschaftliche Basis, die einst die liberale Minoritätendemokratie erzeugte<sup>71)</sup>. Der im 18. und 19. Jahrhundert entstandene Demokratiebegriff muß der Massendemokratie und den durch die Industrialisierung geschaffenen Konditionen angepaßt werden.

---

67) Dahrendorf, R.: Fällig: Reform des Bonner Systems. Kein Vorschlag darf tabu sein, in: ZEIT Nr. 50 vom 15.12.67.

68) Vgl. Bergmann, J.: Konsensus und Konflikt. Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft, a.a.O., 59.

69) Vgl. Macpherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie, a.a.O., 11ff.

70) Vgl. Geiger, T.: Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit, a.a.O., 326.

71) Vgl. Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 53.

"Das Problem politischer Organisation ... besteht darin, der Massenzivilisation des 20. Jahrhunderts Konzeptionen von Demokratie zu adaptieren, wie sie sich in früheren, höchst individualistischen Perioden der Geschichte gebildet haben." 72)

Das bedeutet, daß die herkömmlichen Ansichten über Demokratie mit faktischen gesellschaftlichen Zuständen konfrontiert und in deren Kontext untersucht werden müssen<sup>73)</sup>.

Die politischen Vorstellungen und Intentionen des Neoliberalismus sind dem politischen Liberalismus verhaftet. Der gesellschaftliche Strukturwandel kann nur als Krise und Entartung der liberalen Marktgesellschaft rezipiert werden. Zumal bei Röpke verbinden sich die politischen Theoreme mit kulturpessimistischen Zügen, die sich an Untergangsvisionen des Abendlandes artikulieren.

Der vom Liberalismus überkommene Demokratiebegriff muß indessen einer Sozialordnung widersprechen, die nicht länger kleingewerblich und bäuerlich strukturiert ist. Deckte sich im Liberalismus die Demokratietheorie mit der historisch-gesellschaftlichen Situation, deckten sich Gesellschafts- und Staats-, wirtschaftliche und politische Verfassung, solange ökonomische Machtgruppierungen keinen Einfluß auf die Verfassungswirklichkeit gewannen<sup>74)</sup> und solange es noch kein Industrieproletariat gab, so trifft das auf die Realität, die der Neoliberalismus deuten will, nicht länger zu. Das starre Insistieren auf den lange vor der Industrialisierung und der Massenzivilisation formulierten demokratisch-liberalen Prinzipien, die sowohl das Interpretationsmuster der Kritik an der gegenwärtigen Ge-

---

72) Carr, E.H.: Die neue Gesellschaft. Aspekte der Massendemokratie, a.a.O., 75.

73) Vgl. Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 72ff.; ebenso Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 89.

74) Vgl. Rebhahn, H.: Zum Problem der sozialen Demokratie, a.a.O., 235.

sellschaft als auch das politische Desiderat der Theorie lenken, führt zur Ablehnung aller sozialen und politischen Tendenzen, die sich mit einem der Vergangenheit entnommenen Sozialmodell nicht vereinbaren lassen.

Um der Aporie, Vorstellungen von Demokratie zu verteidigen, die im offenen Widerspruch zur gesellschaftlichen Wirklichkeit stehen und zugleich auf diese veränderten sozialstrukturellen Bedingungen irgendwie reagieren zu müssen, zu entkommen, rettet sich die neoliberale Theorie in die Propagierung von Sozial- und Herrschaftsstrukturen, die weit eher vorindustriellen als den gegenwärtigen Zuständen angepaßt wären. Sie sucht Zuflucht bei einer Restaurierung vergangener sozialer Verhältnisse und ratifiziert an ihnen ihr Demokratiemodell. Die vom Neoliberalismus entwickelte politische Perspektive soll einen Ausweg aus der "Gesellschaftskrisis der Gegenwart" und die Immunisierung gegenüber dem Kommunismus in eins verbürgen.

Die Restauration einer gesellschaftlichen Basis, die der liberalen Minoritätendemokratie entspricht, könnte die Legitimationslücke für den Anspruch des Bürgertums auf politische Herrschaft in der Theorie wieder schließen, die durch die Auflösung der homogenen Zusammensetzung der politisch Herrschenden und der damit verbundenen Interessenkonkordanz entstand.

Funktion bürgerlicher Herrschaft ist die Einschränkung der Massenherrschaft. Von der Erweiterung staatlicher Befugnisse unterm Einfluß der Massen erwarten die neoliberalen Autoren eine Transformation der Gesellschaft in den Totalitarismus. Wie andere Kritiker am Anwachsen politischer Macht, die sie der Demokratie zuschreiben<sup>75)</sup>, empfehlen daher auch die neoliberalen Theoretiker eine "Art aristo-

---

75) Vgl. Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 94.

kratischer Herrschaft"<sup>76)</sup>, indem sie die Geschicke des Gemeinwesens einer Elite anvertrauen wollen. Die Elite ist aufgrund der Qualifikation ihrer Glieder zur Herrschaft privilegiert. Der neoliberale Elitebegriff knüpft an die gesellschaftliche und politische Honoratiorenschicht Englands im 18. Jahrhundert an und belebt damit einen am 18. Jahrhundert orientierten Demokratiebegriff wieder<sup>77)</sup>.

"Im Grunde erscheint hier die Demokratie, angereichert mit liberalen und neoliberalen Elementen, im Gewande der schon von Aristoteles gepriesenen gemischten Staatsform, welche durch die ausgleichende Stellung der mittleren Schichten sowohl wie durch den Einfluß von Bildungsschichten und konstitutionellen Herrschaftsgruppen in ihrer Tendenz zur Massenherrschaft gehemmt oder gemildert wird. Es ist charakteristisch, daß viele dieser Theorien einer Verbindung von demokratisch-liberalem und elitärem Prinzip auf das Beispiel der älteren englischen Demokratie verweisen und daß für viele die Gentry in gesellschaftlicher Stellung und politischer Funktion geradezu als das Idealbild einer Elite unter den Voraussetzungen einer gemäßigten, konstitutionellen Demokratie erscheint." <sup>78)</sup>

Da sich die Elite im Neoliberalismus durch hervorragende moralische und sittliche Beschaffenheit ihrer Mitglieder auszeichnet und in der Regel aus der Oberschicht rekrutiert, könnte sie auch anders als durch Wahlen bestimmt werden; denn Wahlen enthalten, solange "unreife" und "unverantwortliche" Wähler an ihnen beteiligt sind, stets eine latente Bedrohung für die Herrschaft der Elite. Freilich ist die neoliberale Theorie auf die Anerkennung von Wahlen verwiesen, weil Wahlen das verbindende Glied der Interdependenzthese darstellen. Darin besteht unstreitig ein Widerspruch: einerseits könnte nur die autoritäre Herrschaft einer "Nobilitas naturalis" die neoliberale Ge-

---

76) Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 94.

77) Vgl. zur Kritik des Elite- und Demokratiebegriffs bei Röpke Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 64ff.

78) Ebenda, 65.

sellschaftskonzeption verwirklichen, andererseits kann auf die plebiszitäre Zustimmung in demokratisch legitimierten Wahlen nicht verzichtet werden.

Für den Neoliberalismus scheint, seit der Liberalismus erste demokratische Zugeständnisse an die aufkommende Arbeiterbewegung gemacht hat, keine Revision der überkommenen politischen Formen und Vorstellungen notwendig zu sein. Die gesellschaftlichen Wandlungen bestärken ihn vielmehr im Insistieren auf dem liberalen Herrschaftsmodus, der Schutz vor der Massenherrschaft verspricht. Es ist ein Indiz ahistorischen Denkens, wenn die restriktive Demokratie der liberalen Epoche ohne wesentliche Modifikationen auf veränderte gesellschaftliche Verhältnisse übertragen wird im Vertrauen darauf, daß sich die sozialen Verhältnisse dieser Form politischer Herrschaft wieder adaptieren lassen.

Bei einer Konfrontation des neoliberalen Demokratiebegriffs mit den heute in der Soziologie und Politikwissenschaft vorherrschenden Auffassungen wird die schlichte Reproduktion eines formalen Demokratiebegriffs, dem heute jede kritische Tendenz genommen ist, besonders deutlich. Da der neoliberale Demokratiebegriff die politischen Intentionen des einstigen liberalen Bürgertums widerspiegelt, ist er zwar an einer historischen Periode orientiert, gleichwohl selbst unhistorisch: Demokratie wird nicht mehr - wie in den Anfängen politischer Emanzipation eines Teils der Bevölkerung - als ständiger Prozeß der Selbstbefreiung der Menschen<sup>79)</sup> bestimmt, die jeweils neu als Forderung unterprivilegierter sozialer Gruppen erscheint und zunehmend neue Bereiche menschlichen Zusammenlebens demo-

---

79) Vgl. Lange, M.G.: Politische Soziologie, a.a.O., 29.

kratisch gestaltet. Für den Neoliberalismus reduziert sich die Demokratie auf ein Regierungssystem, sie bildet keine Gesellschaftsform<sup>80)</sup>.

Von einem Zweig jüngster Demokratieforschung wird betont, daß Demokratie mehr als eine Regierungsmethode sei: sie ist selbst ein gesellschaftliches Ziel<sup>81)</sup>. Sie hat das Ziel,

"die Bedingungen für die vollständige und freie Entwicklung der grundlegenden menschlichen Möglichkeiten aller Mitglieder der Gesellschaft zu schaffen." 82)

Die normativen Elemente eines Demokratiebegriffs, die über die bloß technischen Verfahrensweisen einer politischen Organisationsform hinausreichen, richten sich auf die Demokratisierung auch des nicht politischen Bereichs der Gesellschaft, des ökonomischen zumal, und zwar aus der Einsicht heraus, daß der "industrielle Untertan" und "der zur Mitbestimmung aufgerufene Bürger"<sup>83)</sup> sich nicht miteinander vereinbaren lassen. Der Begriff der sozialen Demokratie geht indessen noch weiter: er fordert die Mitbestimmung und Selbstbestimmung mündiger und autonomer Bürger bei allen sie tangierenden Entscheidungen.

"Die Demokratie kann jedoch sich schon logisch nicht darauf beschränken, nur die formal politische Organisation der menschlichen Gesellschaft zu ergreifen. Demokratie ist ihrem Wesen nach gemeinsame Selbstbestimmung vergesellschafteter Menschen." 84)

Die politisch-philosophischen Gehalte einer solchen Demokratiekonzeption beschreiben nicht die Realität, vielmehr

---

80) Vgl. zu dieser Unterscheidung Macpherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie, a.a.O., 29ff.

81) Vgl. Stammer, O.: Politische Soziologie, in: Gehlen, A./Schelsky, H.: Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch, Düsseldorf 1955, 262. Vgl. dazu auch die Arbeiten von Franz Neumann, Jürgen Habermas und Wolfgang Abendroth, die an verschiedenen Stellen Demokratie als gesellschaftliches Ziel bestimmen.

82) Macpherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie, a.a.O., 55.

83) Strzelewicz, W.: Elemente einer Theorie der Demokratie, in: Die neue Gesellschaft 11 (1964), 268.

84) Abendroth, W.: Staatsverfassung und Betriebsverfassung, a.a.O., 105.

stellen sie Forderungen an die Realität. Mündigkeit und Selbstbestimmung sind freilich stets neu proklamierte Forderungen noch der formalsten Demokratiebegriffe, ihre Einlösung wäre erst gesellschaftlich zu leisten.

"Demokratie verwirklichte sich erst in einer Gesellschaft mündiger Menschen; darum ist sie nicht unter beliebigen gesellschaftlichen Voraussetzungen möglich, nicht einmal an bestimmte bloß gebunden - sie ist vielmehr diese freie Gesellschaft selber. Noch die autoritär verformten Einrichtungen, die bis heute relative Freiheiten politisch sichern helfen, haben diese Idee, nämlich die Tendenz zur Realisierung der Demokratie, gleichsam mit ins institutionelle Gehäuse hineingenommen." 85)

Die Präzisierung eines alle Bereiche sozialen Zusammenlebens umfassenden Demokratiebegriffs ist von der Sorge um die Beständigkeit der Demokratie mit diktiert<sup>86)</sup>, von der Furcht vor einem abermaligen autoritären Umschlag der Demokratie<sup>87)</sup>. Während der Neoliberalismus vor einer sozialen Emanzipation der Massen warnt und von ihr den geraden Weg in den Kommunismus erwartet, beschwört für die Begründer der jüngsten Demokratieforschung gerade das Ausbleiben dieser Emanzipation die Gefahr einer autoritären, wenn nicht faschistischen Herrschaft herauf.

Ob Chancen für Mündigkeit und Selbstbestimmung und für den Abbau von unkontrollierter Herrschaft innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt bestehen, wird indessen auch bezweifelt:

"Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ... ist als eine Gesellschaft, die alte Privilegien zerstörte, um sich eigene zu verschaffen, an keiner politischen Form interessiert, die in irgendeiner Weise staatliche Werkzeuge zur Abschaffung der Herrschaftsstruktur schafft." 88)

---

85) Habermas, J.: Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, a.a.O., 16.

86) Vgl. Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 55.

87) Vgl. dazu Kap. I.

88) Agnoli, J.: Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 8 (1966), 452.

Nicht immer wird das so offen ausgesprochen wie im Neoliberalismus, der die für das Bürgertum reservierte Privilegierung von Wissen, Eigentum und Verfügungsmacht und die darauf basierende ungleiche Verteilung von Reichtum und Macht kaum verschleiert und mit anthropologischen Invarianten und mit einem naturwüchsigen Bildungsgefälle rechtfertigt.

Kann die neoliberale Theorie von ihren Prämissen wie von ihren politischen Motiven her die Demokratie nicht als gesellschaftliche Zielsetzung begreifen, dann bezeichnet Demokratie bei ihr ein Verfahren, die politischen Repräsentanten zu bestimmen. Die Schumpetersche Definition der Demokratie<sup>89)</sup> ist exemplarisch für alle Versuche, in der Demokratie lediglich eine politisch-technische Methode zu sehen. Die neuere - vor allem amerikanische - Demokratieforschung verknüpft damit jedoch zusätzlich die Vorstellung eines ausbalancierten Funktionssystems der verschiedenen politischen Kräfte<sup>90)</sup>. Diesen betont technizistischen Demokratiebegriff teilt der Neoliberalismus nicht. Die Übereinstimmung mit Theoremen technizistisch verfaßter politischer Organisation ist nur vordergründig; denn mehr als die Übereinstimmung, die Demokratie als Auslesemechanismus zu definieren, besteht nicht. Das neoliberale Gesellschaftsbild widerspricht einer technokratischen Regelung gesellschaftlicher Prozesse im Sinne eines organisierten Kapitalismus, auf dessen Krisenmanagement und Programmierung sich

- 
- 89) "Und wir definieren: die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittle eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben." Schumpeter, J.A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, a.a.O., 427f.
- 90) Vgl. dazu den Aufsatz von Bergmann, J.: Konsensus und Konflikt. Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft, a.a.O., 54ff., in dem er sich u.a. mit der politischen Theorie Talcott Parsons auseinandersetzt.

Staat, Unternehmer und Interessenverbände eingeschwo-  
ren haben<sup>91)</sup>. Motiv der allseitigen Kooperation ist die  
Systemstabilisierung. Innerhalb des Neoliberalismus wird  
zwar die Forderung an den Staat gestellt, die Marktwirt-  
schaft zu garantieren, jedoch nicht auf der Basis einer  
Zusammenarbeit politischer und ökonomischer Machtträger.  
Der Staat soll das Entstehen von Monopolen und Kartellen  
verhindern, nicht aber mit ihnen zusammen die Krisen einer  
oligopolistisch verzerrten Marktwirtschaft beilegen. Ob-  
wohl die neoliberale Theorie keinerlei Ansatz für solche  
Entwicklungen bietet, ist sie für die Propagierung einer  
solchen Kooperation eingesetzt worden<sup>92)</sup>.

Das demokratische Potential der neoliberalen Theorie ist  
dürftig. Sie fühlt sich zwar den Errungenschaften bürger-  
licher Emanzipationsbestrebungen, dem Schutz vor staat-  
licher Willkür als unabdingbarer Voraussetzung einer de-  
mokratischen Gesellschaft verpflichtet. Der liberale  
Rechtsstaat und die Demokratie als System von persönlichen  
Freiheitsrechten sind heute allein - anders als in den  
Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft - nicht länger  
progressiv<sup>93)</sup>. Die Konfrontation mit seiner Gesellschafts-  
kritik und seinen gesellschaftspolitischen Empfehlungen  
entlarvt das Bekenntnis des Neoliberalismus als rein for-  
mal, das nur wiederholt wird, weil heute keine Herrschaft,  
die sich vom Kollektivismus distanzieren will, auf eine  
wenigstens scheindemokratische Legitimation verzichten  
kann, und weil die Marktwirtschaft wegen dieses Legitima-

---

91) Vgl. Bergmann, J.: Konsensus und Konflikt. Zum Verhält-  
nis von Demokratie und industrieller Gesellschaft,  
a.a.O., 53.

92) S. dazu Kap. VII.

93) Franz Neumann hat auf den in der Regel antidemokrati-  
schen Gehalt der Theorien verwiesen, die die Demokra-  
tie nur als ein System von Freiheitsrechten definieren.  
Vgl. Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat.  
Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 260.

tionswertes, den Demokratie besitzt, selbst als demokratisch verfaßt sich rechtfertigen soll. Dieses formale Bekenntnis täuscht nicht darüber hinweg, daß der neoliberalen Theorie wenig an der Demokratie gelegen ist, weil sie, anders als zu Zeiten restriktiven Wahlrechts, den Massen mit der politischen Mündigkeit die Möglichkeit eröffnet hat, über die Gesetzgebung eine soziale Umgestaltung in Gang zu setzen; wenn auch vielerlei gesellschaftliche Widerstände das bisher verhinderten.

## b) Der Staatsbegriff

### 1. Vorbemerkungen

Der neoliberale Staatsbegriff setzt zwei Traditionen deutscher Staatsphilosophie<sup>94)</sup> fort: er hält einmal am Dualismus von Staat und Gesellschaft fest und bestimmt den Staat als abstraktes Gebilde innerhalb einer Rechtsordnung<sup>95)</sup>, zum anderen interpretiert er den Staat als überparteiliche Instanz, die den - partikularen Interessen übergeordneten - Allgemeinwillen repräsentiert. Das liberale Rechtsstaatsdenken und das konservative Staatsdenken, in dem der starke Staat gefordert wird, der abgesichert vom pluralistischen Einfluß als neutraler Makler fungieren soll, gehen im Neoliberalismus eine Synthese ein. Sie wird möglich, weil sowohl in der Rechtsstaatskonzeption als auch in der konservativen Staatslehre der Staat nicht in einem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen gedeutet wird, wie es die politische Soziologie in der Nachfolge der Staatslehre Hermann Hellers heute versucht<sup>96)</sup>.

---

94) Vgl. Kluxen, K. (Hg.): Parlamentarismus, Köln-Berlin 1967, 21.

95) Vgl. Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 3.

96) Vgl. ebenda, 3ff.

Die Übernahme liberaler und konservativer Elemente in den neoliberalen Staatsbegriff erzeugt nur scheinbar einen Widerspruch zwischen dem liberalen Postulat der Begrenzung der staatlichen Befugnisse und dem konservativen des starken Staates. Berücksichtigt man, daß die neoliberale Konzeption des Staates im Hinblick auf die Funktionsweise der Marktwirtschaft formuliert worden ist, löst sich dieser Widerspruch auf. Der Staat soll nämlich eine Balance zwischen Zurückhaltung gegenüber dem Ablauf der alltäglichen Wirtschaftsprozesse, gegenüber Interventionen und Reformen einerseits und konsequenter Verteidigung der Wirtschaftsordnung gegen alle Versuche organisierter Interessen, Wettbewerb, Privateigentum und Wirtschaftsfreiheit zu beeinträchtigen, andererseits einhalten. Im übrigen braucht dieser Widerspruch auch dann nicht zu entstehen, wenn die Vorstellung des "Nachtwächterstaates" auch historisch als Fiktion erkannt wird.

## 2. Rechtsstaatsdenken und demokratischer Staat

Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, die eng mit der Entwicklung des Rechtsstaates verbunden ist, hat unmißverständlich gezeigt, daß sich der Rechtsstaat nicht als Überbau einer demokratisch verfaßten Gesellschaft etablierte<sup>97)</sup> und sich auch keineswegs so verstand. Die Funktionen des Rechtsstaates entsprachen zuerst den bürgerlichen Interessen und garantierten die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise<sup>98)</sup>. In der neoliberalen Lehre sind diese rechtsstaatlichen Funktionen in die For-

---

97) Vgl. Dahrendorf, R.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, a.a.O., 83, 234ff.; ebenso Schneider, F.: Die politische Komponente der Rechtsstaatsidee in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift 9 (1968), 330ff.; Neumann, F.: Zum Begriff der politischen Freiheit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 109 (1953), 33; ders.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 51ff., wo die unterschiedliche Entwicklung der englischen und deutschen Rechtsstaatstheorie dargestellt wird.

98) Vgl. ebenda, 47ff.

mulierung der Bedingungen eingegangen, ohne die die Marktwirtschaft nicht aufrechterhalten werden kann. Die politischen Funktionen der bürgerlichen Rechtsstaatskonzeption: einmal ideologisch zu verschleiern, daß auch die Herrschaft des Gesetzes noch immer Herrschaft von Menschen über Menschen nicht aufhebt, und zum anderen soziale Reformen zu verhindern<sup>99)</sup>, wirken im Neoliberalismus bis heute nach<sup>100)</sup>.

Die Herrschaft des Gesetzes, die die Herrschaft von Menschen über Menschen an gesetzliche Vorschriften binde und dadurch zur "allgemeinen Verminderung der Macht, die Menschen über Menschen ausüben"<sup>101)</sup>, beitrage, mache staatliche Gewalt kalkulierbar. Indem der einzelne allgemeinen Regeln gehorche, sei er von menschlicher Willkür befreit.

"The conception of freedom under the law ... rests on the contention that when we obey laws, in the sense of general abstract rules laid down irrespective of their application to us, we are not subject to another man's will and are therefore free." 102)

Zwar hat der Rechtsstaat die Menschen von despotischer Herrschaft befreit, die Befreiung von jeglicher Unterdrückung allerdings hat er nicht gebracht. Denn wiewohl der Staat Rechtsnormen befolgt und seine Macht dadurch berechenbar und vorhersehbar wird, läßt sich Herrschaft nicht durch

---

99) Vgl. Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 47f.; vgl. auch ders.: Zum Begriff der politischen Freiheit, a.a.O., 32ff.

100) Vgl. zur neoliberalen Rechtsstaatstheorie Böhm, F.: Die vier Säulen der Freiheit, a.a.O., 40ff.; Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 48ff., 128ff.; Hayek, F.A.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 101ff.; ders.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 153ff., 205ff.; ders.: Entstehung und Verfall des Rechtsstaatsideales, a.a.O., 33ff.; ders.: Art. Liberalismus. I) Politischer Liberalismus, a.a.O., 591ff.

101) Ebenda, 592.

102) Ders.: The Constitution of Liberty, a.a.O., 153.

Rechtsbeziehungen ersetzen und damit selbst beseitigen<sup>103)</sup>. Die Herrschaft des Bürgertums konnte auch der liberale Rechtsstaat nicht verschleiern<sup>104)</sup>.

"Der Widerspruch: die Idee der Demokratie zu proklamieren, in gewisser Weise auch zu institutionalisieren; und doch eine Minoritätendemokratie auf der Basis einer sozialen Hierarchie faktisch zu betreiben - ist dem liberalen Rechtsstaat eigentümlich." 105)

Konsequenz des ideologischen Anspruches, der in der Herrschaft des Gesetzes steckt, die weiter bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu verdecken, ist dann die Absicht, den Staat überhaupt losgelöst von der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu interpretieren. Mit der Bestimmung des Staates als juristischer Institution ist die Trennung von Staat und Gesellschaft verbunden.

In der neoliberalen Interpretation des Staates muß die Idee des Rechtsstaates und die Kritik am "pluralistisch entarteten" Staat, die sich an einer Idealvorstellung vom Rechtsstaat orientiert, auseinandergehalten werden. Der Vorstellung vom Dualismus von Staat und Gesellschaft entspricht eine Definition des Staates, derzufolge seine Willensbildung dem Einfluß gesellschaftlicher Machtgruppierungen entzogen sein soll. Freilich muß diese Definition, die davon abstrahieren möchte, daß gesellschaftliche Machtgruppen

---

103) Vgl. Neumann, F.: Zum Begriff der politischen Freiheit, a.a.O., 35.

104) "War so der Rechtsstaat ein Staat der Koalition der herrschenden Schichten, so war er doch nicht despotisch. Die Generalität des Gesetzes und die Unabhängigkeit der Richter enthielten Elemente, welche die Funktion der Machtverhüllung und der Schaffung von kapitalistischer Kalkulierbarkeit transzendierten. Die Gewaltenteilung war sicherlich nicht nur eine Gewaltenteilung, sondern zugleich auch eine Verteilung der Staatsgewalt zwischen den verschiedenen Schichten innerhalb jener Koalition. Aber diese Klassenherrschaft war berechenbar, voraussehbar und deshalb nicht willkürlich." Ders.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 54.

105) Habermas, J.: Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, a.a.O., 21.

an den staatlichen Entscheidungen beteiligt sind und sie mit durchsetzen, zusammen mit der neoliberalen Intention gesehen werden, auch private Macht an rechtsstaatliche Normen zu binden und darauf zu vertrauen, daß sie sich ebenfalls in Recht auflösen läßt. Beide Vorstellungen sind ideologisch.

Auf der Grundlage des Rechtsstaatsdenkens wird die staatliche Autorität gegen Übergriffe der Interessenorganisationen verteidigt. Die in der Realität vorgefundene Verbindung staatlicher und privater Macht, die als Ausdruck einer der kapitalistischen Gesellschaft spezifischen Gemeinsamkeit der Interessen nicht zugegeben werden soll, wird von einer abstrakten Rechtsidee her kritisiert, ohne daß die neoliberalen Theoretiker erkennen wollen, daß sie diese Verflechtung staatlicher und privater Macht an einer Staatsidee messen, die der gesellschaftlichen Realität niemals entsprochen hat. Zudem haben die neoliberalen Autoren gegen eine stillschweigende Kooperation der staatlichen Instanzen mit den Dirigenten des Produktionsprozesses nichts einzuwenden, solange sich nur ökonomische Anordnungsbefugnisse nicht in den Händen weniger Unternehmer konzentrieren.

Die Bedeutung des Insistierens auf dem Rechtsstaat liegt heute hauptsächlich in der Abwehr von Versuchen, die liberalen um die sozialen, als demokratische Statusrechte verstandenen Grundrechte<sup>106)</sup> zu ergänzen. Rechtsstaatlichkeit fungiert "in der Argumentation der Konservativen seit dem 19. Jahrhundert als Damm gegen alle Demokratisierungsbestrebungen"<sup>107)</sup>.

---

106) Vgl. Leibholz, G.: Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1958, 130f.

107) Kühnl, R.: Texte zur politischen Wissenschaft (Rezension), in: Blätter für deutsche und internationale Politik 13 (1968), 1217.

Solange der Staat an rechtsstaatlichen Bindungen starr festgemacht ist, müssen sozialstaatliche Maßnahmen fraglos als unzulässige Eingriffe in eine Rechtsauffassung interpretiert werden, die nur gelten läßt, was den Ansprüchen der Allgemeinheit und Gleichheit der Norm genügt. Ob gewollt oder nicht - rechtfertigt diese Argumentation ebenso fraglos die bestehende Eigentums- und Machtverteilung sowie den Zugang zur Bildung; denn ohne diskriminierende Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte und die Eigentumsstruktur wäre staatlich dekretierter sozialer Wandel nicht durchzuführen. Der Fortschritt im Rechtskodex gegenüber despotischer Herrschaft behindert gleichzeitig Fortschritte im sozialen Bereich.

Daran hat sich eine Kontroverse entzündet, in der die entgegengesetzten Standpunkte vorwiegend von Staatsrechtlern auf der einen, von Soziologen und Politologen auf der anderen Seite vertreten werden<sup>108)</sup>. Diese Auseinandersetzung hat differenziertere Argumente als die neoliberale Theorie hervorgebracht; die sich anschließenden Anmerkungen sollen Motive und Wirkung der neoliberalen Theoreme verdeutlichen.

Bis heute wird darum gestritten, ob sich der Rechtsstaat mit dem Sozialstaat vereinbaren lasse. Der einen Auffassung zufolge sind der Rechts- und der Sozialstaat unversöhnliche Gegensätze<sup>109)</sup>. Der Rechtsstaat garantiere durch den Schutz der Freiheitsrechte die individuelle Lebensentfaltung, während der Sozialstaat den Raum dafür einenge, indem er den Individuen die Formen der Daseinsvorsorge vorschreibt.

---

108) Vgl. dazu Arbeiten von Forsthoff, Werner Weber, Abendroth, Habermas, Kirchheimer. Diese Diskussion kann hier auch nicht annähernd referiert werden. Eine Orientierung lieferte der Aufsatz von Schneider, F.: Die politische Komponente der Rechtsstaatsidee in Deutschland, a.a.O., 330ff.

109) Vgl. ebenda, 351. Vgl. auch Weber, W.: Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, 2. erw. A., Stuttgart 1958, 146ff.

Der Staat habe sich zu einer "gigantischen Ausgleichs-, Verteilungs-, Betreuungs-, Fürsorge- und Versorgungsapparat<sup>110)</sup> entwickelt. Ähnlich wie auch im Neoliberalismus wird betont, daß die vom Sozialstaat angestrebten Reformen stets die Rechte einiger Individuen beeinträchtigten und daß ein Staat, der die Gesetze nicht mehr gleich für alle Individuen erlasse, sondern mit "verwaltenden Detaildispositionen"<sup>111)</sup> operiere, totalitäre Züge annehme.

"Der Sozialstaatscharakter mit seiner Tendenz zur Verplattung des Lebens nähert auch die Staatenwelt des Westens an die totalitären Regime an, in denen dieses Prinzip bis zur letzten Konsequenz entwickelt ist.

Der Sozialstaat ist seiner Tendenz nach exekutivischer Staat, Verwaltungsstaat. Seine Haupttätigkeit konzentriert sich auf konkrete Gestaltungen und Dispositionen. Er ist dem liberalen Staatsverständnis entschieden entgegengesetzt. Für die Freiheit der Lebensentfaltung und Lebensverantwortung, die die Grundrechte sichern wollen, läßt er wenig Raum ...

Der soziale Verwaltungsstaat mit seinem inneren Zwang zur Totalität ist nicht darauf angelegt, sich mit der Lebenswelt individueller Daseinsverantwortung und gewaltenteilender Machtaufhebung versöhnlich zu verbinden." <sup>112)</sup>

Während die Kritiker des Sozialstaatsprinzips von einer abstrakten Rechtsidee des Staates her argumentieren, messen seine Befürworter das Verhältnis von Rechts- und Sozialstaat an einem sozial verstandenen Demokratiebegriff und an der Möglichkeit zu sozialen Reformen. Da Rechtsstaat und Demokratie zusammengehören<sup>113)</sup>, müsse der Rechtsstaat als Staat einer demokratischen Gesellschaft sozialstaatliche Elemente aufnehmen. Demokratie sei durch die formale Gleichheit vor dem Gesetz und durch den Schutz vor

---

110) Weber, W.: Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, a.a.O., 146.

111) Ebenda, 148.

112) Ebenda, 147f.

113) Für den Neoliberalismus trifft das nicht zu. Er stellt das rechtsstaatliche Prinzip über das demokratische. Vgl. Hayek, F.A.: Entstehung und Verfall des Rechtsstaatsideales, a.a.O., 61.

staatlicher Willkür nicht zureichend bestimmt. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit seien ebenso notwendig<sup>114)</sup>. Demokratie müsse, "um dem Gemeinwohl aller und nicht nur einer bestimmten Schicht zu dienen, ein Sozialstaat sein"<sup>115)</sup>.

Die veränderte soziale und ökonomische Wirklichkeit erfordert die Ergänzung des liberalen zum sozialen Rechtsstaat. Zwar war schon immer nicht Rechtssicherheit und Berechenbarkeit für alle Bürger gleichermaßen gewährleistet, da sich die Gesellschaft nicht aus Gleichen zusammensetzt. Die Generalität der Norm trat indessen nicht in Widerspruch zu einer gesellschaftlichen Organisation, in der Kleineigentum vorherrschte und der Wettbewerb zwischen gleich starken Unternehmern funktionierte<sup>116)</sup>. Wenn jedoch das Marktgleichgewicht durch Oligopole und Monopole gestört wird, wird die Gleichheit und Allgemeinheit des Gesetzes problematisch<sup>117)</sup>. Der Staat müsse in Vertragsfreiheit und Eigentumsstruktur eingreifen, wenn ihm private Machtträger gegenüberreten, weil er anders die Auswirkungen der Verzerrung des Marktes gar nicht korrigieren kann. Wer gegenüber der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu neuartigen Formen der Unternehmensorganisation auf der Generalität der Norm insistiere, der trage zur Rechtfertigung der bestehenden Eigentumsverhältnisse bei<sup>118)</sup>.

Für den Neoliberalismus ist diese Kritik einzuschränken. Richtig ist zweifellos, daß die Generalität des Gesetzes die Möglichkeiten des Parlaments für eine Reformgesetzgebung beschneidet; es wäre aber nicht richtig, der neo-

---

114) Vgl. Schneider, F.: Die politische Komponente der Rechtsstaatsidee in Deutschland, a.a.O., 351.

115) Fraenkel, E./Bracher, K.D.: Art. Demokratie, a.a.O., 75.

116) Vgl. Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 59f.

117) Vgl. ebenda, 60; vgl. auch Habermas, J.: Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, a.a.O., 34.

118) Vgl. Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 60ff.

liberalen Theorie zu unterstellen, daß sie mit dem Beharren auf der Generalität der Norm die Interessen der Großunternehmer verfechten will. Zwar täuscht sie sich nicht über die wirtschaftliche Ungleichheit, die der Rechtsstaat schafft:

"Es ist nicht zu leugnen, daß das Prinzip des Rechtsstaates wirtschaftliche Ungleichheit hervorbringt; alles, was man zu seinem Gunsten gelten machen kann, ist, daß es nicht im Wesen dieser Ungleichheit liegt, bestimmte Menschen in einer bestimmten Weise zu treffen." 119)

Gleichwohl findet sie sich mit der Tatsache ökonomischer Macht nicht ab. Die Stellungnahmen gegen Monopole und Oligopole, gegen alle Formen der Wettbewerbsbehinderung oder -aufhebung sind eindeutig. Zu suggerieren, die Theorie verteidige hinterrücks doch die Monopolisten, wäre schlichtweg falsch. Mit dem Rechtsstaatsprinzip wird zwar das Ziel verfolgt, die privatwirtschaftliche Organisation der Produktionsverhältnisse zu sichern, aber auf der Basis des Kleineigentums und des Wettbewerbs, nicht auf der des Monopoleigentums und der Preisabsprachen und -diktate.

Die Forderung nach der Weiterentwicklung des liberalen Rechtsstaats trägt nicht nur der veränderten sozio-ökonomischen Situation sowie der Vorstellung einer demokratischen Gesellschaft Rechnung, sie schließt zugleich eine gewandelte Einstellung zu staatlicher Macht ein.

Individuelle Freiheitsrechte werden nicht nur vom Staat verletzt, sie können auch von privaten Machtgruppen eingeschränkt werden. Neumann zufolge trifft es weder zu, daß die individuelle Freiheit mit der Abnahme staatlicher Gewalt zunimmt, noch daß der Staat der einzige Feind der Freiheit ist<sup>120)</sup>. Er zieht daraus den Schluß, daß neben die Überlegungen, wie politische Macht beschränkt werden kann, Überlegungen treten sollten, wie politische Macht rational

---

119) Hayek, F.A.: Der Weg zur Knechtschaft, a.a.O., 109.

120) Vgl. Neumann, F.: Zum Begriff der politischen Freiheit, a.a.O., 41f.

eingesetzt werden könnte<sup>121)</sup>. Mit der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft wächst auch der Umkreis jener Aufgaben, die zentralen Instanzen übergeben werden müssen. Wenn die staatliche Macht rational verwendet und demokratisch kontrolliert wird, muß die Ausweitung der staatlichen Befugnisse weder zur Versklavung des Individuums noch zum totalitären Staat führen.

Die Einstellung der neoliberalen Theorie zur staatlichen Macht ist von der liberalen Überzeugung, daß die Zunahme staatlicher Aktivität automatisch die Beschränkung der Freiheit der Bürger nach sich zieht, und von der Erfahrung des Machtmißbrauchs in faschistischen und kommunistischen Staaten geprägt. Macht wird eingesetzt, um einen "Machtrausch" zu befriedigen und illiberale Ziele zu verfolgen. Das wird ganz deutlich in der neoliberalen Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft<sup>122)</sup>. Staatliche Aktivitäten, vor allem im Bereich der Investitionen, scheinen lediglich zur Stabilisierung der politischen Macht der herrschenden Funktionärsklasse zu dienen<sup>123)</sup>. Da Maßnahmen zur Planung und Gestaltung der Gesellschaftsordnung in der Regel als staatlicher Machtmißbrauch interpretiert und mit der Politik totalitärer Systeme identifiziert werden, kann nicht reflektiert werden, daß die staatlichen Machtinstrumente auch zum Wohl des Gemeinwesens eingesetzt werden könnten. Die Kritik am Einsatz politischer Macht, die für totalitäre Regime zutrifft, kann nicht auch auf den demokratischen Staat übertragen werden. Die Praktiken faschistischer und kommunistischer Regierungen lassen sich nicht mit den Maßnahmen des demokratischen Wohlfahrtsstaats vergleichen. Ein Staat, der seine Machtmittel zur Herstel-

---

121) Vgl. Neumann, F.: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, a.a.O., 86.

122) Vgl. dazu Eucken, W.: Wirtschaftspolitik, a.a.O., 58ff.

123) Vgl. ebenda, 124.

lung faktischer Chancengleichheit einsetzt, kann Erfolge zwar nur erzielen, wenn er nicht alle Bürger gleich behandelt. Deshalb ist er indessen noch kein totalitärer Staat, dominieren noch nicht Rechtsunsicherheit und Abhängigkeit von staatlicher Zwangsgewalt.

Obwohl die neoliberale Theorie die Staatsmacht eher skeptisch beurteilt, erwartet sie doch andererseits vom Staat, daß er nicht nur die gesetzliche Rahmenordnung für die Marktwirtschaft schafft, sondern sie auch wirksam schützt. Die Staatsmacht wird bejaht, solange sie den Schutz von Person und Eigentum garantiert, sie wird aber abgelehnt, wenn der Staat in die Lebensgestaltung und die Eigentumsverhältnisse interveniert. Die neoliberalen Theoretiker teilen die Ansicht der Kritiker des Sozialstaates, die die "Unvereinbarkeit von rechtsstaatlicher Sicherung der Individualsphäre mit einem allseitig planenden demokratischen Wohlfahrtsstaat" behaupten,

"so daß ... zwar sozialstaatliche Eingriffe als Einzelmaßnahmen zur Korrektur handgreiflicher Mängel der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung als zulässig gelten können, eine allseitige Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft aber nicht als wünschenswert erscheint." 124)

Das neoliberale Rechtsstaatsdenken führt zu einer Interpretation des Staates, die die rechtliche Normierung staatlicher Tätigkeit als ausreichend auch dafür bezeichnet, eine Beeinträchtigung der Grundrechte zu verhindern, die auf ökonomische und soziale Bedingungen zurückzuführen sind. Weil der Neoliberalismus den Rechtsstaat über die Demokratie stellt, die Demokratie andererseits kein gesellschaftliches Ziel darstellt, kann die Rechtsstaatsidee nicht von ihrer Entstehungsphase und den spezifischen Funktionen gelöst werden, die sie für das Bürgertum erfüllte. Hinter dem Rechtsstaatsdenken verbergen sich im Neoliberalismus antidemokratische Einstellungen.

---

124) Abendroth, W.: Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik, a.a.O., 96.

### 3. Konservatives Staatsdenken: der Staat als unparteiische Instanz

Offenbarte bereits die Bestimmung des Staates als Rechtsstaat eine Abstraktion von den realen gesellschaftlichen Machtverhältnissen, so wird das noch deutlicher in der Vorstellung vom Staat als eines neutralen Maklers, der jenseits der Interessenkämpfe das Allgemeinwohl verkörpern soll.

Die konservative, am autoritären Obrigkeitsstaat orientierte Staatslehre<sup>125)</sup>, aber auch die Wirtschaftstheorie<sup>126)</sup> haben die Fiktion vom Staat, der die gesellschaftlichen Gegensätze negiert und sein Handeln am Gemeininteresse ausgerichtet, verbreitet. Diese Vorstellungen sind von der neoliberalen Theorie übernommen worden. Sowohl ihre Kritik am Pluralismus als auch ihre Bemühungen, den Staat auf die Garantie der Wirtschaftsordnung zu verpflichten, leiten die Idee des starken Staates, der den Einflüssen von Partialinteressen widersteht. Ähnlich wie Werner Weber und vor ihm Carl Schmitt den Pluralismus der Oligarchien in einer "überhöhenden Einheit"<sup>127)</sup> aufgehen lassen will, fordern die neoliberalen Autoren, daß das "anarchische Machtgezerre"<sup>128)</sup>, die "labile Anarchie sozialer Interessengruppen"<sup>129)</sup> im Staat auf höherer Ebene überwunden wird.

---

125) Vgl. die Unterscheidung zwischen der am Obrigkeitsstaat orientierten, antidemokratischen und der am sozialen Demokratiebegriff orientierten Staatslehre bei Schultes, K.: Staatslehre und Politik in Deutschland, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6 (1955), 236ff.

126) Für die Nationalökonomie hat Downs die normative Bestimmung des Staates, die von seinen politischen und soziologischen Eigengesetzlichkeiten abstrahiert, kritisiert und gefordert, die unrealistische Annahme vom unparteiischen Staat fallenzulassen, der eine wie immer definierte normative Zielsetzung unbeschadet aller Machtkämpfe verfolgt und zudem in "ätherischer Höhe" über der Gesellschaft schwebt. Vgl. Downs, A.: An Economic Theory of Democracy, a.a.O., 280ff.

127) Weber, W.: Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, a.a.O., 63.

128) Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, a.a.O., 83.

129) Ders.: Demokratie und ökonomische Macht, a.a.O., 23.

Der Staat wird jedoch nicht metaphysisch durch eine sittliche Idee oder göttlichen Willen begründet. Seine Legitimation bezieht er von der Vertretung des Allgemeininteresses, das mit der Erhaltung der Marktwirtschaft identifiziert wird.

Die neoliberale Definition des Staates korrespondiert mit einem nichtantagonistischen, durch soziale Harmonie gekennzeichneten Gesellschaftsbild. Weder treffen jedoch die neoliberalen Beschreibungen des Staates und der Gesellschaft die heutige Wirklichkeit, noch haben sie ihr je entsprochen.

"Die Vorstellung, der Staat stehe über der klassen- und interessengespaltenen Gesellschaft, er sei gleichsam die Repräsentanz des allgemeinen Willens, ausgestattet mit entsprechender, ihn allein zur politischen Entscheidung befähigender Autorität, und die damit verbundene dualistische Auffassung: Staat versus Gesellschaft, ist angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr aufrechtzuerhalten." 130)

Indes ist die Vorstellung, daß der Staat jemals das Gesamtinteresse verkörperte, überhaupt falsch. Staatliche Autonomie gegenüber den gesellschaftlichen Kräften bestand auch im 19. Jahrhundert nicht und ebensowenig fungierte der Staat damals als neutraler Makler<sup>131)</sup>. Wenn sich auch die damaligen Gruppen in sozialer Zusammensetzung und in der Interessenlage von den heutigen Interessenorganisationen unterscheiden, so haben sie doch ebenso auf die staatliche Willensbildung Einfluß genommen.

Der Staat begründet und sanktioniert vielmehr in der Gesellschaft vorgefundene Machtverhältnisse<sup>132)</sup>; an seiner Willensbildung sind die verschiedenen staatlichen und gesell-

---

130) Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 148.

131) Vgl. Pross, H.: Zum Begriff der pluralistischen Gesellschaft, in: Zeugnisse. Theodor W. Adorno zum 60. Geburtstag, im Auftrag des Instituts für Sozialforschung hg. v. Max Horkheimer, Frankfurt/M. 1963, 444f.

132) Vgl. Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 3.

schaftlichen Institutionen und Gruppen beteiligt<sup>133)</sup>. Wird der Staat als Einrichtung politischer Herrschaft, nicht als abstrakte Ordnungsmacht interpretiert, wird deutlich, daß er jeweils bestimmte Interessen - nicht alle und kein vorgegebenes Gesamtinteresse - vertritt. Wenn es überhaupt ein "Allgemeininteresse" gibt, dann ist es allenfalls das gemeinsame Interesse der Herrschenden, nicht aber ein vorgefundenes, sich auf die Solidarität der Mehrheit der Bevölkerung stützendes Gesamtinteresse, das der Staat nur zu artikulieren braucht.

"Was ... als angebliche Wert- und Willensgemeinschaft des Staates in seiner Ganzheit behauptet wird, gilt allein von der Solidarität der Gruppe, die den Machtkern des Staates bildet." 134)

Weder stellt der Staat eine reine Rechtsordnung dar, noch ist er eine unparteiische Autorität<sup>135)</sup>. Beide Vorstellungen sind darauf gerichtet, den Staat gegenüber den Menschen zu objektivieren, ihn nicht aus seiner Funktion im "gesellschaftlichen Wirkungszusammenhang" zu erklären<sup>136)</sup>.

Die neoliberalen Bemühungen, den Staat vom gesellschaftlichen Einfluß zu isolieren und an eine Ordnungsidee zu binden, führen nicht zur Entpolitisierung des Staates. Die Erhaltung der Marktwirtschaft wird zum Gemeinwohl deklariert. Diese Gemeinwohlvorstellung ist keineswegs abstrakt, sondern an identifizierbare Interessen gebunden, was den neoliberalen Autoren durchaus bewußt ist. Sie erhoffen sich freilich, daß sich letztlich auch die Massen zu dieser Gemeinwohlvorstellung bekennen. Daher sehen sie auch keinen Widerspruch zwischen der Vorstellung eines von

---

133) Vgl. Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 148.

134) Heller, H.: Staatslehre, a.a.O., 241.

135) Vgl. Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 4ff., 45.

136) Vgl. Heller, H.: Staatslehre, a.a.O., 42ff.

allen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen isolierten Staates als moralischer Anstalt und der Vertretung von Wirtschaftsinteressen: die Identität des Allgemeininteresses mit einer verkehrswirtschaftlichen Ordnungskonzeption versöhnt im neoliberalen Selbstverständnis die partikularen mit den universalen Interessen auf staatlicher Ebene. Implizit richten sich die neoliberalen Anstrengungen, den Staat aus seiner Verflechtung mit den gesellschaftlichen Gruppen zu befreien und ihn normativ zu bestimmen, auch darauf, die Kritik am Staat der bürgerlichen Gesellschaft als eines Instruments zur Durchsetzung von Klasseninteressen zu widerlegen. Sowohl die Herrschaft des Gesetzes als auch die Annahme einer Vertretung des Gesamtinteresses stellen darauf ab, eine Klassenherrschaft zu verschleiern.

Der Neoliberalismus hat sicher keine konsistente Staatstheorie, dafür gehen Züge unterschiedlicher geistesgeschichtlicher Traditionen ein. Weil Prämissen und Intentionen seiner Theorie zu einer apriorischen Bestimmung staatlicher Aufgaben führen, die von der Funktionsweise der Wirtschaftsordnung abgeleitet sind, können die sozialen und ökonomischen Veränderungen, die der abstrakten Ordnungsidee widersprechen, nicht ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend eingeschätzt werden. Das illustrieren die Einstellungen zum Pluralismus und zu sozialstaatlichen Maßnahmen. Der Zusammenhang zwischen der Transformation des Staates mit jener der Gesellschaft wird nicht reflektiert.

Der neoliberale Staatsbegriff ist eher am Obrigkeitsstaat als am demokratischen Staat orientiert. Dieser Staat ist dennoch kein despotischer Staat, da er an rechtsstaatlichen Normen sein Handeln ausrichtet. Rechts- und Obrigkeitsstaat haben sich indes in der deutschen Geschichte nicht ausgeschlossen; dieser Tradition bleibt das neoliberale Staatsverständnis verhaftet.

## Kap.VII: Interdependenztheorem und Demokratie

### a) Funktionen des Demokratie- und des Staatsbegriffs für die neoliberale Interdependenzthese

Die eingangs angestellten Überlegungen zum Verhältnis von Ökonomie und Politik haben gezeigt, daß zwar die allgemeine Aussage über die wechselseitige Beziehung von Politik und Ökonomie nicht bestritten werden kann, differenziertere Aussagen jedoch erst möglich sind, wenn konkrete Situationen historisch analysiert werden. Den Anspruch einer historischen Analyse des Verhältnisses von Politik und Ökonomie, genauer: von Demokratie und Kapitalismus, kann die neoliberale Theorie mit ihrem Interdependenztheorem nicht erfüllen. Die neoliberalen Autoren beschränken den Nachweis der Interdependenz der Demokratie mit der Marktwirtschaft auf nur wenige organisatorisch-formale (Analogie der Entscheidungsstrukturen, gegenseitige Funktionsvoraussetzungen) und juristische Aspekte (Präjudizierung durch rechtsstaatliche Normen). Zudem beschreibt das Interdependenztheorem nicht eine spezifische geschichtliche Konstellation der kapitalistischen Gesellschaft, sondern artikuliert "pointierend" gewisse Strukturelemente, die, obwohl sie aus der Analyse historischen Materials gewonnen wurden, nicht in der Realität so auch vorgefunden werden. Die Interdependenzthese basiert auf idealtypischen Aussagen. Daß die historische Problematik des Verhältnisses von Politik und Ökonomie in den kapitalistischen westlichen Industriegesellschaften in idealisierten Ordnungsvorstellungen aufgeht, wird indessen erst dadurch fragwürdig, daß die Entsprechungen gewisser Elemente der politischen und ökonomischen Funktionsweise über die Realität nichts aussagen können, dennoch aber das gesellschaftspolitische Programm und die politischen Prognosen des Neoliberalismus bestimmen.

Die behauptete Analogie zwischen der Souveränität des Verbrauchers und der des Wählers, zwischen Kauf- und Wahlakt, soll als Nachweis der "demokratischen" Struktur der Marktwirtschaft fungieren und der Wirtschaft eine außerökonomische Legitimation verleihen. Die dem Konsumenten und dem Wähler unterstellte Autonomie besteht zwar als freie Konsumwahl und freie Wahl der politischen Repräsentanten. Diese Autonomie kann aber - darauf hat Albert verwiesen - nicht als Kontrolle der Konsumenten über die Produktion beziehungsweise als Kontrolle der Bürger über die Exekutive interpretiert werden<sup>1)</sup>. Denn die vollständige Realisierung der Konsumentensouveränität ist nur im Modell der vollkommenen Konkurrenz bei statischer Präferenzstruktur der Verbraucher denkbar<sup>2)</sup>. Sobald die Annahmen des Modells - vollständiger Wettbewerb, Rationalität des Verbraucherverhaltens, Fehlen manipulierender Werbung - fallengelassen werden, verliert es seine Stringenz gegenüber der Realität des fortgeschrittenen Kapitalismus. Es fungiert dann allenfalls als Maßstab, den Grad möglichen Konsumenteneinflusses auf die Produktion abzuschätzen<sup>3)</sup>. Die Beschränkungen der Konsumentensouveränität, die die Wirklichkeit von dem idealtypischen Modell und seinem normativen Anspruch: daß die Konsumtion einziger Zweck der Produktion sein solle, trennen, sind zahlreich. Das Angebot richtet sich durchweg nicht nach der Nachfrage, die Preise folgen dem Marktmechanismus

- 
- 1) Vgl. Albert, H.: Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Das ökonomische Argument in der ordnungspolitischen Debatte, a.a.O., 116.
  - 2) Vgl. Meyer-Dohm, P.: Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit. Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung, a.a.O., 74f.
  - 3) "Es wäre zu billig, die Konsumentensouveränität als totale Konsumentensouveränität zu fixieren und damit gleichzeitig als Utopie abzulehnen. Vielmehr ist es angebracht, nach dem Grad der Konsumentensouveränität zu fragen." Ebenda, 74.

nicht, weil auf den meisten Märkten kein vollständiger Wettbewerb herrscht; die Markttransparenz ist in der Regel gering, und eine suggestive Werbung informiert kaum über Warenqualitäten<sup>4)</sup>. Das zusammen nimmt den Konsumenten in ihrer Gesamtheit die Möglichkeit, zu bestimmen, was und wozu produziert wird. In erster Linie entscheiden darüber die Profitinteressen der Produzenten, nicht die Konsumenten selbst<sup>5)</sup>. Die These der Konsumentensouveränität verschleiern den Zusammenhang zwischen den manipulierten Bedürfnissen und der Absatznotwendigkeit. Das am formal-technischen Funktionieren der demokratischen Prozesse fixierte neoliberale Demokratieverständnis zeigt sich erneut daran, daß bereits die freie, bürokratisch nicht reglementierte Wahl von Gütern und Dienstleistungen als Beweis für die "demokratische" Organisation des Wirtschaftssystems gilt. Die These von der Souveränität des Verbrauchers und des Staatsbürgers ist nicht länger haltbar, sobald der normative Anspruch mit den faktischen Verhältnissen konfrontiert wird.

"Es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß die 'Souveränität des Konsumenten' das ökonomische Pendant zur 'Souveränität des Staatsbürgers' in der demokratischen Ideologie ist, die in der Staatswissenschaft die gleiche Rechtfertigungsfunktion erfüllt wie jene in der Wirtschaftswissenschaft. Hier wie dort täuscht diese Verwendung des Souveränitätsbegriffs über die realen Machtverhältnisse hinweg... Man vergleicht immer wieder die Prozesse der staatlichen und der marktlichen Willensbildung miteinander, ohne zu der Einsicht zu kommen, daß in beiden Fällen das Prinzip der freien Wahl niemals mehr

- 
- 4) Vgl. ausführlich Meyer-Dohm, P.: Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit. Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung, a.a.O., 56, 62ff.; vgl. auch Haefliger, J.C.: Die Konsumfreiheit. Analyse ihrer Problematik - Ausblick auf eine Lösung, Zürich-St.Gallen 1966, 103ff., 146f., 233ff.
- 5) Vgl. v.Nell-Breuning, O.: Revolte der Verbraucher?, in: Schultz, U.(Hg.): Freiheit, die sie meinen. 17 Beispiele, Frankfurt/M. 1967, 151.

als eine Beschränkung des Spielraums der Machthaber zur Folge haben kann." 6)

Die politische und die ökonomische Variante des Souveränitätsbegriffs erfüllen die gleiche ideologische Funktion:

"Sie dienen dazu, die Realität der demokratischen Gesellschaft mit freier Führer- und Konsumwahl nach dem Prinzip der Majorität der Stimmen und der Kaufkraft, mit propagandistischer bzw. reklamemäßiger Beeinflussung des Wähler- bzw. des Konsumentenwillens von oben her und mit dem sich dort abspielenden Kampf widerstreitender Wähler-, Partei-, Konsumenten- und Produzenteninteressen in eine Scheinwirklichkeit zu verwandeln, in der die maßgebenden Entscheidungen nicht oben, sondern unten getroffen werden und unter der Herrschaft des 'Gemeinwillens' ein 'maximales' Ergebnis in bezug auf die Willenserfüllung und Bedürfnisbefriedigung der Kollektivität zustande kommt." 7)

Die von den neoliberalen Theoretikern idealtypisch konstruierte Analogie der Entscheidungsprozesse am Markt und in periodisch stattfindenden Wahlen ist nicht nur untauglich für den Nachweis der historischen Zusammengehörigkeit von Demokratie und Kapitalismus, sondern wird selbst innerhalb der neoliberalen Theorie deshalb für den Nachweis der Interdependenz fragwürdig, weil zugleich die Einschränkung der politischen Souveränität der Massen ganz offen diskutiert wird. Die Vorbehalte gegen das Votum der Massen, die bekanntlich selbst Überlegungen einschließen, das allgemeine Wahlrecht zu revidieren, gehören ebenso zu diesen Einschränkungen wie die Begrenzung der Analogie auf individuelle Handlungen. Die Analogie zur Entscheidung am Markt bilden individuelle, nicht kollektive Entscheidungen. So wird das Marktmodell zwar auf die Wahl der politischen Repräsentanten übertragen, der Wettbewerb der Interessengruppen aber, der die staatliche Willensbildung zumindest ebenso

---

6) Albert, H.: Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Das ökonomische Argument in der ordnungspolitischen Debatte, a.a.O., 116.

7) Ebenda, 117.

wie die periodische Wahl beeinflusst, wird von der Analogie ausgenommen; denn der Staat sei nicht wie der Markt ein Ort der Auseinandersetzung<sup>8)</sup>. Die Reduzierung der demokratischen Entscheidungsprozesse auf nichtorganisierte Formen der politischen Auseinandersetzung muß die Gültigkeit der Interdependenzthese für gegenwärtige politische Verhältnisse beeinträchtigen.

"Demokratie kann nicht verstanden werden im Sinne der Transferierung eines amorphen allgemeinen Volkswillens durch Majoritätsbildung mit Hilfe von Wahlakten in politischen Staatswillen. Die politische Willensbildung vollzieht sich vielmehr in Gesellschaft und Staat jeweils durch ein verschiedenartig abgestimmtes Filtersystem." 9)

Schließlich führt die Identifizierung der freien Konsumwahl mit der Wirtschaftsdemokratie zur Aufweichung des Demokratiebegriffs. Der Primat der Konsumsphäre und dessen scheindemokratische Rechtfertigung ist allenfalls ein Surrogat einer demokratischen Gesellschaft; die freie Konsumwahl kann politische Teilhabe nicht ersetzen. Freiheit läßt sich nicht in den Kategorien des Konsums umschreiben, der die politischen und sozialen Freiheitsrechte nicht tangiert.

Dem restriktiven neoliberalen Demokratiebegriff entspricht es, daß die "Demokratie der Verbraucher" mit der Wirtschaftsdemokratie in eins gesetzt wird. Eine Ausdehnung politischer und ökonomischer Partizipation schließen beide Begriffe aus. Freilich sind die demokratischen Vorstellungen außer von den anthropologischen Prämissen entscheidend von den wirtschaftstheoretischen Imperativen her präjudiziert, das heißt, von der Festlegung auf die Alternative zweier Wirtschaftsordnungen, die jede die Unternehmerfreiheit einschränkende Veränderung der Betriebsstruktur, jede

---

8) Vgl. Kap.IV, 78.

9) Stammer, O.: Politische Soziologie und Demokratieforschung, a.a.O., 16.

in die Eigentumsverhältnisse intervenierende Aktivität des Staates als unvereinbar mit der Verkehrswirtschaft und folglich als Zentralverwaltungselemente erklären muß.

Obwohl die Interdependenzthese die Aufhebung der strikten Trennung von Staat und Gesellschaft scheinbar impliziert, hat die Analyse des neoliberalen Staatsbegriffs erwiesen, daß der Staat tatsächlich nicht im Kontext der gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Beziehungen interpretiert wird. Die Interdependenz wird rein formal, nicht dialektisch begründet; letztlich wird sie durch die einseitige Bindung des Staates an die marktwirtschaftliche Ordnungskonzeption wieder rückgängig gemacht, indem dem Staat nicht zugestanden wird, auch andere als die privatwirtschaftlichen Interessen zu vertreten.

Die Hoffnung auf den starken Staat, der die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft schafft, Monopole auflöst beziehungsweise wirksam kontrolliert, den Wettbewerb fördert und nicht mit marktinkonformen Instrumenten interveniert, ist der große Trugschluß der neoliberalen Theorie. Die unrealistische Bestimmung staatlicher Funktionen entlarvt die Ohnmacht der Theorie vor den faktischen Verhältnissen. Denn der Staat kann nicht der neutrale Schiedsrichter des Marktgeschehens sein. Er kann um so weniger neutral sein, je mächtiger die Sonderinteressen sind<sup>10)</sup>. Vom Staat, zumal vom demokratischen, kann die völlige Anpassung an die Privatwirtschaft nicht erwartet werden<sup>11)</sup>. Nicht nur, daß der Staat selbst aus außerökonomischen Gesichtspunkten in die Wirtschaftsprozesse eingreifen muß, weil "die auf dem Staatsgebiet zusammenlebenden Wirtschaftssubjekte eben mehr sind als bloße Wirtschafts-

---

10) Vgl. Perroux, F.: Feindliche Koexistenz?, a.a.O., 57.

11) Vgl. Andreae, C.A.: Neoliberalismus nach dem Wirtschaftswunder, in: Der Volkswirt Nr. 10 vom 8.3.1968, 26.

subjekte ..."<sup>12)</sup>, - auch kann die Teilnahme von Interessenorganisationen an ökonomischen Entscheidungen weder aufgehoben noch ihr Einfluß auf die staatliche Willensbildung und die Berücksichtigung ihrer Sonderwünsche verhindert werden. Andreae erklärt, warum es dem Neoliberalismus nicht gelungen sei, die Interessenorganisationen und den Staat in seine eigene Wirtschaftstheorie zu integrieren. Und zwar habe sich der Neoliberalismus

"zu einseitig auf das Begriffspaar von der Verkehrswirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft" gestützt. "Solange in unserem Weltbild nur zwei Wirtschaftstypen überhaupt denkbar sind, können Staat und organisierte Gruppen nur als Zentralverwaltungselemente gedacht werden. Als solche sind sie zwangsläufig unnachgiebig zu bekämpfen. In dieser Denkweise wurde in den Kampf gegen die Zentralverwaltung und gegen die Kartelle alles mit hineingezogen, was Staatseingriffe und Gruppenorganisation überhaupt war. Und die Neoliberalen gerieten alsbald in die ungute Position, fast gegen jede neue Maßnahme sich von vorneherein stellen zu müssen, denn Staat und Verbände haben seit der Mitte der 50er Jahre tatsächlich einen immer größeren Wirtschaftsbereich eingenommen." <sup>13)</sup>

Es gibt noch weitere Erklärungen. Die Vorstellung eines Staates, der sich völlig privatwirtschaftlichen Bedürfnissen anpaßt, ist an eine normative Ordnungsidee fixiert, die die Sozial- und Machtverhältnisse falsch interpretiert beziehungsweise überhaupt ignoriert. Obwohl die neoliberalen Theoretiker erkennen, daß die kapitalistische Entwicklung in ihrer Frühphase zu sozialem Elend, später zu einer zunehmenden Aufhebung der vollständigen Konkurrenz geführt hat, teilen sie nicht die Ansicht anderer Autoren<sup>14)</sup>,

---

<sup>12)</sup> Heller, H.: Staatslehre, a.a.O., 214.

<sup>13)</sup> Andreae, C.A.: Neoliberalismus nach dem Wirtschaftswunder, a.a.O., 26.

<sup>14)</sup> Vgl. z.B. bei Habermas, J.: Technik und Wissenschaft als "Ideologie", a.a.O., 75:

"Die Dauerregulierung des Wirtschaftsprozesses durch staatliche Intervention ist aus der Abwehr systemgefährdender Dysfunktionalitäten eines sich selbst überlassenen Kapitalismus hervorgegangen, dessen tatsächliche Entwicklung seiner eigenen Idee einer bürgerlichen Gesellschaft, die sich von Herrschaft emanzipiert und Macht neutralisiert, so offensichtlich zuwiderlief."

daß nur die fortwährende staatliche Intervention die systemgefährdende Entwicklung des Kapitalismus korrigieren kann. Vielmehr sollen die vorindustriellen Sozialverhältnisse restauriert werden, die die Arbeiter aus ihrer ausschließlichen Lohnabhängigkeit vom Kapitalbesitzer befreien und die die Notwendigkeit sozialstaatlicher Eingriffe einschränken. Das heißt: der Staat soll zwar eingreifen, aber nicht im Sinne eines Krisenmanagements, sondern mit dem Ziel, die alten Verhältnisse wieder herzustellen, die dann weitere Korrekturen überflüssig machen. Dabei unterschätzt der Neoliberalismus die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die die oligopolistische Verzerrung der Marktwirtschaft mitverantworten, und überschätzt die staatlichen Möglichkeiten, den Wettbewerb zu restaurieren. Der neoliberalen Forderung nach Auflösung der Monopole entspricht zwar heute eine größere Emanzipation des Staates gegenüber den ökonomisch Herrschenden als zu Zeiten des Liberalismus. Dennoch ist eine effektive Monopolbekämpfung und -kontrolle durch wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen auch heute vom Staat nicht zu erwarten. Nicht nur die fortschreitende Industrialisierung macht das zunehmend unmöglich. Die neolibérale Theorie verkennet zugleich, daß sich in den Gesetzen die Machtverhältnisse der Gesellschaft widerspiegeln. Recht wird von keiner unparteiischen moralischen Instanz geschaffen, vielmehr ist es der institutionalisierte Ausdruck der Ansichten und Interessen der herrschenden sozialen Gruppen. Da Aktiengesetze z.B., die die Konzentration begünstigen, nicht ohne den parlamentarischen und außerparlamentarischen Einfluß der Kapitalbesitzer formuliert werden, lassen sie sich nicht mit einem Appell an die wirtschaftspolitische Vernunft des Staates revidieren. Ebenso wenig wie der Staat den Wettbewerb garantieren kann, wenn sich die Mehrheit der Unternehmer nicht annähernd wettbewerbsgemäß verhält, kann er gegen den Widerstand der Unternehmermacht ökonomische

Machtpositionen mit Mitteln des Rechts auflösen.

Es sollte jedoch berücksichtigt werden, wann die neoliberalen Theorien entstanden sind. Die wesentlichen Arbeiten über Fragen des Wettbewerbs wurden in den 40iger und frühen 50iger Jahren verfaßt. Kriegszerstörungen und die folgenden Entflechtungsmaßnahmen der Alliierten sowie Erfahrungen aus der Weimarer Republik ließen die neoliberalen Theoretiker auf einen Neubeginn mit einer konsequenten Wettbewerbspolitik hoffen. Ihr Engagement für die westdeutsche Wirtschaftspolitik nach 1948 illustriert diese Erwartung. Aber spätestens das Versagen der CDU-Wirtschaftspolitik, eben das zu verwirklichen, was Bedingung der neoliberalen Theorie ist, nämlich ein effektives Instrument der Monopolkontrolle zu schaffen, entlarvte die trügerischen Hoffnungen der neoliberalen Theoretiker. Bekanntlich hatte das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) wenig Erfolg, die parlamentarische Hürde so zu nehmen, wie es den neoliberalen Vorstellungen entsprochen hätte<sup>15)</sup>. Die unzureichenden Maßnahmen der CDU-Politik sind sicher nicht der neoliberalen Theorie anzulasten; sie demonstrieren jedoch das Dilemma der Theorie, sobald sie mit der Praxis konfrontiert wird. Dann enthüllt sich die Theorie als Idealisierung des Kapitalismus, die von der Realität ein zweites Mal desavouiert werden muß, weil sich das Vertrauen darauf, daß sich der "starke" Staat aus seiner Verflechtung mit den Interessen der Oligopole und Monopole und anderer organisierter Gruppen zu lösen vermag, als ungerechtfertigt erweist. Wiewohl im Neoliberalismus die Funktionen des Staates innerhalb der Wirtschaftsordnung präzise bestimmt werden, stellt ihn

---

15) Vgl. dazu Huffs Schmid, J.: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1969, 143ff.

seine normative Bestimmung außerhalb von Wirtschaft und Gesellschaft<sup>16)</sup>.

Die Kompetenzen des Staates - den materiellen Ansprüchen der Massen nicht stattzugeben, Subventionen nur nach Maßgabe der Marktkonformität zu verteilen, Monopole aufzulösen oder zu kontrollieren, die Interessen des Kleinergewerbes zu unterstützen, - entsprechen nicht den Funktionen eines demokratischen Staates. Wenn das neoliberale Staatskonzept überhaupt zu realisieren ist, dann mit einem autoritär verfaßten Staat. Die Konzeption des starken Staates stellt die Aussage der Interdependenzthese in Frage, Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen. Die staatlichen Funktionen werden zudem zu offensichtlich aus der ökonomischen Theorie präjudiziert, als daß irgendein Spielraum für eine eigenständige politische Theorie bliebe. Es wird eine monokausale Beziehung zwischen Staat und Wirtschaftsordnung unterstellt, die die komplexeren Beziehungen zwischen ökonomischen und politischen Machtstrukturen aufhebt oder neutralisiert und die Systemadäquanz zwischen der ökonomischen und der politischen Verfassung auf formale Struktur analogien reduziert. Gesellschaftliche Widersprüche werden mit Ordnungs- und Funktionsprinzipien überspielt.

Zwei Einwände lassen sich gegen die Interdependenzthese erheben: sie beschränkt die Interdependenz auf eine rein organisatorische Analogie, und sie definiert die staatlichen Funktionen in zu enger Anlehnung an eine modellhafte Vorstellung von der Marktwirtschaft. Die Begründung der Inter-

---

16) Downs hat auf diesen häufig anzutreffenden Irrtum der Nationalökonomien verwiesen, die sich bemühten, den Staat in die ökonomische Theorie einzubeziehen, ihn aber unrealistisch definierten, so daß er, obwohl er in das ökonomische System einbezogen werde, schließlich aus dem System doch herausfalle (vgl. An Economic Theory of Democracy, a.a.O., 280).

dependenz reicht nicht aus, mit ihr zugleich den größeren Freiheitsgrad und die größten Möglichkeiten zur Entfaltung der Menschenwürde aller Individuen gegenüber jeder anderen politischen und ökonomischen Konstellation nachzuweisen. Konfrontiert man diesen Anspruch mit der Gesellschaftskritik und ihren Prämissen, dann wird er vollends fragwürdig. Ebenso ist die suggerierte Entwicklung der Gesellschaft in den Totalitarismus abzulehnen, falls sich nicht alle gesellschaftlichen Sektoren in die vom Neoliberalismus entworfene Konzeption einfügen. Nach der sogenannten Kettenreaktionsthese, die aus der Interdependenzthese resultiert, führt die Sozialisierung schon eines einzigen wirtschaftlichen Bereichs letztlich zur totalen Planung und damit zum Verlust jeder Freiheit. Albert zufolge läßt sich dieses Dogma weder durch ad hoc konstruierte Modelle noch durch historische Erfahrung beweisen<sup>17)</sup>.

#### b) Interdependenzdenken und Demokratieforschung

Die Kritik an der neoliberalen Interdependenzthese sagt nichts über den historischen Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus jenseits der neoliberalen Begründung aus. Sie demonstriert jedoch, daß es der neoliberalen Theorie nicht gelingt, eine zwingende Parallelität der demokratischen und kapitalistischen Entwicklung im 20. Jahrhundert mit ihrem Ansatz theoretisch nachzuweisen. Denn ihre Interdependenzthese gilt, löst man sie von der abstrakten Gleichsetzung politischer und ökonomischer Verfassungsstrukturen, für eine theoretisch wie historisch nicht länger bestehende gesellschaftliche Situation. Sie gilt in einer liberalen Marktgesellschaft mit geringem Industrialisierungsgrad und einer Honoratiorenherrschaft. Das wird

---

17) Vgl. Albert, H.: Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Das ökonomische Argument in der ordnungspolitischen Debatte, a.a.O., 133f.

auch durch den Staatsbegriff bestätigt, mit dem ein veraltetes Leitbild der bürgerlichen Gesellschaft tradiert wird, das weder Monopole noch die Massen und ihren möglichen politischen Einfluß kennt. Die "stark auf das vergangene 19. Jahrhundert ausgerichtete Grundhaltung" des Neoliberalismus<sup>18)</sup> verhindert die realitätsangemessene Verarbeitung der veränderten Formen der Vergesellschaftung.

Die neoliberale Theorie begründet mit ihrer Interdependenzthese nachträglich die geschichtliche Zusammengehörigkeit zwischen der liberalen Demokratie und der liberalen Marktwirtschaft - falls es einer solchen Begründung überhaupt noch bedarf. Den Zusammenhang zwischen der Demokratie und den Sozial- und Wirtschaftsstrukturen unter den Bedingungen des organisierten Kapitalismus und des Sozialstaats dagegen kann die Interdependenzthese nicht klären. Für die moderne Demokratieforschung ist der neoliberale Ansatz unbrauchbar. Die neoliberale Theorie verschließt sich durch ihre Methode, die Konformität der politischen und der ökonomischen Verfassung idealtypisch nachzuweisen, den Zugang zu den konkreten Fragen der Überlebenschancen der Massendemokratie. Da die idealtypischen Begriffe sich historisch an der liberalen Marktgesellschaft orientieren, lassen sich die neueren sozialen und ökonomischen Entwicklungen mit ihnen nicht deuten, sie führen vielmehr weitgehend zu deren Ablehnung. Indem der Neoliberalismus Ordnungsformen konstruiert und diskutiert, idealisiert er die Verhältnisse im Kapitalismus, die tatsächlich entscheidend durch Beziehungen der Macht zwischen den ökonomisch und politisch Herrschenden geprägt sind. Aus der neoliberalen Ordnungskonzeption fallen diese Beziehungen heraus, so als könnte mit der Realisierung neoliberaler Ordnungsvorstellungen der Anspruch der bürger-

---

18) Seidel, B.: Industrialismus und Kapitalismus. Sozialistische und institutionelle Wandlungen einer Wirtschaftsform, Meisenheim 1955, 413.

lichen Gesellschaft, sich von Herrschaft zu emanzipieren und Macht zu neutralisieren<sup>19)</sup>, verspätet doch noch eingelöst werden.

Die neoliberale Theorie kann zur Demokratieforschung aber auch deshalb nichts beitragen, weil ihre politischen Ansichten von aristokratisch-elitären Vorstellungen bestimmt sind, die zur Definition eines restriktiven Demokratiebegriffs mit ausgeprägt massenfeindlichen Zügen geführt haben. Dieser Begriff samt seinen Prämissen und gesellschafts-politischen Empfehlungen ist für eine Demokratieforschung inakzeptabel, die neben den bürgerlichen Freiheitsrechten an sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung als Prinzipien der Demokratie und als Maßstab ihrer Analysen festhält. Angesichts der neoliberalen Theorie ist die Alternative,

"daß der bürgerliche Rechtsstaat entweder den liberalen zu einem sozialen Rechtsstaat entfaltet und Demokratie als eine soziale verwirklicht - oder am Ende wiederum in die Formen eines autoritären Regimes zurückfällt"<sup>20)</sup>, besonders aktuell. Zwar droht die Gefahr einer autoritären Entwicklung nicht von der neoliberalen Theorie, die offensichtlich nicht nur im Fach, sondern auch bei den Praktikern der Wirtschaftspolitik und in den Kreisen der Industrie an Bedeutung verliert. Vielmehr deuten die politischen Implikationen der Theorie in diese Richtung, die von der CDU rezipiert und weiterentwickelt wurden. In einem Exkurs sollen diese politischen Konsequenzen der neoliberalen Theorie abschließend aufgezeigt werden.

---

19) Vgl. Habermas, J.: Technik und Wissenschaft als "Ideologie", a.a.O., 75.

20) Ders.: Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, a.a.O., 17.

Exkurs: Gesellschaftliche und politische Konsequenzen  
der neoliberalen Theorie: Von der Sozialen  
Marktwirtschaft zur Formierten Gesellschaft

Die Orientierung der neoliberalen Vorschläge zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft an einer vergangenen Periode der bürgerlichen Gesellschaft stand zunächst nicht in offenem Widerspruch zur gesellschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands. Wenn angesichts der Veränderungen im Kapitalismus heute die Frage aufkommt, wie die neoliberale Konzeption je das offizielle Wirtschaftsprogramm der CDU, die gewiß auch eine Partei der Großindustrie ist, entscheidend beeinflussen konnte, so ist eine Antwort für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg nicht schwer zu finden. Der Neoliberalismus hat sehr wahrscheinlich jene Legitimationslücke gefüllt, die nicht nur durch die Kapitalismuskritik seit Marx theoretisch entstanden war, sondern die auch praktisch augenscheinlich wurde. Vor allem die Weltwirtschaftskrise löste einen tiefgreifenden Schock aus, der das Bedürfnis nach Anweisungen für die Steuerung der Konjunkturzyklen entstehen ließ. Die zwei sich damals abzeichnenden Reaktionen sind bis heute grundsätzlich erhalten geblieben. Mit dem Namen von Keynes sind jene Versuche verbunden, den Kapitalismus mit neuartigen, in der liberalen Theorie nicht vorgesehenen Instrumenten zu sanieren, die sich inzwischen zu einer "Regulierung" des organisierten Kapitalismus durch die Kooperation von Staat, Unternehmen und Verbänden entwickelt haben<sup>21)</sup>. Daneben setzten sich die Anstrengungen

---

21) In der Bundesrepublik geben die Konzertierte Aktion, die Mittelfristige Finanzplanung, das Gesetz zur Förderung der Stabilität des Wachstums der Wirtschaft und die Finanzreform Hinweise auf die Stabilisierungsversuche. Vgl. dazu Hufschmid, J.: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, a.a.O., 114.

fort, erneut Bedingungen aufzuzeigen und Vorschläge zu formulieren, die die Idee der Wettbewerbswirtschaft wieder mit der kapitalistischen Wirklichkeit in Einklang bringen sollten. Zu dieser Richtung zählte seit den dreißiger Jahren der Neoliberalismus. Die Chance, seine Ansichten an der Realität zu erproben, eröffnete sich nach dem 2. Weltkrieg mit der Aufgeschlossenheit führender Politiker der CDU, vor allem der Ludwig Erhards, für den neoliberalen "Dritten Weg". Die neoliberale Theorie bot sich an, den ideologischen Nachholbedarf der kapitalistischen Wirtschaft zu befriedigen. Sie zeigte einen Ausweg, am Kapitalismus festzuhalten und ihn zugleich zu idealisieren, indem sie eine Möglichkeit zu weisen schien, die politische und ökonomische Macht der Monopole und Oligopole einzudämmen. Die Kriegszerstörungen und die Entflechtungsmaßnahmen der Alliierten unterstützten zunächst die Vorstellung, der vollständige Wettbewerb und mit ihm eine mittelständisch strukturierte Wirtschaft könnten restauriert werden. Gleichzeitig berücksichtigte eine solche Wirtschaftspolitik die Absicht der amerikanischen Politik, die deutsche Industrie empfindlich zu schwächen, um ungestört von deutscher Konkurrenz den Kapitalexport nach Europa zu erweitern<sup>22)</sup>.

Im Laufe der sozialen und ökonomischen Konsolidierung zeigte sich jedoch, daß die "Soziale Marktwirtschaft" die Restauration der alten deutschen Sozial- und Eigentumsverhältnisse vor 1945 verschleierte<sup>23)</sup> - trotz ihres Anspruchs, den "Dritten Weg" jenseits von Kapitalismus und Sozialismus einzuschlagen. Zugleich erwies sie sich als unangemessen für die "Regulierung" einer zunehmend erneut nicht vom Wettbewerb, sondern von der Aufhebung des Wettbewerbs ge-

---

22) Vgl. Huffscheid, J.: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, a.a.O., 143f.

23) Vgl. Abendroth, W.: Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, a.a.O., 15.

kennzeichneten Wirtschaftsstruktur<sup>24)</sup>.

Doch obwohl mit einer an der "Sozialen Marktwirtschaft" orientierten Wirtschaftspolitik die Monopolisierungsbestrebungen der Industrie nicht verhindert werden konnten, ist die Konzeption selbst bis zum heutigen Tag als ideologische Stütze nicht fallengelassen worden. Die in ihr enthaltene Idealisierung der Wettbewerbswirtschaft entspricht dem in der Öffentlichkeit weiter vorgetragenen Selbstverständnis der Unternehmer, auch wenn sie längst nicht mehr dem Bild des den Wettbewerb nicht scheuenden, Innovationen schaffenden und risikobereiten Unternehmers aus der Frühphase des Kapitalismus gleichen. Die Verfälschung der neoliberalen Absichten ergibt sich jedoch mit einer gewissen zwingenden Notwendigkeit. Da die erreichte Stufe technologischer Entwicklung den neoliberalen Theoremen widersprechen muß, können sie nur noch apologetisch wirken. Nicht nur die Inanspruchnahme seitens der Industriellenverbände verdeutlicht diese rechtfertigende Funktion. Die Vermischung der ökonomischen Theorie mit einem politischen Glaubensbekenntnis<sup>25)</sup>, daß nämlich nur die kapitalistische Unternehmerwirtschaft Freiheit und Demokratie

---

24) "Die Konzentration hat den ideologischen Schleier über der Wirtschaft gelüftet und den Durchblick auf die realen Verhältnisse freigegeben. Ungetrüb von der Fiktion sich gegenseitig neutralisierender und zum Nutzen des Verbrauchers kompensierender Interessen bietet sich die Privatwirtschaft nun auch organisatorisch als System von Kapitalblöcken dar, deren Interessen auf Selbsterhaltung, Selbsterweiterung und Rentabilität statt auf optimale Versorgung der Bevölkerung gerichtet und in der gegenwärtigen Entwicklungsphase besser durch eine gemeinsame Strategie als durch den Konkurrenzkampf zu verwirklichen sind. Die Industrie, die sich zu einer oder mehreren Aktionseinheiten zusammenschließt, kann und will sich nicht mehr auf den 'Sozialisierungsmechanismus' des 'schöpferischen Wettbewerbs' berufen." Huffs Schmid, J.: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, a.a.O., 109f.

25) Vgl. Seidel, B.: Industrialismus und Kapitalismus. Sozialistische und institutionelle Wandlungen einer Wirtschaftsform, a.a.O., 409.

garantiere, liefert ein Argument, auf das in der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem nicht verzichtet werden kann. Zugleich läßt es sich gegen Reformen nach innen verwenden, die die Position des Unternehmers irgendwie anzutasten beabsichtigen.

Die CDU registrierte die ökonomischen Wandlungen durchaus, die eine neue wirtschaftspolitische Konzeption verlangten. Erhard arbeitete ein Konzept aus, das sowohl stärker als die "Soziale Marktwirtschaft" die Bedürfnisse der Industrie berücksichtigte als auch die Weichen für eine Kooperation der gesellschaftlichen Gruppen stellte<sup>26)</sup>. Gemeint ist die von Ludwig Erhard zum ersten Mal 1965 in Düsseldorf auf dem CDU-Bundesparteitag proklamierte und erläuterte Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zur Formierten Gesellschaft. Mit der Formierten Gesellschaft wird Müller-Armacks Forderung erfüllt, daß die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, soll sie keine rückwärtsgewandte Ideologie sein, die Großorganisationen und die Konzentration akzeptieren müsse<sup>27)</sup>. Das bedeutete indessen keinen Verzicht auf die Wettbewerbsgesetzgebung, die die restriktiv-monopolistische Marktbeherrschung weiterhin hemmen soll. Die Anpassung an die vom organisierten Kapitalismus geschaffenen Realitäten läßt sich daran illustrieren, daß Strukturreformen in der Bildungspolitik, im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und der Infrastruktur, der Sozialpolitik gefördert werden sowie Maßnahmen zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Wachstum und zur Stabilisierung der Währung<sup>28)</sup>. Für Müller-Armack hat die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft begonnen: nachdem mit dem wirtschaftlichen

---

26) Vgl. Huffscheid, J.: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, a.a.O., 111ff.

27) Vgl. Müller-Armack, A.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg 1966, 274.

28) Vgl. ebenda, 275ff.

Aufschwung die Güterversorgung gesichert sei, müsse jetzt "die sinnvolle und lebensgemäße Gestaltung der gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt"<sup>29)</sup> folgen<sup>30)</sup>. Denn dem vereinzelt Individuum in der "klassenlosen Gesellschaft"<sup>31)</sup> müsse neuer Halt geboten werden:

"In der labil gewordenen Situation einer klassenlosen Gesellschaft bedarf es des Einbaus gesellschaftlicher Stabilisatoren, das heißt von Einrichtungen, die geeignet sind, den in die Vereinzelung gedrängten Menschen unserer Zeit das Bewußtsein und die objektive Sicherung in einer ganzheitlichen gesellschaftlichen Konzeption zu geben." 32)

Die von Müller-Armack zunächst noch vage bestimmte Aufgabe der Gesellschaftspolitik -

"Aufgabe der Gesellschaftspolitik muß es sein, für diese Verfassung unserer Gesellschaft eine Integrationsformel zu geben, die zwar Divergenzen, Konflikte und Gegensätze weder ausschließt noch endgültig zu überwinden verspricht, die aber doch gestaltend eingreift, um ein Maximum an Spannungen zu binden und eine realistische Basis der Gemeinsamkeiten aufzuzeigen." 33) -,

wird von Erhard präzisiert: diese Integrationsformel besteht in der Formierung aller gesellschaftlichen Gruppen unter das "Gemeinwohl". Die Konzeption der Formierten Gesellschaft ergänzt die Soziale Marktwirtschaft im gesellschaftspolitischen Bereich:

"Sie (die Formierte Gesellschaft, d.Verf.) muß und sie wird sich ... aus der Sozialen Marktwirtschaft, aus ihren Prinzipien und Grundsätzen herausentwickeln. Allein mit der Technik der Sozialen Marktwirtschaft kommen wir heute nicht mehr weiter, sondern wir müssen ihr mehr und mehr gesellschaftspolitische Züge verleihen, um damit auch das ganze soziale Leben - ich meine aller Menschen unseres Volkes - in einen wohlgegliederten und aufeinander abgestimmten Prozeß einzuordnen." 34)

---

29) Müller-Armack, A.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, a.a.O., 265.

30) Vgl. ebenda, 262ff.

31) Indizien der "klassenlosen Gesellschaft" sind, Müller-Armack zufolge, die Entproletarisierung und die Demokratisierung des Konsums (vgl. ebenda, 271).

32) Ebenda, 272.

33) Ebenda, 302.

34) Erhard, L.: Gesamtpolitische Ziele, in: Was müssen wir für die freie Welt tun?, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 24, Ludwigsburg 1965, 103.

Mit dieser Forderung wird an den Neoliberalismus angeknüpft, der stets betont hat, daß die Marktwirtschaft auf die ihr entsprechende Gestaltung von Staat und Gesellschaft verwiesen sei. Die Konzeption der Formierten Gesellschaft bedeutet daher keinen Bruch mit den politischen Ideen der neoliberalen Theorie. Wenn sich die neoliberalen Autoren an der Formulierung dieses Programms auch nicht mehr beteiligten, steht es doch im Einklang mit ihren politischen Absichten. Dennoch mußte es sich nicht zwingend aus der neoliberalen Theorie ergeben. So ist der Neoliberalismus nicht für die Entwicklung einer Politik verantwortlich, die er zunächst durch seine Schriften beeinflusste. Doch sind die gesellschaftlichen Ziele der Formierten Gesellschaft auch Folgen neoliberaler Vorschläge, freilich auf einer Stufe, die den Erfordernissen des fortgeschrittenen Kapitalismus angepaßt ist.

Mit der Formierten Gesellschaft kündigt sich die dritte Phase der westlichen Industriegesellschaften an<sup>35)</sup>. Ihre erste Phase, die Klassengesellschaft, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche im Klassenkampf zuspitzten, wurde von der zweiten Phase, der pluralistischen Gesellschaft, abgelöst. In dieser Phase kapitalistischer Entwicklung lassen die offenen Klassenauseinandersetzungen nach. Aufgrund hoher Produktivität und allgemein verbreiteten Wohlstands sind die sozialen Konflikte des 19. Jahrhunderts objektiv überholt, was die geringe Streikhäufigkeit in Deutschland und der geringe Anklang, den "soziale Ideologien"<sup>36)</sup> finden, beweisen. Gleichwohl setzen sich

---

35) Vgl. hierzu und zum folgenden: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Die Formierte Gesellschaft. Ludwig Erhards Gedanken zur politischen Ordnung Deutschlands. Reden und Interviews des Bundeskanzlers und bemerkenswerte Stellungnahmen, o.J. (im folgenden zitiert: Die Formierte Gesellschaft).

36) Ebenda, 45.

die "alten" Widersprüche im Streit um die Aufteilung des Sozialprodukts fort. Die nur ihre eigenen Ziele egoistisch verfolgenden Interessengruppen begründen einen "Gesellschaftspluralismus", der die Gesellschaft in rivalisierende Gruppen spaltet. Der Ausbeutung durch die Interessengruppen sind aber Staat und Gesellschaft nicht länger gewachsen<sup>37)</sup>. Das einseitige Streben der Interessengruppen nach erhöhtem Konsum erschwert die Realisierung gesamtgesellschaftlicher Ziele, die ein Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen verlangt. Daher wird - schließlich als dritte Phase - die Vorstellung einer formierten Gesellschaft entworfen, in der sich "die partikulären Interessen aller Art in übergeordnete politische Entscheidungen ein...ordnen"<sup>38)</sup>. Die "Formierung" der Gesellschaft ist auf die Überwindung der kollidierenden Interessen und auf ihre Integration zu einer am "Gemeinwohl" orientierten Kooperation gerichtet. Diese Einordnung soll sich freiwillig, durch Einsicht und Erkenntnis für die auf jeden einzelnen "zukommende Verpflichtung"<sup>39)</sup> für das "Ganze" vollziehen.

"Was heißt also dann: 'Formierte Gesellschaft'? Es heißt, daß diese Gesellschaft nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern daß sie, fernab aller ständestaatlichen Vorstellungen, ihrem Wesen nach kooperativ ist, das heißt, daß sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruht. Diese Gesellschaft, deren Ansätze im System der 'Sozialen Marktwirtschaft' bereits erkennbar sind, formiert sich nicht durch autoritären Zwang, sondern aus eigener Kraft, aus eigenem Willen, aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit." 40)

In der Formierten Gesellschaft löst die "Leistungsgemeinschaft", die "auf dem Prinzip einer die bisherigen sozialen

---

37) Vgl. Erhard, L.: Gesamtpolitische Ziele, a.a.O., 98.

38) Ebenda, 101; ebenso Die Formierte Gesellschaft, a.a.O., 24.

39) Erhard, L.: Gesamtpolitische Ziele, a.a.O., 101.

40) Die Formierte Gesellschaft, a.a.O., 9.

Gegensätze überspannenden Solidarität<sup>41)</sup> beruht, die Klassengesellschaft ab. In der Leistungsgemeinschaft wird den Interessengruppen zwar nicht jede Berechtigung zur Vertretung partikularer Ziele abgesprochen, die Gemeinwohlorientierung muß aber in jedem Fall dominieren<sup>42)</sup>.

"Die Verbände innerhalb unserer Gesellschaft dürfen sich nicht nur in der Wahrnehmung eigener Interessen erschöpfen. Die Gemeinschaft bedarf wohl der Mitarbeit dieser Verbände und ihres Sachverstandes zur Bewältigung der eigenen Aufgaben und zur Erreichung ihrer Ziele. Ihre subjektiven Vorstellungen haben sich aber den Erfordernissen der Gemeinschaft ein- oder auch unterzuordnen; d.h., sie dürfen den Staat - mit welchen Mitteln auch immer - nicht beherrschen wollen." 43)

Die Beurteilung des Pluralismus folgt der Gegenüberstellung von Gesellschaft und Gemeinschaft. Die Gliederung in Familie und Nachbarschaft, in Gemeinschaften, regionale Einheiten und in Leistungsgruppen in der Volkswirtschaft wird als "naturbedingter" Pluralismus verstanden und akzeptiert. Diese "naturbegründeten Gesellschaftsgebilde" konstituieren einen "Ordnungs"- oder "organischen" Pluralismus<sup>44)</sup>, an dem sich der "Gesellschaftspluralismus", der nicht zur Integration, sondern zur Konfrontation gesellschaftlicher Gegensätze führt, orientieren sollte. Um den zerstörerischen Pluralismus zu überwinden, sollen die sozialen Gruppen in den Staat integriert und an das Gemeinwohl gebunden werden<sup>45)</sup>.

Der neoliberalen Theorie widersprechen diese Deutung der gesellschaftlichen Entwicklung und die Forderung nach der Überwindung des Pluralismus in der formierten Gemeinschaft aller Staatsbürger nicht<sup>46)</sup>. Auch die Forderung nach einer

---

41) Die Formierte Gesellschaft, a.a.O., Vorwort, 4.

42) Vgl. ebenda, 25f., 31f.

43) Ebenda, 36.

44) Vgl. ebenda, Vorwort, 5.

45) Vgl. ebenda, 42.

46) Die Tendenzen zu einer Formierung unter ein unterstelltes Gemeinwohl, die sich aus der Pluralismuskritik des Neoliberalismus herleiten lassen, sind in den Arbeiten Hayeks nicht enthalten. Dessen emphatischer Einsatz für die liberalen Werte des 18. und 19. Jahrhunderts immunisiert ihn gegenüber autoritär strukturierten Entwicklungen des Staates.

Reform der Demokratie, das heißt vor allem nach größerer Autonomie des Parlaments gegenüber Einflüssen von Interessengruppen, die als Abschaffung der pluralistischen Demokratie interpretiert worden ist<sup>47)</sup>, kann als Implikation neoliberaler Pluralismuskritik begriffen werden.

Gleichwohl unterscheidet sich die Formierungskonzeption vom Neoliberalismus. Während der Neoliberalismus mit der Überwindung des Pluralismus vorindustrielle Herrschaftsformen wiederbeleben will und sich an einer vordemokratischen Gesellschaft orientiert, beginnt für die Konzeption der Formierten Gesellschaft mit der Überwindung des Pluralismus die "nachdemokratische Gesellschaftsordnung der Zukunft"<sup>48)</sup>. Mit der Formierungskonzeption werden die Ansätze der Kooperation von Staat, Unternehmern und Verbänden zur Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft ratifiziert. Anders als die neoliberale Theorie, die die Korrektur der oligopolistisch verzerrten Ökonomie mit den Instrumenten der liberalen Theorie empfiehlt, wird mit der Formierten Gesellschaft ein Programm der Systemstabilisierung entwickelt, das sowohl die modernen politischen Techniken der Demoskopie und der umfassenden Informationsmöglichkeiten durch die Kommunikationsmedien in den Dienst von Regierung und Parlament als auch Finanzierungsmöglichkeiten für die Sozialinvestitionen und die Infrastrukturpolitik über ein "Deutsches Gemeinschaftswerk" bereitstellen soll.

"Ergebnis dieser Formierung muß sein ein vitales Verhältnis zwischen sozialer Stabilität und wirtschaftlicher Dynamik, die Konzentration auf eine fortdauernde Erhöhung der Leistung, die Sicherung einer expansiven Weiterentwicklung der Wirtschaft sowie auf die Förderung

---

47) Vgl. Opitz, R.: Der große Plan der CDU: die "Formierte Gesellschaft", Reihe Argumente zur Zeit (17), Sonderdruck aus Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 9/1965, 9, 13.

48) Ebenda, 13.

und Nutzbarmachung des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts. Es ist eine Gesellschaft des dynamischen Gleichgewichts." 49)

Aus dem Formierungsprozeß wird indessen die Wirtschaft ausgeklammert<sup>50)</sup>, wodurch sich die Formierung als eine Unterordnung unter die Interessen der Industrie erweist<sup>51)</sup>. Die Konzeption der Formierten Gesellschaft hat die Konsequenz aus der neoliberalen Interdependenzthese gezogen, die den Staat auf die Garantie der Privatwirtschaft festlegen will. Opitz zufolge werden in der Formierungskonzeption die Marktwirtschaft und ihre Interessen "zu dem für alle Bereiche der Politik geltenden obersten Maßstab" verabsolutiert<sup>52)</sup>. Dennoch - und darin ist Opitz zu widersprechen - kann man aus der Konzeption der Formierten Gesellschaft keine Verschwörung des Staates mit der Großindustrie herauslesen. Es ist die Konzeption einer an der Systemstabilisierung orientierten Kooperation im fortgeschrittenen Kapitalismus, die nicht auf die ökonomisch Herrschenden in der herkömmlichen Interpretation begrenzt ist. Obwohl die Aufrechterhaltung der privaten Kapitalverwertung als "restriktive" Bedingung fungiert, damit kapitalistische Interessen dominieren, stehen Staat und Gesellschaft doch nicht unter dem Diktat der Großindustrie. Aber die Möglichkeit eines Griffs der Wirtschaftskreise nach größerem politischen Einfluß, nach mehr politischer Macht bleibt.

Die Formierte Gesellschaft erscheint als

"eine endgültige Fixierung des 'sozialtemperierten Kapitalismus', in dem alle Gruppen in ihre proportionalen Grenzen formiert sein sollten, außer der von Privatunternehmen geleiteten Wirtschaft. Die 'Formierte Gesellschaft'

---

49) Die Formierte Gesellschaft, a.a.O., 9f.

50) Vgl. bei Opitz, R.: Der große Plan der CDU: die "Formierte Gesellschaft", a.a.O., 10.

51) Vgl. ebenda, 10.

52) Ebenda, 14.

friert die einmal erreichten Machtverhältnisse der Großgruppen ein und sichert sie vor relativen Veränderungen."53)

Mit der Formierungskonzeption wird der Anspruch erhoben, ein Beispiel für andere Völker und für ein vereinigtes Europa zu setzen und zugleich den Sozialismus "ideologisch und politisch auf(zu)zehren"54). Die Notwendigkeit der Formierung ergibt sich "als soziologische Gesetzmäßigkeit aus der Entwicklung der Industriegesellschaft" und als Antwort auf die Bedrohung des Westens durch den Kommunismus55).

Auch diese Forderung nach der Mobilisierung der Bevölkerung gegenüber dem Kommunismus eint die Formierungskonzeption mit der neoliberalen Theorie. Wie Hahn gezeigt hat, weist die Absicht, die kapitalistische Gesellschaft gegenüber dem Sozialismus zu immunisieren, eine lange konservative Tradition vor56). Die Entschlossenheit, die kapitalistische Gesellschaft zu verteidigen, läßt sich nach innen gegen die soziale Emanzipation der Massen mit friedlichen Mitteln demonstrieren - durch die Betonung der Harmonie der Klasseninteressen und durch den Appell an die Einsicht in das allgemeine Interesse57). Spätestens wenn die politischen Institutionen der Demokratie, die es den Massen theoretisch ermöglichten, die Sozial- und Eigentumsverhältnisse umzugestalten, die private Verfügung über die Produktionsmittel nicht länger verbürgen können, besteht die Gefahr handfesterer autoritärer Reaktionen58). Die Warnungen vor einem autoritären Umschlag der Demokratie scheinen berech-

---

53) Skriver, A.: Jahrestag eines Begriffes, in: Frankfurter Rundschau vom 1.4.69.

54) Die Formierte Gesellschaft, a.a.O., 10f.

55) Vgl. ebenda, 19.

56) Vgl. Hahn, M.: Faschismus im veränderten Aufzug? Hinweis auf Literatur über die "Formierte Gesellschaft", in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 10 (1968), 306ff.

57) Vgl. ebenda, 307.

58) S. dazu Kap.I.

tigt, solange immer wieder versucht wird, mit Konzeptionen wie der Formierten Gesellschaft autoritäre Herrschaftsformen zu legitimieren und alle gesellschaftlichen Gruppen in gemeinsamer Abwehr gegenüber der Gefahr einer sozialistischen Transformation zu integrieren. Noch sind es nur ideologische Reaktionen, und im Fall der Formierten Gesellschaft handelt es sich um eine Konzeption, die zur Zeit nicht offiziell vertreten wird. Von ihrem Inhalt haben sich ihre Anhänger jedoch niemals distanziert; es scheint nicht ausgeschlossen, daß sie wieder hervorgeholt werden kann.

Der Neoliberalismus hat an solchen ideologischen Reaktionen mitgewirkt. Wenn er auch am liberalen Rechtsstaat festhält und gewiß kein so unverhülltes Programm wie die Formierungskonzeption zur Beseitigung der pluralistischen Struktur der Gesellschaft entworfen hat, enthält er doch ausgesprochen autoritäre politische Vorstellungen. Wie alle bürgerlich-konservativen Theorien hat die neoliberale autoritäre Reaktionsweisen auf die Forderungen der Massen nach politischer Teilhabe, Bildung, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit entwickelt.

## Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang: Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: Sultan, Herbert/Abendroth, Wolfgang: Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie, Hannover und Frankfurt/M. 1955.
- : Staatsverfassung und Betriebsverfassung, in: Sultan, Herbert/Abendroth, Wolfgang: Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie, Hannover und Frankfurt/M. 1955.
- : Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1965.
- Agartz, Viktor: Zur Situation der Gewerkschaften im liberal-kapitalistischen Staat, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3 (1952), 464 - 469.
- Agnoli, Johannes: Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 8 (1966), 449 - 461.
- / Brückner, Peter: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt/M. 1968.
- Aktionsprogramm der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, in: Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 1, Köln 1958, 29 - 48.
- Albert, Hans: Ökonomische Ideologie und politische Theorie. Das ökonomische Argument in der ordnungspolitischen Debatte, Göttingen 1954.
- Altvater, Elmar: Rationalisierung und Demokratisierung. Zu einigen Problemen der neuen ökonomischen Systeme im Sozialismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 8 (1966), 265 - 289.
- Andreae, Clemens August: Neoliberalismus nach dem Wirtschaftswunder, in: Der Volkswirt Nr. 10 vom 8.3.1968, 26 - 27.
- Baran, Paul A.: Unterdrückung und Fortschritt. Essays, Frankfurt/M. 1966.
- Barth, Hans: Der konservative Gedanke. In ausgewählten Texten dargestellt, Stuttgart 1958.
- Bayer, Hans: Dogma und Wirklichkeit der Marktwirtschaft, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 13 (1962), 534 - 539.
- von Beckerath, Erwin: Walter Euckens Grundsätze der Wirtschaftspolitik, in: ORDO 5 (1953), 289 - 297.
- von Beckerath, Herbert: Politische und Wirtschaftsverfassung, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 56 (1932), 258 - 276.

Behrendt, Richard: Wirtschaft und Politik im "reinen Kapitalismus". Zur Problematik des Zusammenhanges zwischen Politik und Wirtschaft, in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 57 (1933), 223 - 245.

-: Wirtschaft und Politik in der "kapitalistischen" Wirklichkeit. Zur Problematik des Zusammenhanges zwischen Politik und Wirtschaft II, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 57 (1933), 337 - 372.

Bergmann, Joachim: Konsensus und Konflikt. Zum Verhältnis von Demokratie und industrieller Gesellschaft, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 9 (1967), 41 - 59.

-, Brandt, G., Körber, K., Mohl, E.T., Offe, C.: Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung, in: Adorno, Th.W. (Hg.): Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages, Stuttgart 1969.

Böhler, Eugen: Nationalökonomie. Grundlagen und Grundlehren, 5.A., Zürich 1964.

Böhm, Franz: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, Tübingen 1950.

-: Die Idee des ORDO im Denken Walter Euckens, in: ORDO 3 (1950), XV - LXIV.

-: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb, in: ORDO 4 (1951), 21 - 250.

-: Die Aufgaben der freien Marktwirtschaft, Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, Heft 14, München 1951.

-: ... den vollständigen Leistungswettbewerb, in: Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 2, Bad Nauheim 1954, 29 - 44.

-: Die vier Säulen der Freiheit, in: Was muß die freie Welt tun?, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 13, Ludwigsburg 1959, 40 - 59.

-: Demokratie und ökonomische Macht, Sonderdruck aus "Kartelle und Monopole im modernen Recht", Karlsruhe 1961.

-: Privilegien-Gesellschaft und Interventionen-Demokratie als Zerrformen der Freiheit, in: Was müssen wir für die freie Welt tun?, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 24, Ludwigsburg 1965, 74 - 91.

Carr, Edward Hallett: Die neue Gesellschaft. Aspekte der Massendemokratie, Frankfurt/M. 1968.

Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.

-: Fällig: Reform des Bonner Systems. Kein Vorschlag darf tabu sein, in: DIE ZEIT Nr. 50 vom 15.12.1967.

Dobb, Maurice: Organisierter Kapitalismus. Fünf Beiträge zur politischen Ökonomie, Frankfurt/M. 1966.

Dörge, Friedrich-Wilhelm: Menschenbild und Institution in der Idee des Wirtschaftsliberalismus bei A.Smith, L.v. Mises, W.Eucken und F.A.v.Hayek, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 4 (1959), 82 - 99.

Dossier 3: Konkrete Utopie. Zweiundsiebenzig Gedanken für die Zukunft, in: Kursbuch 14 (1968). Kritik der Zukunft, 110 - 145.

Downs, Anthony: An Economic Theory of Democracy, New York 1957.

Eisermann, Gottfried: Wirtschaftstheorie und Soziologie, Tübingen 1957.

-: Alexander Rüstow. Persönlichkeit und Werk, in: Wirtschaftsordnung und Menschenbild. Geburtstagsgabe für Alexander Rüstow, Schriftenreihe der Aktiongemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 4, Köln 1960, 147 - 152.

-: Wissenssoziologie und ökonomische Theorie, in: ders.: Wirtschaft und Gesellschaft, Bonner Beiträge zur Soziologie Nr.1, Stuttgart 1964, 128 - 147.

Erhard, Ludwig: Das Problem der freien Marktwirtschaft, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2, Berlin-München 1949, 71 - 87.

-: Widerstände und Hindernisse auf dem Wege zur Sozialen Marktwirtschaft, in: Lagler, Ernst (Hg.): Ordnungsprobleme der Wirtschaft, Wien 1957, 11 - 28.

-: Gesamtpolitische Ziele, in: Was müssen wir für die freie Welt tun?, Tagungsprotokoll der Aktiongemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 24, Ludwigsburg 1965, 95 - 105.

Eucken, Walter: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv 36 (1932 II), 297 - 321.

-: Die zeitliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses und der Aufbau der Wirtschaftsordnungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 159 (1944), 161 - 221.

-: Nationalökonomie wozu?, 3.durchgearb.A., Godesberg 1947.

-: Das ordnungspolitische Problem, in: ORDO 1 (1948), 56 - 90.

-: Die soziale Frage, in: Synopsis. Festgabe für Alfred Weber, hg. v. Edgar Salin, Heidelberg 1949, 111 - 131.

- Eucken, Walter: Technik, Konzentration und Ordnung der Wirtschaft, in: ORDO 3 (1950), 3 - 17.
- : Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951.
- : Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 3.A., Tübingen-Zürich 1960.
- : Die Grundlagen der Nationalökonomie, 8.A., Berlin-Heidelberg-New York 1965.
- Ferguson, Adam: Abhandlung über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, 2.A., Jena 1923.
- Fetscher, Iring: Konkrete Demokratie - heute, in: Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, hg. v. Peter v. Oertzen, Frankfurt/M. 1967, 377 - 390.
- Flechtheim, Ossip K. (Hg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd.II, Berlin 1963.
- Fraenkel, Ernst / Bracher, Karl Dietrich: Art. Demokratie, in: dies. (Hg.): Staat und Politik, Fischer-Lexikon, Neuausgabe, Frankfurt/M. 1966, 72 - 79.
- Geiger, Theodor: Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit, München 1963.
- Gide, Charles / Rist, Charles: Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, 3.A., Jena 1923.
- Giersch, Herbert: Allgemeine Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Wiesbaden 1961.
- Habermas, Jürgen: Art. Anthropologie, in: Diemer, Alwin / Frenzel, Ivo (Hg.): Philosophie, Fischer-Lexikon, Frankfurt/M. 1958, 18 - 35.
- : Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, in: ders. / von Friedeburg, Ludwig u.a.: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961.
- : Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962.
- : Erkenntnis und Interesse, in: Merkur 19 (1965), 1139 - 1153.
- : Technik und Wissenschaft als "Ideologie", Frankfurt/M. 1968.
- Haefliger, Jean-Claude: Die Konsumfreiheit. Analyse ihrer Problematik - Ausblick auf eine Lösung, Zürich-St.Gallen 1966.
- Hahn, Manfred: Faschismus im veränderten Aufzug? Hinweise auf Literatur über die "Formierte Gesellschaft", in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 10 (1968), 300 - 308.

- von Hayek, Friedrich August: Freedom and the Economic System, Chicago 1939.
- : Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach-Zürich o.J.
  - : Wahrer und falscher Individualismus, in: ORDO 1 (1948), 19 - 55.
  - : Entstehung und Verfall des Rechtsstaatsideales, in: Hunold, Albert (Hg.): Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach-Zürich 1953, 33 - 65.
  - : Was ist und was heißt "sozial"?, in: Hunold, Albert (Hg.): Masse und Demokratie, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1957, 71 - 84.
  - : Art. Liberalismus. I) Politischer Liberalismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.6, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, 591 - 596.
  - : Mißbrauch und Verfall der Vernunft. Ein Fragment, Frankfurt/M. 1959.
  - : The Constitution of Liberty, Chicago 1960.
  - : Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Freiburger Universitätsreden NF Heft 34, Freiburg 1963.
- Heller, Hermann: Staatslehre, Leiden 1934.
- Hofmann, Werner: Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie von heute, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11 (1959), 682 - 698.
- : Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1962.
  - : Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt/M. 1967.
  - : Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft. Ein Leitfaden für Lehrende, Reinbek b. Hamburg 1969.
- Huffscheid, Jörg: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1969.
- Kirchheimer, Otto: Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat, Frankfurt/M. 1967.
- Kluxen, Kurt (Hg.): Parlamentarismus, Köln-Berlin 1967.
- Koch, Woldemar: Die Bedeutung der theoretischen Ökonomik für die allgemeine Soziologie, Tübingen 1955.
- Kornhauser, William: The Politics of Mass Society, Glencoe (Ill.) 1959.
- Krelle, Wilhelm: Verteilungstheorie, Tübingen 1962.
- Kühnl, Reinhard: Texte zur politischen Wissenschaft (Rezension), in: Blätter für deutsche und internationale Politik 13 (1968), 1216 - 1218.

- Kunz, Pierre-André: L'expérience néo-libérale allemande dans le contexte international des idées, Lausanne 1962.
- Lange, Max G.: Politische Soziologie, 2.A., Berlin-Frankfurt/M. 1964.
- Le Bon, Gustave: Psychologie der Massen, Stuttgart 1957.
- Lehmann, William C.: John Millar of Glasgow, Cambridge 1960.
- Leibholz, Gerhard: Die Auflösung der liberalen Demokratie in Deutschland und das autoritäre Staatsbild, München und Leipzig 1933.
- : Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1958.
- Lipset, Seymour Martin: Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962.
- Macpherson, C.B.: Drei Formen der Demokratie, Frankfurt/M. 1967.
- Mann, Fritz Karl: Art. Smith, Adam, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.9, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, 288 - 294.
- Mannheim, Karl: Das konservative Denken. Soziologische Beiträge zum Werden des politisch-historischen Denkens in Deutschland, in: ders.: Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Berlin-Neuwied 1964, 408 - 508.
- Marcuse, Herbert: Vernunft und Revolution. Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie, Neuwied 1962.
- : Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: ders.: Kultur und Gesellschaft 1, Frankfurt/M. 1965, 17 - 55.
- Marx, Karl: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd.1, Berlin (Ost) 1955, 104 - 221.
- : Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort, in: Marx, Karl / Engels, Friedrich: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. 1, Berlin (Ost) 1955, 336 - 340.
- :/Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, in: Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Werke, Bd.3, Berlin (Ost) 1959.
- : Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd.3, Berlin (Ost) 1959.
- Meyer-Dohm, Peter: Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit. Untersuchungen zur Stellung des Konsumenten in der marktwirtschaftlichen Ordnung, Freiburg 1965.
- Miksch, Leonhard: Wettbewerb als Aufgabe. Grundsätze einer Wettbewerbsordnung, 2.erw.A., Godesberg 1947.
- Mötteli, Carlo: Licht und Schatten der Sozialen Marktwirtschaft, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1961.

- Molitor, Bruno: "Soziale Marktwirtschaft", in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 3 (1958), 57 - 75.
- Moore, Wilbert E.: Economy and Society, New York 1955.
- Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947.
- : Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen, in: ORDO 1 (1948), 125 - 154.
- : Art. Soziale Marktwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.9, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, 390 - 392.
- : Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg 1966.
- Myrdal, Gunnar: Das politische Element in der national-ökonomischen Doktrinbildung, Hannover 1963.
- Naphtali, Fritz (Hg.): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin 1928.
- Nawroth, Egon Edgar: Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus, 2.A., Heidelberg 1962.
- von Nell-Breuning, Oswald: Revolte der Verbraucher?, in: Schultz, Uwe (Hg.): Freiheit, die sie meinen. 17 Beispiele, Frankfurt/M. 1967, 144 - 154.
- Neumann, Franz: Über die Voraussetzungen und den Rechtsbegriff einer Wirtschaftsverfassung, in: Die Arbeit 8 (1931), 588 - 606.
- : Zum Begriff der politischen Freiheit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 109 (1953), 25 - 53.
- : Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt/M. 1967.
- Opitz, Reinhard: Der große Plan der CDU: die "Formierte Gesellschaft", Reihe Argumente zur Zeit (17), Sonderdruck aus Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 9/1965.
- Ortega y Gasset, José: Der Aufstand der Massen, Hamburg 1959.
- Parsons, Talcott / Smelser, Neil J.: Economy and Society. A Study in the Integration of Economic and Social Theory, London 1957.
- Paulsen, Andreas: Allgemeine Volkswirtschaftslehre III. Produktionsfaktoren, 4.A., Berlin 1965.
- Perroux, Francois: Feindliche Koexistenz?, Stuttgart 1961.

Peter, Hans: Walter Eucken: Die Grundlagen der National-  
ökonomie, in: Finanzarchiv NF 8 (1941), 158 - 171 und  
NF 12 (1950/51), 753 - 754.

-: Freiheit der Wirtschaft. Kritik des Neoliberalismus,  
Köln 1953.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.):  
Die Formierte Gesellschaft. Ludwig Erhards Gedanken  
zur politischen Ordnung Deutschlands. Reden und Inter-  
views des Bundeskanzlers und bemerkenswerte Stellung-  
nahmen, o.J.

Pross, Helge: Zum Begriff der pluralistischen Gesellschaft,  
in: Zeugnisse. Theodor W. Adorno zum 60. Geburtstag,  
im Auftrag des Instituts für Sozialforschung hg. v.  
Max Horkheimer, Frankfurt/M. 1963, 439 - 450.

Rebhahn, Hans: Zum Problem der sozialen Demokratie, in:  
Gewerkschaftliche Monatshefte 6 (1955), 230 - 235.

Ritschl, Hans: Wirtschaftsordnung und Rechtsstaat, in:  
Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschafts-  
politik 4 (1959), 256 - 269.

Robbins, Lord: Politics and Economics. Papers in Political  
Economy, London 1963.

Robinson, Joan: Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft.  
Eine Auseinandersetzung mit ihren Grundgedanken und  
Ideologien, München 1965.

Röpke, Wilhelm: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 4.A.,  
Erlenbach-Zürich 1942.

-: Internationale Ordnung, Erlenbach-Zürich 1945.

-: Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirt-  
schaftsreform, 2.A., Erlenbach-Zürich 1946.

-: Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt/M. 1947.

-: Die Krise des Kollektivismus, München 1947.

-: Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft, in:  
QBEDO 1 (1948), 155 - 174.

-: Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse  
und Kritik, Stuttgart-Köln 1950.

-: Maß und Mitte, Erlenbach-Zürich 1950.

-: Das deutsche Wirtschaftsexperiment. Beispiel und Lehre,  
in: Hunold, Albert (Hg.): Vollbeschäftigung, Inflation  
und Planwirtschaft, Zürich 1951, 261 - 312.

-: Zur Kritik an meinem Gutachten über die deutsche  
Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftsdienst 31 (1951),  
II/3 - II/6.

- Röpke, Wilhelm: Alexander Rüstow zum 8. April 1955, in: Wirtschaft und Kultursystem. Alexander Rüstow zum 70. Geburtstag, hg. v. Gottfried Eisermann, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1955, 12 - 22.
- : Grenzen und Gefahren des Wohlfahrtsstaates, Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main 5 (Vortrag am 24. Jan. 1955).
  - : Die Massengesellschaft und ihre Probleme, in: Hunold, Albert (Hg.): Masse und Demokratie, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1957, 13 - 38.
  - : Ein Jahrzehnt Sozialer Marktwirtschaft in Deutschland und seine Lehren, in: Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 1, Köln 1958, 5 - 27.
  - : Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit. Gesammelt und herausgegeben von Albert Hunold, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1959.
  - : Die politische Dimension der Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftsordnung und Menschenbild. Geburtstagsgabe für Alexander Rüstow, Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 4, Köln 1960, 99 - 113.
  - : Jenseits von Angebot und Nachfrage, 3. veränd. A., Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1961.
  - : Die Verantwortung des Unternehmers in der Marktwirtschaft, Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main 17 (Vortrag am 20. Juni 1961).
  - : Die Laufbahn der Sozialen Marktwirtschaft, in: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Festgabe für Alfred Müller-Armack, hg. v. Franz Greiß und Fritz W. Meyer, Berlin 1961, 3 - 9.
  - : Wirrnis und Wahrheit. Ausgewählte Aufsätze, Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1962.
  - : Wort und Wirkung. 16 Reden aus den Jahren 1947 bis 1964 mit einem Lebensbild von Albert Hunold, hg. v. Walter Hoch, Ludwigsburg 1964.
  - : Gefährdungen der freien Welt, in: Was müssen wir für die freie Welt tun?, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 24, Ludwigsburg 1965, 9 - 19.
  - : Die Lehre von der Wirtschaft, 10. erg. u. rev. A., Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1965.
- Rosenbaum, Wolf: Rezension von Myrdal, Gunnar: Das Wertproblem in der Sozialwissenschaft, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 9 (1967), 466 - 467.

Rostow, Walt W.: Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1960.

Rüstow, Alexander: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus, Diskussionsrede bei den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Dresden 1932 über "Deutschland und die Weltkrise", in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 187, München-Leipzig 1932, 62 - 69.

- : Entstehungs- und Lebensbedingungen der Hochkulturen, in: Synopsis. Festgabe für Alfred Weber, hg. v. Edgar Salin, Heidelberg 1949, 397 - 433.
- : Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, Godesberg 1949.
- : Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem, 2.A., Düsseldorf 1950.
- : Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik in drei Bänden 1950 - 1957.
  1. Ursprung der Herrschaft, Erlenbach-Zürich 1950.
  2. Weg der Freiheit, Erlenbach-Zürich 1952.
  3. Herrschaft oder Freiheit? Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1957.
- : Kritik des technischen Fortschritts, in: ORDO 4 (1951), 373 - 407.
- : Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus?, in: Hunold, Albert (Hg.): Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach-Zürich 1953, 97 - 108.
- : ... die Fundierung der Demokratie durch die Wirtschaftsordnung, in: Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 2, Bad Nauheim 1954, 15 - 21.
- : Gruppeninteressen und Gesamtinteressen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7 (1956), 460 - 462.
- : Die geschichtliche Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt. Festschrift für Ludwig Erhard, hg. v. Erwin v. Beckerath, Fritz W. Meyer und Alfred Müller-Armack, Frankfurt/M. 1957, 73 - 77.
- : Die weltgeschichtliche Bedeutung des Bauerntums in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, in: Überwirtschaftliche Bedeutung und wirtschaftliche Aussichten des Bauerntums, Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 2, Köln 1958, 7 - 33.

- Rüstow, Alexander: Sozialpolitik diesseits und jenseits des Klassenkampfes, in: Sinnvolle und sinnwidrige Sozialpolitik, Tagungsprotokoll der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft Nr. 12, Ludwigsburg 1959, 11 - 21.
- : Rede und Antwort. 21 Reden und viele Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1932 bis 1962 mit einem Gedenkwort von Wilhelm Röpke, hg. v. Walter Hoch, Ludwigsburg 1963.
- de Ruggiero, Guido: Geschichte des Liberalismus in Europa, Aalen 1964.
- Schaff, Adam: Marxismus und das menschliche Individuum, Wien-Frankfurt-Zürich 1965.
- Schmölders, Günter: Das Bild vom Menschen in der neuen Sozialpolitik, in: Wirtschaftsordnung und Menschenbild. Geburtstagsgabe für Alexander Rüstow, Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 4, Köln 1960, 115 - 127.
- Schneider, Franz: Die politische Komponente der Rechtsstaatsidee in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift 9 (1968), 330 - 352.
- Schultes, Karl: Staatslehre und Politik in Deutschland, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6 (1955), 236 - 242.
- Schumpeter, Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2.A., Bern 1950.
- Seidel, Bruno: Industrialismus und Kapitalismus. Sozialistische und institutionelle Wandlungen einer Wirtschaftsform, Meisenheim 1955.
- Skriver, Ansgar: Jahrestag eines Begriffes, in: Frankfurter Rundschau vom 1.4.1969.
- Sontheimer, Kurt: Art. Pluralismus, in: Fraenkel, Ernst / Bracher, Karl Dietrich (Hg.): Staat und Politik, Fischer-Lexikon, Neuausgabe, Frankfurt/M. 1966, 254 - 257.
- Stammer, Otto: Politische Soziologie, in: Gehlen, Arnold / Schelsky, Helmut: Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch, Düsseldorf 1955, 256 - 312.
- : Politische Soziologie und Demokratieforschung. Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Soziologie und Politik, Berlin 1965.
- Strachey, John: Kapitalismus heute und morgen, Düsseldorf 1957.
- Strauß, Walter: Wirtschaftsverfassung und Staatsverfassung, Tübingen 1952.
- Strzelewicz, Willy: Elemente einer Theorie der Demokratie, in: Die neue Gesellschaft 11 (1964), 258 - 269.

- Sulzbach, Walter: Demokratie und freie Marktwirtschaft, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 112 (1956), 131 - 143.
- Sweezy, Paul M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie, Köln 1959.
- Tjaden, K. Hermann: Politische Bildung als Affirmation und Kritik. Zur soziologischen Bestimmung ihres Begriffs, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 8 (1966), 361 - 385.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Studienausgabe in zwei Bänden hg. v. Johannes Winckelmann, Köln-Berlin 1964.
- Weber, Werner: Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem, 2.erw.A., Stuttgart 1958.
- Weber-Schäfer, Peter: "Sozial" und "rational". Anmerkungen zur Demokratiediskussion, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte 7 (1968), 17 - 40.

## Lebenslauf

Am 10.8.41 wurde ich in Wilhelmshaven als erstes von zwei Kindern des Zahnarztes Walter Niedersen und seiner Ehefrau Johanna, geb. Bergemann, geboren. Ich besuchte in Wilhelmshaven von 1948 bis 1952 die Volksschule und ab Ostern 1952 das Neusprachliche Gymnasium für Mädchen. Am 31.1.1961 machte ich an dieser Schule das Abitur. Im SS 1961 immatrikulierte ich mich an der Universität Marburg für Germanistik und Geschichte. Im WS 1961/62 wechselte ich die Studienfächer und belegte Soziologie und Politik. Vom SS 1962 an studierte ich in Frankfurt Soziologie und bestand im SS 1964 die Diplom-Vorprüfung für Soziologen. Mein Studium setzte ich vom WS 1965/66 an in Gießen fort. Neben Soziologie belegte ich Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre. 1966 begann ich bei Frau Prof. Dr. Helge Pross mit einer Dissertation über Demokratie und Marktwirtschaft in der Theorie des Neoliberalismus. Mit dem Ablauf des WS 1968/69 exmatrikulierte ich mich. Die Dissertation schloß ich 1970 in Baden-Baden ab.

Jutta Marchal, geb. Niedersen







